




Stadt Brandenburg an der Havel
DER OBERBÜRGERMEISTER



Jahresabschluss der Stadt Brandenburg an der Havel

zum 31.12.2013

www.stadt-brandenburg.de

Quellenangabe/Fotograf: skyfilmberlin manuel-frauendorf-fotografie

Jahresabschluss der Stadt Brandenburg an der Havel

zum 31.12.2013

1.	Bilanz	1
2.	Ergebnisrechnung	4
3.	Finanzrechnung	6
4.	Anlagen zum Jahresabschluss	
4.1	Anhang	8
	Anlage 1: Abschreibungstabelle	40
	Anlage 2: Übersicht über die wirtschaftliche Betätigung.....	50
	Anlage 3: Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen	51
4.2	Beteiligungsbericht.....	53

Nachfolgend:

- Vollständigkeitserklärung
- Bericht über die inzidente Prüfung des verkürzten Jahresabschlusses zum 31.12.2013

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen und zwischen den einzelnen Bestandteilen des Jahresabschlusses Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (EUR, % usw.) auftreten.

1. Bilanz

der Stadt Brandenburg an der Havel
zum 31.12.2013

**Bilanz zum 31.12.2013
der Stadt Brandenburg an der Havel**

Aktiva	EUR	Passiva	EUR
1 Anlagevermögen	537.809.885,76	1 Eigenkapital	78.388.836,25
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	799.257,17	1.1 Basis-Reinvermögen	85.791.020,94
davon DV-Software	603.571,15	1.2 Rücklagen aus Überschüssen	0,00
1.2 Sachanlagevermögen	234.943.990,53	1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0,00
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	26.273,13	1.3 Sonderrücklage	4.725.089,57
1.2.3 Grundstücke und Bauten des Infrastrukt. vermögens u sonst. Sonderflächen	209.717.401,94	davon Rücklage aus nicht verwendeten inv. Schlüsselzuweisungen	4.725.089,57
davon Grund und Boden	31.643.143,35	1.4 Fehlbetragsvortrag	-12.127.274,26
davon Brücken und Tunnel	31.386.729,93	1.4.1 Fehlbetrag aus ordentlichem Ergebnis	-11.944.483,60
davon Gleisanlagen	1.287.563,81	1.4.2 Fehlbetrag aus außerordentlichem Ergebnis	-182.790,66
davon Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	663.644,06	2 Sonderposten	161.331.952,01
davon Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	105.696.404,87	2.1 Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	122.953.665,02
davon Sonstige Tiefbauten des Infrastrukturvermögens	2.349.233,65	davon SoPo vom Bund	10.936.715,95
davon Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	4.758.781,70	davon SoPo vom Land	51.772.932,95
davon Bauten auf Sonderflächen	31.931.900,57	davon SoPo vom sonst. öff. Bereich	259.646,95
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	334.405,36	davon SoPo aus inv. Schlüsselzuweisungen	59.984.369,17
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	4.466.274,12	2.2 Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- und Investitionszuschüssen	11.540.652,56
1.2.6 Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen	3.545.261,58	2.3 Sonstige Sonderposten	5.912.137,23
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.916.613,47	davon SoPo von priv. Unternehmen	4.221.219,78
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	12.937.760,93	davon SoPo vom Bund	1.524.724,70
davon Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	158.616,94	davon übrige SoPo	166.192,75
davon Anlagen im Bau - Tiefbau	12.512.680,21	2.4 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	20.925.497,20
davon Anlagen im Bau - Hochbau	0,00	2.4.1 Erh. Anz. a. Sonderp. aus Zuw. d. öff. Hand	20.212.977,17
davon Anlagen im Bau - sonstige Baumaßnahmen	245.523,26	2.4.2 Erh. Anz. a. Sonderp. a. Beitr., Bauk. u. Investitionszuschüssen	712.520,03
davon Anlagen im Bau - übriges Sachanlagevermögen	20.940,52	2.4.3 Erhaltene Anzahlungen auf sonstige Sonderposten	0,00
1.3 Finanzanlagevermögen	302.066.638,06	3 Rückstellungen	123.725.982,20
1.3.1 Rechte an Sondervermögen	216.578.334,55	3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	54.872.812,27
1.3.2 Anteile an verbundenen Unternehmen	85.411.325,57	davon Pensionsrückstellungen	29.764.722,00
1.3.3 Mitgliedschaft in Zweckverbänden	3,00	davon Beihilferückstellungen	14.593.512,00
1.3.4 Anteile an sonstigen Beteiligungen	76.974,94	davon RSt für die Freistellungsphase i.R.v. ATZ (Erfüllungsrückstand AN)	7.388.848,21
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	davon RSt für die Freistellungsphase i.R.v. ATZ (Aufstockungsbetrag AG)	3.125.730,06
1.3.6 Ausleihungen	0,00	3.2 Rückstellungen unterlassene Instandhaltungen	0,00
1.3.6.1 an Sondervermögen	0,00	3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Deponien	22.554.365,58
1.3.6.2 an verbundene Unternehmen	0,00	3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	12.112.121,05
1.3.6.3 an Zweckverbände	0,00	3.5 Sonstige Rückstellungen	34.186.683,30
1.3.6.4 an sonstige Beteiligungen	0,00	davon für ungew. Verbindlichkeiten i.R.d. Finanzausgleichs	59.958,74
1.3.6.5 Sonstige Ausleihungen	0,00	davon für drohende Verpfl. aus anhängigen Gerichtsverfahren	170.872,84
2 Umlaufvermögen	36.602.629,04	davon für weitere ungewisse Verpfl., die vor dem Bilanzstichtag wirtschaftlich begründet wurden	31.048.859,18
2.1 Vorräte	303.986,35	davon aus Überschüssen aus Gebühren und Entgelten	2.002.657,03
2.1.1 Grundstücke in Entwicklung	0,00	davon aus Schadenersatz	36.044,51
2.1.2 Sonstiges Vorratsvermögen	303.986,35	davon für Aufstellung und Prüfung der Eröffnungsbilanz	500.480,77
davon Rohstoffe/Fertig.materi., Hilfs-, Betriebsstoffe (Festwert Verkehrszeich)	287.130,10	davon für Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses	0,00
davon Waren, unfert./fert. Erzeugnisse, unfert. Leistungen (Vorräte Steine)	16.856,25	davon für Überstunden/ Gleitzeit	127.743,32
2.1.3 Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	0,00	davon für nicht genommenen Urlaub	240.066,91
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.144.870,96	4 Verbindlichkeiten	213.628.108,03
2.2.1 Öffentlich-rechtl. Forderungen u. Forderungen aus Transferleistungen	5.790.796,08	4.1 Anleihen	0,00
2.2.1.1 Gebühren	2.196.964,68	4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	28.357.707,79
2.2.1.2 Beiträge	693.984,78	4.3 Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kassenkrediten	170.000.000,00
2.2.1.3 Wertberichtigungen auf Gebühren und Beiträge	-532.155,70	4.4 Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00
davon gebuchte Niederschlagungen	-301.056,90	4.5 Erhaltene Anzahlungen	0,00
davon Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	-231.098,80	4.6 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.715.215,48
2.2.1.4 Steuern	1.802.987,81	4.7 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	2.468.039,09
2.2.1.5 Transferleistungen	1.353.482,20	4.8 Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	2.070.499,17
2.2.1.6 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	2.252.651,96	4.9 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6.002.715,89
2.2.1.7 Wertberichtigungen auf Steuern, Transferlsg. u sonst. öff.-rechtl. Ford	-1.977.119,65	4.10 Verbindlichkeiten gegenüber Zweckverbänden	25,00
davon gebuchte Niederschlagungen	-639.492,99	4.11 Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Beteiligungen	0,00
davon Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	-1.337.626,66	4.12 Sonstige Verbindlichkeiten	2.013.905,61
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	1.270.306,81	5 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	51.068.787,99
2.2.2.1 gegenüber dem privaten und öffentlichen Bereich	122.606,67	5.1 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	48.986.620,77
2.2.2.2 gegen Sondervermögen	1.065.622,62	davon inv. PRAP	44.609.409,67
2.2.2.3 gegen verbundene Unternehmen	108.032,65	davon lfd. PRAP	4.377.211,10
2.2.2.4 gegen Zweckverbände	52.841,65	5.2 Erh. Anzahlg. Pass. Rechnungsabgrenzungsposten	2.082.167,22
2.2.2.5 gegen sonstige Beteiligungen	0,00		
2.2.2.6 Wertberichtigungen auf privatrechtliche Forderungen	-78.796,78		
davon gebuchte Niederschlagungen	-12.488,03		
davon Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	-66.308,75		
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	1.083.768,07		
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00		
2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	28.153.771,73		
3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	53.731.151,68		
davon RAP aus Zahlungen	3.491.503,69		
davon RAP aus geleisteten Zuwendungen Invest.	50.246.707,06		
davon RAP aus geleisteten Zuwendungen	-7.059,07		
Summe Aktiva	628.143.666,48	Summe Passiva	628.143.666,48


aufgestellt durch den Kämmerer:

18.04.2019
Datum:

Kurzbilanz zum 31.12.2013
der Stadt Brandenburg an der Havel
(nicht-amtliche Kurzform)

Aktiva	TEUR	Passiva	TEUR
Anlagevermögen	537.809,9	Eigenkapital	78.388,8
dav. immaterielle Vermögensgegenstände	799,3	dav. Basis-Reinvermögen	85.791,0
dav. Sachanlagen	234.944,0	dav. Sonderrücklage	4.725,1
dav. Finanzanlagen	302.066,6	dav. Fehlbetragsvortrag	-12.127,3
Umlaufvermögen	36.602,6	Sonderposten	161.332,0
dav. Vorräte	304,0	dav. Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	122.953,7
dav. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.144,9	dav. Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten und Investitionszuschüssen	11.540,7
dav. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	28.153,8	dav. Sonstige Sonderposten	5.912,1
		dav. Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	20.925,5
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	53.731,2	Rückstellungen	123.726,0
		dav. Rückstellungen für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	54.872,8
		dav. Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Deponien	22.554,4
		dav. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	12.112,1
		dav. Sonstige Rückstellungen	34.186,7
		Verbindlichkeiten	213.628,1
		dav. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	28.357,7
		dav. Verbindlichkeiten aus Aufnahmen von Kassenkrediten	170.000,0
		dav. restliche Verbindlichkeiten	13.258.508,5
		Passive Rechnungsabgrenzungsposten	51.068,8
Summe Aktiva	628.143,7	Summe Passiva	628.143,7

2. Ergebnisrechnung

3. Finanzrechnung

der Stadt Brandenburg an der Havel
zum 31.12.2013

Jahresabschluss 2013 der Stadt Brandenburg an der Havel

2. Ergebnisrechnung (in EUR)						
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2012	fortgeschriebener Ansatz (inkl. HHR + ÜPL/APL) 2013	Ergebnis 2013	Vergleich fortgeschr. Ansatz / Ergebnis 2013	übertragene Ermächtigungen nach 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	53.801.762,78	55.855.000,00	55.959.351,62	104.351,62	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	95.532.797,92	102.789.461,76	101.751.439,66	-1.038.022,10	0,00
3	+ sonstige Transfererträge	2.824.780,92	2.734.700,00	2.863.833,84	129.133,84	0,00
4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	29.507.062,56	29.813.648,00	29.886.291,48	72.643,48	0,00
5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	726.881,69	779.700,00	864.931,24	85.231,24	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	26.654.857,15	29.446.727,62	30.844.206,50	1.397.478,88	0,00
7	+ sonstige ordentliche Erträge	4.978.431,49	6.290.821,06	7.122.767,60	831.946,54	0,00
8	+ aktivierte Eigenleistung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/-Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= Erträge aus lfd. Verwaltungstätigkeit	214.026.574,51	227.710.058,44	229.292.821,94	1.582.763,50	0,00
11	- Personalaufwendungen	-48.742.688,48	-52.933.685,00	-48.868.027,87	4.065.657,13	-3.894.800,00
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-23.739.239,86	-28.578.084,96	-24.995.374,12	3.582.710,84	-2.217.670,13
14	- Abschreibungen	-14.419.895,56	-17.349.578,65	-13.772.063,80	3.577.514,85	0,00
15	- Transferaufwendungen	-80.547.249,64	-86.995.392,13	-83.517.860,66	3.477.531,47	-1.706.528,97
16	- sonstige ordentliche Aufwendungen	-52.633.882,44	-55.608.934,00	-54.279.446,44	1.329.487,56	-152.433,54
17	= Aufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-220.082.955,98	-241.465.674,74	-225.432.772,89	16.032.901,85	-7.971.432,64
18	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (10 - 17)	-6.056.381,47	-13.755.616,30	3.860.049,05	17.615.665,35	-7.971.432,64
19	+ Zinsen und sonstige Finanzerträge	4.310.514,44	4.100.800,00	3.867.947,93	-232.852,07	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-2.614.894,27	-2.767.539,81	-2.392.701,32	374.838,49	-34.847,80
21	= Finanzergebnis	1.695.620,17	1.333.260,19	1.475.246,61	141.986,42	-34.847,80
22	= ordentliches Jahresergebnis (18 + 21)	-4.360.761,30	-12.422.356,11	5.335.295,66	17.757.651,77	-8.006.280,44
23	+ außerordentliche Erträge	8.770,32	1.247.943,11	1.247.943,11	0,00	0,00
24	- außerordentliche Aufwendungen	-3.213,32	-1.436.290,77	-1.436.290,77	0,00	0,00
25	= außerordentliches Jahresergebnis	5.557,00	-188.347,66	-188.347,66	0,00	0,00
26	= Gesamtüberschuss/Gesamtfehlbetrag (22 + 25)	-4.355.204,30	-12.610.703,77	5.146.948,00	17.757.651,77	-8.006.280,44

Jahresabschluss 2013 der Stadt Brandenburg an der Havel

3. Finanzrechnung (in EUR)						
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2012	fortgeschriebener Ansatz (inkl. HHR + ÜPL/APL) 2013	Ergebnis 2013	Vergleich fortgeschr. Ansatz / Ergebnis 2013	übertragene Ermächtigungen nach 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	54.779.750,35	53.731.600,00	55.716.947,04	1.985.347,04	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	81.197.251,12	88.352.914,48	89.317.391,64	964.477,16	0,00
3	+ sonstige Transfereinzahlungen	2.825.947,30	2.734.700,00	2.902.242,86	167.542,86	0,00
4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	26.725.741,84	28.031.348,00	28.236.104,99	204.756,99	0,00
5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	842.981,62	779.700,00	881.798,25	102.098,25	0,00
6	+ Kostenerstattung und Kostenumlagen	28.311.284,00	29.438.289,45	29.894.363,45	456.074,00	0,00
7	+ sonstige Einzahlungen	4.515.760,73	4.911.300,00	4.954.883,92	43.583,92	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	4.363.450,06	4.100.800,00	3.753.281,36	-347.518,64	0,00
9	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	203.562.167,02	212.080.651,93	215.657.013,51	3.576.361,58	0,00
10	- Personalauszahlungen	-48.795.599,60	-50.327.355,14	-50.108.496,01	218.859,13	-28.160,26
11	- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-24.304.176,23	-30.952.889,46	-25.585.564,86	5.367.324,60	-4.045.408,12
13	- Transferauszahlungen	-75.500.902,86	-87.435.526,02	-81.722.164,60	5.713.361,42	-4.308.130,02
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-57.579.103,10	-62.961.657,20	-58.766.822,65	4.194.834,55	-1.800.377,19
15	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-206.179.781,79	-231.677.427,82	-216.183.048,12	15.494.379,70	-10.182.075,59
16	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (9 ./ 15)	-2.617.614,77	-19.596.775,89	-526.034,61	19.070.741,28	-10.182.075,59
17	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	9.919.488,85	24.333.774,59	19.335.587,86	-4.998.186,73	0,00
18	+ Einzahlungen aus Beiträgen und Entgelten	993.140,76	2.195.800,00	1.682.299,77	-513.500,23	0,00
19	+ Einzahlg. a.d. Veräußerung v. immat. Verm.gegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	+ Einzahlg. a.d. Veräußerung v. Grundstücken, Gebäuden	0,00	0,00	4.301,96	4.301,96	0,00
21	+ Einzahlg. a.d. Veräußerung v. übrig. Sachanlagevermögen	0,00	100,00	5.683,00	5.583,00	0,00
22	+ Einzahlg. a.d. Veräußerung v. Finanzanlagevermögen	578.316,54	626.500,00	1.247.943,11	621.443,11	0,00
23	+ sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	617,33	402.200,00	0,00	-402.200,00	0,00
24	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	11.491.563,48	27.558.374,59	22.275.815,70	-5.282.558,89	0,00
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-7.620.079,84	-30.083.246,63	-10.459.968,33	19.623.278,30	-16.153.839,30
26	- Auszahlungen von aktivierb. Zuwendungen f. Inv. Dritter	-6.612.515,85	-17.654.636,39	-7.753.422,18	9.901.214,21	-6.529.564,75
27	- Auszahlungen f.d. Erwerb v. immat. Verm.gegenständen	-107.251,96	-1.012.211,59	-349.248,75	662.962,84	-193.849,26
28	- Auszahlungen f.d. Erwerb v. Grundstücken, Gebäuden	-15.738,66	-387.300,00	-175.793,46	211.506,54	-9.840,98
29	- Auszahlungen f.d. Erwerb v. übrig. Sachanlagevermögen	-1.811.140,17	-2.770.178,57	-1.714.047,58	1.056.130,99	-417.097,99
30	- Auszahlungen f.d. Erwerb v. Finanzanlagevermögen	-475.286,23	-758.200,00	-646.591,86	111.608,14	0,00
31	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
32	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-16.642.012,71	-52.665.773,18	-21.099.072,16	31.566.701,02	-23.304.192,28
33	= Saldo aus Investitionstätigkeit (24 ./ 32)	-5.150.449,23	-25.107.398,59	1.176.743,54	26.284.142,13	-23.304.192,28
34	= Finanzmittelüberschuss / Finanzmittelfehlbetrag (16 + 33)	-7.768.064,00	-44.704.174,48	650.708,93	45.354.883,41	-33.486.267,87
35	+ Einzahlungen aus der Aufnahme v. Krediten f. Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	+ sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	150.000.000,00	0,00	170.000.000,00	170.000.000,00	0,00
38	= Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	150.000.000,00	0,00	170.000.000,00	170.000.000,00	0,00
39	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen	-4.077.977,78	-4.078.700,00	-3.788.711,04	289.988,96	0,00
40	- sonstige Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Jahresabschluss 2013 der Stadt Brandenburg an der Havel

3. Finanzrechnung (in EUR)						
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2012	fortgeschriebener Ansatz (inkl. HHR + ÜPL/APL) 2013	Ergebnis 2013	Vergleich fortgeschr. Ansatz / Ergebnis 2013	übertragene Ermächtigungen nach 2014
41	- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	-140.000.000,00	0,00	-150.000.000,00	-150.000.000,00	0,00
42	= Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	-144.077.977,78	-4.078.700,00	-153.788.711,04	-149.710.011,04	0,00
43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit (38 ./ 42)	5.922.022,22	-4.078.700,00	16.211.288,96	20.289.988,96	0,00
44	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserve	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
45	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
46	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
47	= Veränderung des Bestands an eigenen Zahlungsmitteln	-1.846.041,78	-48.782.874,48	16.861.997,89	65.644.872,37	-33.486.267,87
48	+ voraussichtl. Bestand an Zahlungsm. am Anfang d. HHJ	13.218.166,00	-102.705.017,39	11.400.785,73	114.105.803,12	-72.871.691,87
49	+ Bestand an fremden Finanzmitteln	28.661,51	0,00	-109.011,89	-109.011,89	0,00
50	= voraussichtl. Bestand an Zahlungsmitteln am Ende d. HHJ	11.400.785,73	-151.487.891,87	28.153.771,73	179.641.663,60	-106.357.959,74

4. Anlagen zum Jahresabschluss

4.1 Anhang

der Stadt Brandenburg an der Havel
zum 31.12.2013

Inhaltsübersicht

I.	Rechtsgrundlagen	12
II.	Gliederung	12
III.	Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	13
IV.	Angaben zu den einzelnen Positionen der Bilanz	15

AKTIVA

1.	Anlagevermögen	15
1.1	immaterielle Vermögensgegenstände	15
1.2	Sachanlagen	15
1.3	Finanzanlagevermögen.....	20
2.	Umlaufvermögen	22
2.1	Vorräte	22
2.2	Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände.....	23
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	24
2.4	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	25
3.	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	25

PASSIVA

1.	Eigenkapital.....	26
1.1	Basis-Reinvermögen.....	26
1.2	Rücklagen aus Überschüssen.....	26
2.	Sonderposten.....	27
2.1	Sonderposten aus Zuweisungen der öffentl. Hand.....	27
2.2	Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- und Investitionszuschüssen	28
2.3	sonstige Sonderposten.....	28
2.4	erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten.....	28
3.	Rückstellungen	29
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	29
3.2	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen	30
3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien.....	30
3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten.....	30
3.5	sonstige Rückstellungen	31

4.	Verbindlichkeiten	32
4.1	Anleihen	32
4.2	Verbindlichkeiten aus der Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen.....	32
4.3	Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kassenkrediten	32
4.4	Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften, die Kredit- Aufnahmen wirtschaftlich gleichkommen.....	32
4.5	Erhaltene Anzahlungen	32
4.6	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	32
4.7	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	32
4.8	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen.....	33
4.9	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	33
4.10	Verbindlichkeiten gegenüber Zweckverbänden	33
4.11	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Beteiligungen	33
4.12	sonstige Verbindlichkeiten.....	33
5.	passive Rechnungsabgrenzungsposten	34
V.	Erläuterungen zu den Posten der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung	35
VI.	Ergänzende Angaben	37

Abkürzungsverzeichnis

BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
BewertL Bbg	Leitfaden zur Bewertung und Bilanzierung des kommunalen Vermögens und der kommunalen Verbindlichkeiten (Bewertungsleitfaden Brandenburg)
BGA	Betriebs- und Geschäftsausstattung
BgA	Betrieb gewerblicher Art
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
GLM	Eigenbetrieb „Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel“
GWG	geringwertige Wirtschaftsgüter
i.R.v.	im Rahmen von
KAG	Kommunalabgabengesetz
KomHKV	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung)
KVBbg	Kommunaler Versorgungsverband Brandenburg
StBauFR	Städtebauförderungsrichtlinie

I. Rechtsgrundlagen

Die Stadt Brandenburg an der Havel führt seit dem 01.01.2011 ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung. Bilanzstichtag für die Eröffnungsbilanz war demnach der 01.01.2011. Nach § 82 Abs. 1 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) ist für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres ein Jahresabschluss aufzustellen, der die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Brandenburg an der Havel darstellt.

Gemäß § 82 Abs. 2 BbgKVerf ist dem Jahresabschluss u. a. ein Anhang als Anlage beizufügen. Der Inhalt des Anhangs bestimmt sich im Wesentlichen nach § 58 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV). Danach erläutert der Anhang das Zahlenwerk des Jahresabschlusses durch weitergehende Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz sowie den Positionen der Ergebnis- und Finanzrechnung.

Abweichend zu den Regelungen des § 82 BbgKVerf verzichtet die Stadt Brandenburg an der Havel gemäß des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse bis einschließlich für das Haushaltsjahr 2016 auf die Erstellung der in § 1 Abs. 1 Ziffer 1 bis 3 genannten Bestandteile.

II. Gliederung

Der Ausweis der Bestände im Jahresabschluss erfolgt nach den Gliederungsvorschriften des § 57 KomHKV unter Beachtung der Zuordnungsvorschriften des landeseinheitlichen Kontenrahmenplans.

Der Anhang wurde gemäß den Vorgaben des § 58 KomHKV aufgestellt.

III. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung des Vermögens erfolgte grundsätzlich nach den im Leitfaden zur Bewertung und Bilanzierung des kommunalen Vermögens und der kommunalen Verbindlichkeiten sowie Hinweisen für die Erstellung einer kommunalen Eröffnungsbilanz im Land Brandenburg (Bewertungsleitfaden Brandenburg – BewertL Bbg) des Ministeriums des Inneren des Landes Brandenburg Referat III/ 2 vom 30.09 2009 in der aktuell gültigen Fassung erfolgten Vorgaben.

Abweichungen und ausgeübte Wahlmöglichkeiten werden nachfolgend dargestellt. Die angewandten Bewertungsgrundsätze werden im Anhang nur grob erläutert. Hinsichtlich näherer Einzelheiten wird auf das Bewertungshandbuch der Stadt Brandenburg an der Havel verwiesen.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sowie des Vorratsvermögens erfolgte grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten gemäß § 50 Abs. 1 und 2 KomHKV, vermindert um planmäßige Abschreibungen und unter Berücksichtigung von außerplanmäßigen Abschreibungen und Zuschreibungen, soweit die gesetzlichen Vorgaben dafür erfüllt waren.

Vom Grundsatz der Einzelbewertung wurde nur auf Grund der Anwendung folgender Bewertungsvereinfachungsverfahren abgewichen:

Als Festwert wurden bewertet:

- Bäume
- Verkehrsschilder (Beschilderungsmaterial des Bauhofes)
- Medien Bibliothek
- Straßenbegleitgrün
- Grünanlagen

Als Gruppe wurden bewertet:

- Infosäulen
- Radwegbeschilderung
- Straßenbeleuchtung
- Beschilderung „gelbe Welle“ (touristisches Informationssystem wasserseitig)
- touristische Wegeleitsysteme

Die Leistungen der Stadt Brandenburg an der Havel unterliegen, außer bei Betrieben gewerblicher Art (BgA), nicht der Umsatzsteuerpflicht. Somit ist sie nur teilweise zum Vorsteuerabzug berechtigt. Entsprechend wurden die Anschaffungskosten und Aufwendungen außer bei BgA als Bruttowerte (inkl. Umsatzsteuer) berücksichtigt.

Die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer der abnutzbaren Vermögensgegenstände des Anlagevermögens erfolgte nach den Angaben in der Abschreibungstabelle der Stadt Brandenburg an der Havel (Anlage 1 dieses Anhangs). Diese basiert grundsätzlich auf den Abschreibungssätzen der Anlage 10 zum Bewertungsleitfaden und wurde entsprechend der in der Stadtverwaltung der Stadt Brandenburg an der Havel gewonnenen Erfahrungen angepasst. Für die Berechnung der planmäßigen Abschreibungen der Vermögensgegenstände wurde ausschließlich die lineare Abschreibungsmethode angewandt. Die Abschreibung wurde für das Jahr der Anschaffung zeitanteilig vorgenommen.

Es erfolgte keine Einbeziehung von Fremdkapitalzinsen in die Herstellungskosten.

IV. Angaben zu einzelnen Positionen der Bilanz

Aktiva

1	Anlagevermögen	<u>31.12.2013</u>	<u>537.809.885,76 EUR</u>
		31.12.2012	536.265.526,73 EUR

Im Anlagevermögen wird der Teil des Vermögens dargestellt, der gemäß § 2 Nr. 4 KomHKV der Stadt Brandenburg an der Havel langfristig zur laufenden Aufgabenerfüllung dient.

1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	<u>31.12.2013</u>	<u>799.257,17 EUR</u>
		31.12.2012	478.341,95 EUR

Die Stadt Brandenburg an der Havel verfügt ausschließlich über entgeltlich erworbene Software für den Verwaltungsbetrieb. Die Veränderung im Berichtszeitraum ergibt sich im Wesentlichen aus der Abschreibung und aus Lizenz-Zukäufen, wobei die Zukäufe höher ausfallen, als der Abschreibungsbetrag.

1.2	Sachanlagen	<u>31.12.2013</u>	<u>234.943.990,53 EUR</u>
		31.12.2012	233.036.262,21 EUR

1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	<u>31.12.2013</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2012	0,00 EUR

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 117/ 2011 vom 25.05.2011 wurden alle zum 01.01.2011 nicht verwaltungsnotwendigen Immobilien mit wirtschaftlicher Wirkung zum genannten Zeitpunkt auf den Eigenbetrieb „Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel (GLM)“ übertragen.

1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	<u>31.12.2013</u>	<u>26.273,13 EUR</u>
		31.12.2012	25.698,02 EUR

In diesem Posten werden grundsätzlich sowohl der Grund und Boden, als auch die Gebäude, sonstigen Bauten und Außenanlagen, die auf dem Grund und Boden errichtet wurden, ausgewiesen.

Die Veränderung in der Bilanzposition ergibt sich aus dem Zugang von Betriebsvorrichtungen bei Gebäuden für schulische Zwecke (Ausstattung der Oberschule Brandenburg Nord mit einer Lehrküche).

1.2.3 Grundstücke und Bauten des Infrastrukturvermögens und sonstige Sonderflächen	<u>31.12.2013</u>	<u>209.717.401,94 EUR</u>
	31.12.2012	212.794.698,59 EUR

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Grund und Boden	31.643,2	31.386,1	257,1
Brücken und Tunnel	31.386,7	31.573,0	-186,3
Gleisanlagen	1.287,6	1.379,2	-91,6
Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	663,6	309,2	354,4
Straßennetz mit Wegen, Plätzen	105.696,4	110.373,0	-4.676,6
Sonst. Tiefbauten des Infrastrukturvermögens	2.349,2	2.350,4	-1,2
Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	4.758,8	4.676,2	82,6
Bauten auf Sonderflächen	31.931,9	30.747,6	1.184,3
	209.717,4	212.794,7	-3.077,3

in TEUR

Die Minderung in dieser Bilanzposition ist aufgrund der linearen Abschreibungen des Infrastrukturvermögens zu verzeichnen. Dem gegenüber stehen auch Zugänge (beispielsweise Inbetriebnahmen von Straßen, Wegen, Brücken und Bauten auf Sonderflächen). Dabei übersteigen die Abschreibungen den Wert der Zugänge.

1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	<u>31.12.2013</u>	<u>334.405,36 EUR</u>
	31.12.2012	355.609,37 EUR

Die Minderung der Bilanzposition ergibt sich aus den Abschreibungen für Bauten auf fremden Grund und Boden.

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	<u>31.12.2013</u>	<u>4.466.274,12 EUR</u>
	31.12.2012	4.458.374,12 EUR

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Kunstgegenstände	4.345,4	4.337,5	7,9
Sonst. Denkmäler	120,9	120,9	0,0
	4.466,3	4.458,4	7,9

in TEUR

Die Erhöhung der Bilanzposition ergibt sich aus dem Zukauf „Humboldtbüste Bronze“. Abschreibungen werden auf Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler nicht vorgenommen.

1.2.6 Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen	<u>31.12.2013</u>	<u>3.545.261,58 EUR</u>
	31.12.2012	3.413.805,66 EUR

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Fahrzeuge	2.452,2	2.154,7	297,5
Maschinen	38,7	45,8	-7,1
Technische Anlagen	941,0	1.088,1	-147,1
Betriebsvorrichtungen	113,4	125,2	-11,8
	3.545,3	3.413,8	131,5

in TEUR

Die Veränderungen in dieser Bilanzposition ergeben sich im Wesentlichen aus Zugängen bei den Fahrzeugen (größtenteils für die Haupt-, Feuer- und Rettungswache) reduziert um Abgänge (insb. AfA).

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>31.12.2013</u>	<u>3.916.613,47 EUR</u>
	31.12.2012	3.535.001,15 EUR

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
BGA	3.415,2	3.110,9	304,3
GWG	501,4	424,1	77,3
	3.916,6	3.535,0	381,6

in TEUR

Im Wesentlichen begründet sich die Erhöhung der Bilanzposition durch Anschaffungen von PC- Technik und technischer Ausstattung von Multifunktionsräumen in Schulen sowie durch die Umbuchung von Abrollbehältern aus der AIB.

1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

31.12.2013 12.937.760,93 EUR
 31.12.2012 8.453.075,30 EUR

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	158,6	241,5	-82,9
Anlagen in Bau			
<i>Tiefbau</i>	12.512,7	7.620,5	4.892,2
<i>Hochbau</i>	0,0	521,3	-521,3
<i>Sonstige Baumaßnahmen</i>	245,5	69,8	175,7
<i>Übriges Sachanlagevermögen</i>	20,9	0,0	20,9
	12.937,7	8.453,1	4.484,6

in TEUR

Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen

Eine erforderliche Korrektur von geleisteten Anzahlungen auf Sachanlagen zur Bilanzposition 1.2.3 Grundstücke und Bauten des Infrastrukturvermögens und sonstige Sonderflächen machte Umbuchungen in Höhe von 82,9 TEUR für die Zuordnung diverser Grundstücke erforderlich.

Anlagen im Bau – Tiefbau

Unter diesem Posten sind als Zugänge in 2013 im Wesentlichen (> 100 TEUR) die nachfolgenden Maßnahmen geführt:

- Linden-, Sieber-, Petersilienstraße 116,9 TEUR
- Buswendeschleife Plaue 133,2 TEUR
- Umfeld Saldern Gymnasium 204,3 TEUR
- Rathenower Landstraße B102 245,6 TEUR
- Zentrum Hohenstücken 282,6 TEUR
- Straße am Marienberg 289,2 TEUR
- Wollenweberstraße 294,1 TEUR
- Bäckerstraße 301,1 TEUR
- Bypass Gottfried-Krüger-Brücke 312,9 TEUR
- Klosterstraße/Johanniskirchplatz 408,2 TEUR
- Uferweg Packhof 452,4 TEUR
- Parkplatz Hauptbahnhof 648,8 TEUR

- Bürgerpark Marienberg 1.444,0 TEUR
- Nicolaiplatz 1.445,4 TEUR
- Bahnhofsvorplatz 1.804,0 TEUR
- Bahnhofsumfeld 1.943,9 TEUR

Die Umbuchungen der „Anlagen im Bau – Tiefbau“ (> 100 TEUR) betreffen insbesondere die Fertigstellungen der Baumaßnahmen:

- Umfeld Saldern Gymnasium 244,0 TEUR
- Bäckerstraße 326,2 TEUR
- Bypass Gottfried-Krüger-Brücke 342,6 TEUR
- Linden-, Sieber-, Petersilienstraße 626,7 TEUR
- Stuttgarter Straße 964,9 TEUR
- Parkplatz Hauptbahnhof 1.005,7 TEUR
- Nicolaiplatz 2.215,1 TEUR

Anlagen im Bau – Hochbau

Die Verringerung der Bilanzposition ergibt sich aus der Inbetriebnahme des Kiosk Nicolaiplatz.

Sonstige Baumaßnahmen

Da es sich hier um Beleuchtungsanlagen zu den „Anlagen im Bau –Tiefbau“ handelt, ist die Veränderung der Bilanzposition im Wesentlichen analog derer zu sehen.

Anlagen im Bau – Übriges Sachanlagevermögen

Unter diesem Posten sind als Zugänge in 2013 im Wesentlichen (> 100 TEUR) die nachfolgenden Maßnahmen geführt:

- Rettungswaagen BRB-RD 611 109,7 TEUR
- Rettungswaagen BRB-RD 612 109,8 TEUR
- Abrollbehälter BHP 25 140,5 TEUR
- Wechselfahrzeug BRB-FW 416 208,8 TEUR

Diese Maßnahmen wurden in diesem Jahr fertig gestellt und in die jeweilige Bilanzposition umgebucht.

1.3	Finanzanlagevermögen	<u>31.12.2013</u>	<u>302.066.638,06 EUR</u>
		31.12.2012	302.750.922,57 EUR

Die Stadt Brandenburg an der Havel hält die in der Anlage 2 zu diesem Anhang aufgeführten Beteiligungen, Sondervermögen und verbundenen Unternehmen.

1.3.1	Rechte an Sondervermögen	<u>31.12.2013</u>	<u>216.578.334,55 EUR</u>
		31.12.2012	217.365.419,55 EUR

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	208.912,6	209.512,9	-600,3
Schwimm- und Erlebnisbad	7.665,7	7.852,5	-186,8
	216.578,3	217.365,4	-787,1

in TEUR

Aus folgenden Veränderungen bezüglich der zwei Eigenbetriebe der Stadt Brandenburg an der Havel zum Stichtag 31.12.2013 ergibt sich der Wert der aktuellen Bilanzposition:

- Verlust Eigenbetrieb „Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel“ (Marienbad) in 2013 in Höhe von 186,8 TEUR
- Eigenbetrieb „Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel“ (GLM) Erhöhung um 646,6 TEUR durch Kapitaleinlage für Schulsanierungskredite und Minderung um 1.246,9 TEUR durch Kapitalentnahme Grundstücksverkäufe für die Jahre 2012 und 2013

1.3.4	Anteile an sonstigen Beteiligungen	<u>31.12.2013</u>	<u>76.974,94 EUR</u>
		31.12.2012	76.974,94 EUR

Die Stadt Brandenburg an der Havel hält an folgenden Unternehmen, auf die sie keinen beherrschenden Einfluss ausübt, Anteile:

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
HWG Havelländische Wasser Beteiligungs-GmbH	0,0	0,0	0,0
VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	6,0	6,0	0,0
nichtbörsennotierte Aktien an der E.ON edis AG, Langewahler Straße 60, 15517 Fürstenwalde/Spree	71,0	71,0	0,0
	77,0	77,0	0,0

in TEUR

1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	<u>31.12.2013</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2012	0,00 EUR

Die Stadt Brandenburg an der Havel hält, außer den bei den sonstigen Beteiligungen ausgewiesenen Aktien, keine weiteren Wertpapiere des Anlagevermögens.

1.3.6	Ausleihungen	<u>31.12.2013</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2012	0,00 EUR

2	Umlaufvermögen	<u>31.12.2013</u>	<u>36.602.629,04 EUR</u>
		31.12.2012	25.642.428,76 EUR

2.1	Vorräte	<u>31.12.2013</u>	<u>303.986,35 EUR</u>
		31.12.2012	303.986,35 EUR

2.1.1	Grundstücke in Entwicklung	<u>31.12.2013</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2012	0,00 EUR

2.1.2 Sonstiges Vorratsvermögen	<u>31.12.2013</u>	<u>303.986,35 EUR</u>
	31.12.2012	303.986,35 EUR

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Rohstoffe/Fertig.material., Hilfs-, Betriebsstoffe	287,1	287,1	0,0
Waren, unfert./fert. Erzeugnisse, unfert. Leist.	16,9	16,9	0,0
	304,0	304,0	0,0

in TEUR

Für diese Bilanzposition ergibt sich keine Veränderung.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	<u>31.12.2013</u>	<u>8.144.870,96 EUR</u>
	31.12.2012	13.937.656,68 EUR

Die zum Bilanzstichtag offenen Forderungen über insgesamt 8.144,9 TEUR wurden in Höhe von 2.588,1 TEUR einzel- und pauschal wertberichtigt. Alle zum Stichtag kameral niedergeschlagenen Forderungen wurden nicht im Jahresabschluss 2013 dargestellt, da in der Kameralistik Niederschlagungen als Sollabgänge gebucht wurden und somit de facto keine offenen zu migrierenden Forderungen existierten. Es wird eingeschätzt, dass die befristet niedergeschlagenen Forderungen bereits zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz uneinbringlich waren und die unbefristet niedergeschlagenen Forderungen auf Dauer uneinbringlich sind.

2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	<u>31.12.2013</u>	<u>5.790.796,08 EUR</u>
	31.12.2012	11.964.793,73 EUR

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Gebühren	2.197,0	2.665,1	-468,10
Beiträge	694,0	650,7	43,3
Wertberichtigungen auf Gebühren und Beiträge	-532,2	-625,0	92,8
Steuern	1.803,0	1.697,3	105,7
Transferleistungen	1.353,5	7.278,7	-5.925,2
Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	2.252,6	1.958,8	293,8
Wertberichtigungen auf Steuern, Transferleistg. u sonst. öff.-rechtl. Ford	-1.977,1	-1.660,9	-316,2
	5.790,8	11.964,7	-6.173,9

in TEUR

2.2.2 Privatrechtliche Forderungen**31.12.2013 1.270.306,81 EUR**

31.12.2012 861.050,00 EUR

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
gegenüber dem privaten und öffentlichen Bereich	122,6	109,8	12,8
gegenüber Sondervermögen	1.065,6	555,3	510,3
gegenüber verbundene Unternehmen	108,0	222,7	-114,7
gegenüber Zweckverbände	52,9	38,3	14,6
gegenüber sonstige Beteiligungen	0,0	0,0	0,0
Wertberichtigungen auf privatrechtliche Forderungen	-78,8	-65,1	-13,7
	1.270,3	861,0	409,3

in TEUR

2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände**31.12.2013 1.083.768,07 EUR**

31.12.2012 1.111.812,95 EUR

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Forderungen gegenüber dem Finanzamt aus Betrieben gewerblicher Art	893,0	829,7	63,3
Debitorische Kreditoren	177,7	139,8	37,9
sonstige	13,0	142,3	-129,3
	1.083,7	1.111,8	-28,1

in TEUR

2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens**31.12.2013 0,00 EUR**

31.12.2012 0,00 EUR

2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, 31.12.2013 28.153.771,73 EUR
Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks 31.12.2012 11.400.785,73 EUR

Der Bestand zum 31.12.2013 entspricht dem Bestand der Gesamtfinanzzrechnung 2013 (vgl. Punkt V.).

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
MBS	27.941,8	-1.211,9	29.153,7
Brandenburger Bank	7,6	7,7	-0,1
Postbank	93,2	91,2	2,0
Deutsche Bundesbank	15,0	45,3	-30,3
SEB KK Zinsen	6,0	7,9	-1,9
Tagesgeld MBS	0,0	8.660,0	-8.660,0
Tagesgeld MBS 2	0,0	3.715,2	-3.715,2
Sperrkonto Gewährleistungseinbehalte	0,0	1,4	-1,4
Sozialhilfekonto MBS	70,1	63,4	6,7
Bargeldbestand aus Handkassen und Kassenautomat	20,1	20,6	-0,5
Commerzbank	0,0	0,0	0,0
HypoVereinsbank Giro („Cap“)	0,0	0,0	0,0
Deutsche Kreditbank	0,0	0,0	0,0
	28.153,8	11.400,8	16.753,0

in TEUR

3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten 31.12.2013 53.731.151,68 EUR
31.12.2012 49.715.285,26 EUR

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
RAP aus Zahlungen	3.491,5	3.488,5	3,0
RAP aus geleisteten Zuwendungen Invest	50.246,7	46.288,9	3.957,8
RAP aus geleisteten Zuwendungen	-7,1	-62,1	55,0
	53.731,1	49.715,3	4.015,8

in TEUR

Der Anstieg der Bilanzposition resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der geleisteten Investitionszuwendungen an Dritte, soweit diese mit einer mehrjährigen Zweckbindung bzw. einer mehrjährigen Gegenleistungsverpflichtung des Zuwendungsempfängers verbunden sind. Dagegen stehen die Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer der Investitionszuwendungen. Bei den wesentlichen Bilanzzugängen in 2013 handelt es sich um:

- Förderungen Kindertagesstätten 1.208,1 TEUR
- Zuschuss an Dritte im Rahmen der Stadterneuerung 3.412,8 TEUR

Passiva

1	Eigenkapital	<u>31.12.2013</u>	<u>78.388.836,25 EUR</u>
		31.12.2012	75.248.223,85 EUR

1.1	Basis-Reinvermögen	<u>31.12.2013</u>	<u>85.791.020,94 EUR</u>
		31.12.2012	85.791.020,94 EUR

Das Basis-Reinvermögen ergab sich im Rahmen der Eröffnungsbilanz rechnerisch als Saldo der Aktiv- und Passivseite der Bilanz. Es handelt sich somit um einen Bilanzposten, der nur einmalig im Rahmen der Eröffnungsbilanz gebildet wird und unverändert bestehen bleibt, sofern nicht nachträgliche Änderungen der Eröffnungsbilanz erforderlich werden.

Entsprechend der Vorschriften des § 141 Abs. 21 BbgKVerf können Berichtigungen des Basisreinvermögens letztmals im Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2024 vorgenommen werden. Die Eröffnungsbilanz gilt dann als geändert.

Auch mit dem Jahresabschluss 2013 ergaben sich keine fehlerhaften oder fehlenden Wertansätze über der festgelegten Wesentlichkeitsgrenze, so dass keine Änderung der Eröffnungsbilanz vorgenommen werden musste.

1.2	Rücklagen aus Überschüssen	<u>31.12.2013</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2012	0,00 EUR

Sofern die Ergebnisrechnungen vorhergehender Haushaltsjahre bzw. das Jahresrechnungsergebnis einen Überschuss ausweisen, ist dieser der Rücklage aus Überschüssen zuzuführen. Für die Stadt Brandenburg an der Havel wurden keine Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses bzw. des außerordentlichen Ergebnisses erzielt.

1.2.1	Sonderrücklage	<u>31.12.2013</u>	<u>4.725.089,57 EUR</u>
		31.12.2012	6.731.425,17 EUR

Es wurde für nicht verbrauchte Mittel aus der Investitionspauschale (investive Schlüsselzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz des Landes) eine Sonderrücklage gemäß § 25 Satz 2 KomHKV in der Eröffnungsbilanz gebildet.

Im Haushaltsjahr 2013 wurden nicht verbrauchte investive Schlüsselzuweisungen in Höhe von 5.303,0 TEUR der Sonderrücklage zugeführt. Dem gegenüber steht die Auflösung von investiven Schlüsselzuweisungen für getätigte Investitionen in Höhe von 7.309,4 TEUR. Entsprechend reduzierte sich die Sonderrücklage im Haushaltsjahr 2013 um 2.006,4 TEUR.

1.2.2 Fehlbetragsvortrag	<u>31.12.2013</u>	<u>-12.127.274,26 EUR</u>
	31.12.2012	-17.274.222,26 EUR

Entsprechend der Vorschriften des § 26 KomHKV sind im doppelten Jahresabschluss verbleibende Fehlbeträge/ Überschüsse aus dem ordentlichen Ergebnis und aus dem außerordentlichen Ergebnis getrennt als Fehlbeträge bzw. Überschüsse darzustellen.

1.2.2.1 Fehlbetrag aus ordentlichem Ergebnis	<u>31.12.2013</u>	<u>-11.944.483,60 EUR</u>
	31.12.2012	-17.279.779,26 EUR

1.2.2.2 Fehlbetrag aus außerordentlichem Ergebnis	<u>31.12.2013</u>	<u>-182.790,66 EUR</u>
	31.12.2012	5.557,00 EUR

Wie unter Punkt V. "Darstellung der wichtigsten Positionen des Ergebnishaushaltes" erläutert, schließt die Stadt Brandenburg an der Havel das Haushaltsjahr 2013 mit einem Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 5.335,3 TEUR sowie einem Fehlbetrag aus dem außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 188,3 TEUR ab. Es wurden weniger außerordentliche Erträge erzielt als außerordentlichen Aufwendungen gebucht wurden.

Insgesamt verringert sich der Gesamtfehlbetrag der Stadt Brandenburg an der Havel im Haushaltsjahr 2013 um 5.146,9 TEUR auf 12.127,3 TEUR.

2 Sonderposten	<u>31.12.2013</u>	<u>161.331.952,01 EUR</u>
	31.12.2012	160.235.941,01 EUR

2.1 Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	<u>31.12.2013</u>	<u>122.953.665,02 EUR</u>
	31.12.2012	127.555.048,12 EUR

Gemäß § 47 Abs. 4 KomHKV werden in diesem Posten die erhaltenen zweckgebundenen Zuweisungen für die Anschaffung oder für die Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens von staatlichen und sonstigen öffentlichen Stellen ausgewiesen. Die Minderung der Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand in Höhe von 4.601,4 TEUR resultiert aus Auflösungen, die die Zugänge im Haushaltsjahr 2013 übersteigen.

2.2	Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- und Investitionszuschüssen	<u>31.12.2013</u>	<u>11.540.652,56 EUR</u>
		31.12.2012	10.668.388,30 EUR

Diese Sonderposten betreffen im Wesentlichen die von der Gemeinde erhobenen Beiträge nach dem Baugesetzbuch sowie dem Kommunalabgabengesetz.

Die Auflösung der Sonderposten erfolgte entsprechend der Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes. Zudem wurden im Haushaltsjahr 2013 KAG-Beiträge in Höhe von 1.682,3 TEUR gebucht.

2.3	Sonstige Sonderposten	<u>31.12.2013</u>	<u>5.912.137,23 EUR</u>
		31.12.2012	6.214.261,63 EUR

Unter diesem Posten werden Sonderposten für Schenkungen und unentgeltliche Übertragungen passiviert. Die Minderung in Höhe von 302,1 TEUR resultiert im Wesentlichen aus der Auflösung der Sonderposten entsprechend der Nutzungsdauer.

2.4	Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	<u>31.12.2013</u>	<u>20.925.497,20 EUR</u>
		31.12.2012	15.798.242,96 EUR

Korrespondierend zu Punkt 1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau werden in diesem Posten die erhaltenen und noch nicht vollständig verwendeten zweckgebundenen Zuweisungen für die Anschaffung oder für die Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens passiviert. Die Erhöhung im Haushaltsjahr 2013 um 5.127,3 TEUR resultiert aus den Zuweisungen von Fördermitteln für die Anschaffung bzw. für die Herstellung der Vermögensgegenstände sowie der für 2013 erhaltenen investiven Schlüsselzuweisung.

Demgegenüber stehen die Reduzierungen aus der Inbetriebnahme von Anlagen und der entsprechenden Zuordnung der Sonderposten bzw. der Rückzahlung von Fördermitteln.

3	Rückstellungen	<u>31.12.2013</u>	<u>123.725.982,20 EUR</u>
		31.12.2012	128.672.445,63 EUR
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	<u>31.12.2013</u>	<u>54.872.812,27 EUR</u>
		31.12.2012	55.739.857,11 EUR

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Pensionsrückstellungen	29.764,7	29.075,3	689,4
Beihilferückstellungen	14.593,5	13.502,5	1.091,0
Rückstellg. für die Freistellungsphase i.R.v Altersteilzeit und ähnl. Maßnahmen	10.514,6	13.162,1	-2.647,5
	54.872,8	55.739,9	-867,1

in TEUR

Die Pflicht zur Bildung von Pensionsrückstellungen besteht ungeachtet der Tatsache, dass die Stadt Brandenburg an der Havel Pflichtmitglied im Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg (KVBbg) ist. Der Ansatz von Pensionsrückstellungen in der Bilanz der Stadt Brandenburg an der Havel trotz der Pflichtmitgliedschaft im Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg beruht auf der Tatsache, dass der individuelle Versorgungsanspruch des einzelnen Beamten weiterhin gegenüber der Stadt Brandenburg an der Havel besteht. Die Anwartschaften der Versorgungsberechtigten gehen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften nicht auf den Kommunalen Versorgungsverband über, und zwar unabhängig davon, ob die gemeindlichen Beiträge oder Prämien auf der Grundlage eines Umlageverfahrens oder eines Kapitaldeckungsprinzips gezahlt werden.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen beinhalten die zu zahlenden Aufstockungsbeiträge sowie die aktuellen Erfüllungsrückstände. Während der Beschäftigungsphase erhalten die Mitarbeiter/innen nur einen Teil ihrer Vergütung. Da die Kommune verpflichtet ist, an die Mitarbeiter/innen in der sich anschließenden Freistellungsphase weiterhin Teilzeitvergütung zu zahlen, entsteht dieser Erfüllungsrückstand.

Bei Mitarbeiter/innen, die bei Altersteilzeit noch in der Arbeitsphase sind, werden weiterhin Erfüllungsrückstände der Altersteilzeitverpflichtungen zugeführt, bei Mitarbeiter/innen in der Freistellungsphase werden Erfüllungsrückstände in Anspruch genommen.

Die Erhöhung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen begründet sich durch die Zuführung in Höhe von 1.780,4 TEUR zu den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen.

Gegenläufig reduzieren sich die Rückstellungen bei Altersteilzeit um 2.647,5 TEUR.

3.2	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen	<u>31.12.2013</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2012	0,00 EUR

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung wurden im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 nicht gebildet.

3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfaldeponien	<u>31.12.2013</u>	<u>22.554.365,58 EUR</u>
		31.12.2012	22.719.997,38 EUR

Für die Rekultivierung und Nachsorge der bis zum Jahr 2005 zu Zwecken der kommunalen Abfallentsorgung genutzten Deponie Fohrde wurde zum Eröffnungsbilanzstichtag eine Rückstellung in Höhe von 25.224,9 TEUR gebildet. Im Haushaltsjahr 2013 wurde aus dieser Rückstellung (analog 2011 und 2012) der Aufwandsbedarf in Höhe von 112,6 TEUR und Mittel in Höhe von 53,0 TEUR in den Abgang gestellt, da sich der Rücklagenbedarf für die Sicherung der Deponie verringert hat.

3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	<u>31.12.2013</u>	<u>12.112.121,05 EUR</u>
		31.12.2012	12.771.531,12 EUR

Für die Sanierung von Altlasten wurden nach vernünftiger Beurteilung der Aufwendungen, die durch die Beseitigung der Altlasten voraussichtlich entstehen werden, Rückstellungen in der Eröffnungsbilanz gebildet. Entsprechend des Sanierungsfortschrittes verringerten sich die Rückstellungen im Haushaltsjahr 2013 durch folgende Inanspruchnahmen.

- Sanierung Packhof und Grundwasser-Monitoring (Eigenanteil Stadt) 1,3 TEUR
- Sanierung PCH 247,6 TEUR
- Sanierung, Grundwasser-Monitoring Gasgeneratorenanlage Kirchmöser 406,8 TEUR
- Sanierung, Grundwasser-Monitoring Ascheluch Kraftwerk Kirchmöser 3,7 TEUR

3.5 Sonstige Rückstellungen**31.12.2013 34.186.683,30 EUR**

31.12.2012 37.441.060,02 EUR

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Ungewisse Verbindlichkeiten i.R.d. Finanzausgleichs und Steuerschuldverhältnissen	60,0	56,5	3,5
Drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	170,9	277,9	-107,0
Weitere ungewisse Verbindlichkeiten, die vor dem Bilanzstichtag wirtschaftlich begründet wurden	31.048,8	32.532,1	-1.483,3
Überschüsse aus Gebühren und Entgelten	2.002,7	3.239,6	-1.236,9
Schadenersatz	36,0	39,0	-3,0
Aufstellung und Prüfung der Eröffnungsbilanz	500,5	1.012,7	-512,2
Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses	0,0	0,0	0,0
Überstunden/ Gleitzeit	127,7	121,4	6,3
nicht genommener Urlaub	240,1	161,9	78,2
	34.186,7	37.441,1	-3.254,4

in TEUR

Die sonstigen Rückstellungen reduzierten sich im Haushaltsjahr 2013 insgesamt um 3.252,4 TEUR.

Die Rückstellung für weitere ungewisse Verpflichtungen, die vor dem Bilanzstichtag begründet wurden, beinhaltete zum Bilanzstichtag 31.12.2012 im Wesentlichen den Bewirtschaftungsverlust aus den BAVARIA-Verträgen bis zum Ende des Generalverwaltervertrages 2028 in Höhe von 26.898,2 TEUR. Davon wurden im Haushaltsjahr 2013 Mittel in Höhe von 1.359,3 TEUR in Anspruch genommen.

Die Reduzierung der Rückstellung aus Überschüssen aus Gebühren und Entgelten ergibt sich insbesondere durch die Inanspruchnahme der Gebührenüberdeckung aus Abfallgebühren im Jahr 2011 in Höhe von 1.481,8 TEUR. Weitere Minderungen ergeben sich aus der Auflösung der Rückstellung für Gebührenüberdeckung Regenwasser 2010 in Höhe von 134,5 TEUR sowie aus der Inanspruchnahme der Überschüsse 2009 / 2010 aus Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren in Höhe von 21,5 TEUR. Demgegenüber stehen die Zuführungen aus Gebührenüberdeckungen des Jahres 2013 in Höhe von 400,8 TEUR.

Zudem wurden Rückstellungen für Aufstellung und Prüfung der Eröffnungsbilanz in Höhe von 512,2 TEUR aufgelöst.

4	Verbindlichkeiten	<u>31.12.2013</u>	<u>213.628.108,03 EUR</u>
		31.12.2012	199.125.612,47 EUR

Als Verbindlichkeiten werden die Verpflichtungen der Stadt Brandenburg an der Havel zur Erbringung einer Geldleistung dargestellt.

4.1	Anleihen	<u>31.12.2013</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2012	0,00 EUR

4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	<u>31.12.2013</u>	<u>28.357.707,79 EUR</u>
		31.12.2012	32.146.518,31 EUR

Zum Stichtag erfolgte ein Abgleich mit den Saldenbestätigungen der Kreditinstitute. Die Verbindlichkeiten werden in Höhe der Rückzahlungsverpflichtungen ausgewiesen. Die Reduzierung der Verbindlichkeiten zum 31.12.2013 resultiert aus der Tilgung der Kreditverbindlichkeiten.

4.3	Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kassenkrediten	<u>31.12.2013</u>	<u>170.000.000,00 EUR</u>
		31.12.2012	150.000.000,00 EUR

Der Bestand an Kassenkrediten zum 31.12.2013 betrug 170.000,0 TEUR. Auch hier erfolgte ein Abgleich mit den Saldenbestätigungen der Kreditinstitute. Der tatsächliche Liquiditätsbedarf machte eine Erhöhung um 20.000,0 TEUR erforderlich.

4.4	Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	<u>31.12.2013</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2012	0,00 EUR

4.5	Erhaltene Anzahlungen	<u>31.12.2013</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2012	0,00 EUR

4.6	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	<u>31.12.2013</u>	<u>2.715.215,48 EUR</u>
		31.12.2012	2.518.610,32 EUR

4.7	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	<u>31.12.2013</u>	<u>2.468.039,09 EUR</u>
		31.12.2012	3.847.791,67 EUR

4.8	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	<u>31.12.2013</u>	<u>2.070.499,17 EUR</u>
		31.12.2012	1.701.150,44 EUR

Der Ausweis der Verbindlichkeiten hat in der Bilanz vorrangig - vor dem Ausweis nach der Art der Verbindlichkeit - nach dem Adressaten (Gläubiger) zu erfolgen. Insofern handelt es sich um verschiedenartige Verbindlichkeiten der Stadt Brandenburg an der Havel gegenüber den Eigenbetrieben GLM und Marienbad.

4.9	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	<u>31.12.2013</u>	<u>6.002.715,89 EUR</u>
		31.12.2012	6.195.121,46 EUR

4.10	Verbindlichkeiten gegenüber Zweckverbänden	<u>31.12.2013</u>	<u>25,00 EUR</u>
		31.12.2012	1.278,00 EUR

4.11	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Beteiligungen	<u>31.12.2013</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2012	0,00 EUR

4.12	Sonstige Verbindlichkeiten	<u>31.12.2013</u>	<u>2.013.905,61 EUR</u>
		31.12.2012	2.715.142,27 EUR

Bei diesen Verbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Zahlungsverpflichtungen aus debitorischen Kreditoren und kreditorischen Debitoren, sowie aus der Abführung von Lohnsteuer.

Die sonstigen Verbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr um 701,2 TEUR vermindert.

V. Erläuterungen zu den Posten der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung

Im Folgenden werden die Erläuterungen gemäß § 58 Abs. 2 Nr. 3 KomHKV zu den einzelnen Positionen der Ergebnisrechnung mit wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr vorgenommen.

Darstellung der wichtigsten Positionen des Ergebnishaushaltes

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2012
10	Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	229.292,8	214.026,6
17	Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	225.432,7	220.083,0
18	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	3.860,1	-6.056,4
21	Finanzergebnis	1.475,2	1.695,6
22	ordentliches Jahresergebnis	5.335,3	-4.360,8
25	außerordentliches Jahresergebnis	-188,3	5,6
26	Gesamtüberschuss/-fehlbetrag	5.147,0	-4.355,2

in TEUR

Das Haushaltsjahr 2013 wurde in der Stadt Brandenburg an der Havel mit einem Gesamtüberschuss in Höhe von 5.147,0 TEUR abgeschlossen. Dieser errechnet sich aus dem Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 5.335,3 TEUR sowie aus dem Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 188,3 TEUR. Damit verringert sich der Gesamtfehlbetrag der Stadt Brandenburg an der Havel auf 12.127,3 TEUR.

Darstellung der wichtigsten Positionen des Finanzhaushaltes

Die Finanzrechnung bildet gemäß § 55 KomHKV die eingegangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen, getrennt nach laufender Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit ab.

Im Folgenden werden die Ergebnisse des Jahresabschlusses 2013 für den Finanzhaushalt dargestellt.

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2012
9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	215.657,0	203.562,2
15	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	216.183,0	206.179,8
16	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-526,0	-2.617,6
24	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	22.275,8	11.491,6
32	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	21.099,1	16.642,0
33	Saldo aus Investitionstätigkeit	1.176,7	-5.150,4
34	Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag	650,7	-7.768,1
43	Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	16.211,3	5.922,0
47	Veränderung des Bestands an eigenen Zahlungsmitteln	16.862,0	-1.846,1
48	Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres	11.400,8	13.218,2
49	Bestand an fremden Zahlungsmitteln	-109,0	28,7
50	Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	28.153,8	11.400,8

in TEUR

Der Finanzmittelüberschuss in Höhe von 650,7 TEUR errechnet sich aus dem Fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 526,0 TEUR und dem positiven Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von 1.176,7 TEUR.

Zusammen mit dem positiven Saldo aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 16.211,3 TEUR ergibt sich eine positive Veränderung des Bestandes an eigenen Zahlungsmitteln in Höhe von 16.862,0 TEUR.

Unter Berücksichtigung des Bestandes an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres 2013 erhöht sich insgesamt der Zahlungsmittelbestand der Stadt Brandenburg an der Havel zum 31.12.2013 auf 28.153,8 TEUR.

VI. Ergänzende Angaben

Grundstücke, für die die Vermögenszuordnung noch nicht abgeschlossen ist

Im Rahmen der Vermögensbewertung gibt es keine Fälle von ungeklärten Eigentumsverhältnissen.

Sachverhalte, aus denen sich zukünftig finanzielle Verpflichtungen ergeben können

Zum Bilanzstichtag bestehen nachfolgend aufgeführte Haftungsverhältnisse aus der Übernahme von Ausfallbürgschaften:

Tochterorganisation, für die die Stadt Brandenburg an der Havel bürgt	Betrag der Haftungssumme zum 31.12.2013	Betrag der Haftungssumme zum 31.12.2012
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel	1.597,8 TEUR	1.749,9 TEUR
Städtisches Klinikum (Bürgschaft ggü. MBS)	0,0 TEUR	750,0 TEUR
Städtisches Klinikum (Bürgschaft ggü. ILB)	0,0 TEUR	750,0 TEUR

Die Haftungsverhältnisse schmelzen entsprechend der Tilgung der Darlehen ab. Hinweise auf drohende oder bestehende Inanspruchnahmen der Stadt Brandenburg an der Havel als Bürgin, die zu bilanzieren wären, bestehen zum Jahresabschluss 2013 nicht.

Verpflichtende Verträge

Für die Stadt Brandenburg an der Havel ergeben sich finanzielle Verpflichtungen aus Verträgen, Vereinbarungen und Zuwendungsbescheiden, die bis zum Bilanzstichtag 31.12.2013 geschlossen wurden, u. a. aus dem Betreibervertrag mit der BRAWAG, Abfallentsorgungsverträgen, Softwarewartungsverträgen, Miet- und Leasingverträgen, Versicherungsverträgen.

Darüber hinaus bestehen noch weitere Verträge in den verschiedenen Bereichen, die in der Vertragsdatenbank erfasst, jedoch vom Wertumfang im Verhältnis unwesentlich sind.

Als Wesentlichkeitsgrenze (Ausweisungsgrenze) wurde dabei eine jährliche Zahlungsverpflichtung der Stadt von 5,0 TEUR und mehr pro Vertrag definiert.

Gesamtbetrag der nicht in der Bilanz ausgewiesenen mittelbaren Pensionsverpflichtungen

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Zusatzversorgung der tariflich Beschäftigten von dem Passivierungswahlrecht gemäß Art. 28 Abs. 1 Satz 2 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) Gebrauch gemacht.

Da die Leistung aus mittelbaren Pensionsverpflichtungen im Solidarverbund durch die Umlagegemeinschaft finanziert werden, wurde der Gesamtbetrag der Unterdeckung für alle Mitglieder der Umlagegemeinschaft auf die einzelnen Mitglieder im Verhältnis der anteiligen Umlagebemessungsgrundlage unter Berücksichtigung der restlichen Aktivitätsdauer der beitragspflichtigen Arbeitnehmer aufgeteilt.

Der Wert der mittelbaren Pensionsverpflichtungen wurde vom Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg nach einem landeseinheitlichen Verfahren zum Stichtag 31.12.2013 in Höhe von **4.206,6 TEUR** ermittelt.

Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen

Anders als in der Kameralistik belasten Übertragungen von Haushaltsermächtigungen das neue und nicht das alte Haushaltsjahr. Die Übertragung vom Haushaltsjahr 2012 in das Haushaltsjahr 2013 erfolgte technisch unter Ausweisung der übertragenen Mittel als "Haushaltsausgaberes". Diese werden in den jeweiligen Budgets separat ausgewiesen. Es wird auf die Anlage 3 zu diesem Anhang verwiesen.

Übersicht über die von der Stadt Brandenburg an der Havel bewirtschafteten Treuhandmittel und Stiftungsvermögen

Die Stadt bewirtschaftet unmittelbar keine entsprechenden Mittel. Vermögensverwaltungen im Rahmen der Amtsvormundschaft werden hier nicht abgebildet.

Nicht fristgerechte Verwendung von Fördermitteln und die daraus entstehenden Zinsen für die Programme der Stadterneuerung

Für die Programme der Stadterneuerung (Städtebaulicher Denkmalschutz, Stadtumbau sowie Soziale Stadt) müssen gemäß Nr. 15.1.4 StBauFR bei nicht fristgerechter bzw. gemäß Nr. 15.1.10 StBauFR bei nicht zweckentsprechend eingesetzter Verwendung der ausgezahlten Zuwendungen Zinsen ans Land gezahlt werden. Ausführliche Regelungen zur Verzinsung, u.a. zur Ermittlung des Zinsanspruches, finden sich in den Nebenbestimmungen für die Förderung städtebaulicher Gesamtmaßnahmen (NBest-StbauFR'15). Die Gründe,

warum Mittel nicht fristgerecht eingesetzt werden konnten (keine Verwendung innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung) sind vielfältig und reichen von haushalterischen Zwängen (Ausschreibungen/Abschluss von Vereinbarungen mit privaten Dritten erst, wenn die Finanzierung gesichert ist) bis hin zu Verzögerungen im Bauablauf.

Die abgerufenen, nicht verbrauchten Fördermittel werden zum Jahresabschluss als passive Rechnungsabgrenzungsposten bzw. Anzahlungen auf Sonderposten passiviert sowie die entsprechenden Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen in das Folgejahr übertragen.

Im Haushaltsjahr 2013 wurden im Teilhaushalt 511.02 „Vorbereitung und Durchführung der Stadterneuerung“ Zinszahlungen in Höhe von 333,6 TEUR verbucht.

Betriebe gewerblicher Art (BgA)

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat nachfolgend aufgeführte 12 BgA gemäß § 4 Abs. 1 Körperschaftsteuergesetz.

- EDV Dienstleistungen
- Betreuung Dritter
- Stadthafen
- Vermietung Rolandsaal und Rolandzimmer
- Vermietung Kirchenschiff Paulikloster
- Vermessung nach HOAI
- Luftbilder
- Verkehrswertgutachten
- Friedenswarte
- Bodendenkmale
- Duales System
- Personalgestellung BUGA

Diese stellen keine eigenständigen Organisationseinheiten dar, sondern dienen der Abgrenzung steuerlich zu erfassender Leistungen.

Anlagen zum Anhang:

1. Abschreibungstabelle der Stadt Brandenburg an der Havel
2. Übersicht über die wirtschaftliche Betätigung
3. Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen auf Produktbereichen

Brandenburg an der Havel, den

Detlef Reckow
Kämmerer

Abschreibungstabelle der Stadt Brandenburg an der Havel

	Bezeichnung	ND
A	Abfallkörbe	10
	Abfalltonnen / - container	10
	Abfallcontainer Unterflur	15
	Abrollbehälter (Feuerwehr)	15
	Absaugpumpen	6
	Abschleppmatte (zum Hartplatz abziehen)	5
	Abw.-Reinig.-Anl., biolog.Stufe, masch.Teil d. BelebungsAnl. mit Druckbelüftung	12
	Abw.-Reinig.-Anl., biolog.Stufe, masch.Teil d. BelebungsAnl. mit Oberflächenbelüfter	10
	Abwasserhebeanlagen, baulicher Teil:	30
	Abwasserhebeanlagen, maschineller Teil, sonstige Pumpen	8
	Abwasserhebeanlagen, maschineller Teil: Schneckenpumpen	15
	Abwasserkanäle	50
	Abwasserreinigungsanlagen, biol. Stufe,masch. Teil des Nachklärbeckens	12
	Abwasserreinigungsanlagen, biol.Stufe, masch. Teil der Tropfkörperanlage	20
	Abwasserreinigungsanlagen, biologische Stufe, baulicher Teil:	30
	Abwasserreinigungsanlagen, mech. Stufe, masch. Teil der Rechenanlage	10
	Abwasserreinigungsanlagen, mech. Stufe, masch. Teil des Sandfanges	8
	Abwasserreinigungsanlagen, mech.Stufe, masch. Teil des Absetzbeckens	12
	Abwasserreinigungsanlagen, mechanische Stufe, baulicher Teil:	30
	Abwasserreinigungsanlagen, Schaltwerte, elektrischer Teil:	10
	Adressiermaschinen	10
	Akkumulatoren - Batterien	8
	Aktenvernichter	10
	Alarmanlagen	15
	Amphibienleiteinrichtung	30
	Anhänger (PKW / LKW)	8
	Anrufbeantworter	5
	Anzeigetafel (elektronisch)	15
	Arbeitsplatte	15
	Asphaltwege	20
	Astzerkleinerer	6
	Atemschutzgerät	8
	Atemschutzübungsstrecke (Feuerwehr)	30
	Atmungsgeräte	5
	Audiovisuelle Geräte (Fernseher, Audio, Video usw.)	7
	Aufenthaltsgebäude Holzkonstruktion	20
	Aufenthaltsgebäude, massiv	80
	Aufenthaltsgebäude, teilmassiv	40
	Aufrufanlage	10
	Aufsitzrasenmäher	6
	Aufzugsanlagen	15
	Ausfahrtvorrichtungen (elekt. Einfahrtstore)	8
	Außenbeleuchtung	10
	Außenbord-Bootsmotor	8
	Autohebebühne	8
	Autosampler	8
	Autotelefone	5
B	Babywaage	10
	Badeanstalten, künstl. angelegte Badebecken	30
	Badehallen und -häuser, massiv	80
	Badehallen und -häuser, teilmassiv	40
	Badekabinen, Holzkonstruktion	20
	Badekabinen, massiv	80
	Badekabinen, teilmassiv	40
	Bädereinrichtungen	10
	Baggerlader	8
	Bahnübergangsanlage (Lichtsignal)	15
	Bahrwagen	10
	Ballfangzaun Metall	20
	Bandlaufwerke	5
	Bänke aus Holz	8
	Bänke aus Metall oder Kunststoff	20
	Bänke aus Stein, Mauerwerk	30
	Baracken , Holzkonstruktion	20
	Baracken, teilmassiv	40
	Baulicher Teil Kompostieranlage	25
	Baustellensicherungsgeräte	3
	Baustellensicherungshänger	6
	Baustellenwagen	10
	Be- und Entlüftungsanlagen (Klimaanlagen)	8
	Be- und Entlüftungsgerät	8
	Be- und Verarbeitungsmaschinen	10
	Beamer	5
	Beatmungsgeräte	6

	Bezeichnung	ND
	Beckeneinstiegsleitern	20
	Beckenreiniger	10
	Beleuchtung, außen	10
	Beleuchtung, Bühne	20
	Beleuchtung, Straße	20
	Beleuchtung, Flutlichtanlage	20
	Beleuchtungsanlagen	10
	Belüftergerät für Rasen	10
	Benzinabscheiderwagen	7
	Beregnungsanlage, mobil	8
	Beregnungsanlage, stationär	10
	Beschallungsanlage	10
	Bestuhlung von Trauerhallen	20
	Betonmischer	6
	Betreuungskraftwagen	15
	Betriebsfunk-, Sprechanlagen	8
	Betten	15
	Bewegliche Kunstgegenstände	0
	Biegemaschinen	10
	Blitzschutzanlagen	80
	Bodenbelüfter	10
	Bohrhämmer	6
	Bohrmaschinen (mobil)	6
	Bohrmaschinen (stationär)	10
	Bolzplätze (rote Erde)	10
	Bootsanhänger	8
	Briefkastenanlage	12
	Brücken, Holzkonstruktion	20
	Brücken, Mauerwerk oder Beton	80
	Brücken, Stahlkonstruktion	70
	Brunnen, Zierbrunnen u. dgl. aus Holz	10
	Brunnen, Zierbrunnen u. dgl. aus Metall oder Kunststoff	20
	Brunnen, Zierbrunnen u. dgl. aus Stein oder Mauerwerk	30
	Brunnen, zur Wassergewinnung	20
	Brutschränke	10
	Bücher	3
	Bühnenausstattung	15
	Bühnenbeleuchtungs-Stellwerk	20
	Bühnenpodium, versenkbar	15
	Bühnenzubehör	20
	Büroausstattung / Büromöbel	15
	Bürocontainer	8
	Bürogebäude, massiv	80
	Bürogebäude, teilmassiv	40
	Büromaschinen	8
	Buschhacker	6
C	Cardiotokographen	8
	Chirurgisches Besteck	6
	Chlorgas-Dosiergerät	15
	CO 2- Füllanlage	8
	Computertomographen	8
	Container	10
D	Dampfversorgungsleitungen	15
	Datenkabelnetz	10
	Defibrillatoren	6
	Dialysegeräte	8
	Digitalisiertische	5
	Diktiergeräte	8
	Dosierpumpe (Druckerhöhungsgerät)	10
	Drehbänke	15
	Drehbühnen	15
	Drehleiter	15
	Dreiseitenkipper	8
	Drucker (Nadel-, Matrix-, Tintenstrahl- und Laserdrucker)	5
	Druckereimaschinen	10
	Druckerhöhungsanlagen	20
	Druckrohrleitungen für Abwasser	30
	Druckrohrleitungen für Sickerwasser	15
	Durchlauferhitzer	8
	DV-Anlagen (Anlagen der mittl. Datentechnik)	5
	DV-Anlagen (Großrechneranlagen)	5
	Dynamomaschinen und Elektromotoren	15
E	Empfangstresen	10
	Einäscherungsöfen	20
	Einbauspindel	10
	Einfriedungen aus Holz	8

	Bezeichnung	ND
	Einfriedungen aus Mauerwerk und Beton	30
	Einfriedungen, aus Eisen mit Sockel	20
	Einfriedungen, aus Draht	10
	Eingangshallen (Freibäder)	40
	Einsatzleitwagen	15
	Eisbearbeitungsmaschinen	10
	Eiserner Vorhang	40
	Eiserner Vorhang, mechanischer Teil d. Vorhänge	40
	Eiserzeuger	10
	Eislaufhallen	30
	EKG-Gerät	6
	Elektrofahrzeuge	10
	Elektrokarren	10
	Elektrotherapiegeräte	8
	Endoskopiegeräte	8
	Entlüftungsanlagen	8
	Entnebelungsanlagen	15
	Entwässerungssystem Kompostwerk	15
	Erdböhrer	6
	Erdfräse	5
	Erdspeicher	10
	Erste Hilfe-Schränke	10
	Experimentiertisch	15
F	Fahrrad	7
	Fahrradständer, offen	10
	Fahrradständer, überdacht	15
	Fahrzeughallen, Holzkonstruktion	20
	Fahrzeughallen, massiv	80
	Fahrzeughallen, teilmassiv	40
	Fäkalienwagen	8
	Faxgeräte	5
	Fernschreiber	5
	Fernsehapparat	7
	Fernsprechnebenstellenanlage	10
	Fernsprechzentralen mit Anschlüssen	10
	Feuerlöschfahrzeug	15
	Feuerlöschgeräte	8
	Feuerlöschgeräte (Handdrucklöschpistole)	6
	Feuerlöschgeräte (Handfeuerlöschgerät)	6
	Feuermeldeanlagen	10
	Feuerwehrgerätehäuser, massiv	80
	Feuerwehrgerätehäuser, teilmassiv	40
	Feuerwehroleitern (mechanisch)	15
	Feuerwehrschränke	10
	Feuerwehrschutzanzug (Gas-Säure-Kontaminations-Schutzanzug)	3
	Filmentwicklungsmaschinen	10
	Filteranlage	15
	Flip-Chart	5
	Flüssigkeitssauger	10
	Flutlichtanlage	20
	Frankiermaschinen	6
	Fräsmaschinen, stationär	10
	Freileitungen für Strom	20
	Freischneider	3
	Friedhofsbagger	8
	Friedhofskapellen	80
	Friedhofskreuze	20
	Fugenschneidegerät	6
	Funkalarmempfänger	6
	Funkanlagen	6
	Funkgerät	6
	Funksprechgerät/Handfunksprechgerät	6
	Funktelefon	5
G	Gabelstapler	8
	Garagen, Holz- und Blechkonstruktion	20
	Garagen, massiv	80
	Garagen, teilmassiv	40
	Garderobenausstattung	10
	Gartenmöbel	8
	Gaschromatograph	10
	Gasleitungen	40
	Gaststätten, massiv	80
	Gaststätten, teilmassiv	40
	Gefriergerät	10
	Geländer (Schutzgeländer) Eisen	20
	Geländer (Schutzgeländer) Holz	10

	Bezeichnung	ND
	Gemeinschaftsantennen	10
	Generator	5
	Gerätegebäude u. Schuppen, Holzkonstrukt.	20
	Gerätegebäude u. Schuppen, massiv	80
	Gerätegebäude u. Schuppen, teilmassiv	40
	Gerätewagen	15
	Geschäftsgebäude, massiv	80
	Geschäftsgebäude, teilmassiv	40
	Geschirrspülmaschinen	8
	Geschwindigkeitsmessgerät	10
	Gewächshäuser	20
	Gleiseinrichtungen	25
	Grabsicherheitslaufroste	10
	Grabverbaugerätesatz	3
	Großflächenmäher	6
	Grund und Boden der Anlagengruppen A 03..	0
	Grund und Boden der Anlagengruppen A 04..	0
	Grundstücksanschlußkanäle	50
	Grundwasser messstellen	8
	Gummiradwalze	10
H	Häcksler	6
	Hallenbäder	60
	Hallenbauten, Holzkonstruktion	20
	Hallenbauten, massiv	80
	Hallenbauten, teilmassiv	40
	Hand- und Kreissägemaschinen	7
	Handscheinwerfer	6
	Hartplatzpflegegerät	5
	Heckenschere	4
	Heckenschneidmaschine	6
	Heißwasserbereitungsanlage	8
	Heizkanäle	40
	Heizungsanlagen, Niederdruckdampf-	15
	Heizungsanlagen, Warmluft	15
	Heizungsanlagen, Warmwasser	15
	Hitzeschutzanzug	3
	Hitzeschutzüberwurf	3
	Hobelmaschinen, mobil	8
	Hobelmaschinen, stationär	10
	Hochbeet	30
	Hochdruckreinigungsgerät	5
	Hochdruckspülwagen	8
	Hochleistungslüfter	8
	Holzspaltgerät	10
	Hubkorb	10
	Hubsteiger	10
	Hubwagen	8
	Hydraulikhammer	6
I	Industriestaubsauger	8
	Infusionsgeräte	6
	Inhalationsgeräte	8
	Instrumentenschränke	10
	Instrumententische	10
	Instrumentenwagen	10
	interaktive Tafel	8
	Ionenchromatograph	8
K	Kabelleitungen	33
	Kabelleitungen (erdverlegt)	33
	Kabelnetz für Telekommunikationsanlagen	20
	Kälteerzeugungsanlagen	30
	Kaltwasserversorgungsleitungen	20
	Kamera (Digitalkamera)	5
	Kamera (Reprokamera)	10
	Kamera (Spezialminikamera kl. Fernauge)	5
	Kamera (Wärmebildkamera)	5
	Kanalleuchte mit Anschluß	8
	Kanalrohrfräse	5
	Kapellenausstattung	60
	Kartenschrank, Stahl	20
	Kassensystem	8
	Kastenwagen	8
	Katamaran	8
	Kehrmaschinen, Bürgersteig-	8
	Kehrmaschinen, Dreirad	5
	Kehrmaschinen, Hand-	5
	Kehrmaschinen, selbstaufnehmend	8

	Bezeichnung	ND
	Kehrmaschinen, Straßenkehrmaschine	8
	Kehrmaschinen, Vorbaukehrmaschine	5
	Kehrrichtkarren	10
	Kernspintomographen	8
	Kesselhäuser, massiv	80
	Kesselhäuser, teilmassiv	40
	Kettensäge	5
	Kettenschleifgerät	10
	Kindergärten, massiv	80
	Kläranlage Kompostwerk	20
	Kleinbagger	8
	Kleinbus	8
	Kleineinsatzfahrzeug	8
	Kleintraktor	8
	Kleintransporter	8
	Klimaanlagen	8
	Klingelanlage	10
	Kolonnenfahrzeug	6
	Kommandowagen	12
	Kompostplätze Deponie	8
	Kompostplätze Grünflächen	20
	Kompressor	10
	Konferenzenanlage	10
	Kopierdrucker	8
	Kopiergerät	5
	Kraftfahrdrehleiter	15
	Krafträder	6
	Kran, Ladekran	10
	Kran, Laufkran	10
	Krananlagen	10
	Kräne, Hebezeuge (fest)	17
	Krankentragen mit Fahrgestell	6
	Krankentransportwagen	6
	Kranwagen	8
	Kranztransportwagen	10
	Kreiselstreuer	8
	Kreissäge	7
	Krematorien (ohne Einäscherungsöfen)	80
	Kücheneinrichtung	15
	Küchengeräte	10
	Kühleinrichtungen	10
	Kühlhäuser	80
	Kühlvitrinen	10
	Kühlzellen	20
	Kuvertiermaschinen	6
L	Laboreinrichtungen	15
	Laborgeräte	10
	Labormühle	15
	Laborwaagen (Analysewaagen)	10
	Laborwaagen (Präzisionswaagen)	10
	Laborzentrifugen	8
	Laderampe, Beton/Mauerwerk	80
	Laderampe, fahrbar	10
	Ladestationen	8
	Lärmschutzwände (Betonkern mit Holz)	30
	Lärmschutzwände (Beton)	40
	Lagereinrichtungen	10
	Lagerhäuser, Holzkonstruktion	20
	Lagerhäuser, massiv	80
	Lagerhäuser, teilmassiv	40
	Laptop	5
	Lastkraftwagen	8
	Laubblasgeräte	6
	Lautsprecheranlagen	8
	Lehr- und Lernmaterial	3
	Leichenhallen	80
	Leichenwagen	10
	Leitern, fahrbare	15
	Leitpfostenwaschgerät	8
	Leitstellentisch	15
	Leitsystem (Schilder)	15
	Leseputz	10
	Lichtmaschinenprüfstände	10
	Lichtsignalanlagen	15
	LKW-Waage	15
	Löschgruppenfahrzeug	15

	Bezeichnung	ND
	Löschwasserbrunnen	20
	Lötgeräte	10
	Luftbefeuchter	8
	Luftbildaufnahmen	3
M	Mähgeräte (Rasen-, Sichel-, Spindel-, Balken-, Kreisel-, Frontauslegemäher usw.)	6
	Mannschaftstransportfahrzeuge	15
	Markierungsmaschine	20
	Markisen (außen)	10
	Markthallen, Holzkonstruktion	20
	Markthallen, massiv	80
	Markthallen, teilmassiv	40
	Marmorkiesreaktor (Chloranlage)	10
	Maschinelle Einrichtungen d. komm. Entwässerung, Dauer- u. Schneckenpumpen	15
	Maschinelle Einrichtungen d. komm. Entwässerung, sonstige Pumpen	8
	Maschinenhäuser, massiv	80
	Maschinenhäuser, teilmassiv	40
	Maschinentchnik Kompostwerk	10
	Maskendichtprüfgerät	10
	Medientechnik	10
	Megacode-Trainer	6
	Meß- und Steuerungseinrichtungen allgemein	8
	Meßgeräte (Abwasser)	10
	Metallkreissäge	7
	Mikrofilmlesegeräte	8
	Mikroskope (Binokularmikroskope)	10
	Mikroskope allgemein	6
	Mikroskope mit Beleuchtungseinrichtung	10
	Möbel (Einbaumöbel)	20
	Möbel (Polstermöbel)	10
	Montagewerkzeugschrank	8
	Motorboote	8
	Motoren, Dieselmotoren,	15
	Motoren, Drehstrommotoren	15
	Motoren, Elektromotoren	15
	Motorpumpe	6
	Motorrad	6
	Motorsägen	6
	Motorsense	6
	Mulde (Großraummulde)	10
	Muldenkipper	8
	Multicar (inkl. Anbaugeräte)	8
	Müllentsorgungsfahrzeug	6
	Mülltonnen	10
	Mülltonneninstandhaltungsgerät	15
	Mülltonnentransportkarren	10
	Müllverdichter/Radlader	8
	Musikinstrumente (Blasinstrumente)	10
	Musikinstrumente (Schlaginstrumente)	10
	Musikinstrumente (Streichinstrumente)	8
	Musikinstrumente (Tastensinstrumente)	15
	Musikinstrumente allgemein	10
N	Nähmaschinen	8
	Narkosegerät	5
	Nassschneidetischsäge	6
	Nebelprüfgerät	7
	Netzwerkverteiler	5
	Nivelliergerät	7
	Notarzteinsatzwagen	6
	Notebook	5
	Notfallkoffer	6
	Notrufanlage Leitstelle	8
	Notstromaggregat	15
	Notwasserbrunnen	20
O	Offene Gräben (soweit Bestandteil der kommunalen Entwässerung)	20
	Omnibus	10
	Overheadprojektoren	7
	Ozonmeßstation	10
P	Paginiermaschinen	10
	Palettengabel	10
	Parkhäuser	80
	Parkleitsystem	10
	Parkscheinautomat	10
	Parkuhren	15
	Pausensignalanlagen	10
	Pavillionbauten, Leichtbauweise	20
	PC einschl. Server u. Einbauarten, Workstation, Laptop, Notebook	5

	Bezeichnung	ND
	Permanentsauger	8
	Personaldatenschrank	15
	Personenkraftwagen	8
	Pferdebox	15
	Pflastersteinwege	10
	Photometer (Spektral- u. sonstige Photometer)	10
	Planierdraht	8
	Planschrank, Stahl	20
	Plattenschneider	8
	Plattenwege	10
	Plexiverglasung Eislaufhalle	8
	Plotter	5
	Poller (Straßenverkehr)	8
	Prahm (Arbeitsboot)	8
	Preßluftatmer	6
	Preßluftflasche	8
	Preßlufthammer	6
	Preßlufttauchgerät	6
	Pritschenwagen	8
	Projektionswände (mobil), Leinwände	7
	Pulsometer	6
	Pulversaugmaschine	8
	Pumpen	6
	Pumpwerk für Sickerwasserbehandlungsanlage (Deponie)	15
R	Radlader	8
	Rasenkantenpflug	6
	Raumtrenner	15
	Rednerpult	15
	Regal	15
	Registrierkassen	8
	Reinigungsgeräte	8
	Reißwolf	10
	Requisiten	8
	Rettungsboot (Feuerwehr)	15
	Rettungstransportwagen	6
	Rettungswachen	80
	Rettungsweste	8
	Rettungszyylinder	5
	Rollregalanlage	20
	Rollschuhbahnen	20
	Rollwagen	10
	Röntgen-Geräte	8
	Ruderboot	10
	Rufanlagen	10
	Rundfunkgeräte	5
	Rüttelplatte	8
	Rüstwagen	15
S	Sägen aller Art, mobil	7
	Sägen aller Art, stationär	10
	Salzstreuer für den Winterdienst	8
	Sandstreuer für den Winterdienst	8
	Sargversenk- und Hebeanlagen, stationär	40
	Sargversenk- und Hebeanlagen, transportabel	10
	SAT-Anlage	5
	Sattelschlepper	8
	Sauerstoff-Schutzgerät	10
	Saugschläuche	8
	Scanner	5
	Schadstoffmobil (LKW)	6
	Schaltanlagen für Licht und Kraft	17
	Schaltanlagen, elektrisch	15
	Schaufeltragen	6
	Scheinwerfer	8
	Scheunen, Holzkonstruktion	20
	Scheunen, massiv	80
	Scheunen, teilmassiv	40
	Schiebeleiter	10
	Schilder (Verkehrs- u. sonstige Hinweisschild)	15
	Schlaghammer	6
	Schlammbehandlung, Gasspeicherung u.- verwertung, Gasmaschinenanlagen	20
	Schlammbehandlung, Eindicker, baulicher Teil	30
	Schlammbehandlung, Eindicker, maschineller Teil	12
	Schlammbehandlung, Faulräume, baulicher Teil	33
	Schlammbehandlung, Faulräume, maschineller Teil	10
	Schlammbehandlung, Gasspeicherung u.- verwertung, Gasbehälter	17
	Schlammbehandlung, Maschinelle Schlammwässerung	10

Bezeichnung	ND
Schlammbehandlung, Natürliche Schlammwässerung	30
Schlammsaugewagen	8
Schlauchboot	4
Schlauchboot (Feuerwehr)	15
Schlauchhaspel	8
Schlauchwäsche fest	20
Schlauchwäsche mobil	20
Schlauchwaschmaschine	10
Schleifbock	10
Schleifmaschinen, mobil	8
Schleifmaschinen, stationär	10
Schlepper	8
Schleusen, Beton	80
Schleusen, Holz	20
Schleusen, Stahl	60
Schließanlage	15
Schneeketten	8
Schneepflüge	10
Schneeräumschild	10
Schneidemaschine	8
Schneidgerät	8
Schornsteinanlage	25
Schornsteine aus Mauerwerk und Beton	40
Schornsteine aus Metall	20
Schrank/ Schrankwand	15
Schrankenanlage, handbetrieben	20
Schrankenanlage, elektrisch betrieben	15
Schreibmaschinen	8
Schuleinrichtungen / Einrichtungen von Kindertagesstätten	10
Schulgebäude, massiv	80
Schulgebäude, teilmassiv	40
Schuppen, Holzkonstruktion	20
Schuppen, massiv	80
Schuppen, teilmassiv	40
Schutzanzug (Chemie)	3
Schutzanzug-Trockner	10
Schutzhütte, Holz	10
Schweißgeräte	6
Schwimmbecken mit Sprungturm (massiv)	30
Schwimmsteg	15
Sehtestgerät (Nykometer)	12
Sehtestgerät (Schnelltester)	8
Server	5
Serverschrank	10
Sicherheitslaufrost	10
Siebdruckanlage	15
Signalanlagen	15
Silobauten, aus Mauerwerk und Beton	40
Silobauten, aus Stahl	20
Silostreugerät	8
Sinkkästenreinigungswagen	7
Sirenenanlage	8
Skulpturen	0
Slipanlage	20
Software (Anwendungen Spezial)	10
Software (Anwendungen Standard)	5
Software (Betriebssysteme u. Netzwerk)	5
Solaranlage	15
Sonderfahrzeuge	7
Sonstige masch. Einrichtungen d. komm. Entwässerung, z.B. Schieber, Regel	20
Sonstige Spezialfahrzeuge	7
Spielgeräte (Wippe, Rutsche, Schaukel, Klettergeräte usw.)	8
Spielplätze	10
Sportgeräte (Fitnessgeräte usw.)	10
Sporthafen	40
Sporthallen, Holzkonstruktion	20
Sporthallen, massiv	80
Sporthallen, teilmassiv	40
Sportplätze/ Bolzplätze (rote Erde)	10
Sportplätze (Rasen- und Hartplätze)	20
Sprechanlagen	10
Sprechfunkanlagen	8
Sprinkleranlagen	20
Spritzen	6
Spritzenpumpen	6
Spritzmaschine für Haftkleber	5

	Bezeichnung	ND
	Sprungbrett (Schwimmbad)	10
	Sprungeinrichtungen in Frei- u. Hallenbädern	15
	Spülschlauch	5
	Stadiontribüne	20
	Stahlschränke	20
	Stallungen, Holzbauten	20
	Stallungen, massiv	80
	Stallungen, teilmassiv	40
	Stampf- und Rüttelgeräte	8
	Steckleiter	8
	Stege (Anlege-, Bade-) aus Holz	10
	Stege (Anlege-, Bade-) aus Stein/Eisen/Beton	20
	Stereoanlage (Eislaufhalle)	5
	Sterilisatoren (Heißluft und Gas)	8
	Strahlenmeßausrüstung	10
	Straßen aus Beton	40
	Straßen aus Verbundsteinpflaster	10
	Straßen mit schwerer Packlage	20
	Straßen ohne schwere Packlage	15
	Straßenabläufe einschl. Anschlußkanäle	40
	Straßenablaufreinigungswagen	7
	Straßenbeleuchtung	20
	Straßenfräse	5
	Streuautomaten für den Winterdienst	8
	Streiffahrzeuge	8
	Streugutkästen	15
	Stromerzeuger	8
	Stromversorgungsleitungen	20
	Stromverteiler (Märkte)	10
	Stützmauer	30
T	Tafeln	15
	Tank- und Waschplatz	10
	Tank- und Zapfanlagen	15
	Tanklöschfahrzeug	15
	Taucheranzug	8
	Taucherschutzhelm	8
	Tauchertelefon	5
	Tauchgerät	8
	Tauchpumpe	5
	Teeküche (Möbel ohne Einbaugeräte)	15
	Teerkocher	10
	Teerspritze	10
	Telekommunikationseinrichtungen, fest	10
	Telekommunikationseinrichtungen, mobil	5
	Tennishallen / Squashhallen u.ä.	30
	Teppiche	8
	Theatergebäude	80
	Theke	10
	Theodolit	7
	Tiefgaragen	80
	Tiergartenzaun	10
	Tischlampe	10
	Trafostation für Sickerwasserbehandlungsanlage (Deponie)	15
	Tragestühle	5
	Tragkraftspritze	10
	Tragkraftspritzenanhänger	15
	Tragkraftspritzenfahrzeug	15
	Traktoren	8
	Transformatoren	20
	Trauerhallen	80
	Trennschleifer	8
	Treppe außerhalb von Gebäuden, teilmassiv	40
	Treppen außerhalb von Gebäuden, Holzkonstrukt	20
	Treppen außerhalb von Gebäuden, massiv	80
	Tresore, Panzerschränke	20
	Trockenschränke	10
	Trockentanklöschfahrzeug	10
	Tunnelanlagen	50
	Turnhallen, massiv	80
	Turnhallen, teilmassiv	40
U	Überwachungsanlage (Video)	10
	Uhrenanlagen	15
	Ultraschallgeräte	8
	Umkleidekabinen, Holzkonstruktion	20
	Umkleidekabinen, massiv	80
	Umkleidekabinen, teilmassiv	40

	Bezeichnung	ND
	Umweltmeßstation	10
	Umzäunung aus Draht	10
	Umzäunung aus Eisen m. Sockel	20
	Umzäunung aus Holz	8
	Umzäunung aus Mauerwerk u. Beton	30
	Unimog	8
	Unkrautbürste	3
	Unkrautspritze	6
	USV für Server	8
V	Vakuummatratzen	6
	Verkaufstheken	10
	Verkehrsrechner (Verkehrsleitsystem)	10
	Vermessungsgeräte, elektronisch	5
	Vermessungsgeräte, mechanisch	8
	Versorgungsleitungen Sickerwasserbehandlungsanlage	15
	Verstärkeranlage	10
	Verticutierer	8
	Verwaltungsgebäude, massiv	80
	Verwaltungsgebäude, teilmassiv	40
	Vielkanalgerät	10
	Vitrinen/Schaukästen	10
	Voliere	10
	Vollschutzanzug	3
	Vollschutzmasken	3
	Vorhang	7
W	Waagen	10
	Wagenwaschanlagen	20
	Walze	8
	Walzenanhänger	10
	Wärmetherapiegeräte	8
	Warmwasserversorgungsleitungen	20
	Wartehallen (Leichtbau)	15
	Wartehallen (massiv)	20
	Wäschetrockner	8
	Waschmaschinen	8
	Wasserrfässer	10
	Wasserleitungen	30
	Wasserpumpe	6
	Wassersauger	12
	Wasserschöpfbecken/Wasserschöpfstellen	20
	Wassertretbecken, massiv	30
	Wassertürme	40
	WC-Gebäude Betonfertigbau	40
	WC-Gebäude massiv	80
	Wechselladerfahrzeug (Feuerwehr)	15
	Wege und Plätze (wassergebunden)	15
	Wege und Plätze aus Beton	40
	Wege und Plätze aus Verbundsteinpflaster	10
	Wege und Plätze mit schwerer Packlage	20
	Wege und Plätze ohne schwere Packlage	15
	Werkstatteinrichtung	10
	Werkstattgebäude, massiv	80
	Werkstattgebäude, teilmassiv	40
	Werkstattmaschinen und -geräte	10
	Werkzeuge	8
	Winden: Motorwinden	8
	Winden: Handwinden	17
	Windmessanlage	8
	Winterdienstgeräte allgemein	8
	Wohngebäude, massiv	80
	Wohngebäude, teilmassiv	40
Z	Zaun, Draht	10
	Zaun, Holz	8
	Zaun, Metall	20
	Zaun, Tiergartenzaun	10
	Zeichentisch	15
	Zeiterfassungsgeräte	8
	Zeitmesssystem	8
	Zentrifugen	8

**Übersicht über die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Brandenburg an der Havel in Form von Eigenbetrieben und Beteiligungsgesellschaften
(Stand 31.12.2013)**

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in EUR
1. Eigenbetriebe					
Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel	Marienbad	100,00		Sondervermögen	25.565,00
Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	GLM	100,00		Sondervermögen	50.000,00
2. Verbundene Unternehmen					
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	WOBRA	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.564.600,00
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	TWB	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	102.400,00
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	Klinik	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Brandenburger Theater GmbH	BT	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH	BAS	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.565,00
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	PEK	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	Wofü	100,00	WOBRA	100 % WOBRA	332.339,71
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	TGZ	52,00		52 % Stadt Brandenburg an der Havel 10 % Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam 10 % RFT Brandenburg GmbH 9 % Fachhochschule Brandenburg 5 % Villmann GmbH 3 % REMONDIS GmbH & Co. KG 3 % Atlas Info-Systeme 1 % Börner GmbH 1 % Ing.-Büro Friedrich 1 % Perkers Verkehrstechnik GmbH 1 % HWG GmbH 1 % Lenz & Mundt Betonsanierung GmbH 1 % HIB GmbH 1 % Honeywell GmbH 1 % Gewerbeverein Brandenburg e.V.	26.587,17 5.112,92 5.112,92 4.601,63 2.556,46 1.533,88 1.533,88 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	VBr	100,00	TWB	100 % TWB GmbH	1.971.100,00
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	BDL	51,00	StWB	100 % StWB GmbH	434.600,00
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	StWB	51,00	TWB	51,00 % TWB GmbH 36,75 % E.ON edis AG 12,25 % EMB GmbH	4.172.142,00
Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel GmbH	BRAWAG	51,00	StWB	100 % StWB GmbH	3.389.865,14
Klinik Service Center GmbH	KSC	51,00	Klinikum	51 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 25 % P. Dussmann GmbH 14 % Gebäudereinigung Brandenburg GmbH 10 % Caritas	12.750,00
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	MVZ	100,00	Klinikum	100 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	25.000,00
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	MEBRA	51,00		51 % Stadt Brandenburg an der Havel 48 % REMONDIS Nord/Ost 1 % Landkreis Potsdam-Mittelmark	15.300,00
Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH	KLB	100,00	Klinikum	100 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	25.000,00
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	RPB	51,00	MEBRA	100 % Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	510.000,00
3. Beteiligungen					
Klinikum Westbrandenburg GmbH	KWB	50,00	Klinikum	50 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 50 % Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH	12.500,00
4. Zweckverbände					
Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion					1,00
Wasser- und Abwasserzweckverband Emster					1,00
Brandenburgische Kommunalakademie					1,00
5. Sonstige					
Havelländische Wasser GmbH	HWG	13,34		13,34 % Stadt Brandenburg an der Havel	34.103,17
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	VBB	1,85		1,85 % Stadt Brandenburg an der Havel	6.000,00

Erläuterungen:

1. Sondervermögen: Der Eigenbetrieb stellt ein aus der Verwaltung ausgeliebertes Sondervermögen dar mit eigener Verfassung (Betriebsatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Die Stadt haftet für den Eigenbetrieb unmittelbar und unbeschränkt.

2. Verbundene Unternehmen: Unternehmen der Stadt in der privaten Rechtsform einer GmbH, an denen diese mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen, jedoch über 50 % beteiligt ist.

3. Beteiligungen: Unternehmen der Stadt in der privaten Rechtsform einer GmbH, an denen diese mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen (über 20 % bis einschließlich 50 %) beteiligt ist.

4. Zweckverbände: Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung (§ 5 Absatz 1 GKG).

Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen in das Haushaltsjahr 2013 (§ 58 Abs. 2 Nr. 10 KomHKV)

Produktbereich	Bezeichnung	Aufwand	Finanzauszahlungen gesamt	davon	
				aus laufender Verwaltungstätigkeit	aus Investitions- tätigkeit
11	Innere Verwaltung	816.615,77	301.240,27	192.798,35	108.441,92
12	Sicherheit und Ordnung	303.731,42	1.577.456,19	698.643,78	878.812,41
21 - 24	Schulträgeraufgaben	0,00	779.204,60	303.578,25	475.626,35
25 - 29	Kultur und Wissenschaft	50.059,70	244.759,99	60.926,54	183.833,45
31 - 35	Soziale Hilfen	158.511,83	2.093.660,81	1.278.837,56	814.823,25
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0,00	3.665.602,61	2.514.705,74	1.150.896,87
41	Gesundheitsdienste	45.301,61	19.575,22	19.575,22	0,00
42	Sportförderung	20.525,51	320.297,55	59.632,74	260.664,81
51	Räumliche Planung und Entwicklung	3.545.239,19	20.719.044,39	3.819.348,71	16.899.695,68
52	Bauen und Wohnen	25.868,60	64.048,23	64.048,23	0,00
53	Ver- und Entsorgung	441.196,57	1.236.811,22	1.236.811,22	0,00
54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	267.422,12	2.762.114,09	594.021,61	2.168.092,48
55	Natur- und Landschaftspflege	49.842,00	1.298.763,04	515.195,70	783.567,34
56	Umweltschutz	0,00	0,00	0,00	0,00
57	Wirtschaft und Tourismus	109.324,74	1.264.537,53	117.307,73	1.147.229,80
61	Allgemeine Finanzwirtschaft	0,00	42.458,74	42.458,74	0,00
Summe:		5.833.639,06	36.389.574,48	11.517.890,12	24.871.684,36

davon übertragene <u>Auszahlungsermächtigungen</u> im Finanzhaushalt für Rückbuchungen in das Vorjahr	7.782.899,35	6.583.922,86	1.198.976,49
--	---------------------	---------------------	---------------------

in EUR

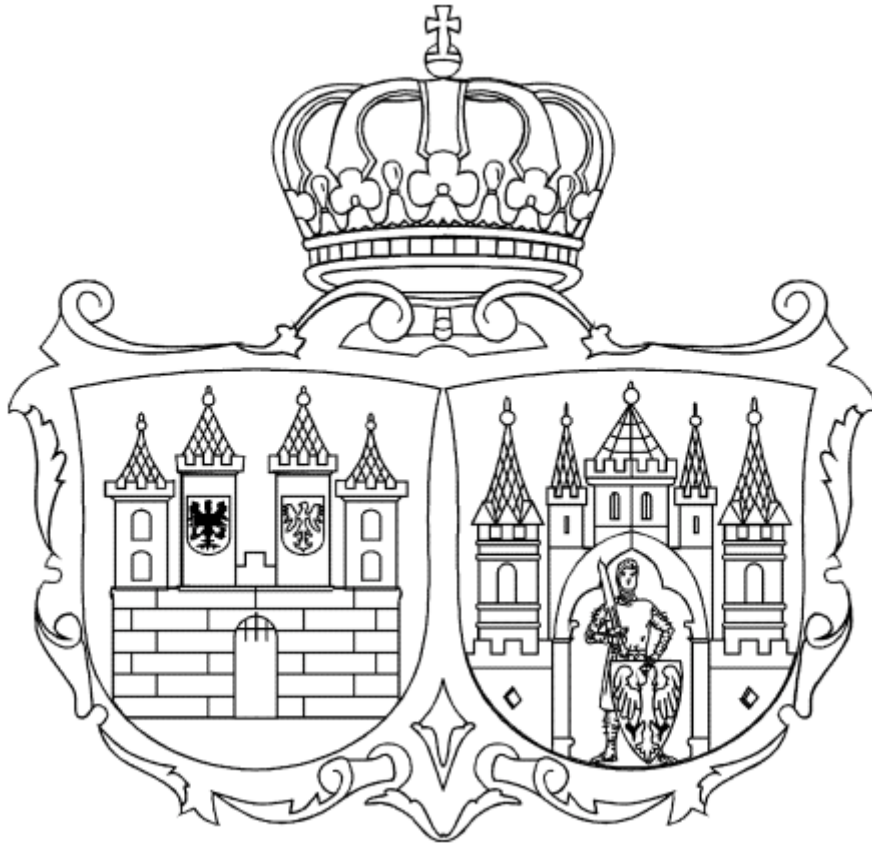
Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen in das Haushaltsjahr 2014 (§ 58 Abs. 2 Nr. 10 KomHKV)

Produktbereich	Bezeichnung	Aufwand	Finanzauszahlungen gesamt	davon	
				aus laufender Verwaltungstätigkeit	aus Investitions- tätigkeit
11	Innere Verwaltung	1.848.270,46	289.828,06	222.593,78	67.234,28
12	Sicherheit und Ordnung	1.767.729,15	656.390,38	381.130,20	275.260,18
21 - 24	Schulträgeraufgaben	0,00	1.499.561,26	667.500,44	832.060,82
25 - 29	Kultur und Wissenschaft	0,00	101.066,09	84.926,26	16.139,83
31 - 35	Soziale Hilfen	495.068,17	1.342.865,10	884.273,43	458.591,67
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.044,03	2.140.248,41	1.944.672,86	195.575,55
41	Gesundheitsdienste	0,00	50.799,25	50.799,25	0,00
42	Sportförderung	0,00	535.948,53	161.948,67	373.999,86
51	Räumliche Planung und Entwicklung	2.969.880,73	18.450.590,34	3.080.626,09	15.369.964,25
52	Bauen und Wohnen	90.511,90	99.710,16	92.110,16	7.600,00
53	Ver- und Entsorgung	231.785,00	1.135.153,88	1.135.153,88	0,00
54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	279.075,45	1.770.019,73	554.431,76	1.215.587,97
55	Natur- und Landschaftspflege	293.074,46	1.640.736,05	415.779,43	1.224.956,62
56	Umweltschutz	0,00	0,00	0,00	0,00
57	Wirtschaft und Tourismus	29.841,09	3.718.239,52	451.018,27	3.267.221,25
61	Allgemeine Finanzwirtschaft	0,00	55.111,11	55.111,11	0,00
Summe:		8.006.280,44	33.486.267,87	10.182.075,59	23.304.192,28
davon übertragene <u>Auszahlungsermächtigungen</u> im Finanzhaushalt für Rückbuchungen in das Vorjahr			7.424.734,24	5.541.333,85	1.883.400,39

4. Anlagen zum Jahresabschluss

4.2 Beteiligungsbericht

der Stadt Brandenburg an der Havel
zum 31.12.2013



Beteiligungsbericht

Stadt Brandenburg an der Havel

über das

Geschäftsjahr 2013

Herausgeber: Stadt Brandenburg an der Havel
Die Oberbürgermeisterin

Vorgelegt von: Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann

Redaktion: Fachgruppe Beteiligungen, Steuern und Abgaben

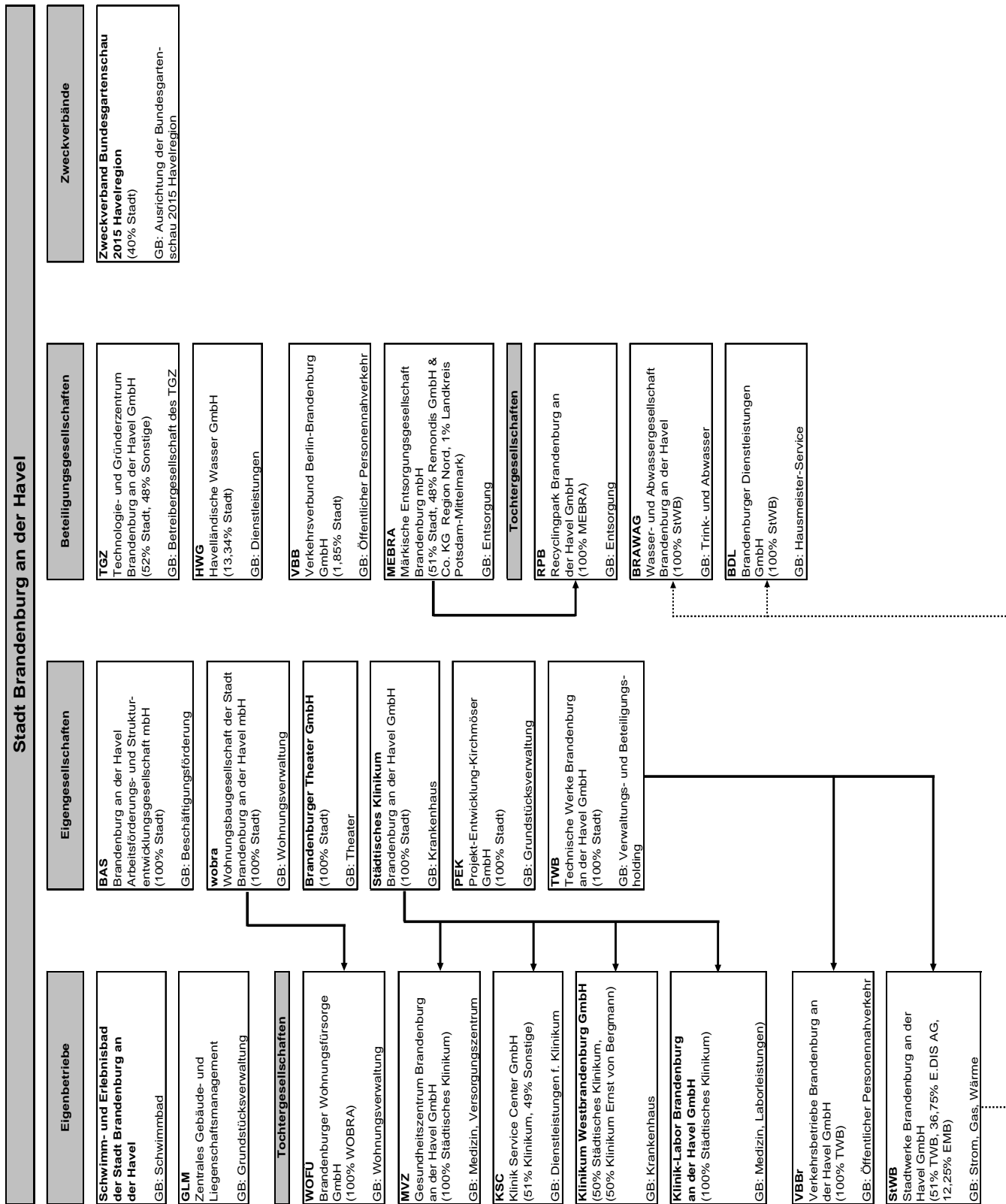
Redaktionsschluss: 31.12.2014

Inhaltsverzeichnis

I.	Graphische Darstellung der städtischen Unternehmen und Beteiligungen.....	3
I.1	Rechtliche Grundlagen.....	4
I.2	Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen.....	5
I.3	Verflechtung mit dem städtischen Haushalt.....	6
I.4	Übersicht über die Wirtschaftsprüfer der Eigenbetriebe sowie Eigen- und Beteiligungsgesellschaften.....	8
II.	Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel nach Branchen.....	9
III.1	Eigenbetriebe.....	11
III.1.1	Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel.....	12
III.1.2	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement.....	19
III.2	Eigengesellschaften.....	25
III.2.1	wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH.....	26
III.2.1.1	Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH.....	37
III.2.2	Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.....	44
III.2.2.1	KSC Klinik Service Center GmbH.....	54
III.2.2.2	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	62
III.2.2.3	Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH.....	72
III.2.2.4	Klinikum Westbrandenburg GmbH.....	78
III.2.3	Brandenburger Theater GmbH.....	80
III.2.4	Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH (TWB).....	87
III.2.4.1	Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.....	97
III.2.4.2	Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH.....	105
III.2.4.2.1	BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel.....	114
III.2.4.2.2	BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH.....	122
III.2.5	BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH.....	129
III.2.6	PEK Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH.....	138
III.3	Beteiligungsgesellschaften.....	142
III.3.1	Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	143
III.3.2	MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.....	151
III.3.2.1	Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH.....	161
III.3.3	VBB Verkehrsbund Berlin-Brandenburg GmbH.....	168

III.3.4	HWG Havelländische Wasser GmbH.....	179
III.4	Zweckverbände.....	188
III.4.1	Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion.....	189
IV.	Abkürzungsverzeichnis.....	I
V.	Erläuterungen.....	IV

I. Graphische Darstellung über die Eigenbetriebe, Eigen- und Beteiligungsgesellschaften und des Zweckverbandes der Stadt Brandenburg an der Havel



I.1. Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 98 Nr. 3 BbgKVerf hat die Beteiligungsverwaltung einen Beteiligungsbericht vorzubereiten und zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht 2013 gibt einen Überblick über das Beteiligungsportfolio und den Beitrag der einzelnen Gesellschaften zum Leistungsspektrum der Stadt Brandenburg an der Havel.

Basierend auf den Jahresabschlüssen der Unternehmen für das Geschäftsjahr 2013 werden ausgewählte Kennzahlen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der einzelnen Unternehmen im Überblick dargestellt.

Als wirtschaftliche Betätigung definiert § 91 Abs. 1 Satz 1 BbgKVerf das Herstellen, Anbieten oder Verteilen von Gütern, Dienstleistungen oder vergleichbaren Leistungen, die ihrer Art nach auch mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnten.

Voraussetzung für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde ist demnach, dass ein **öffentlicher Zweck** dies rechtfertigt und die Betätigung nach Art und Umfang in einem **angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit** der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht.

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, insbesondere § 92 BbgKVerf, ermöglicht der Gemeinde die Gründung von Unternehmen zur wirtschaftlichen Betätigung oder die Beteiligung an solchen Unternehmen. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind in § 91 und in § 92 BbgKVerf definiert.

Rechtsformen der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Brandenburg an der Havel:

Eigenbetrieb

Der Eigenbetrieb stellt ein aus der Verwaltung ausgegliedertes Sondervermögen dar mit eigener Verfassung (Betriebssatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Der Eigenbetrieb verfügt einerseits über besondere Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleitung und Werksausschuss), untersteht andererseits der Stadtverordnetenversammlung und der Oberbürgermeisterin als Verwaltungschefin. Die Gemeinde haftet für den Eigenbetrieb unmittelbar und unbeschränkt.

Eigengesellschaft

Eigengesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder AG (AG nicht in der Stadt Brandenburg an der Havel), deren Anteile in ihrer Gesamtheit einem Gesellschafter, hier der Stadt, gehören.

Beteiligungsgesellschaft

Beteiligungsgesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder Aktiengesellschaft (AG nicht in der Stadt Brandenburg an der Havel), an denen diese mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen, jedoch unter 100% beteiligt ist.

Zweckverband

Gemeinden und Gemeindeverbände können sich zu Zweckverbänden zusammenschließen, um einzelne Aufgaben, zu deren Wahrnehmung sie berechtigt oder verpflichtet sind, gemeinsam zu erfüllen (Freiverband); für Pflichtaufgaben können sie auch zusammengeschlossen werden (Pflichtverband, § 4 Absatz 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg – GKG).

Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung (§ 5 Absatz 1 GKG).

Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes werden im Rahmen des GKG durch eine Verbandssatzung geregelt (§ 7 GKG).

I.2. Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen

Die städtischen Gesellschaften nehmen eine große Aufgabenvielfalt wahr. Diese reichen von Ver- und Entsorgungsaufgaben (Stadtwerke, BRAWAG, MEBRA) über infrastrukturelle (Öffentlicher Personennahverkehr – VBB), soziale (Krankenhaus – Städtisches Klinikum, Wohnungsgesellschaften – wobra) bis hin zu Angeboten im Kultur- und Freizeitsektor (Theater, Schwimm- und Erlebnisbad) sowie den Stadtumbau (wobra) und die Bereitstellung von Gewerbeflächen und Büroräumen für Existenzgründer (TGZ).

Entwicklung Beschäftigte			
	2011	2012	2013
Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad	7	4	4
Eigenbetrieb Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	87	85	82
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	40	40	40
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	13	11	10
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	1.076	1.029	1.004
Klinik Service Center GmbH	357	397	406
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	104	119	124
Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH	0	0	18
Brandenburger Theater GmbH	98	96	97
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	5	5	5
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	152	147	144
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	134	130	133
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	39	41	40
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	60	65	68
BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH (Stammpersonal)	11	11	9
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	0	0	0
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	8	8	7
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	87	83	77
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	0	0	0
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	93	94	101
Havelländische Wasser GmbH	5	4	5
Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion	7	12	29
Gesamt	2.376	2.377	2.399

Abb. 1 - Entwicklung Beschäftigte per 31.12. des Geschäftsjahres

Entwicklung Investitionen			
	2011	2012	2013
Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad	16	18	134
Eigenbetrieb Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	7.741	4.260	4.870
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	7.366	2.498	7.742
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	2.002	29	3
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	33.363	8.044	4.983
Klinik Service Center GmbH	138	65	75
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	676	157	131
Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH	0	0	0
Brandenburger Theater GmbH	178	195	174
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	5	0	5
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	1.836	4.803	3.993
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	7.248	6.148	11.124
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	2.377	2.852	3.546
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	173	200	116
BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH	33	7	6
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	0	0	0
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	37	24	28
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	246	807	298
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	34	8	184
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	162	164	216
Havelländische Wasser GmbH	2	4	94
Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion	53	103	71
Gesamt	63.685	30.385	37.794

Abb. 2 - Investitionen (Angaben in T€)

I.3. Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

Die Unternehmen haben einen öffentlichen Zweck zu erfüllen und müssen oftmals auch politischen Vorgaben Rechnung tragen. Somit ist ein kostendeckendes Wirtschaften oft nicht möglich und die Unternehmen sind auf Zuschüsse seitens der Stadt angewiesen. Die Be-zuschussung erfolgt in der Regel als Ertrags- oder auch Investitionszuschüsse.

Abflüsse aus dem Haushalt

a) Ertragszuschüsse

Die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben, die oft aus politischen oder rechtlichen Gründen nicht kostendeckend wahrgenommen werden können, begründet in der Regel die Zahlung von Zuschüssen. Der größte Bedarf an Zuschüssen besteht nach wie vor bei der Verkehrs-betriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBR) und der Brandenburger Theater GmbH (BT).

b) Investitionszuschüsse

Neben der Fehlbetragsfinanzierung besteht seitens der Stadt auch die Möglichkeit kommunale Unternehmen bei fehlender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit direkt bei der Realisierung größerer Bauvorhaben oder Investitionen durch finanzielle Zahlungen zu unterstützen.

Zuflüsse zum Haushalt

a) Gewinnanteile/Kapitalentnahmen aus verbundenen Unternehmen

Auf Beschluss der Gesellschafterversammlung können die durch Unternehmen erwirtschafteten Gewinne, an denen die Stadt beteiligt ist, in voller Höhe oder teilweise ausgeschüttet und dem Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel zugeführt werden. Weiterhin besteht für die Gesellschafterin die Möglichkeit der Kapitalentnahme.

b) Konzessionsabgaben

Konzessionsabgaben bilden eine der Haupteinnahmequellen der Stadt aus dem Stadtkonzern.

Geldflüsse zwischen Unternehmensverbund und Stadt			
Zuschüsse der Stadt an die Gesellschaften in T€	2011	2012	2013
Technische Werke Brandenburg (Zahlungen für den ÖPNV)	5.233	5.306	5.476
Brandenburger Theater (Zuschuss Stadt)	3.731	3.519	3.421
Brandenburger Theater (BbgFAG-Mittel)	1.400	1.730	1.730
BAS Arbeitsförderung- und Strukturanpassungsgesellschaft	473	324	234
Technologie- und Gründerzentrum	135	135	135
Eigenbetrieb Marienbad (inkl. Investitionszuschuss)	875	877	1.082
Fähre Neuendorf (Zahlungen für den ÖPNV)	40	47	39
GLM (Zuschuss Liegenschaften und Forsten)	159	130	0
wobra (Altschuldendienst/Leistung BAVARIA)	1.500	617	900
Zweckverband BUGA (Umlage)	370	378	1.284
Abflüsse aus dem Haushalt insgesamt:	13.916	13.063	14.302
Zuwendungen Land in T€	2011	2012	2013
Zuwendungen Land für VBB	2.218	2.200	2.399
Landesmittel Theater (direkte Zuweisung an Theater)	1.700	1.700	1.700
Zuschuss BbgFAG (Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz) an Theater	1.400	1.730	1.730
Zuwendungen Land gesamt	5.318	5.630	5.829
Rückflüsse von den Gesellschaften in T€	2011	2012	2013
Gewinnanteile/Kapitalentnahmen aus verbundenen Unternehmen	2.672	4.086	4.091
Konzessionsabgaben in T€			
StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	2.161	2.185	2.107
E.DIS	174	161	135
EMB	8	6	11
BRAWAG	0	0	716
Zuflüsse zum Haushalt insgesamt in T€	10.334	12.067	12.889
Differenz Zuflüsse/Abflüsse in T€	-3.582	-996	-1.413

Unterdeckung der Zu-/Abflüsse vom Haushalt in den Unternehmensverbund

Jahr	Differenz Zuflüsse/Abflüsse (T€)
2011	-3.582
2012	-996
2013	-1.413

I.4. Übersicht über die Wirtschaftsprüfer kommunaler Unternehmen

	2010	2011	2012	2013
Marienbad	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	WIKOM AG
GLM	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG
wobra	BPG Berlin	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH
Wofü	BPG Berlin	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH
Klinikum	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG
KSC	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG
MVZ	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG
KLB				RöverBrönnner GmbH & Co. KG
Theater	DOMUS AG	Verhülsdonk & Partner GmbH	A. Reichert GmbH	A. Reichert GmbH
TWB	ACCO GmbH	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin
VBBr	ACCO GmbH	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin
StWB	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young
BRAWAG	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young
BDL	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young
BAS	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	Martina Schmidt
PEK	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen
TGZ	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH
MEBRA	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG
RPB	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG
VBB	MDS Möhrle GmbH	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG
HWG	WIKOM AG	Goldstein Consulting GmbH	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner

II. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 BbgKVerf (nach Branchen) einschließlich ihrer mittelbaren Beteiligungen

Abfallwirtschaft

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	MEBRA	51,00		51 % Stadt Brandenburg an der Havel 48 % REMONDIS Nord/Ost 1 % Landkreis Potsdam-Mittelmark	15.300,00
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	RPB	51,00	MEBRA	100 % Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	510.000,00

ÖPNV

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	VBB	100,00	TWB	100 % TWB	1.971.100,00
Verkehrsbund Berlin-Brandenburg GmbH	VBB	1,85		1,85 % Stadt Brandenburg an der Havel	6.000,00

Gesundheits- / Sozialeinrichtungen

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	Klinik	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	MVZ	100,00	Klinikum	100 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	25.000,00
Klinikum Westbrandenburg GmbH	KWB	50,00	Klinikum	50 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 50 % Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH	12.500,00

Ver- und Entsorgung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	StWB	51,00	TWB	51,00 % TWB 36,75 % E.DIS AG 12,25 % EMB GmbH	4.172.142,00
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	BRAWAG	51,00	StWB	100 % StWB	3.389.865,14

Immobilienwirtschaft

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	GLM	100,00		Sondervermögen	50.000,00
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	PEK	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	wobra	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.564.600,00
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	Wofü	100,00	wobra	100 % wobra	332.339,71

Dienstleistungen

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Klinik Service Center GmbH	KSC	51,00	Klinikum	51 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 25 % P. Dussmann GmbH 14 % Gebäudereinigung Brandenburg GmbH 10 % Caritas	12.750,00
Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH	KLB	100,00	Klinikum	100 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	25.000,00
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	BDL	51,00	StWB	100 % StWB	434.600,00
Havelländische Wasser GmbH	HWG	13,34		13,34 % Stadt Brandenburg an der Havel	34.684,00

Arbeitsförderung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH	BAS	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.565,00

Technologie und Infrastruktur

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	TGZ	52,00		52 % Stadt Brandenburg an der Havel 10 % Mittelbrandenburgische Sparkasse 10 % RFT Brandenburg 9 % Fachhochschule Brandenburg 5 % Fa. Villmann 3 % REMONDIS GmbH & Co. KG 3 % Atlas Info-Systeme 1 % Börner GmbH 1 % Ing.-Büro Friedrich 1 % Perkers GmbH 1 % HWG 1 % Lenz & Mundt Betonsanierung GmbH 1 % HIB 1 % Honeywell GmbH 1 % Gewerbeverein Brandenburg e.V.	26.587,17 5.112,92 5.112,92 4.601,63 2.556,46 1.533,88 1.533,88 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29

Kultur- und Freizeit

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Brandenburger Theater GmbH	BT	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel	Marienbad	100,00		Sondervermögen	25.565,00

Verwaltungs- und Beteiligungsholding

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	TWB	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	102.400,00

III.1

Eigenbetriebe

- *Betriebsführer*

Die Betriebsführung wird durch die Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried (GMF) wahrgenommen.

- *Betriebsleiter*

Jens Grosser

- *Gemeinsamer Werksausschuss der Eigenbetriebe*

Originäre Aufgaben des gemeinsamen Werksausschusses sind neben den satzungsmäßig übertragenen Entscheidungsbefugnissen die Vorbereitung und Vorberatung der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegenden Angelegenheiten und die Überwachung der Werkleitung.

Im Berichtsjahr fanden zehn Sitzungen des Werksausschusses statt.

Der gemeinsame Werksausschuss für die Eigenbetriebe setzte sich 2013 wie folgt zusammen:

Werksausschuss 2013	
Ausschussvorsitz	Herr Hans-Jürgen Arndt
Stellvertreter	Frau Doris Seeber
weitere Mitglieder	Herr Klaus-Peter Fischer Herr Matthias Pietschmann Herr Tobias Dietrich Frau Anne-Katrin Gabrysiak

Gegenstand

Der Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Betriebsführung des modernisierten und erweiterten Schwimm- und Erlebnisbades auf dem Marienberg. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck des Schwimm- und Erlebnisbades besteht in der Absicherung des Schul- und Vereinsschwimmens und des öffentlichen Badebetriebes mit dem Ziel, die Attraktivität Brandenburgs an der Havel für seine Besucher und die Lebensqualität der Bevölkerung zu erhöhen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	95%	94%	92%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	63%	63%	63%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	102%	103%	105%
Zinsaufwandquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	159%	169%	226%
Cashflow	52 T€	335 T€	506 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-3%	-3%	-2%
Umsatz	1.509 T€	1.558 T€	1.555 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-415 T€	-363 T€	-187 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	15%	13%	11%
Anzahl der Mitarbeiter	7	4	4

(Begriffserläuterungen siehe Anhang IX)

Lagebericht des Eigenbetriebes**Ertragslage**

Der Kommunale Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel ist als Einrichtung der kommunalen Infrastruktur nicht in der Lage, seine Aufwendungen vollständig zu erwirtschaften. Dem gemäß sehen die Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs einen jährlichen Ausgleich des finanziellen Fehlbedarfs durch Ertragszuschüsse der Stadt Brandenburg an der Havel vor (2013: 840,0 T€; 2012: 853,1 T€).

Der finanziellen Situation der Stadt Brandenburg an der Havel entsprechend kann dem Wertverzehr der Anlagen in Form der Abschreibungen (2013: 692,5 T€; 2012: 698,6 T€) nicht Rechnung getragen werden. Unter Gegenrechnung der entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern der geförderten Anlagen ertragswirksam aufzulösenden Sonderposten ergibt sich daraus ein jährlicher Fehlbetrag (2013: 186,8 T€; 2012: 363,2 T€), der planmäßig mit den allgemeinen Rücklagen verrechnet wird. Investitionen kann der Eigenbetrieb daher aus eigener Kraft nicht refinanzieren.

Die Umsatzerlöse verminderten sich leicht um 0,2% (2013: 1.555,4 T€; 2012: 1.558,0 T€). Die Besucherzahlen des Schwimm- und Erlebnisbades insgesamt sind gegenüber dem Vorjahr um 6.038 auf 311.638 vermindert. Davon ist der Bereich Fun- und Freibad/Schwimmhalle von einem Rückgang der Besucherzahlen um 4.495 auf 264.821 betroffen. Dem gegenüber stehen die mit der im Berichtsjahr gültigen Entgeltordnung beschlossenen Erhöhungen einzelner Tarife, welche sich im Berichtsjahr erstmalig ganzjährig auswirkten. In diesem Zusammenhang ist der durchschnittliche Umsatz pro Besucher von 4,90 € auf 4,99 € gestiegen.

Der Personalaufwand wurde im Wirtschaftsjahr 2013 gegenüber dem Wirtschaftsplan um 5,9 T€ unterschritten. Eine Einzeldarstellung im Zusammenhang mit den personalbasierten Betriebsführungsaufwendungen stellt sich wie folgt dar:

städt. Mitarbeiter des Eigenbetriebes		Fremdpersonal GMF	
Anzahl Mitarbeiter	4	Anzahl Mitarbeiter	36
Festangestellte		Festangestellte	
Vollzeit	3	Vollzeit	19
abzüglich		Teilzeit	5
Dauerkrank	0	Pauschalteilzeit-	
befristete Erwerbs-		mitarbeiter (PTM)	12
unfähigkeitsrente	0		
Teilzeit	1		
Altersteilzeit			
(Freistellungsphase)	0		
Lehrling	0		
Löhne und Gehälter		Löhne und Gehälter	
Mitarbeiter Stadt	142.129,88	GMF	616.662,26
gesetzliche Sozialauf-		Beiträge zur Berufs-	
wendungen	31.925,04	genossenschaft	4.540,85
Abfindung aus Löhnen		sonstige Personal-	
und Gehältern	0,00	kosten	4.203,03
Rückstellung Altersteilzeit	0,00		
Steuer-Brutto (Summe)	174.054,92	Summe Personal-	625.406,14
Planansatz	180.000,00	kostenerstattung	625.406,14
Differenz	5.945,08	Planansatz	655.800,00
		nicht zur Verfügung	
		gestelltes städtisches	
		Personal	0
		Differenz	30.393,86
		Differenz (Minderkosten) gesamt	36.338,94

Die planmäßigen Abschreibungen sind um 6,1 T€ zum Vorjahr gesunken. Dem steht eine Mehrung der zahlungsunwirksamen Erträge aus Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse um 3,1 T€ (2013: 254,6 T€; 2012: 251,5 T€) gegenüber.

Vermögens- und Finanzlage

Die geplanten Investitionen von 397,3 T€ im Wirtschaftsjahr wurden nur mit 134,0 T€ erreicht. Wesentliche Maßnahmen, wie die Investition Kinderplanschbecken (85,0 T€) und die Investition für den Saunaausbau (283,0 T€) wurden als Vortrag in das Geschäftsjahr 2014 übernommen. Dem entsprechend verminderte sich der Barmittelbestand nicht wie geplant um 242,7 T€, sondern erhöhte sich zum Bilanzstichtag um 152,6 T€. Die geplanten Zuschüsse für die Investitionen von 25,0 T€ wurden in Höhe der 2013 anerkannten Investitionsaufwendungen in Höhe von 19,9 T€ als Forderungen gegenüber der Stadt Brandenburg an der Havel eingestellt. Für als Anlagen im Bau eingeordnete Investitionsaufwendungen wurden Investitionszuschüsse in Höhe von 68,0 T€ als Sonderposten eingestellt.

Das Eigenkapital reduzierte sich aufgrund des Jahresfehlbetrages in Höhe von 186,8 T€ von 7.852,5 T€ im Vorjahr auf 7.665,7 T€ zum 31.12.2013.

Die Rückstellungen verringerten sich von 78,4 T€ im Vorjahr auf 47,4 T€ zum 31.12.2013. Die Rückstellungen wurden insbesondere für Aufwendungen von Jahresabschluss- und Steuerberatkungskosten, Personalaufwand aus noch nicht genommenem Urlaub und Mehrarbeit und für unterlassene Instandhaltungen gebildet.

Liquidität

Die Liquidität des Eigenbetriebs war im Wirtschaftsjahr gesichert. Durch die Unterschreitung des geplanten Jahresfehlbetrags um 358,2 T€ per 31.12.2013 ergab sich keine Belastung für eine fristgerechte Finanzierung.

Die Verbindlichkeiten von 370,2 T€ und Rückstellungen von 47,4 T€ sind durch flüssige Mittel in Höhe von 766,5 T€ (2012: 613,9 T€) gedeckt. Somit kann eine fristgerechte Finanzierung festgestellt werden.

Statistische Angaben:

	2010	2011	2012	2013
Gesamtbesucher	317.917	320.287	317.676	311.638

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Das Jahr 2013 war das 13. Wirtschaftsjahr, in dem ein Ganzjahresbetrieb stattfand. Der Freibadbetrieb wurde am 11.05.2013 aufgenommen. Das Jahr 2013 kann trotz rückläufiger Besucherzahlen, die einem allgemeinen deutschlandweiten Trend und der demographischen Entwicklung in der Stadt Brandenburg an der Havel entsprechen, als erfolgreich gewertet werden.

Die aktuellen Angebote, welche gut angenommen werden, werden weiter ausgebaut, um die Einnahmesituation zu stabilisieren. Für das Jahr 2014 wird ein Besucheraufkommen von 323.200 Personen erwartet, wobei die Verweildauer durch sehr unterschiedliche Zeitanteile (Stunden-, 2-Stunden- und Tageskarten) bestimmt wird. Zur Verbesserung der Einnahmesituation wird angestrebt, die Verweildauer auszubauen.

Der Wirtschaftsplan 2014, wurde mit einem geplanten Zuschuss in Höhe von 840 T€ aufgestellt. Eine Refinanzierung des Anlagenverschleißes aus Einnahmen des Eigenbetriebs kann weiterhin nicht erfolgen. Trotz geplanter Umsatzsteigerung muss mit einem Jahresfehlbetrag von 550,3 T€ gerechnet werden.

Mit dem Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer diverser technischer Anlagegüter ohne Einordnung des entsprechenden Ersatzinvestitionsbedarfs sinken die Abschreibungen. Der Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer konzentriert sich insbesondere in den hoch belasteten Bereichen der Wasseraufbereitung, Gastronomie und Sauna.

Der finanziellen Situation der Stadt Brandenburg an der Havel Rechnung tragend, wird in die mittelfristige Finanzplanung nur ein Ersatzinvestitionsbedarf von 25,0 T€ p.a. eingeordnet. Dem alterungsbedingten Anlageverschleiß soll durch gezielte, die Nutzungsdauer erhöhende Instandhaltungsmaßnahmen begegnet werden.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die nachhaltige Sicherung des Vermögens und der Bestand des Eigenbetriebs direkt von der Leistungsfähigkeit der Stadt Brandenburg an der Havel zur Erbringung der erforderlichen Betriebskostenzuschüsse und (im Bedarfsfall) der erforderlichen Mittel für Ersatzinvestitionen abhängig sind.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Betriebskostenzuschuss in Höhe von 840.000 €, Investitionskostenzuschuss in Höhe von 242.084 €

Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	12.395	11.725	11.166
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	0
II. Sachanlagen	12.395	11.725	11.166
B. Umlaufvermögen	647	791	945
I. Vorräte	20	21	20
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	165	156	158
III. Kassenbestand, Guthaben	462	614	767
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	8.216	7.852	7.666
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Rücklagen	8.605	8.605	8.190
III. Jahresfehlbetrag u. Verlustvortrag des Vorjahres	-415	-778	-550
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	4.420	4.196	4.029
C. Rückstellungen	75	78	47
D. Verbindlichkeiten	333	389	370
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	13.043	12.516	12.112

Ertragslage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
GuV	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	1.509	1.558	1.555
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.139	1.119	1.223
3. Materialaufwand	-1.004	-973	-962
4. Personalaufwand	-221	-204	-174
5. Abschreibungen	-727	-699	-693
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.089	-1.142	-1.114
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-393	-341	-164
9. außerordentliche Erträge	1	1	1
10. außerordentliche Aufwendungen	-1	-1	-1
11. Sonstige Steuern	-22	-23	-23
12. Jahresergebnis	-415	-363	-187

- *Werksausschuss*

Die Zusammensetzung des gemeinsamen Werksausschusses für die Eigenbetriebe im Jahre 2013 ist der Seite 13 zu entnehmen.

Gegenstand

Gegenstand des Eigenbetriebes ist es, die Gebäude und Liegenschaften der Stadt Brandenburg an der Havel nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zentral zu bewirtschaften, hiermit verbundene infrastrukturelle Leistungen zu erbringen, Bauunterhaltung, Sanierung, Um- und Ausbau, Neubau sowie Rückbau durchzuführen und ein Liegenschaftsmanagement aufzubauen und zu entwickeln.

Die Überlassung von Räumen, Gebäuden und Liegenschaften erfolgt, soweit zweckmäßig, nach dem Mieter-/ Vermietermodell. Der Eigenbetrieb führt darüber hinaus im Auftrag die Verwaltung von Vermögen der Stadt Brandenburg an der Havel durch, das dem Eigenbetrieb als wirtschaftliches Eigentum übertragen wurde, wie z. B. von Gebäuden und Liegenschaften zum Zwecke des Denkmalschutzes. Hierzu gehört im Rahmen der Gesetze auch die Einrichtung und Unterhaltung von Neben- und Hilfsbetrieben, wenn diese wirtschaftlich mit dem Eigenbetrieb zusammenhängen und der optimalen Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes dienen.

Öffentlicher Zweck

Die strategischen Ziele des Eigenbetriebes sind vor allem die Optimierung der Bewirtschaftungskosten für die Immobilien der Stadt Brandenburg an der Havel.

Der Eigenbetrieb hat zu diesem Zweck die Aufgabe, alle infrastrukturellen Immobiliendienstleistungen zu erbringen und die Bauträgerfunktion für die Liegenschaften der Stadt zu übernehmen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	vorl. 2011	vorl. 2012	vorl. 2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	95%	95%	96%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	72%	72%	71%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag [T€]	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	99%	98%	99%
Zinsaufwandquote	2,8%	3,3%	4,3%
Liquidität 3. Grades	99%	92%	94%
Cashflow [T€]	3.298	2.221	1.747
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz [T€]	17.221	17.002	17.428
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag [T€]	-252	-1.329	-1.813
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	23%	23%	22%
Anzahl der Mitarbeiter	87	85	82

Lagebericht des Eigenbetriebes

Ertragslage

Das gegenüber dem Wirtschaftsplan (-1.374,7 T€) geringere Jahresergebnis von -1.812,8 T€ stellt grundsätzlich nur ein vorläufiges Bild der Erfolgslage des GLM dar, da auf Grund der erst im Oktober 2014 abgeschlossenen Jahresabschlussarbeiten für das erste Jahr nach der umfangreichen Vermögenszuordnung in den Eigenbetrieb (2011) die Werte der Abschreibungen sowie der Erträge aus der Auflösung der Sonderposten (Fördermittel und Zuschüsse für Investitionen) noch nicht vollständig und hinreichend exakt abgegrenzt in das hier vorliegende Zahlenwerk einfließen konnten. Auf den Ist-Daten des Jahresabschlusses

2011 aufsetzend wurden diese maßgeblichen Aufwendungen und Erträge für diese Berichterstattung unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit fortgeschrieben.

Bei den Erträgen (Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, sonstige betriebliche Erträge) wurden die geplanten Werte um 303,3 T€ (2%) nicht erreicht. Dies liegt vor allem an weniger umlagefähigen Betriebs- und Nebenkosten, was sich andererseits auf der Aufwandsseite ergebnisneutral auswirkt.

Für Materialaufwand konnte eine Einsparung gegenüber dem Plan von 434,4 T€ (5%) bei Betriebs- und Nebenkosten sowie von 512,6 T€ (15%) bei Reparatur- und Instandsetzungsaufwendungen erzielt werden. Die geringeren Reparaturaufwendungen stehen nicht im Gegensatz zum Bedarf der ständigen Funktionserhaltung und des Abbaus des Reparaturrückstaus der Gebäude, sondern sind v.a. darin begründet, dass im Wirtschaftsjahr vorgesehene Instandsetzungen im Rahmen von größeren Sanierungen zu sehen waren, die unter investive Maßnahmen fielen und daher die laufenden Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht belasteten. Dies betraf insbesondere komplexe Baumaßnahmen in Kindertagesstätten, wofür das Land kurzfristig investive Mittel zur Verfügung stellte.

Personalaufwendungen

Das Budget der Personalaufwendungen wurde mit 96% ausgeschöpft, was in einer Stellenvakanz im Bereich Vertragswesen/Flächenmanagement und dem Ausscheiden des bisherigen Werkleiters zum 28.08.2013 begründet ist.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Bei den Zinsaufwendungen wurden 101,3 T€ (12%) weniger aufwandswirksam als geplant; dies ist durch günstigere Konditionen für die Bauzwischenfinanzierung für das ÖPP-Schulprojekt (von Jahresbeginn bis zur Inbetriebnahme im August/September) wirksam geworden.

Die Verschlechterung des vorliegenden vorläufigen Ist-Ergebnisses ist demnach im Wesentlichen auf die Wirksamkeit der Abschreibungen des im Jahr 2011 zugeordneten Immobilienvermögens zurückzuführen, wofür im Zeitpunkt der Planung die Grundlage fehlte.

Liquiditätslage

Die Liquidität des Eigenbetriebes GLM war durch die Mietzahlungen der internen und externen Nutzer/Mieter sowie durch die Investitionszuschüsse der Stadt bis zum Ende des Wirtschaftsjahres sichergestellt.

Der Eigenbetrieb GLM ist seit Ende Juni 2007 in den Kompensationsverbund der Finanzverwaltung der Stadt mit der Mittelbrandenburgischen Sparkasse eingebunden. GLM verfügt weder über eine eigene Kreditlinie noch über die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Kreditlinien der Stadtkasse. Durch die monatlichen Mietzahlungen sowie zeitnah zu realisierende Zuschüsse zu den (investiven) Baumaßnahmen ist die Finanzierung planmäßig sichergestellt. Liquiditätsengpässe gab es im Jahr 2013 nicht.

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Die Erstellung der zum 01.01.2011 wirksamen „Übernahmebilanz“ (Einlage von Aktiva und Passiva in den Eigenbetrieb GLM) ist erst nach endgültiger Erstellung der Eröffnungsbilanz des Stadthaushaltes möglich.

Wesentliche Umfeldveränderungen sind künftig nicht zu erwarten. Die Sicherung der Liquidität verdient besondere Aufmerksamkeit; vor allem ist sicherzustellen, dass die monatlichen Zahlungen für Mieten und Betriebskosten durch den Haupt-„Mieter“ – die Organisationseinheiten der Stadt – kontinuierlich an den Eigenbetrieb geleistet werden. Die Liquiditätsplanung des GLM ist, nicht zuletzt unter Berücksichtigung der angespannten Haushaltslage der Stadt insgesamt, ohne größere bzw. zeitlich länger wirkende Reserven versehen.

Weiterhin ist ab Ende des Wirtschaftsjahres 2013 bei der Erstellung der Jahresabschlüsse auf die Erfordernisse des gesamtstädtischen Konzernabschlusses zu achten und die entsprechenden Abstimmungsarbeiten mit dem Fachbereich Finanzen der Stadt Brandenburg an der Havel entsprechend zu koordinieren.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Kapitaleinlage von 356.000,- € zur Refinanzierung der Verpflichtungen aus dem ÖPP-Schulprojekt sowie 290.591,86 € zur Refinanzierung der Schulsanierungs(alt)kredite
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Entnahme finanzieller Überschüsse aus Grundstücksveräußerungen (Abrechnung 2012: 773.700 €; Abrechnung 2013: 473.200 €)
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Im Wirtschaftsjahr aus dem Haushalt der Stadt 206.842,34 € Zuschuss zu größeren Reparaturprojekten; 25.650 € Zuschuss zur Aufgabenerfüllung lt. Grundstücksverkehrsordnung; 4.317.163,36 € investive Zuschüsse für Bauinvestitionen an verwaltungsnotwendigen Immobilien.

Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
Bilanz	vorl. Ist 2011	vorl. 2012	vorl. 2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	275.102	275.254	275.449
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	84	154	166
II. Sachanlagen	275.018	275.100	275.283
B. Umlaufvermögen	14.357	13.436	12.431
I. Vorräte	6.922	7.448	7.966
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.816	4.603	3.842
III. Kassenbestand, Guthaben	1.619	1.385	623
C. Rechnungsabgrenzungsposten	24	45	40
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	209.494	207.219	205.656
I. Gezeichnetes Kapital	50	50	50
II. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-252	-1.329	-1.813
III. Allgemeine Rücklage	208.845	208.749	209.000
IV. Gewinnvortrag des Vorjahres	851	-252	-1.581
B. Sonderposten und Baukostenzuschüsse	54.815	57.198	60.325
C. Rückstellungen	2.097	1.705	1.421
D. Verbindlichkeiten	23.009	22.549	20.453
E. Rechnungsabgrenzungsposten	67	64	65
Bilanzsumme	289.482	288.735	287.920

Ertragslage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
GuV	vorl. Ist 2011	vorl. 2012	vorl. 2013
1. Umsatzerlöse	17.221	17.002	17.428
2. Bestand an unfertigen Leistungen	-101	526	480
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.970	1.900	1.548
4. Materialaufwand	-10.427	-12.088	-12.555
5. Personalaufwand	-3.949	-3.981	-3.856
6. Abschreibungen	-3.550	-3.550	-3.560
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-904	-530	-567
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23	18	20
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-485	-569	-751
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-204	-1.272	-1.813
11. Sonstige Steuern	-48	-57	0
12. Jahresergebnis	-252	-1.329	-1.813

III.2

Eigen- gesellschaften

III.2.1 wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH

Geschäftsbereich

Wohnungsverwaltung

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg an der Havel
Tel. : 03381/ 75 70
Fax: 03381/ 75 76 41

E-Mail: info@wobra.de
Internet: www.wobra.de

Gründung

Die wobra (Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH) wurde auf Grund des Beschlusses der SVV vom 28.08.1991 mit Wirkung zum 19.12.1991 durch Umwandlung des VEB "Gebäudewirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel" als Eigenbetrieb der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

Mit Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 03.10.1990 ist das Vermögen einschließlich der zugehörigen Schulden des ehemaligen VEB Gebäudewirtschaft Brandenburg in das Eigentum der Kommune übergegangen. Mit der Umwandlung des Eigenbetriebes in eine GmbH sind das Vermögen und die Schulden im Rahmen der Gesamtrechtsnachfolge wiederum auf die GmbH übertragen worden.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Potsdam unter der Nummer HRB 4729 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.564.600 €
Stadt Brandenburg an der Havel	100 %

Unterbeteiligungen

Die wobra ist zu 100% an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beträgt 332.339,71 €.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. Dezember 1991 abgeschlossen worden. Durch den Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 11. März 1999 ist der Gesellschaftsvertrag neu gefasst worden. Änderungen erfolgten insbesondere im § 3 (Stammkapital) und § 15 (Geschäftsführung, Geschäftsordnung und Vertretung).

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 18.05.1999.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner

Der Geschäftsführer wird über einen Managementvertrag von der TWB Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH gestellt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nimmt Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Im Geschäftsjahr 2013 fanden sieben Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Aufsichtsratsmitglieder 2013	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Michael Brandt
Stellvertreterin	Frau Martina Marx
weitere Mitglieder	Herr Walter Kriegs
	Herr Hans-Jürgen Arndt
	Herr Norbert Langerwisch
	Frau Ilona Friedland
	Herr Hartmut Fellenberg

Im Berichtsjahr fanden zwei Aufsichtsratssitzungen statt.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen, Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben zu übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern.

Öffentlicher Zweck

Die unter „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen der gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Zweckbestimmung einer gesicherten Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum. Die Zweckbestimmung dieses wirtschaftlichen Unternehmens der Gemeinde begründet ihr Engagement.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	84%	84%	87%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	20%	20%	21%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	104%	105%	101%
Zinsaufwandquote	15,3%	14,6%	14,3%
Liquidität 3. Grades	131%	142%	114%
Cashflow	4.687 T€	4.768 T€	5.683 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	3%	3%	3%
Umsatz	22.318 T€	22.473 T€	22.690 T€
Jahresüberschuss	1.208 T€	1.062 T€	1.408 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	7%	8%	8%
Anzahl der Mitarbeiter	40	40	40

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

2013 konnte die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft als eine der bedeutendsten Branchen der deutschen Volkswirtschaft weiterhin von der insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung profitieren, obwohl in vielen ländlichen Räumen die positive Entwicklung deutlich schwächer ausfiel. Die weiter wenn auch nur schwach abnehmende Bevölkerungszahl führte in Brandenburg an der Havel zu Stagnation oder Verringerung der Wohnungsnachfrage.

Die wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH hat den vorrangigen Zweck, breite Schichten der Bevölkerung mit Wohnungen zu versorgen.

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2013 von 1.408 T€ aus; gegenüber dem Erfolgsplan wird ein um 911 T€ besseres Jahresergebnis ausgewiesen. Wesentliche Gründe hierfür sind die Einsparungen im Bereich der sonstigen Instandhaltungsmaßnahmen, wie Fassadenerneuerungen und behindertengerechte Umbaumaßnahmen in Gebäuden, die aus organisatorischen Gründen ins neue Jahr verschoben wurden und erhöhte nicht geplante sonstige betriebliche Erträge aus Versicherungsentschädigungen und Weiterberechnungen von Bearbeitungsgebühren und Nutzungsentschädigungen von Werbeflächen.

Ertragslage

Die wesentlichen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie in nachfolgender Tabelle dargestellt. Die Grundsteuern und sonstigen Steuern (T€ 518; im Vorjahr T€ 500) wurden in den Betriebsaufwand umgegliedert.

	<u>2012</u>	<u>2013</u>	<u>Veränderung</u>
	<u>T€</u>	<u>T€</u>	<u>T€</u>
Betriebsleistung	24.940	24.201	-739
Betriebsaufwand	21.220	20.962	-258
Betriebsergebnis	<u>3.720</u>	<u>3.239</u>	<u>-481</u>
Finanzergebnis	-2.784	-2.811	-27
Betriebsergebnis unter Einbeziehung des Finanzergebnisses	936	428	-508
Neutrales und periodenfremdes Ergebnis	435	1.119	684
Ergebnis der Neubewertung	-277	-28	249
Gesamtergebnis vor Ertragsteuern	<u>1.094</u>	<u>1.519</u>	<u>425</u>
Ertragsteuern	32	111	79
Jahresüberschuss	<u>1.062</u>	<u>1.408</u>	<u>346</u>

In den Betriebsleistungen sind Umsatzerlöse in Höhe von 22.690 T€ (2012: 22.473 T€) enthalten. Die Mieterlöse liegen auf dem Vorjahresniveau. Erhöhte Umsätze aus Betriebskostenabrechnung 2012 spiegeln sich in der Bestandsveränderung an unfertigen Leistungen wider. Der Rückgang der Betriebsleistungen ist in den geringeren betrieblichen Erträgen begründet. Kosteneinsparungen in den Bavaria-Beständen führten zu reduzierten Bewirtschaftungsverlusten und damit lag die Weiterberechnung an die Stadt Brandenburg an der Havel gemäß abstraktem Schuldanerkenntnis um 200 T€ unter dem Vorjahreswert. Außerdem wurden im Vorjahr erhöhte Erträge aus Zuschüssen für Abriss und Aufwertung sowie aus höheren Versicherungsentschädigungen erzielt.

Der Betriebsaufwand (20.962 T€, 2012: 21.220 T€) betrifft größtenteils Aufwendungen aus der Hausbewirtschaftung, Preiserhöhungen im Bereich Müllentsorgung und Dienstleistungen u. a. für die Pflege von Grünflächen waren auch auf den erhöhten Mindestlohn nach Brandenburgischer Vergabeordnung zurückzuführen. Aufgrund von Preisverhandlungen konnten die Heizkosten trotz vergleichsweise kaltem März reduziert werden. Einsparungen insbesondere im Bereich der Instandhaltung der eigenen Bestände mit knapp 500 T€ und in den Bavaria-Beständen mit rund 200 T€ führten zur Reduzierung des Betriebsaufwandes.

Das Ergebnis wird nachhaltig durch den hohen Zinsaufwand beeinflusst. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses von -2.811 T€ (2012: -2.784 T€) ergibt sich ein positives Betriebsergebnis von 428 T€ (2012: 936 T€).

Die Verbesserung des neutralen Ergebnisses ist in erhöhten Erträgen aus Anlagenverkäufen mit einem Plus von 430 T€ und aus Teilschuldenerlassen mit einem Plus von 240 T€ gegenüber dem Vorjahr begründet.

Außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 281 T€ betrafen eine erforderliche Teilwertabschreibung, die aufgrund der veränderten Ertragslage von Wohngebäuden notwendig war. Dem stehen Zuschreibungen für Wohnobjekte in der Innenstadt mit 253 T€ gegenüber (Zuschreibungen wurden mit der nachzuholenden Abschreibung für die Jahre seit 1998 und der analog notwendigen Zuführung des Sonderpostens saldiert).

Finanzlage

Im 5-Jahres-Vergleich stellt sich die Eigenkapitalentwicklung wie folgt dar:

Eigenkapital	2009	2010	2011	2012	2013
- nominal in Mio. €	+ 30,5	+ 30,7	+ 31,7	+ 31,6	+ 32,1
- quotale in %	+ 20,1	+ 19,8	+ 20,3	+ 20,4	+ 20,9

Die Summe der Verbindlichkeiten reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 2.509 T€, was im Wesentlichen auf die planmäßigen Tilgungen (4.380 T€) und Sondertilgungen (361 T€) von Krediten, saldiert mit den Neuaufnahmen von Darlehen für die Neubau- und Sanierungsmaßnahmen und Aufwandsdarlehen mit 1.507 T€ zurückzuführen ist.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern sowie Ausleihungen von der Wofü (105.389 T€, 2012: 108.623 T€) betreffen:

	2012	2013
	in T€	in T€
Modernisierungs- und Instandhaltungskredite	50.100	49.409
Altschuldenkredite	21.798	20.133
<i>davon neue Altschulden T€ 7.576, Vorjahr T€ 7.862</i>		
Neubaukredite	31.275	30.503
Aufwendungsdarlehen	4.518	4.547
Wendebauten	780	760
Zinsen	152	37

Die überdurchschnittliche Erhöhung des Eigenkapitals seit 2004 von 5,6 Mio. € auf 32,1 Mio. € in 2013 und die positiven Jahresergebnisse seit 2004 sowie die vorliegende positive mittelfristige Finanzplanung, verbesserte das Standing der wobra gegenüber den kreditgebenden Banken hinsichtlich Bonität und Rating enorm.

Investitionen

Im Geschäftsjahr wurden Vollsanierungsmaßnahmen am Bahnhofsgebäude und in der Innenstadt realisiert.

Die Vollsanierungsmaßnahme des Wohngebäudes am Katharinenkirchplatz wurde in 2013 abgeschlossen, alle Wohnungen sind vermietet.

Mit dem Abschluss der laufenden Sanierungsmaßnahmen von Wohn- und Geschäftsgebäuden in der Innenstadt sind keine weiteren konkreten Vollsanierungsmaßnahmen geplant.

Liquidität

Die Liquidität war im Geschäftsjahr 2013 stets gesichert. Für die Investitionstätigkeit wurden im laufenden Geschäftsjahr größtenteils eigene Mittel eingesetzt. Für die laufenden Investitionsmaßnahmen liegen genehmigte Darlehen in Höhe der Restsumme vor.

Vermögenslage

Am 31. Dezember 2013 zählten zum Bestand der wobra 3.847 eigene Wohnungen (2012: 4.015), 31 Eigentumswohnungen (2012: 31), 125 Gewerbeeinheiten (2012: 128) sowie 1080 Garagen bzw. Stellplätze (2012: 1.021). Des Weiteren verwaltete die wobra 1.440 Wohnungen und eine Gewerbeeinheit aus dem Bavaria-Bestand. Die Veränderungen des eigenen Bestandes gegenüber dem Vorjahr ergaben sich aus Verkäufen von 170 Wohnungen sowie Veränderungen von zwei Wohnungszugängen durch Sanierungen und Neubau.

Die verwalteten 1.440 BAVARIA-Wohnungen wurden 1998 saniert; sie verteilen sich in den Wohngebieten der Stadt Brandenburg an der Havel wie nachfolgend dargestellt:

Wohngebiet	Anzahl der Wohnungen gesamt	Leerstand der Wohnungen gesamt in %	
		2012	2013
Hohenstücken	799	24,7	25,0
Görden	371	7,6	7,2
Nord	270	3,3	6,7
Summe	1.440	16,3	17,0

Die eigenen Wohnungsbestände der wobra verteilen sich im Wesentlichen auf die Innenstadt und die angrenzenden Wohngebiete.

Der modernisierte Bestand wird am Wohnungsmarkt unverändert stark nachgefragt, was mit der Fertigstellung der Vollsanierungsmaßnahmen in der Innenstadt und am Ring nachhaltig bestätigt wird. Die erzielbaren Wohnungsmieten erlauben - nach unserer Einschätzung auch in der Zukunft - eine kostendeckende Bewirtschaftung. In 2013 waren die neu sanierten Wohnungen der Innenstadt, Ring und am Bahnhof nahezu voll vermietet. Die Leerstandsquote in den seit 2007 neu sanierten Wohnungen liegt fluktuationsbedingt bei unter 1%.

Wohngebiet	Anzahl der Wohnungen gesamt	davon sanierte Wohnungen	davon Verwertung (Abriss und Verkäufe)	Leerstand der Wohnun- gen gesamt in %
Innenstadt ohne Sanierungsobjekte	527	499	7	4,9
Innenstadt nur Sanierungsobjekte	81	0	0	100
Ring	598	404	0	11,5
Hohenstücken	869	489	380	32,6
Nord	825	825	0	11,9
Görden	766	766	0	6,4
Walzwerksiedlung	181	181	0	12,1
Summe	3.847	3.164	387	16,3
<i>davon Kernbestand</i>	<i>3.460</i>	<i>3.164</i>	<i>0</i>	<i>12,8</i>
<i>davon Verwertung</i>	<i>387</i>	<i>0</i>	<i>387</i>	<i>48,1</i>

Die zum Kernbestand der wobra zählenden 3.460 eigenen Wohnungen sind größtenteils saniert, 114 Wohnungen sind teilsaniert und 182 Wohnungen sind noch unsaniert.

Der Leerstand beschränkte sich 2013 - abgesehen von vorübergehenden Leerständen bei Wohnungswechsel oder Baumaßnahmen - vor allem auf die noch nicht modernisierten Wohnungen. In diesem Bestand ist zurzeit keine kostendeckende Vermietung möglich. Allerdings ist die Leerstandsquote in Hohenstücken auch im sanierten Bereich bei über 20%, im unsanierten Bereich sogar über 40%.

Der Leerstand der wobra (eigener Wohnungsbestand) per 31.12.2013 in Höhe von 16,3% untergliedert sich wie folgt:

Objekte	Anzahl von Wohnungen		
	<u>Gesamt</u>	<u>Leerstand</u>	<u>Leerstandsquote</u>
sanierte Wohnungen	3.164	295	9,3 %
teilsanierte Wohnungen	114	23	20,1 %
unsanierte Wohnungen	101	43	23,8 %
Sanierungsobjekte	81	81	100,0 %
Wohnungen Kernbestand	3.460	442	12,8 %
Verwertung	387	186	48,1 %
Summe eigene Wohnungen	3.847	628	16,3 %

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

	2012	2013	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Anlagenvermögen	130.249	133.579	3.330	2,6%
Umlaufvermögen	24.929	19.891	-5.038	-20,2%
Bilanzsumme	155.178	153.470	-1.708	-1,1%
Eigenkapital	31.605	32.077	472	1,5%
Langfristiges Fremdkapital und Sonderposten	107.817	105.826	-1.991	-1,8%
Kurzfristiges Fremdkapital	15.756	15.567	-189	-1,2%
Bilanzsumme	155.178	153.470	-1.708	-1,1%

Im Geschäftsjahr 2013 reduzierte sich das Bilanzvolumen um 1.708 T€ auf 153.470 T€, was im Wesentlichen im Verbrauch der liquiden Mittel für den Eigenanteil der Finanzierung der Investitionen begründet ist. Das Anlagenvermögen, welches von Wohn- und Gewerbebauten mit Grundstücken geprägt ist, macht 87% des Vermögens der wobra aus. Im Geschäftsjahr wurden knapp 8 Mio. € in Vollsaniierungsmaßnahmen am Bahnhofsgebäude und in Wohn- und Geschäftsgebäude in der Innenstadt investiert.

Die Veränderung des Eigenkapitals im Vergleich zum Vorjahr betrifft ausschließlich den Jahresüberschuss 2013 saldiert mit der Ausschüttung des Gewinns 2012 in Höhe des Betriebsergebnisses.

Im langfristigen Fremdkapital sind die Bankdarlehen, Darlehen anderer Kreditgeber und die Kauttionen der Mieter mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr berücksichtigt.

Die aktuelle Finanz-, Vermögens- und Ertragslage verdeutlicht, dass die wobra gut aufgestellt ist. Die Eigenkapitalquote hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter verbessert. Die geplanten Investitionen konnten problemlos getätigt und finanziert werden. Die wobra wird ihre Position als erfolgreicher und kundenorientierter Dienstleister im Stadtkonzern weiter ausbauen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Für den bewussten Umgang mit ihren Risiken hat die wobra ein umfassendes Risikomanagementsystem eingeführt, das im Jahr 2013 weiter ausgebaut wurde. Es stellt eine systematische Steuerung und Überwachung der wesentlichen Risiken sicher, um rechtzeitig geeignete Maßnahmen vorbereiten und bedrohlichen Entwicklungen entgegenwirken zu können.

Die Leerstandsquote hat sich gegenüber dem Vorjahr reduziert. Die realisierten Rückbaumaßnahmen sind wesentlicher Grund für die erfolgreiche Verbesserung der Leerstandsquote von mehr als 30% in 2004 auf 16% zum Jahresende 2013. Eine weitere Senkung der leerstehenden Wohnungsbestände wurde durch den Verkauf von unrentablen Objekten und der bedarfsorientierten Sanierung des Kernbestandes erzielt.

Die wobra als städtisches Wohnungsunternehmen der Stadt Brandenburg an der Havel hat entsprechend dem Gesellschaftszweck neben der Gewinnrealisierung auch auf die Versorgung aller Bevölkerungsschichten mit Wohnungen zu achten. Hierzu ist ein Angebot preisgünstiger und zugleich attraktiver Mietobjekte erforderlich, was mit der Nutzung von Fördermitteln und dem Sparkurs sowohl im Investitionsbereich als auch im operativen Geschäft umgesetzt wurde.

Die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel zahlte in 2013 900 T€ zur Reduzierung der Forderungen aus Bavaria-Verlusten. Die Gesellschaft geht davon aus, dass mit der vertraglich geregelten Übernahme der Bavaria-Verluste durch die Gesellschafterin ein positives mindestens jedoch ausgeglichenes Ergebnis erzielt wird. Allerdings ist mit der gekürzten Zahlung von 900 T€ jährlich ein Fehlbetrag bei den liquiden Mitteln zu verzeichnen.

Das Ergebnis der Sanierungsmaßnahmen in der Innenstadt, am Ring und in der Bahnhofsvorstadt sowie der Neubau am Bahnhof mit insgesamt 653 Wohnungen zeigt bei einem Vermietungsstand von mehr als 99%, dass diese Maßnahmen richtig waren. Die wobra wird das Angebot an Wohnraum kontinuierlich und vor allem zielgruppenspezifisch, beispielsweise für Senioren, weiterentwickeln und dabei das Stadtbild verschönern.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht b. entsprechen)	wobra/Stadt Brandenburg an der Havel: Die Erhöhung der Kapitalrücklage in 2011 um 1,00 € resultiert aus Einbringung des Empfangsgebäudes des Hauptbahnhofes und der zugehörigen Funktionsflächen als Sacheinlage von der Stadt Brandenburg an der Havel in das Gesellschaftsvermögen der wobra zum Zwecke der Sanierung und anschließenden Bewirtschaftung. In 2013 ergaben sich keine Änderungen der Kapitalrücklagen.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Vom Jahresüberschuss 2012 in Höhe von 1.062.098,05 € wurden entsprechend Gesellschafterbeschluss 06/2013 anteilig in Höhe von 936.000,00 € ausgeschüttet. Eine Auszahlung erfolgte nicht, dieser Betrag wurde zur Tilgung der sogenannten Bavaria-Forderungen eingesetzt. Der übersteigende Betrag von 126.098,05 € wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Vom Jahresüberschuss 2013 in Höhe von 1.408.493,58 € wird entsprechend des Gesellschafterbeschlusses 06/2014 an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel anteilig 428.000,00 € ausgeschüttet und zur Tilgung der sogenannten Bavaria-Forderungen eingesetzt, der Rest von 980.493,58 € soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Vertrag über die gesamtschuldnerische Haftung für wohnungswirtschaftliche Altschulden mit der Stadt Brandenburg an der Havel.
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der wobra und der Stadt Brandenburg an der Havel besteht neben der Vereinbarung eines abstrakten Schuldanerkenntnis über die Übernahme der Bewirtschaftungsverluste aus "BAVARIA" eine Vereinbarung über die Übernahme des Kapitalsdienstes für die Altschulden. Die Weiterberechnung der BAVARIA-Verluste an die Stadt wirkte sich forderungserhöhend und gleichzeitig ertragserhöhend auf die Vermögens- und Ertragslage der wobra aus.
		Im Geschäftsjahr 2013 zahlte die Stadt an wobra 900.000,00 € zum Ausgleich der Bavaria-Forderungen.
		Dienstleistungsvereinbarungen bestehen zwischen der Stadt und wobra zu marktüblichen Konditionen.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	132.145	130.249	133.579
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	11	16	148
II. Sachanlagen	130.427	128.526	131.724
III. Finanzanlagen	1.707	1.707	1.707
B. Umlaufvermögen	23.665	24.820	19.785
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Vorräte	6.700	7.061	7.029
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.900	6.089	5.595
III. Kassenbestand, Guthaben	11.065	11.669	7.160
C. Rechnungsabgrenzungsposten	409	109	105
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	31.751	31.605	32.077
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565
II. Kapitalrücklage	2.112	2.112	2.112
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	2.866	2.866	2.992
V. Jahresüberschuss	1.208	1.062	1.408
B. SoPo Investitionszuschüsse	510	480	634
C. Rückstellungen	2.367	2.370	2.579
D. Verbindlichkeiten	119.381	118.659	116.149
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.210	2.063	2.030
Bilanzsumme	156.219	155.178	153.469

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	22.318	22.473	22.690
2. Bestandsänderung	-38	361	-31
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	7.983	2.959	3.221
5. Aufwand für bezogene Lieferungen und Leistungen	-13.188	-14.223	-13.676
6. Personalaufwand	-1.651	-1.686	-1.807
7. Abschreibungen	-8.918	-3.994	-4.024
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.239	-1.510	-1.524
9. Erträge aus Beteiligung	130	0	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	586	489	430
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.422	-3.273	-3.241
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.560	1.595	2.038
13. Außerordentliche Erträge	155	0	0
14. Außerordentliches Ergebnis	155	0	0
15. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-7	-32	-111
16. Sonstige Steuern	-499	-500	-518
17. Jahresergebnis	1.208	1.062	1.408

III.2.1.1 Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH

Geschäftsbereich

Wohnungsverwaltung

Firmensitz

Schubertstraße 15
14772 Brandenburg
Tel.: 03381/ 72 97 0
Fax: 03381/ 72 97 22

email: wohnen@wofue.de
Internet: www.wofue.de

Gründung

Mit notarieller Beurkundung vom 03. März 1937 wurde die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH (Wofü) von der Stadt Brandenburg an der Havel und zwei gemeinnützigen Wohnvereinen gegründet.

Im Jahr 1950 gingen die städtischen Anteile am Stammkapital ins volkseigene Vermögen der DDR über. Gemäß Rückübertragungsantrag der Stadt Brandenburg an der Havel vom 06.05.1993 wurden die Kapitalanteile mit Bescheid vom 24.06.1993 wieder auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen.

Mit Wirkung vom 30.12.2005 wurden die Geschäftsanteile der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH mit einem Nennwert von 600 TDM auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen und von dieser zeitgleich als Einlage in die Kapitalrücklage der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH (wobra) eingebracht. Die Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ hat ihren Geschäftsanteil an der Wofü in Höhe von 7,7% am 04.12.2007 mit Wirkung zum 31.12.2007 gekündigt. Mit notariellem Vertrag vom 16.06.2008 wurde der Geschäftsanteil der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ auf die wobra übertragen. Aufgrund des Gesellschafterbeschlusses Nr. 08 / 2008 der wobra vom 24.06.2008 hat die Gesellschafterversammlung der Wofü der Anteilsrückgabe der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ vom 04.12.2007 mit Wirkung zum 31.12.2007 zugestimmt. Damit wurde die wobra rückwirkend zum 31.12.2007 Alleingesellschafterin des Unternehmens.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter der Nummer HRB 4074 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	332.339,72 €
--------------	--------------

Die Stammeinlagen verteilen sich auf die Gesellschafter wie folgt:

wobra	100%
-------	------

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist mit einem Geschäftsanteil von 900 € an der GVV-Gesellschaft für Versicherungsvermittlung und Vermögensbildung mbH, Berlin, beteiligt.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag wurde von der SVV mit Beschluss Nr. 555/98 bestätigt, durch die Gesellschafterversammlung am 11.03.1999 beschlossen und am 16.03.1999 unter der Nummer 0583 für 1999/b-KH notariell beurkundet.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner

- *Gesellschafterversammlung*

Im Jahr 2013 fanden drei Gesellschafterversammlungen statt.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung 2013
--

Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH: vertreten durch Herrn Klaus Deschner, Geschäftsführer
--

Gemäß Gesellschaftsvertrag der Wofü hat die Gesellschaft keinen Aufsichtsrat und keinen Beirat. Diese Aufgaben werden von der Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Gegenstand

Nach dem Gesellschaftsvertrag ist Gegenstand des Unternehmens vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen und Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben zu übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen. Der Erwerb oder die Gründung von Unternehmen sowie die Beteiligung an Unternehmen sind nicht Gegenstand des Unternehmens.

Öffentlicher Zweck

Nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört zu den Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft auch die Verbesserung der Wohnungen der Einwohner durch den sozialen Wohnungsbau, die Förderung des privaten und genossenschaftlichen Bauens sowie eine sozial gerechte Verteilung der Wohnungen. Daher erfüllt die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	56%	57%	55%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	84%	86%	90%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	149%	153%	163%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	2350%	2447%	3013%
Cashflow	34 T€	22 T€	118 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	5%	3%	0%
Umsatz	490 T€	475 T€	469 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	166 T€	115 T€	203 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	86%	94%	94%
Anzahl der Mitarbeiter	13	11	10

Lagebericht der Gesellschaft

Die Wofü hat ihren gesamten Wohnungsbestand zum 01.09.2007 verkauft. Mit Verkauf des Immobilienbestandes hat die Gesellschaft die Verwaltung der verkauften Objekte übernommen. Die hieraus generierten Erlöse sind die Grundlage der wirtschaftlichen Tätigkeit der Wofü.

Betreuungstätigkeit

Die Gesellschaft verwaltet als Hauptgeschäftsfeld den ehemaligen Immobilienbestand der Wofü. Der Bestand umfasst am 31.12.2013 1775 Wohnungen (2012: 1775), 19 Gewerbe (2012: 19) und 420 sonstige Vermietungen (Stellplätze, Garagen, Pachten und Gärten) (2012: 410).

Weiterhin verwaltet die Wofü zum 31.12.2013 261 Wohneinheiten (2012: 259), 86 Stellplätze (2012: 86) und 18 Pachtverhältnisse (2012: 18).

Vermögenslage

Die insgesamt 189,4 T€ Miet- und 91,4 T€ Umlagenforderungen wurden bereits in den Vorjahren mit 280,8 T€ einzelwertberichtigt.

In den 30,7 T€ der sonstigen Vermögensgegenstände sind unter anderem 26,8 T€ Forderungen aus Kapitalertragssteuern enthalten.

Entwicklung des Finanzmittelbestandes

	2012 (T€)	2013 (T€)
Stand 1. Januar	1.540,8	1.534,3
Veränderung des Liquiditätssaldos	<u>- 6,5</u>	<u>114,7</u>
Stand 31. Dezember	<u>1.534,3</u>	<u>1.649,0</u>

Finanzlage

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 89,52 % (3.327,2 T€).

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

	2012 T€	2013 T€
Eigenkapital nominal	3.124,4	3.327,2
Quote	86,43 %	89,52 %

Die Finanzlage zum 31.12.2013 ist ausgeglichen. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben und auch künftig wird die Wofü ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen. Skonto wurde, sofern mit den Vertragspartnern vereinbart, stets gezogen. Die nicht benötigten Mittel werden risikoarm bei unterschiedlichen Kreditinstituten angelegt.

Ertragslage

Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung betreffen nur das in der Wofü verbliebene Grundstück.

Aus der Betreuungstätigkeit realisierte die Gesellschaft Erlöse in Höhe von 451,1 T€ Hieraus resultieren 402,5 T€ aus den Verwalterverträgen für den ehemaligen Immobilienbestand der Wofü. Der restliche Ertrag in Höhe von 48,6 T€ konnte aus der oben genannten Wohneigentums- bzw. Fremdverwaltung erwirtschaftet werden.

Die Leistungen des Hausmeisters der Wofü werden als Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen erfasst. Der Hausmeister erbrachte Leistungen in Höhe von 17,3 T€.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 110,0 T€ sind 80,6 T€ Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen enthalten. Weiterhin enthält diese Position periodenfremde Erträge aus der Zahlung von einzelwertberechtigten oder abgeschriebenen Mietforderungen in Höhe von 12,3 T€. Die Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit aus dem Altersteilzeitgesetz betreffen im Geschäftsjahr 10,2 T€.

Im Geschäftsjahr 2013 konnte die Gesellschaft 114,6 T€ Zinserträge verbuchen. Darin sind 74,0 T€ Zinsen für das Darlehen an die Gesellschafterin wobra enthalten. Aus der Abzinsung von Rückstellungen resultieren 0,2 T€. Geplant war diese Position mit 112,0 T€.

Die sonstigen betrieblichen Erträge wurden im Wirtschaftsplan 2013 nur mit 5,0 T€ angesetzt. Die Planüberschreitung beträgt somit 105,0 T€. Dies resultiert zum einen aus der vollständigen ertragswirksamen Auflösung der Rückstellung für den Verwaltervertrag und zum anderen auf ungeplanten Eingängen auf abgeschriebene oder einzelwertberechtigte Forderungen.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 101,0 T€ gesunken. Ursächlich für den Rückgang der Personalaufwendungen ist das Ausscheiden einer Mitarbeiterin in die Rente wegen Alters im Geschäftsjahr 2012 und der Übergang einer Mitarbeiterin in die Ruhephase der Altersteilzeit ab Februar 2013.

Die Position sonstige betriebliche Aufwendungen enthält unter anderem die Mieten und Unterhaltsaufwendungen für die Büroräume in der Schubertstraße 15, Wartungsaufwendungen für die Betriebs- und Geschäftsausstattung, Versicherungen, Aufwendungen für die Jahresabschlussprüfung und Steuerberatung, Aufwendungen für den laufenden Geschäftsverkehr und für Managementleistungen der wobra. Im Geschäftsjahr 2013 betrugen diese 111,8 T€. Der Unterschiedsbetrag zum Geschäftsjahr 2012 und zur geplanten Höhe der Aufwendungen beinhaltet die Nichtinanspruchnahme der Rückstellung für den Verwaltervertrag in Höhe von 78,0 T€.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Im September 2014 hat das Amtsgericht Potsdam die Zwangsverwaltung über die bisher von der Wofü verwalteten Objekte der FORDINVEST-Gesellschaften angeordnet.

Daraufhin hat die Wofü aufgrund des Gesellschafterbeschlusses wobra Nr. 08 / 2014 vom 12. September 2014 die Verwalterverträge mit den FORDINVEST-Gesellschaften außerordentlich gekündigt. Seitdem werden die Wohnungen durch die DKB Deutsche Kreditbank AG zwangsverwaltet.

Aufgrund der zwangsverwalteten Wohnungen des ehemaligen Wofü-Bestandes werden bei der Wofü personelle Kapazitäten frei. Ein Mitarbeiter hat das Unternehmen aufgrund eines befristeten Arbeitsverhältnisses Ende September 2014 verlassen. Fünf weitere Mitarbeiter der Wofü werden Aufgaben von ausscheidenden Mitarbeitern bei der wobra übernehmen.

Damit verbleiben bei der Wofü neben dem Geschäftsführer lediglich noch zwei Mitarbeiter zur Bearbeitung der übrigen Verwalterverträge.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Dienstleistungsverträge zwischen der wobra und Wofü werden zu marktüblichen Konditionen erbracht.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	2.020	2.042	2.036
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	2	2
II. Sachanlagen	20	40	34
III. Finanzanlagen	2.000	2.000	2.000
B. Umlaufvermögen	1.567	1.572	1.680
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27	37	31
III. Kassenbestand, Guthaben	1.541	1.534	1.649
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	1
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	3.009	3.124	3.327
I. Gezeichnetes Kapital	332	332	332
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Gewinnvortrag	2.511	2.677	2.792
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	166	115	203
B. Rückstellungen	511	426	334
C. Verbindlichkeiten	67	65	56
Bilanzsumme	3.588	3.615	3.717

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	0	0	0
2. Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	465	449	451
3. Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen	25	26	17
4. Bestandsänderung	0	0	0
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
6. Sonstige betriebliche Erträge	129	28	110
7. Aufwendungen für Hausbewirtschaftungen	0	0	0
8. Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	0	0	0
9. Personalaufwand	-424	-448	-347
10. Abschreibungen	-2	-6	-9
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-119	-34	-112
12. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	108	107	115
14. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2	-1	-2
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	180	121	223
17. Außerordentliche Erträge	0	0	0
18. Außerordentlicher Aufwand	0	0	0
19. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-14	-6	-20
20. Sonstige Steuern	0	0	-1
21. Jahresergebnis	166	115	203

III.2.2 Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Krankenhaus

Firmensitz

Hochstraße 29

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 20 00

Fax: 03381/ 30 10 76

e-mail: skb@klinikum-brandenburg.de

Internet: www.klinikum-brandenburg.de

Gründung

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 19. Dezember 1996 (notarielle Urkunde des Notars Karl-Heinz Buhmann, Brandenburg an der Havel, UR-Nr. 2796/96) gegründet und am 27. Mai 1997 ins Handelsregister des Amtsgerichts Potsdam unter HRB 10291 eingetragen.

Bis zum 31.12.1996 wurde das Klinikum als Eigenbetrieb geführt. Die GmbH hat den Eigenbetrieb zum 01.01.1997 gemäß Betriebsübernahmevertrag übernommen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.600 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100%

Unterbeteiligungen

Zur Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gehören drei Tochtergesellschaften und Beteiligungen an der Klinikum Westbrandenburg GmbH und der AGKAMED Holding GmbH. Die Beteiligung AGKAMED ist Ergebnis einer organisatorischen Umstrukturierung der Einkaufsgemeinschaft AGKAMED (Arbeitsgemeinschaft Kardiologie und medizinischer Sachbedarf), der das Klinikum bereits als Mitglied seit 1997 angehört:

Beteiligungen	
Name:	KSC Klinik Service Center GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 12.750 (51%)
Name:	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 25.000 (100%)
Name:	Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 25.000 (100%)
Name:	Klinikum Westbrandenburg GmbH
Sitz:	Potsdam
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 12.500 (50%)
Name:	AGKAMED Holding GmbH
Sitz:	Essen
Stammkapital:	€ 75.000
Anteil:	€ 500 (1%)

Die Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH wurde in 2012 gegründet. Die Aufnahme einer aktiven Geschäftstätigkeit erfolgte im Jahr 2013.

Die Klinikum Westbrandenburg GmbH wurde in 2012 gegründet. Eine Aufnahme der Geschäftstätigkeit ist zum 01.01.2014 erfolgt.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 26. Oktober 2005.

Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 30. März 2006.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

- *Gesellschafterversammlung*

Seit dem 17.12.2003 nimmt die Vertretung Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Die Gesellschafterversammlung hat im Geschäftsjahr 2013 sieben Mal getagt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat kam in 2013 zu fünf Sitzungen zusammen.

Aufsichtsratsmitglieder 2013	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Steffen Scheller
Stellvertreterin	Frau Dr. Margit Spielmann
weitere Mitglieder	Herr Thomas Krüger
	Herr Dr. Christian Sieg'l
	Frau Elke Kroll
	Herr Bernd Köhler
	Frau Marita Lickert
	Herr Andreas Kutsche
	Herr Dr.-Ing. Andreas Herzog

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist nach der Übernahme und Fortführung des in Trägerschaft der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel befindlichen Städtischen Klinikums Brandenburg an der Havel der Betrieb von Krankenhäusern und sonstigen Nebeneinrichtungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, sich im Ausnahmefall an anderen Gesellschaften gleichen, ähnlichen oder verwandten Gegenstands zu beteiligen und solche Gesellschaften zu übernehmen, wenn sie den Gesellschaftszweck nachhaltig fördern und zu der Erfüllung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft beitragen.

Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt gem. § 3 des Gesellschaftsvertrages ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH ist eine privatrechtliche Einrichtung und wird nach wirtschaftlichen Grundsätzen als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt.

Die Sicherstellung der Krankenhausversorgung ist öffentliche Aufgabe des Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte. Nach dem Landeskrankenhausplan gibt es im Land Brandenburg fünf Versorgungsgebiete, wobei das Städtische Klinikum Brandenburg dem Versorgungsgebiet Potsdam zugeordnet ist.

Gemäß LKGBbg (Krankenhausgesetz des Landes Brandenburg) erfüllen die kreisfreien Städte ihre Aufgabe als Aufgabe der Selbstverwaltung, indem sie eigene Krankenhäuser errichten und betreiben, soweit Krankenhäuser nicht von freien, gemeinnützigen, privaten oder anderen Trägern errichtet und betrieben werden.

Zweck des Unternehmens ist es, auf der Basis des jeweils geltenden Krankenhausplans ein hochqualifiziertes medizinisches und pflegerisches Leistungsangebot zu gewährleisten, um eine optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung in Fortführung des gegenwärtig hohen Standards zu sichern.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	72,5%	75,9%	76,7%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	20,3%	21,4%	22,2%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	105%	111%	110%
Zinsaufwandquote	0,47%	0,34%	0,92%
Liquidität 3. Grades	104%	122%	100%
Cashflow	5.461 T€	6.285 T€	7.658,8 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0,00%	0,00%	0,63%
Umsatz	80.991 T€	83.266 T€	85.647 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	146 T€	-317 T€	345 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	60%	59%	56%
Anzahl der Mitarbeiter	1.076	1.029	1.004

Lagebericht der Gesellschaft

Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH hat mit 466 Planbetten gemäß der Aufnahme in den dritten Landeskrankenhausplan vom 25. Juli 2008 die Aufgabe eines Krankenhauses der qualifizierten Regelversorgung für die Stadt Brandenburg an der Havel und Umgebung.

Die Städtisches Klinikum GmbH selbst ist ein kommunales Krankenhaus, dessen alleinige Gesellschafterin die Stadt Brandenburg an der Havel ist. Die Städtisches Klinikum GmbH bildet mit der Klinik Service Center GmbH, der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH und der Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH (Gründung am 14.11.2012) eine Unternehmensgruppe.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 14. Dezember 2012 wurde die Klinikum Westbrandenburg GmbH als 50%ige Tochtergesellschaft gemeinsam mit dem Klinikum Ernst von Bergmann GmbH gegründet. Ziel ist der gemeinsame Betrieb der beiden Kinderkliniken in eigener Rechtsform.

Der Landesbasisfallwert 2013 für das Land Brandenburg betrug 3.013,00 € (2012: 2.949,97 €). Damit betrug die tatsächliche Steigerung je Bewertungsrelation nur 2,1% im Land Brandenburg, sodass eine Ausfinanzierung von Personal- und Sachkostensteigerungen bei weitem nicht gegeben war. Zusätzlich konnte ab August 2013 ein Versorgungszuschlag, ab September 2013 ein Zuschlag für die Anpassung an die Tarifraten und ab Oktober 2013 ein Hygienezuschlag abgerechnet werden. Diese Zuschläge waren Teil des Gesetzes zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung.

Geschäftsverlauf 2013

Die Geschäftsentwicklung der Städtisches Klinikum GmbH war im Geschäftsjahr 2013 schwierig und konnte durch einzelne operative Maßnahmen mit einem Jahresüberschuss von 345,2 T€ abgeschlossen werden.

Die Fallzahl aus stationärer Behandlung nach der Mitternachtsstatistik ist mit 24.507 (2012: 24.751) leicht gesunken. Die Verweildauer ist dagegen mit 6,02 Tagen (2012: 5,86 Tage) wieder leicht ansteigend.

Nach der DRG-Statistik (Diagnosis Related Groups) betragen die effektiven Bewertungsrelationen (ohne Integrierte Versorgung und mit Überliegern) 25.462,402 (2012: 25.033,537) und die DRG-Fallzahl (ohne Integrierte Versorgung und mit Überliegern) 24.372 (2012: 24.619). Der Schweregrad CMI veränderte sich von 1,017 auf 1,045. Die Bewertungsrelationen aus Überliegern 2012/13 umfassten 799,005.

Zusätzlich wurden 52 DRG-Fälle mit 102,015 Bewertungsrelationen im Rahmen von Verträgen aus der Integrierten Versorgung erbracht. Diese IV-Verträge betreffen insbesondere die Endoprothetik des Zentrums für Orthopädie und Unfallchirurgie und einzelne Leistungen im Bereich HNO.

Einen leichten Rückgang gab es bei den Leistungen aus dem ambulanten Operieren. Hier lagen die Fälle im Jahr 2013 bei 5.104 (2012: 5.262).

Personalsituation

Im Vergleich zum Vorjahr wurde aufgrund von operativen Maßnahmen ein Personalrückgang erreicht. Die Anzahl der Vollkräfte sank im Jahresdurchschnitt auf 750,43 (2012: 771,61).

Im Wirtschaftsjahr 2013 wurden insgesamt 118 Auszubildende (2012: 138) beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von rund 11,8 Prozent an der Gesamtzahl der Mitarbeiter.

Der Tarifvertrag vom 25. Januar 2013 für den nichtärztlichen Dienst, welcher mit Wirkung zum 1. Januar 2013 in Kraft getreten ist, hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2014.

Für das Jahr 2014 ist die ganzjährige Auswirkung einer Tarifsteigerung von 1,8% zum 1. Oktober 2013 und einer weiteren Steigerung von 1,6% zum 1. Juli 2014 wirksam. Für den ärztlichen Dienst konnte am 14. November 2013 eine Tarifvereinbarung mit einer Laufzeit bis zum 28. Februar 2016 vereinbart werden. Der Tarifvertrag gilt voraussichtlich für sieben kommunale Krankenhäuser des Landes Brandenburg. Die Entgelttabellen beim ärztlichen Dienst steigen hierbei zum 1. Oktober 2013 mit 1,25%, zum 1. Januar 2014 mit 1,3%, zum 1. Juli 2014 mit 2,0% und zum 1. Juli 2015 mit 2,0%.

Die Personalaufwendungen zum 31. Dezember 2013 weisen 48.086.793,18 € aus. Dies sind 956.640,81 € weniger als im Vorjahr.

Krankenhausneubau

Am 19. Juli 2012 wurde vom Land Brandenburg ein Änderungsbescheid zum bisherigen Fördermittelbescheid für die Hauptmaßnahme Krankenhausneubau (Ost) erteilt. Mit diesem Bescheid wurde über die bisher gesperrte Medizintechnik, EDV, den Änderungsanträgen und der verlorenen ersten Planung entschieden. Im Ergebnis wurden förderfähige Investitionskosten in Höhe von 62.549.135,00 € festgestellt und ein Förderungsfestbetrag von 56.106.755,00 € bewilligt. Der Eigenanteil für das Städtische Klinikum Brandenburg beträgt 6.442.380,00 €. Im November 2013 wurde der Verwendungsnachweis beim Land eingereicht, sodass im Dezember 2013 die Schlussrate in Höhe von 1.083.356,05 € ausgezahlt wurde.

Für den Eigenanteil wurde über das Finanzierungskonsortium Investitionsbank des Landes Brandenburg/WestLB/Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam am 8. November 2007 ein KfW-Darlehen in Höhe von 8.000 T€ aufgenommen, welches mit 4,8 Prozent verzinst ist.

Investitionen

Im Jahr 2013 wurde ein Investitionsvolumen von insgesamt 4.983,1 T€ realisiert.

Ertragslage

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH hat im Geschäftsjahr 2013 einen Jahresüberschuss von 345,2 T€ (2012: -317,7 T€) erwirtschaftet.

Das betriebliche Ergebnis stellt sich wie folgt dar:

	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	€	€
<u>Erträge</u>		
Betriebsleistung	85.312.343	82.701.809
Sonstige Erträge	<u>11.167.970</u>	<u>13.172.332</u>
Gesamterträge	96.480.313	95.874.141
	-----	-----
<u>Aufwendungen</u>		
Personalkosten	-48.086.793	- 49.043.434
Sachkosten	<u>-48.048.271</u>	<u>- 47.147.983</u>
Gesamtaufwendungen	-96.135.064	- 96.191.417
	=====	=====
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	345.249	- 317.276
	=====	=====

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist grundsätzlich geordnet und weitgehend als positiv zu bewerten.

Vermögenslage

Im Bereich des Anlagevermögens konnten 2013 Investitionen von 4.983,1 T€ realisiert werden. Nach Abzug der planmäßigen Abschreibungen und der Abgänge hat sich das Anlagevermögen um 2.513,7 T€ reduziert.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr reduziert. Sie erreichen einen Gesamtwert von 3.306,9 T€ (2012: 3.532,9 T€). Anpassungen gab es in allen Rückstellungspositionen, wobei es bei den Rückstellungen für Personalaufwand und bei den Rückstellungen für Urlaubs- und Überstunden eine Auflösung in Höhe von insgesamt 12 T€ gegeben hat. Die Rückstellungen für offene Schlussrechnungen in Bezug auf den Krankenhausneubau (Ost) hat sich dagegen um 628,1 T€ erhöht.

Finanzlage

Die flüssigen Mittel betragen zum Bilanzstichtag 2.901,9 T€ (2012: 3.314,7 T€). Die ausgewiesenen flüssigen Mittel enthalten in Höhe von 1.413 T€ (2012: 2.151 T€) zweckgebundene Mittel aus Pauschalfördermitteln, Investitionspauschale, Sicherheitseinbehalten und Kautionen.

Der Liquiditätsbedarf der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH beträgt – abgesehen von dem Finanzbedarf aus der Finanzierung des Neubaus – monatlich im Durchschnitt 7.500 T€ mit Spitzen in den Monaten Januar und November (Weihnachtsgeld etc.). Langfristige Geld-

anlagen sind bei Umsetzung der Wirtschaftspläne nicht zu realisieren, da nach wie vor ein hoher Investitionsbedarf besteht.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Für das Wirtschaftsjahr 2014 wird bei Umsatzerlösen von 82,7 Mio. € ein Jahresüberschuss von 200 T€ geplant. Die Planungen für 2015 bis 2018 sehen bei einem moderaten Anstieg der Umsatzerlöse ausgeglichene Jahresergebnisse vor.

Prognostizierte Budgetsteigerungen mit einhergehenden Kosteneinsparungen im Personal- und Sachbereich werden voraussichtlich zu einer stabilen Entwicklung führen.

Bei den Erlösen aus Krankenhausleistungen wurde in der Planung von 23.450 effektiven Bewertungsrelationen (einschließlich Überlieger) ausgegangen. Diese Annahme entspricht somit der Leistungsvereinbarung aus der Budgetvereinbarung 2013 abzüglich der Leistungen der Kinderklinik, die in das Klinikum Westbrandenburg GmbH zum Jahresanfang 2014 ausgegliedert wurden.

Der Landesbasisfallwert für Brandenburg liegt nach Genehmigung des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz bei 3.117,36 € für das Jahr 2014. Neben dem Landesbasisfallwert kann im Jahr 2014 ein Versorgungszuschlag von 0,8 Prozent auf die abzurechnenden Bewertungsrelationen abgerechnet werden. Unter Berücksichtigung der vor- und nachstationären Leistungen sowie dem Budget der Kassen für die Ausbildung werden die Erlöse aus allgemeiner Krankenhausleistung mit 79.100,5 T€ geplant.

Bei den weiteren Erlösen wurde von einer grundsätzlich gleichen Entwicklung wie in den Vorjahren ausgegangen. Die Erträge für Leistungen an Dritte, insbesondere den Apothekenlieferungen, wurden auf Vorjahresniveau geplant.

Prämissen der Aufwandsplanung

Die Aufwandsplanung berücksichtigt eine Steigerung der Personalkosten aufgrund der tariflichen Vereinbarungen für das Jahr 2014 für den ärztlichen und nichtärztlichen Dienst aufgrund bestehender Tarifverträge für alle Berufsgruppen.

Durch die Ausgliederung der Kinderklinik in das Klinikum Westbrandenburg und durch die tariflich vereinbarte Übernahme der Servicekräfte zum 1. April 2014 von der KSC umfasst der Stellenplan im Wirtschaftsjahr 2014 insgesamt 730,13 Vollkräfte. In allen Dienstarten wurde ansonsten von der gleichen Besetzung zu 2013 ausgegangen.

Bei dem Ansatz für die Energiekosten wurde der durchschnittliche Verbrauch aus den letzten Jahren für die bestehenden Häuser zugrunde gelegt. In der Planung wurde auch die gesetzliche Umlage berücksichtigt. In der Summe wird mit einem Energieaufwand von 3.374.851 € für das Jahr 2014 geplant.

Der Aufwand für den Wirtschaftsbedarf konnte seit Jahren durch Anpassungen beim Bezug stabil gehalten werden. Hier wurde keine Steigerung angesetzt.

Beim Zinsaufwand wurden die Belastungen durch die Finanzierungen der beiden Neubauten sowie der Großgeräte und Ausstattung Krankenhausneubau entsprechend der bestehenden Kreditvereinbarungen berücksichtigt.

Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Bestandsgefährdende Risiken oder Risiken größeren Ausmaßes sind gegenwärtig für die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH nicht absehbar. Trotz der fundierten positiven Zukunftsplanung sind negative Entwicklungen jedoch nicht auszuschließen, aus denen unter Umständen entwicklungsbeeinträchtigende Risiken entstehen können.

Die kurzfristige Liquidität des Hauses ist befriedigend. Zur Sicherstellung der mittelfristigen Liquidität ist grundsätzlich die Erwirtschaftung eines positiven Betriebsergebnisses Voraussetzung, um den auf das Klinikum durch die Investitionen zukommenden Zinsaufwand leisten zu können.

Allgemeine Risiken durch die Gesundheitspolitik ergeben sich ebenfalls für die Gesellschaft. Durch den allgemeinen Kostendruck ist bei den Krankenkassen mit einer weiterhin steigenden Anzahl von MDK-Prüfungen (Medizinischer Dienst der Krankenkassen) zu rechnen, welche die Erlöse der Gesellschaft mindern können. Auch die Gesetzgebung ist erfahrungsgemäß nicht stabil und nicht immer kurz- und mittelfristig planbar.

Die nach wie vor zu geringe Investitionsförderung durch das Land stellt ein weiteres Problem für die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH dar. Die jährlichen Investitionen entsprechen nicht der regelmäßigen Höhe der Abschreibungen, sodass auch zukünftig im Bereich der Investitionen Eigenmittel eingesetzt werden müssen, die zunächst erwirtschaftet werden müssen. Mehrkosten z. B. durch Tarifsteigerungen und Zinsen müssen über Erlössteigerungen und/oder über Einsparungen aufgefangen werden.

Der Trend des Fachkräftemangels lässt sich auch für die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH für die Zukunft nicht ausschließen.

Die Gesellschaft stützt ihre Planungen bezüglich der künftigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auf den vorliegenden Wirtschaftsplan für die Jahre 2014 - 2018. Trotzdem sind negative Entwicklungen und Auswirkungen nicht ausgeschlossen.

Jedoch wird davon ausgegangen, dass durch die gute Wettbewerbsposition am Markt die anstehenden Aufgaben durch die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH erfolgreich bewältigt werden. Neben den aufgezeigten Risiken und Planungsunsicherheiten eröffnen die abgeschlossenen Bauvorhaben eine langfristige Zukunftssicherung für das Klinikum. Der Neubau (Ost) bietet eine verbesserte Versorgung bei effizienteren Strukturen sowie optimierte Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter. Durch das verbesserte Angebot kann auch mit einer höheren Einweisungsquote gerechnet werden.

Der Unternehmensverbund mit langfristigen Verträgen mit der KSC Klinik Service GmbH, der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH und der Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH bietet der Gesellschaft ebenfalls Steuerungsmöglichkeiten und somit Chancen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Modifizierte Ausfallbürgschaften der Stadt Brandenburg an der Havel gegenüber der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam und der InvestitionsBank des Landes Brandenburg vom 17.09.2010 bis zum Höchstbetrag in Höhe von jeweils 22,75 Mio. €
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	141.814	139.900	137.386
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.448	1.952	1.811
II. Sachanlagen	139.199	136.808	134.531
III. Finanzanlagen	1.168	1.140	1.044
B. Umlaufvermögen	33.783	22.461	19.797
I. Vorräte	2.816	3.470	3.174
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27.497	15.676	13.721
III. Kassenbestand, Guthaben	3.470	3.315	2.902
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	14.541	16.577	16.794
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5.443	5.336	5.222
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	39.729	39.412	39.757
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	26	26	26
II. Kapitalrücklage	30.045	30.045	30.045
III. Gewinn-/Verlustvortrag	9.513	9.659	9.341
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	146	-317	345
B. Sonderposten zur Finanzierung des AV	96.458	99.211	96.738
C. Rückstellungen	4.711	3.533	3.307
D. Verbindlichkeiten	54.684	42.118	39.382
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	15
Bilanzsumme	195.582	184.274	179.199

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	80.991	83.266	85.647
2. Sonstige betriebliche Erträge	9.415	12.608	9.642
3. Personalaufwand	-48.116	-49.043	-48.087
4. Materialaufwand	-30.779	-32.441	-33.718
5.-7. Erträge (Zuwendungen, Ausgleichs- und SoPo)	5.360	10.240	7.526
8.-10. Aufwendungen (KHG, Ausgleichs- und SoPo)	-1.186	-2.683	-2.118
11. Abschreibungen	-5.315	-6.602	-7.314
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.129	-15.266	-10.680
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	390	371	354
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-374	-655	-782
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	258	-205	471
16. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-113	-112	-126
18. Jahresergebnis	146	-317	345

III.2.2.1 KSC Klinik Service Center GmbH

Geschäftsbereich

Dienstleistungen im Gesundheitswesen

Firmensitz

Hochstraße 29
14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 27 00

Fax: 03381/ 41 27 09

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 31. August 1999 wurde die KSC Klinik Service Center GmbH (KSC), Brandenburg an der Havel, auf der Grundlage eines SVV-Beschlusses vom 21.07.1999 gegründet. Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 8. Juni 2000 unter der Nummer HRB 13766 P.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.000 €

Die KSC Klinik Service Center GmbH mit Sitz in Brandenburg an der Havel ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Die Gesellschaftsanteile verteilen sich wie folgt:

Beteiligungsverhältnisse	€	%
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	12.750	51%
Dussmann Beteiligungsgesellschaft mbH	6.250	25%
Gebäudereinigung Brandenburg GmbH	3.500	14%
Caritas Krankenhilfe Berlin e. V.	2.500	10%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 8. Juli 2002. Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HR-B 13766 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wahrgenommen.

Im Berichtsjahr hat eine Gesellschafterversammlung stattgefunden.

- *Aufsichtsrat*

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat. Nach § 9 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Einführung eines Aufsichtsrats beschließen, ansonsten werden dessen Aufgaben durch die Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Gegenstand

Gegenstand der KSC ist die Bewirtschaftung von Krankenhäusern, Seniorenheimen und anderen sozialen Einrichtungen durch die Herstellung und Lieferung von Verpflegung, den Betrieb von gastronomischen Einrichtungen und die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen. Hierzu zählen insbesondere der Bereich der Speiserversorgung, das Gebäudemanagement sowie die Installation, Wartung und Instandhaltung von Elektro- und Fernmeldeanlagen und Klima- und Heizungstechnik, der Reinigungsdienst, das Betreiben von Archivräumen, das Erbringen von Schreibleistungen sowie dazugehörige Dienstleistungen. Die Gesellschaft übernimmt alle Arten von Tätigkeiten, welche zur Versorgung der in den sozialen Einrichtungen untergebrachten Personen sowie ihrer Mitarbeiter mit Dienstleistungen und Waren geeignet sind. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Versorgung sozialer Einrichtungen mit Dienstleistungen und Waren anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, belasten und veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und ferner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum Bedarf der Stadt steht.

Öffentlicher Zweck

Die KSC ist als Organgesellschaft der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH Dienstleister für den Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung und Wirtschaftsdienste, Technik und Verwaltung. Die Wirtschaftsdienste umfassen den Hol- und Bringdienst, den Patiententransport und den Fuhrpark.

Die unter dem Abschnitt „Gegenstand“ aufgeführten Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	18,9%	13,8%	13,4%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	16,9%	14,1%	14,5%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	90%	103%	108%
Zinsaufwandquote	0,00%	0,03%	0,07%
Liquidität 3. Grades	97,0%	99,8%	100,6%
Cashflow	77,8 T€	98,1 T€	90,0 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	1,25%	1,69%	1,40%
Umsatz	11.697 T€	13.026 T€	13.720 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	18 T€	28 T€	18 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	70,9%	68,6%	70,3%
Anzahl der Mitarbeiter	357	397	406

Lagebericht der Gesellschaft

Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die KSC Klinik Service Center GmbH (KSC GmbH) ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und ist für den Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung, Wirtschaftsdienste, Zentralsterilisation, Technik und Verwaltung tätig.

Für diese Tätigkeitsbereiche ist in der Branchenentwicklung das Vorhandensein einer großen Anzahl potentieller Leistungserbringer, ein hart umkämpfter Markt bei großer Konkurrenz und hohem Preisdruck charakteristisch.

Die KSC GmbH erbringt den größten Teil ihrer Leistungen gegenüber der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Geschäftsverlauf 2013

Die Geschäftsentwicklung der KSC GmbH verlief im Geschäftsjahr 2013 positiv. Zum 31.12.2013 wurde ein Jahresergebnis von 18,2 T€ ausgewiesen.

Die Umsatzerlöse konnten gegenüber dem Vorjahr um 694,4 T€ auf 13.720,1 T€ gesteigert werden. Ursächlich hierfür war der ganzjährige abgeschlossene Aufbau des Bereichs Servicekräfte im Auftrag der Muttergesellschaft Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Ein weiterer Umsatzanstieg ist auf die Anpassung der Reinigungsleistungen auf den Mindestlohn von 8,00 € zurückzuführen. Insgesamt sind die um 713,7 T€ gestiegenen Personalkosten durch eine Steigerung der durchschnittlichen Anzahl der Vollkräfte in Höhe von 14,54 zu erklären.

Der seit Ende 2012 in Anspruch genommene Kontokorrentrahmen in Höhe von 500 T€ besteht weiter.

Investitionen

Aufgrund der spezifischen Geschäftstätigkeit der KSC GmbH ist der Investitionsbedarf vergleichsweise gering. Die in 2013 vorgenommenen Investitionen betragen 75,2 T€ (2012: 64,6 T€) und betrafen vor allem Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Personal- und Sozialbereich

Die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl (ohne Azubi) im Jahr 2013 betrug 406 (2012: 397), dass entsprach 328,05 Vollkräften.

Die KSC GmbH ist außer im Bereich der Reinigung nicht tarifgebunden, die Gehälter der aus der Städtisches Klinikum GmbH übernommenen Mitarbeiter wurden zum Stand der Ausgliederung eingefroren.

Tariferhöhungen können nur bei lang anhaltender positiver Geschäftsentwicklung vorgenommen werden.

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2013 wird ein Jahresüberschuss nach Steuern von 18,2 T€ ausgewiesen. Die Ertragslage stellt sie wie folgt dar (ohne Berücksichtigung der neutralen Aufwendungen und Erträge):

	2013	2012	Veränderung
	T€	T€	in %
Umsatzerlöse	13.720,1	13.025,7	+ 5,33
+ sonstige betriebliche Erträge	54,2	62,1	- 12,73
<u>Gesamtleistung</u>	<u>13.774,3</u>	<u>13.087,8</u>	<u>+ 5,24</u>
- Materialaufwand / Fremdleistungen	3.526,4	3.596,2	- 1,95
<u>Rohertrag</u>	<u>10.247,9</u>	<u>9.491,6</u>	<u>+ 7,96</u>
- Personalaufwand	9.643,7	8.930,1	+ 7,99
- Abschreibungen	71,8	69,8	+ 2,86
- sonstige Aufwendungen	493,8	444,9	+ 10,99
<u>Betriebsergebnis</u>	<u>38,6</u>	<u>46,9</u>	<u>-17,70</u>
<u>Finanzergebnis</u>	<u>-9,7</u>	<u>-3,8</u>	
<u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u>	<u>28,9</u>	<u>43,1</u>	<u>-32,95</u>
- Steuern	10,7	14,8	-27,71
<u>Jahresüberschuss</u>	<u>18,2</u>	<u>28,3</u>	<u>-35,69</u>

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2014

Prämissen der Erlösplanung

Die Innenumsätze wurden auf Basis einer stabilen Leistungsplanung des Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH geplant. Die Pauschalen zur innerbetrieblichen Leistungsverrechnung wurden fortgeschrieben und angepasst. Zu berücksichtigen war hier insbesondere die Überleitung der Servicekräfte Pflege in die Muttergesellschaft, dem Städtischen Klinikum zum 1. April 2014, die Anpassungen an den jährlichen Investitionsplan Technik sowie die Ausgliederung der Kinderklinik aus dem Klinikum Brandenburg in das Klinikum Westbrandenburg GmbH.

Durch die Ausgliederung der Kinderklinik in das Klinikum Westbrandenburg werden die entsprechenden Leistungen zukünftig in gleicher Höhe, anstatt den Innenumsätzen, den Außenumsätzen zugeordnet.

Die bestehenden Verträge wurden überwiegend fortgeschrieben. Variable Erlösbestandteile wurden vorsichtig bewertet.

Insgesamt wurden die Umsatzerlöse für 2014 mit 13.490,2 T€ geplant. Für die Jahre 2015 bis 2018 wird dann von Umsatzerlösen in Höhe von 13.410 T€ ausgegangen.

Prämissen der Aufwandsplanung

Die Aufwandsplanung der KSC Klinik Service Center GmbH wird weiterhin sehr stark vom Ansatz für Personalkosten geprägt. Der Personalaufwand berücksichtigt 378 Beschäftigte mit einem Vollkräfteanteil von 305,8. Anpassungen gibt es insbesondere durch die Ausgliederung der Servicekräfte Pflege.

Bei der Planung der Sachkosten und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurde von einem grundsätzlich konstanten Kostenniveau ausgegangen. Anpassungen ergaben sich durch die geplanten Leistungen der KSC GmbH.

Für die Wirtschaftsjahre 2014 bis 2018 wird ein jeweiliger Jahresüberschuss von 20,0 T€ prognostiziert.

Strategien zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens

Primärziel ist weiterhin der Ausbau bestehender und die Akquisition neuer Geschäftsfelder durch die Leitungsebenen aller Bereiche.

Es werden weiterhin monatlich Plan-Ist-Analysen zur Kontrolle und Überwachung der Einzelergebnisse erstellt.

Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die wesentlichen Chancen und Risiken resultieren aus dem Organschaftsverhältnis mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH, für die der weit überwiegende Teil der Lieferun-

gen und Leistungen erbracht wird. Dieser Anteil stieg im Jahr 2013 durch die weitere Verlagerung von Serviceleistungen aus dem Klinikum in die KSC auf 88,6% (2012: 86,3%).

Zum einen steht mit der Städtisches Klinikum GmbH ein sicherer und stabiler Leistungsabnehmer zur Verfügung, der auch in seiner Gesellschafterstellung an einer erfolgreichen Entwicklung der KSC GmbH interessiert ist. Damit ist grundsätzlich eine stabile Auftragslage gegeben.

Andererseits besteht eine hohe Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der Städtisches Klinikum GmbH. Nicht auszuschließende rückläufige Fallzahlen sowie rückläufige finanzielle Mittel für Investitionen und Instandhaltungen haben direkten Einfluss auf die Auftragsvergabe und somit auf die Erlösentwicklung der KSC GmbH. Der allgemeine Kostendruck im Gesundheitswesen zwingt auch die Städtisches Klinikum GmbH, die Leistungen der KSC GmbH möglichst preisgünstig einzukaufen.

Eine weitere Chance besteht für die KSC GmbH auch darin, das Leistungsangebot für Dritte auszuweiten. Beispielhaft hierfür ist der Anstieg an Verträgen für die Sterilisation mit niedergelassenen Ärzten. Derzeit läuft eine Kapazitätsprüfung, um einen weiteren Ausbau planen zu können. Für die anderen Dienstleistungsbereiche ist es aufgrund der Vielzahl der Anbieter in dieser Branche und deren Kosten- und Preisstrukturen außerordentlich schwierig, neue Marktanteile zu erschließen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	271	264	268
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	8	6	4
II. Sachanlagen	263	258	263
B. Umlaufvermögen	1.155	1.646	1.723
I. Vorräte	16	21	25
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.078	1.506	1.618
III. Kassenbestand, Guthaben	61	118	80
C. Rechnungsabgrenzungsposten	9	12	11
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	243	272	290
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	200	218	247
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	18	28	18
B. Rückstellungen	53	45	40
C. Verbindlichkeiten	1.130	1.599	1.666
D. Rechnungsabgrenzungsposten	8	7	5
Bilanzsumme	1.434	1.922	2.002

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	11.697	13.026	13.720
2. Sonstige betriebliche Erträge	55	62	54
3. Personalaufwand	-8.297	-8.930	-9.644
4. Materialaufwand	-2.894	-3.596	-3.526
5. Abschreibungen	-60	-70	-72
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-473	-445	-494
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-4	-10
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	28	43	29
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-7	-12	-8
11. Sonstige Steuern	-3	-3	-3
11. Jahresergebnis	18	28	18

III.2.2.2 Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Medizinisches Versorgungszentrum

Firmensitz

Hochstr. 29
14770 Brandenburg an der Havel

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 10. Dezember 2001 hat die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH die Klinikbereich (KB) - Praxis für Innere Medizin GmbH, Brandenburg an der Havel, gegründet.

Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 30. April 2002 unter der Nummer HRB 15884 P.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 8. Februar 2005 erfolgte die Umfirmierung der KB - Praxis für Innere Medizin GmbH in die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH (MVZ). Die Eintragung der Umfirmierung in das Handelsregister wurde am 25. Februar 2005 vorgenommen.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000 €
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 18. Dezember 2007.

Durch den Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 18. Dezember 2007 und Eintragung in das Handelsregister vom 28. Dezember 2007 ist der Gesellschaftsvertrag, insbesondere § 2 Abs.1 (Gegenstand des Unternehmens) und § 3 (Gemeinnützigkeit und Mildtätigkeit), neu gefasst worden.

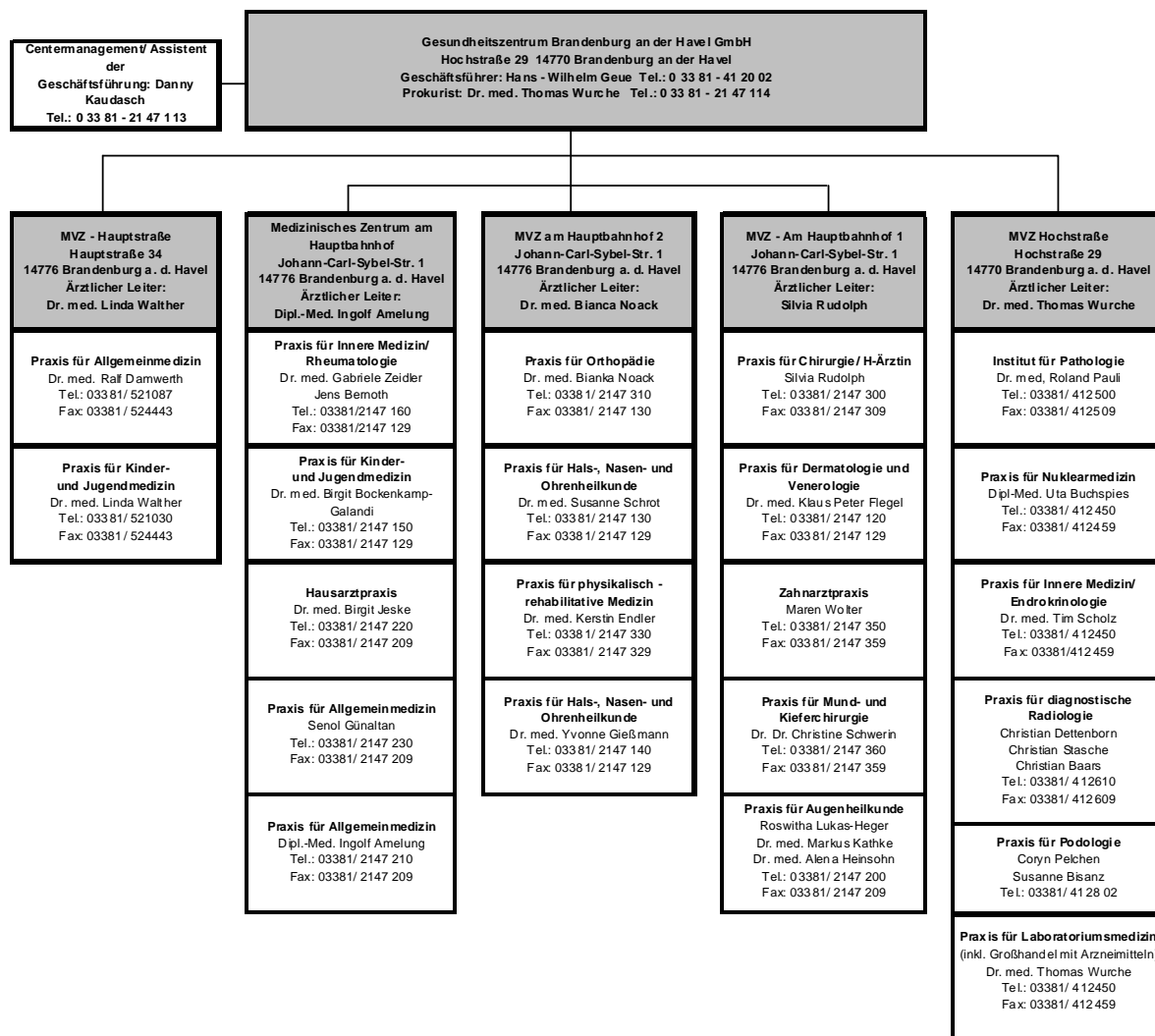
Organe der Gesellschaft

- **Geschäftsführung**

Hans-Wilhelm Geue

Dr. med. Thomas Wurche

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich. Die Geschäftsführung wird von der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gestellt.



- **Gesellschafterversammlung**

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Im Berichtsjahr hat eine Gesellschafterversammlung stattgefunden.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch (SGB V), insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung und der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten sowie weiterhin die Fortführung der bestehenden ambulanten Praxis gemäß § 311 Abs. 2 SGB V.

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und Förderung ihres Hauptzwecks dienlich sind.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann.

Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und ferner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum Bedarf der Stadt steht.

Öffentlicher Zweck

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u. a. die gesundheitliche Betreuung und damit auch die ambulante Versorgung ihrer Einwohner. Damit erfüllt die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	54,8%	55,2%	44,7%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	2,5%	3,8%	5,1%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	37%	33%	31%
Zinsaufwandquote	0,87%	1,00%	0,64%
Liquidität 3. Grades	72,7%	68,2%	74,1%
Cashflow	83,9 T€	134,4 T€	192,1 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	1,77%	3,50%	3,78%
Umsatz	5.225 T€	5.853 T€	8.956 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	2 T€	38 T€	72 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	79,1%	77,5%	60,5%
Anzahl der Mitarbeiter	104	119	124

Lagebericht der Gesellschaft**Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH ist ein Tochterunternehmen der alleinigen Gesellschafterin Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und in den Bereichen der ambulanten ärztlichen Versorgung tätig.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in 2013 beinhaltete im Wesentlichen den Betrieb Medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch V sowie die Fortführung der bestehenden ambulanten Einrichtung gemäß § 311 Abs. 2 SGB V.

Für diese Tätigkeitsbereiche steht die Gesellschaft im Wettbewerb mit niedergelassenen Ärzten, wobei Praxisübernahmen nur bei fehlender Nachbesetzung angestrebt werden. Es besteht ein Auftrag der Gesellschafterin zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in der Stadt Brandenburg an der Havel.

Geschäftsverlauf 2013

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2013 war geprägt durch diverse Arztwechsel in den einzelnen Medizinischen Versorgungszentren. Ab dem 01.01.2013 hat das Institut für Laboratoriumsmedizin die Arbeit aufgenommen. Die in 2011 mit den Umzügen von drei verschiedenen Standorten in das neu erbaute Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof verbundenen Anlaufschwierigkeiten sind überwunden. Das Haus erfreut sich steigender Beliebtheit, die Fallzahlen steigen kontinuierlich. Für das Geschäftsjahr 2013 wurde ein Jahresüberschuss von 72,3 T€ ausgewiesen.

Entwicklung der Fallzahlen 2011 – 2013

	2011	2012	2013
Fallzahlen	50.854	80.502	88.876

Ertragsanalyse (ohne gesonderten Ausweis der neutralen Aufwendungen und Erträge):

	2013 T€	2012 T€	Veränderung in %
Umsatzerlöse	8.956,0	5.853,3	+ 53,00
+ sonstige betriebliche Erträge	<u>271,3</u>	<u>204,5</u>	+ 32,66
Gesamtleistung	9.227,3	6.057,8	<u>+ 52,32</u>
- Materialaufwand	<u>2.365,8</u>	<u>787,9</u>	+ 200,26
Rohertrag	6.861,5	5.269,9	<u>+ 30,20</u>
- Personalaufwand	5.421,1	4.537,0	+ 19,48
- Abschreibungen	116,2	96,8	+ 20,04
- sonstige Aufwendungen	1.192,5	540,9	+ 118,52
+ sonstige Erträge	<u>1,5</u>	<u>1,1</u>	+ 36,36
Betriebsergebnis	133,2	96,3	<u>+ 49,22</u>
+ Finanzerträge	0,0	0,1	- 100,00
- Finanzaufwendungen	<u>57,1</u>	<u>58,8</u>	+ 29,80
Finanzergebnis	<u>-57,1</u>	<u>-58,7</u>	<u>+ 29,64</u>
<u>Ergebnis der gewöhnlichen</u>			
<u>Geschäftstätigkeit</u>	<u>75,9</u>	<u>37,6</u>	
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	
<u>Jahresüberschuss</u>	<u>75,9</u>	<u>37,6</u>	

Entwicklung der Umsatzerlöse

Die Geschäftsentwicklung der Gesundheitszentrum GmbH verlief im Geschäftsjahr 2013 unter Berücksichtigung der Praxisveränderungen kontinuierlich und ausgeglichen.

Der Gesamtumsatz entwickelte sich unterteilt nach Betriebsstätten wie folgt:

	2013 T€	2012 T€	Veränderung %
MVZ - am Hauptbahnhof 2	901,6	823,2	+ 9,52 %
MZ am Hauptbahnhof	895,4	862,6	+ 3,80 %
MVZ - am Hauptbahnhof 1	1.036,6	854,8	+ 24,42 %
MVZ Hochstraße	5.654,1	2.887,9	+ 95,78 %
MVZ Hauptstraße	427,1	391,3	+ 9,14%
Allgemein	41,2	33,5	+ 22,98 %
Gesamt	8.956,0	5.853,3	+ 53,00 %

Insgesamt stieg der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 3.102,7 T€. Der Anteil der Umsätze mit der Städtisches Klinikum GmbH beträgt 23,3% (2012: 19,7%). Die Umsätze mit der Kassenärztlichen Vereinigung, das sind rund 59,4% des Gesamtumsatzes, wurden ebenfalls gesteigert und lagen im Berichtsjahr um 1.583,6 T€ über dem Vorjahresniveau.

Die Umsatzsteigerung von 53,0% ist in erster Linie auf die Aufnahme des Laborbetriebes im MVZ Hochstraße zurückzuführen. Hieraus resultiert allein ein Mehrerlös von rund 2.200 T€. Aber auch in den anderen Medizinischen Versorgungszentren konnten die Praxen ihre Ergebnisse gegenüber dem Vorjahr wie oben dargestellt signifikant verbessern, wobei die Praxen im MVZ- am Hauptbahnhof 1 ihre Umsätze um durchschnittlich mehr als 20% erhöhen konnten.

Allgemein konnte die Zahl der behandelten Patienten gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Im Jahr 2013 wurden ohne Labor 88.876 Patienten ambulant behandelt, was einer durchschnittlichen Fallzahl pro Quartal von 22.219 entspricht. Im Vorjahr waren es 80.502 Patienten.

Kostensituation

Personalaufwand

Die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl (inkl. Azubi) im Jahr 2013 betrug 124 (2012: 119), das entsprach 107,4 Vollkräften (2012: 91,5).

Der damit verbundene Personalaufwand betrug 5.421,1 T€.

Struktur der Personalaufwendungen:

	2013 T€	2012 T€	Veränderung %
Löhne und Gehälter	4.637,3	3.912,6	+ 18,52
Sozialabgaben	783,8	624,4	+ 25,52
Gesamt	5.421,1	4.537,0	+ 19,48

Der gestiegene Personalaufwand ergibt sich aus dem Zuwachs von insgesamt 15,9 Vollkräften bedingt durch die Strukturveränderungen. Als wesentliche Strukturveränderung war die Aufnahme des Laborbetriebes zum 01.01.2013 zu benennen. Zudem wurden zum 01.08.2012 vier OP-Kräfte für die Betriebsaufnahme des OP im Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof eingestellt. Hier erfolgte 2013 die ganzjährige Auswirkung. Die Gesundheitszentrum GmbH ist nicht tarifgebunden.

Im Jahr 2013 wurde eine Auszubildende beschäftigt.

Materialaufwand

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren liegt mit 1.428,3 T€ deutlich über den Vorjahreswerten von 479,4 T€. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen liegen mit 937,5 T€ um 629,0 T€ über den Vorjahreswerten. Ursächlich hierfür ist in erster Linie die Ausweitung des Geschäftsbetriebes in Bezug auf das Laboratorium. Die Materialaufwandsquote beträgt 26,4% (2012: 13,5%).

Übrige Aufwendungen

Die Abschreibungen lagen um 13,0 T€ über dem Planansatz im Wirtschaftsplan 2013 in Höhe von 106,8 T€, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 236,9 T€ über den geplanten Werten in Höhe von 955,6 T€. Der Posten sonstige betriebliche Aufwendungen enthält im Wesentlichen die Mietstrukturen inklusive Betriebskosten für die Räumlichkeiten im Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof. Ebenfalls enthalten ist der in 2013 geschlossene Leistungsvertrag mit der Firma Roche über die Erbringung von Serviceleistungen und die Belieferung des Labors mit Reagenzien und anderen Materialien.

Liquidität

Die Liquidität ist stark abhängig von den Zahlungsterminen der Kassenärztlichen Vereinigung. Die Honorarbescheide und rund 30% des Honorars werden erst 5 Monate nach Quartalsende erstellt und ausbezahlt. Die laufenden Kosten sind vorzufinanzieren. Hier bestehen Vereinbarungen mit dem Gesellschafter und der Hausbank. Die Liquidität ist über Kontokorrentverträge zwischen der Gesundheitszentrum GmbH, der Brandenburger Bank, der Deutschen Kreditbank AG (DKB) und der Gesellschafterin mit einer Gesamthöhe von 670 T€ abgesichert.

Investitionen

Mit der Investitionssumme 2013 von 131,3 T€ (2012: 156,5 T€) wurde im Wesentlichen in neue Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Entwicklung der Geschäftsfelder

Die Gesundheitszentrum GmbH erbringt weiterhin den größten Teil ihrer Leistungen für GKV-versicherte (Gesetzlich Krankenversicherte) ambulante Patienten.

Die Planung der Erlöse für das Wirtschaftsjahr erfolgte unter Berücksichtigung der Fortschreibung der jetzigen Struktur mit den drei Standorten Hauptbahnhof, Hauptstraße und Hochstraße. Nach dem abgeschlossenen Aufbau der Labordiagnostik und der Mikrobiologie wird mit einem leichten Anstieg im Bereich der Umsatzerlöse gerechnet.

Aufgrund der sich verschärfenden Wettbewerbssituation bezüglich der Region Belzig nach Übernahme des dortigen Krankenhauses durch das EVB Potsdam (Ernst-von-Bergmann Klinikum) werden zurzeit Angebote zum Praxiserwerb geprüft. Eine Entscheidung zum Erwerb bedarf hierbei der jeweiligen Zustimmung des Aufsichtsrates des Klinikums. Vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussvorlage und der Zustimmung wurden im vorliegenden Wirtschaftsplan 70 T€ für einen Praxiserwerb mit notwendiger Ausstattung angesetzt. In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden die Erlöse und Aufwendungen jeweils mit 100 T€ insgesamt erfolgsneutral berücksichtigt.

Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof:

Der Einsatz, der 2012 eingestellten 4 Anästhesie- und Operationsschwestern erfolgte 2013 ganzjährig. Sie unterstützen die Ärzte des Städtischen Klinikums Brandenburg bei den ambulanten Operationen und stehen auch für Eingriffe von Ärzten der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH und von Dritten zur Verfügung.

Die neuen Strukturen im Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof tragen durch steigende Fallzahlen zur positiven Entwicklung der Gesellschaft bei. Ein striktes Kostenmanagement wurde installiert. Ziel ist es, jede Praxis als Profitcenter zu führen. Durch die Verfeinerung der Kostenstellenrechnung erfolgt die Kosten- und Erlöszuordnung praxisbezogen mit dem Ziel, für jede Praxis ein positives Ergebnis zu realisieren. Die Kostenstellenübersicht wird quartalsweise erstellt und mit den einzelnen Praxisleitern besprochen.

MVZ Hochstraße:

Das Johanniter-Krankenhaus Belzig ist 2013 mehrheitlich an das Klinikum Ernst-von-Bergmann in Potsdam verkauft worden. Die Erbringung von Pathologieleistungen erfolgt für das Johanniter-Krankenhaus Belzig seitdem aus Potsdam. Es ist somit dauerhaft mit einem Umsatzausfall in Höhe von 80 T€ zu rechnen.

In 2012 wurde in der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH eine Laboraus-schreibung durchgeführt und als Ergebnis mit der Firma Roche Diagnostik Deutschland GmbH ein Nutzungs- und Wartungsvertrag über Laborsysteme und ein Laborinformationssystem abgeschlossen.

Herr Dr. Thomas Wurche als Laborarzt und Mikrobiologe hat für das MVZ Hochstraße die kassenärztliche Zulassung zum 01. Oktober 2012 durch die KV Brandenburg erhalten und fungiert gleichzeitig als Ärztlicher Leiter des MVZ Hochstraße.

Zur besseren Unternehmenssteuerung wurde zum 01.10.2011 die Stelle des ärztlichen Direktors des Gesundheitszentrums neu geschaffen und bis zum 31.12.2013 mit dem Ärztlichen Leiter des MVZ Hochstr. besetzt. Seit 01.01.2014 ist die Stelle des Ärztlichen Direktors vakant.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Für die Zukunft wird eine kontinuierliche Entwicklung der Gesellschaft angestrebt und erwartet. Ein erster Schritt hierzu war die Konzentration von drei MVZ an einem Standort im Neubau am Hauptbahnhof. Durch Vorhaltung vieler medizinischer Fachbereiche kann eine umfangreiche Versorgung der Patienten angeboten werden. Hier sind noch weitere Einsparpotentiale durch klar strukturierte Praxisabläufe umzusetzen.

Ein weiterer Schritt zur Erweiterung des Angebotsspektrums der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH ist in der Aufnahme des Laborbetriebes zu sehen, wodurch viele niedergelassene Ärzte und Einweiser des Klinikums an die Gesellschaft gebunden werden können. Eine fast vollständige Übernahme der Zuweiser von dem Laborkonzern Synlab konnte bereits in 2013 erreicht werden.

Für die weitere Zukunft wird es darauf ankommen, frei werdende Arztstellen wieder zeitnah und adäquat besetzen zu können. Hier steht die Gesellschaft im Wettbewerb mit anderen Leistungserbringern im Gesundheitsmarkt. Nützlich ist hier natürlich die direkte Beziehung zur Städtisches Klinikum GmbH. Junge angehende Fachärzte können für die Niederlassung angeworben werden. Durch die Beantragung von Weiterbildungsermächtigungen für den ambulanten Bereich sollen die Ärztinnen und Ärzte künftig zur Facharztausbildung beitragen, um durch eine klar strukturierte Ausbildung langfristig angehende Fachärzte binden zu können.

Das Einweisungsmanagement für die Patienten wird weiter optimiert. Doppeluntersuchungen können so vermieden werden.

Eine Erweiterung mit weiteren Praxisübernahmen ist für das Jahr 2014 nicht vorgesehen.

Die Gesundheitszentrum GmbH bleibt auch weiterhin stark abhängig von ihrer Gesellschafterin, die die Praxiskäufe langfristig finanziert hat. Bei positiver Geschäftsentwicklung kann hier eine Finanzierung über Bankdarlehen den Finanzierungsanteil der Gesellschafterin verringern.

Nach einer Phase der Konsolidierung im neuen Haus am Hauptbahnhof werden steigende Behandlungszahlen zu einer Verbesserung des Ergebnisses und der Liquidität führen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	1.462	1.520	1.532
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.239	1.253	1.252
II. Sachanlagen	222	267	279
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	1.207	1.232	1.895
I. Vorräte	17	17	145
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.190	1.214	1.750
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	0	1	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	65	104	176
I. Stammkapital	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	40	41	79
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	2	38	72
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	3	3	4
C. Rückstellungen	30	24	88
D. Verbindlichkeiten	2.571	2.621	3.159
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	2.668	2.752	3.427

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	5.225	5.853	8.956
2. Sonstige betriebliche Erträge	148	206	273
3. Personalaufwand	-4.134	-4.537	-5.421
4. Materialaufwand	-594	-788	-2.366
5. Abschreibungen	-82	-97	-120
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-516	-541	-1.193
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-45	-59	-57
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2	38	73
10. Außerordentliche Erträge	0	0	0
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	-1
12. Sonstige Steuern	0	0	0
12. Jahresergebnis	2	38	72

III.2.2.3 Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Labordiagnostischer Betrieb

Firmensitz

Hochstr. 15
14770 Brandenburg an der Havel

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 14. November 2012 hat die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH die Klinik-Labor GmbH, Brandenburg an der Havel, gegründet.

Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 13. Juni 2013 unter der Nummer HRB 25916 P.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000 €
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 14. November 2012.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

Dr. Thomas Wurche

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich. Die Geschäftsführer werden von der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gestellt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Im Berichtsjahr hat eine Gesellschafterversammlung stattgefunden.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages der Betrieb eines medizinischen Labors und sonstiger Nebeneinrichtungen.

Öffentlicher Zweck

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u.a. die gesundheitliche Betreuung und damit auch die ambulante Versorgung ihrer Einwohner.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	0,0%	0,0%	0,0%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	0,0%	0,0%	66,0%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)			
Anlagendeckung II	entfällt	entfällt	entfällt
Zinsaufwandquote	0,00%	0,00%	0,00%
Liquidität 3. Grades	0,0%	0,0%	293,7%
Cashflow	0	0	44,5
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0,00%	0,00%	42,60%
Umsatz	0 T€	0 T€	1.550 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 T€	-1 T€	45 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0,0%	0,0%	38,6%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	18

Lagebericht der Gesellschaft

Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH (KLB GmbH) ist ein Tochterunternehmen der alleinigen Gesellschafterin Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Die Gesellschaft Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH ist ausschließlich für die labordiagnostische Versorgung des Städtischen Klinikums Brandenburg GmbH zuständig. In der Umsetzung wird die Laborausstattung des Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH genutzt und hierfür ein Nutzungsentgelt bezahlt.

Auf Basis eines Gesellschafterbeschlusses vom 28.03.2013 wurde Herr Dr. med. Thomas Wurche neben Frau Gabriele Wolter als zweiter Geschäftsführer bestellt. Die KLB GmbH wird durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsverlauf 2013

Der Laborbetrieb konnte am 01. Januar 2013 fristgerecht aufgenommen werden. Das Labor wird in Zusammenarbeit der KLB GmbH und dem Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH betrieben. Das Labor umfasst hierbei Leistungen im Bereich der Präanalytik, Klinische Chemie, Immunologie, Hämatologie, Urindiagnostik sowie den Bereich der Point-of-Care-Diagnostik.

Seit Mitte August 2013 werden auch die mikrobiologischen Untersuchungen am Standort Hochstraße erbracht, die bis dahin fremd beauftragt wurden.

Die umfangreichen Maßnahmen in der Herrichtung der Laborausstattung und der Einrichtung eines neuen EDV-Systems sind zum Ende des Jahres 2013 abgeschlossen worden, sodass damit die volle Leistungsfähigkeit des Labors erreicht wurde.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2013 war geprägt durch die Errichtung und Sicherstellung des Laborbetriebes, der im Laufe des Jahres vollständig abgeschlossen werden konnte.

Das betriebliche Ergebnis stellt sich wie folgt dar:

2013	2012	T€	T€
Umsatzerlöse	1.550,2		0,0
+ sonstige betriebliche Erträge	1,4		0,0
<u>Gesamtleistung</u>	1.551,6		0,0
- Materialaufwand	837,9		0,0
<u>Rohertrag</u>	713,7		0,0
- Personalaufwand	598,5		0,0
- sonstige Aufwendungen	52,5		0,5
<u>Betriebsergebnis</u>	62,7		0,0

+ Finanzerträge	0,0	0,0
- Finanzaufwendungen	<u>0,0</u>	<u>0,0</u>
<u>Finanzergebnis</u>	<u>0,0</u>	<u>0,0</u>
<u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u>	<u>62,7</u>	<u>-0,5</u>
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	-18,1	0,0
<u>Jahresüberschuss</u>	<u>44,6</u>	<u>-0,5</u>

Entwicklung der Umsatzerlöse

Die Geschäftsentwicklung der Klinik-Labor GmbH verlief im Geschäftsjahr 2013 wie geplant. Da der Geschäftsbetrieb erst zum 1. Januar 2013 aufgenommen wurde, entfällt eine Aussage zur Entwicklung zum Vorjahr.

Personalaufwand

Am 31.12.2013 betrug die Arbeitnehmerzahl 18, das entspricht einer durchschnittlichen Vollkräftezahl von 15,86 Vollkräften.

Der damit verbundene Personalaufwand betrug 598,5 T€.

Struktur der Personalaufwendungen:

	2013 T€	2012 T€
Löhne und Gehälter	495,4	0,0
Sozialabgaben	103,1	0,0
Gesamt	598,5	0,0

Materialaufwand

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren betrug 837,9 T€ und umfasste im Wesentlichen die Nutzungsgebühr an das Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH für die Bereitstellung der Labor- und EDV-Technik.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Einzigster Auftragnehmer der Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH ist die Muttergesellschaft Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Die Umsatzerlöse wurden für 2014 mit der ganzjährigen Erbringung an mikrobiologischen Leistungen für den Auftragnehmer geplant, sodass ein Budget von 1.400 T€ für die Labordiagnostik und 200 T€ für die Unterstützung bei der Qualitätssicherung von POCT-Analysen und der Bereitstellung von Blutgasanalyse- und Blutzuckermessgeräten auf den Stationen des Klinikums vorgesehen ist.

Die wesentlichen Chancen und Risiken resultieren aus dem Organschaftsverhältnis mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Zum einen steht mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH ein sicherer und stabiler Leistungsabnehmer zur Verfügung, der auch in seiner Gesellschafterstellung an einer erfolgreichen Entwicklung der KLB GmbH interessiert ist. Damit ist grundsätzlich eine stabile Auftragslage gegeben.

Andererseits besteht eine hohe Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Nicht auszuschließende rückläufige Fallzahlen sowie rückläufige finanzielle Mittel für Investitionen und Instandhaltungen haben direkten Einfluss auf die Auftragsvergabe und somit auf die Erlösentwicklung der KLB GmbH. Der allgemeine Kostendruck im Gesundheitswesen zwingt auch die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH, die Leistungen der KLB GmbH möglichst preisgünstig einzukaufen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltwirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	0	0	0
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	0	0	0
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	0	25	105
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	0	72
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	0	25	32
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	0	24	69
I. Stammkapital	0	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	-1
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	0	-1	45
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
C. Rückstellungen	0	0	26
D. Verbindlichkeiten	0	1	10
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	0	25	105

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	0	0	1.550
2. Sonstige betriebliche Erträge	0	0	1
3. Personalaufwand	0	0	-599
4. Materialaufwand	0	0	-838
5. Abschreibungen	0	0	0
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	0	-1	-53
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	-1	63
10. Außerordentliche Erträge	0	0	0
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	-18
12. Sonstige Steuern	0	0	0
12. Jahresergebnis	0	-1	45

III.2.2.4 Klinikum Westbrandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Krankenhaus (Kinder- und Jugendklinik)

Firmensitz

Charlottenstraße 72
14467 Potsdam

Gründung

Die Gesellschaft wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 2012 gegründet.

Gesellschafter sind die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und das Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH Potsdam mit den jeweiligen Geschäftsanteilen von 50%.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter der Nummer HRB 25968 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000 €	
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH		50%
Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH, Potsdam		50%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 14. Dezember 2012.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

Steffen Grebner

Die Geschäftsführer werden von der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH gestellt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages der Betrieb der Klinikum Westbrandenburg GmbH und sonstiger Nebeneinrichtungen. In der Klinikum Westbrandenburg GmbH sind die Kinder- und Jugendkliniken der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH und der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH vereinigt. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Öffentlicher Zweck

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u. a. die gesundheitliche Betreuung ihrer Einwohner.

Der satzungsmäßige Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege durch Feststellung, Heilung, Linderung oder Verhütung einer Verschlimmerung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen sowie die Sicherung einer stabilen Gesundheitsversorgung im pädiatrischen Bereich der Gemeinden Landeshauptstadt Potsdam, Brandenburg an der Havel und im gemeinsamen Versorgungsgebiet Havelland-Fläming.

Lagebericht der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2013 war die Gesellschaft nicht operativ tätig.

Mit Bescheid des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 20. Dezember 2013 erfolgte die Aufnahme des Klinikum Westbrandenburg in den Krankenhausplan des Landes Brandenburg ab dem 01.01.2014.

Entsprechend wurde die Geschäftstätigkeit zum 01.01.2014 aufgenommen. Die Gesellschaft betreibt Fachabteilungen in der Kinder- und Jugendmedizin mit 57 Betten am Standort Potsdam und mit 33 Betten am Standort Brandenburg an der Havel.

III.2.3 Brandenburger Theater GmbH

Geschäftsbereich

Theater

Firmensitz

Grabenstraße 14

14776 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 51 11 0

Fax: 03381/ 51 11 60

e-mail: sekretariat@brandenburgertheater.de

Internet: www.brandenburgertheater.de

Gründung

Die Gesellschaft mit gemeinnützigem Charakter wurde am 19.12.1995 gegründet und mit Wirkung zum 01.01.1996 unter dem Namen Brandenburger Theater GmbH (BT) ins Handelsregister eingetragen.

Bis Ende 1995 wurde das Theater unter dem Namen „Städtische Bühnen“ als Regiebetrieb im Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel geführt.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.600 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag ist datiert vom 16.06.1999.

Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HRB 9850 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Jörg Heyne

- *Gesellschafterversammlung*

Im Geschäftsjahr 2013 fanden elf Gesellschafterversammlungen statt.

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17. Dezember 2003 Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 9 Gesellschaftsvertrag aus sieben Mitgliedern und tagte im Jahr 2013 siebenmal gemeinsam mit der Geschäftsführung.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Aufsichtsratsmitglieder 2013	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Jan Penkawa
Stellvertreterin	Frau Birgit Patz
weitere Mitglieder	Frau Dr. Dietlind Tiemann
	Herr Florian Schmidt
	Herr Udo Geiseler
	Herr Klaus Hoffmann
	Herr Tim Freudenberg

Gegenstand

Das Brandenburger Theater soll als selbständiger Betrieb Konzerte, Schauspiel- und Musiktheater aufführen und ähnliche kulturelle Veranstaltungen anbieten, um damit das kulturelle Leben am Sitz der Gesellschaft sowie in der Region zu erweitern.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 51 ff. der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigene wirtschaftliche Zwecke.

Für die Stadt Brandenburg an der Havel handelt es sich jedoch lediglich um eine freiwillige Aufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg spricht in § 2 Abs. 2 von der Aufgabe der „Entwicklung des kulturellen Lebens“ in der Gemeinde.

Öffentlicher Zweck

Da die Gemeinde gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf ihren Einwohnern die Teilnahme am kulturellen Leben ermöglichen soll, erfüllt die Brandenburger Theater GmbH einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

Statistische Angaben

Spielstätten des Brandenburger Theaters

Großes Haus	419 Plätze
Studiobühne	288 Plätze
Probenbühne	60 Plätze
Puppenbühne	72 Plätze
Foyer Großes Haus	bis zu 68 Plätze
Foyer Kleines Haus	bis zu 51 Plätze

	2010	2011	2012	2013
Besucher im eigenen Haus (ohne Vermietungen)	56.613	59.237	53.123	53.449
Besucher im eigenen Haus (inkl. Vermietungen)	79.808	78.367	71.168	64.515
Besucher Gastspiele	15.569	18.715	16.615	19.821

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	27%	27%	26%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	42%	48%	42%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	157%	132%	107%
Zinsaufwandquote	2,2%	2,2%	2,2%
Liquidität 3. Grades	163%	149%	167%
Cashflow	295 T€	238 T€	124 €
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	3%	-3%	-4%
Umsatz	704 T€	809 T€	897 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	51 T€	-69 T€	-95 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	723%	640%	588%
Anzahl der Mitarbeiter	98	96	97

Lagebericht der Gesellschaft

Im Brandenburger Theater arbeiten 97 Mitarbeiter. Das Orchester, die Brandenburger Symphoniker umfasst 50 Musikerstellen. Weitere 47 Mitarbeiter verteilen sich auf die Bereiche künstlerische, wirtschaftliche und technische Verwaltung.

Die Brandenburger Symphoniker sind mit ihren Veranstaltungen ein wichtiger Bestandteil des Theaterspielplans. In Brandenburg an der Havel sind die regelmäßig ausverkauften Sinfoniekonzerte und beliebten Sonderkonzerte im Industriemuseum, Brandenburger Dom, St. Pauli-Kloster oder das Open-Air am Beetzsee feste Programmpunkte im Kulturleben der Stadt.

Das Orchester spielt seit Jahren bei den Opernproduktionen der Kammeroper Schloss Rheinsberg. Regelmäßig treten die Brandenburger Symphoniker in Berlin (Konzerthaus, Philharmonie), Potsdam (Nikolaisaal), Frankfurt/ Oder (Kleistforum), Stendal (Theater der Altmark) sowie in anderen Städten des Landes Brandenburg auf, gastieren aber auch im ganzen Bundesgebiet und im Ausland. So führten Gastspiele das Orchester nach Japan, Südafrika, Spanien und China. Seit 2008 sind die Brandenburger Symphoniker regelmäßig Gast beim Festival MúsicaMallorca in Palma de Mallorca.

Die Programmangebote der Brandenburger Theater GmbH konnten 2013 in Struktur, Qualität und Quantität gehalten werden. Inklusive der auswärtigen Veranstaltungen konnten insgesamt 84.336 Besucher erreicht werden. Die durchschnittliche Auslastung lag 2013 bei 86,5% (2012: 74%) im BT.

Die Kunsthalle Brennabor mit sieben veranstalteten Ausstellungen (2.936 Besuchern) wird zunehmend überregional beachtet und gewürdigt.

Die Haustarifvertragsverhandlungen wurden im Jahr 2013 mit einem wirtschaftlich positiven Ergebnis durchgeführt. Bis 2017 sind damit die Arbeitsplätze, aber auch die Zuschüsse gesichert.

Im Geschäftsjahr 2013 konnten deutlich höhere Umsatzerlöse als geplant erwirtschaftet werden (88,9 T€; 11,0%). Damit ist eine relativ deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (11,1%). Insbesondere im Bereich der internen Gastspiele 245,3 T€ (2012: 215,5 T€), aber auch bei den eigenen Orchester-Konzerten 402,0 T€ (2012: 367,7 T€) konnten überplanmäßige Erlöse erzielt werden. Im Weiteren ergaben sich deutlich hohe Erlöse bei den externen Gastspielen 274,4 T€ (2012: 240,4 T€). Dies liegt vor allem an zusätzlichen Gastspielen im eigenen Haus, an den Veränderungen bei den Karten-/Abo-Preisen und auch an zusätzlichen externen Gastspielen des Orchesters. Die Ausstellungen in der Kunsthalle Brennabor konnten dagegen kaum Erlöse erwirtschaften.

Die Erträge aus Zuschüssen liegen über den Erwartungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind insgesamt ebenfalls angestiegen. Hier sind die gestiegenen Pachteinnahmen für die Gaststätte und die ertragswirksame Auflösung von Rückstellungen zu erwähnen.

Die Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe (u.a. Bühnenbilder) und die Aufwendungen für bezogene Leistungen (Gäste, Programmeinkauf) sind im Geschäftsjahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 1% auf 1.635,1 T€ gestiegen.

Die Vermögenslage der Gesellschaft im Jahr 2013 hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verschlechtert. Das Eigenkapital weist jetzt eine Quote (bereinigt um den pRAP und unter Einbezug des hälftigen Sonderpostens für Investitionszuschüsse) von 41,5% aus.

Der Anlagen-Deckungsgrad II entspricht mit 107,0% einer fristenkongruenten Finanzierung. Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen veränderte sich von 27,1% auf 26,2%. Insgesamt weist der Finanzmittelbestand gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg auf (Finanzmittelendbestand 2013: 1.312,4 T€, Finanzmittelanfangsbestand 2013: 1.110,9 T€). Demzufolge ist die Liquidität gesichert.

Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2013 in Höhe von 173,6 T€ getätigt. Mittel- bis langfristig ergibt sich ein erheblicher Investitionsbedarf (überwiegend Ersatzbeschaffungen). Wegen der Unsicherheit über die Auszahlung des Investitionszuschusses für 2012 seitens der Stadt wurden Investitionen zurückgehalten und konnten erst in 2013 realisiert werden.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Finanzen:

Ein erhebliches Risiko liegt in der Deckelung der Zuschüsse durch die Geldgeber aus öffentlichen Haushalten. Inwiefern die nicht beeinflussbaren Kostensteigerungen durch Ticketpreiserhöhung, Erhöhung der Einnahmen im Vermietungsgeschäft, dem Aufbau neuer Geschäftsfelder und der hausinternen Einsparung ausgeglichen werden kann ist fraglich.

Risikobehaftet ist der Betrieb der Kunsthalle Brennabor. Da der Aufbau eines Geschäftsfeldes im Bereich der Bildenden Kunst einen größeren Zeitraum in Anspruch nimmt, in welchem zudem der Inhalt der Kunstobjekte geschmacklichen Änderungen unterliegt, kann man von einem riskanten Unterfangen sprechen.

Als zunehmendes Risiko erweist sich das Alter des Hauses. Das Gebäude an sich und die technische Ausstattung bedarf ständiger Erneuerung, um den Betrieb aufrechterhalten zu können. Zudem macht sich der technische Fortschritt bemerkbar. Um am Markt bestehen zu können, ist die Investition in neue Technologien (z.B. Laser) unumgänglich.

Außerdem macht sich eine immer präziser werdende gesetzliche Regulierung des Veranstaltungsbetriebes bemerkbar. Diese Regulierung umfasst alle Arbeitsfelder des Hauses, neben dem sicherheitsrelevanten Bereich sind Änderungen auch im Personal und im Rahmen des Urheberrechts eingetreten. Um den neuen Anforderungen gerecht zu werden, ist die begonnene Umstrukturierung unumgänglich. Schulungen und Weiterbildungen sollen dazu führen, den vorhandenen Personalstamm umfänglich und optimal im Unternehmen einsetzen zu können.

Besucher und Nachwuchsbesucher:

Durch die zahlreichen, durch das Brandenburger Theater angebotenen Kindervorstellungen und Kinderprojekte wie z. B. „Cool School“ oder „Klingendes Klassenzimmer“ werden weitere Zielgruppen kommuniziert und somit Neukunden gewonnen. Hier zahlt sich die jahrelange kontinuierliche Zusammenarbeit mit Kindergärten und Schulen in der Region aus. Im

Weiteren wird intensiver auf die Werbewirksamkeit geachtet, um die Neukundengewinnung und Kundenbindung zu forcieren.

Ausbau von einzelnen Geschäftsfeldern:

Neben den Vorstellungen und Konzerten werden weitere Geschäftsfelder effektiver ausgebaut und die BT-Räumlichkeiten ins Geschäft mehr integriert, dazu gehört die Ausstellung der Musikschule Brandenburg, welche im Foyer des Großen Hauses stattgefunden hat. Im Vermietungsbereich werden die Vertriebsaktivitäten weiterhin ausgebaut, denn dieser Bereich bietet Potential für zusätzliche Einnahmen an. Ebenfalls ist die aktive Vermarktung von Werbeflächen, z. B. im Programmheft, Programmflyer sowie auf der Webseite vorgesehen. Weiterhin ist eine neue BT Homepage geplant, die ansprechender und informativer für die Kunden und Interessenten sein wird.

Die größten Risiken im Haus resultierten in den Vorjahren aus nicht fristgemäßen Auszahlungen und Kürzungen von Zuschüssen. Die Verzögerung von Zuschussauszahlungen belastete die Liquiditätsreserve des Brandenburger Theaters.

Im Laufe des Jahres 2013 wurden ebenfalls Verhandlungen zur Haustarifabkopplung geführt. Jedoch können weitere Tarifierhöhungen nicht ausgeschlossen werden, sodass mit steigenden Personalaufwendungen gerechnet werden muss.

Externe Risiken:

Die langfristigen Risiken resultieren aus inhaltlich und organisatorisch strukturellen Problemen, Gesetzänderungen sowie negativen Änderungen in der Wirtschaftsstruktur. Diese Risiken können nicht berechnet werden, können beim Eintritt jedoch einen hohen Schaden verursachen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zuschuss Stadt i.H.v. 3.275.400 € Investitionszuschuss i.H.v. 146.000 €

Städtische Zuschüsse / Landeszuschüsse

	2011 €	2012 €	2013 €
Zuschuss Stadt Brandenburg an der Havel	3.595.400	3.325.400	3.275.400
Zuschuss Land Brandenburg	1.700.000	1.700.000	1.700.000
Zuschuss BbgFAG (Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz)	1.400.000	1.730.000	1.730.000
Sonderzuschuss Stadt Brandenburg an der Havel	50.000	50.000	0
Sonstige projektabhängige Zuschüsse	86.000	1.625	146.000
Gesamt	6.831.400	6.807.025	6.851.400

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	448	496	501
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	6	14	45
II. Sachanlagen	442	483	456
B. Umlaufvermögen	1.191	1.302	1.388
I. Vorräte	8	8	3
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	117	183	73
III. Kassenbestand, Guthaben	1.066	1.111	1.312
C. Rechnungsabgrenzungsposten	18	12	12
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung	24	18	14
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	701	632	537
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklage	1	1	1
III. Gewinnvortrag	624	675	606
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	51	-69	-95
B. SoPo Investitionszuschüsse	250	325	370
C. Rückstellungen	395	486	539
D. Verbindlichkeiten	217	238	294
E. Rechnungsabgrenzungsposten	118	147	176
Bilanzsumme	1.681	1.828	1.915

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	704	809	897
2. Erträge aus Zuschüssen	6.811	6.876	6.806
3. Sonstige betriebliche Erträge	80	86	113
4. Inszenierungsaufwand	-1.445	-1.622	-1.635
5. Personalaufwand	-5.091	-5.184	-5.278
6. Abschreibungen	-224	-146	-174
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-774	-878	-812
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	6	5
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-16	-15	-16
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	53	-67	-93
11. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
11. Sonstige Steuern	-2	-2	-2
12. Jahresergebnis	51	-69	-95

III.2.4 Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Verwaltungs- und Beteiligungsholding

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg
Tel.: 03381/ 62 97 0
Fax: 03381/ 62 97 23

e-mail: gf@twb-brb.de

Gründung

Die TWB (Technische Werke Brandenburg GmbH) wurde am 06.07.1991 von der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

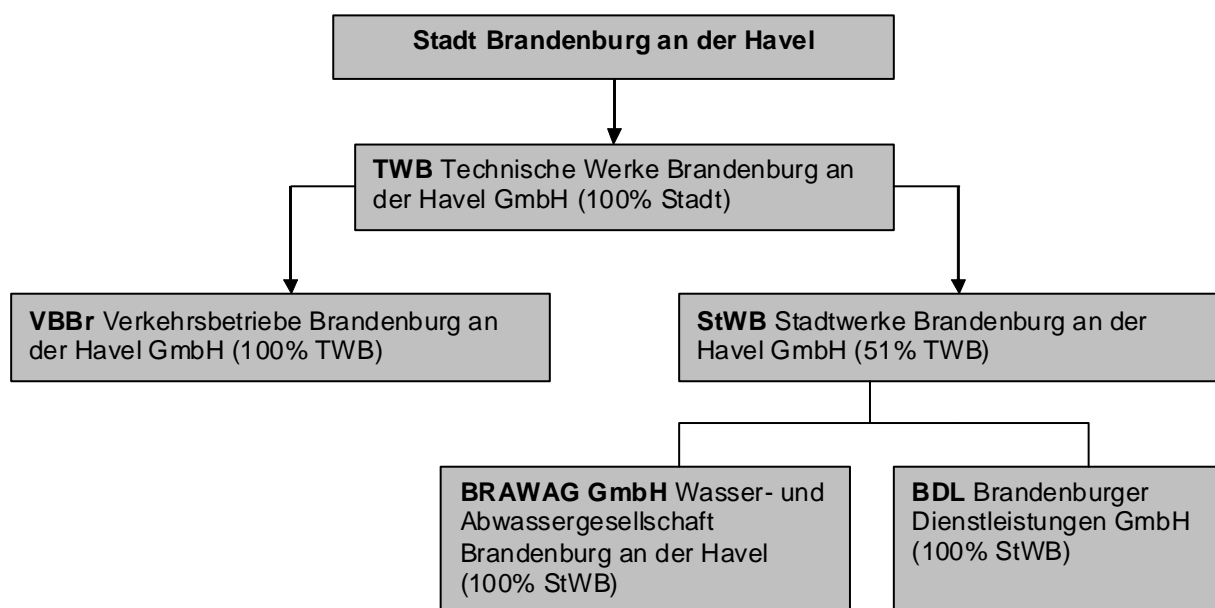
Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 102.400 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die TWB ist Holding Gesellschafterin mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen von zwei juristisch selbstständigen Tochterunternehmen. Mittelbar ist die TWB an zwei weiteren Gesellschaften über die StWB beteiligt.



Verbundene Unternehmen				
<u>Name und Sitz</u>	<u>Stammkapital der jeweiligen Gesellschaft in T€</u>	<u>Anteil am Stammkapital in T€</u>	<u>Kapitalanteil in %</u>	<u>Gegenstand</u>
a.) Unmittelbare Beteiligungen				
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH, Brandenburg an der Havel (StWB)	8.181,0	4.172,0	51,0	Planung, Errichtung, Erwerb und Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wärme sowie Wasser und Abwasser dienen.
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH, Brandenburg an der Havel (VBB)	1.971,0	1.971,0	100,0	Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fahrgastschiffen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen
b.) Mittelbare Beteiligungen				
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel, Brandenburg an der Havel (BRAWAG)	6.647,0	3.390,0	51,0	Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung
Brandenburger Dienstleistungen GmbH, Brandenburg an der Havel (BDL)	434,0	221,0	51,0	Hausmeisterdienste, Garten- und Landschaftspflege, technische und Reinigungsdienstleistungen, Werk- und Dienstleistungen bezüglich Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung

Die StWB erstellt einen Teilkonzernabschluss, in dem die BRAWAG GmbH und die BDL GmbH eingebunden werden.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 28.10.1999.

Die Eintragung ins Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam ist unter der Registernummer HRB 2807 P am 01. Dezember 1999 erfolgt.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner

Steffen Scheller (ab 24.01.2014)

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Gesellschafterin in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17.12.2003 die Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann.

Im Berichtsjahr fanden drei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat der TWB besteht aus neun Mitgliedern. Die Oberbürgermeisterin ist kraft ihres Amtes Mitglied des Aufsichtsrates.

Aufsichtsratsmitglieder 2013

Aufsichtsratsvorsitz	Frau Dr. Dietlind Tiemann
Stellvertreter	Herr Herbert Nowotny
weitere Mitglieder	Herr Martin Simon
	Herr Walter Paaschen
	Herr Klaus-Peter Fischer
	Frau Britta Kornmesser
	Herr René Kretzschmar
	Herr Uwe Trütschler
	Herr Gerhard Zepf

Im Geschäftsjahr 2013 fanden zwei Aufsichtsratssitzungen statt.

Gegenstand

- Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, insbesondere an Unternehmen der kommunalen Wirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel
- Förderung dieser Unternehmen und sonstiger kommunaler Einrichtungen auch wirtschaftlicher Natur, insbesondere durch Beratung und Erbringung von Dienstleistungen
- Abschluss von Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträgen mit Tochtergesellschaften
- Erwerb, die Verwaltung, die Bewirtschaftung und die Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken

Diese Tätigkeiten kann die Gesellschaft nur insoweit ausüben, als sie durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt sind und in Verbindung zur Aufgabe der Beteiligungsverwaltung stehen. Darüber hinaus ist die Gesellschaft berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung und Wirtschaftlichkeit des Unternehmensgegenstandes dienen. Bedient sich die Gesellschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen, beteiligt sich oder errichtet, erwirbt oder pachtet solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe, muss der Stadt Brandenburg an der Havel eine angemessene Einflussnahme ermöglicht werden.

Die TWB GmbH dient in ihrer Holdingfunktion als Aufsichts- und Verwaltungsorgan und stellt das Bindeglied zwischen den Tochtergesellschaften und der Stadt Brandenburg an der Havel dar. Wesentlicher Zweck der TWB ist die Beteiligung an den städtischen Unternehmen, die Herstellung eines steuerlichen Querverbundes und die Nutzung von Synergieeffekten, insbesondere auf den Gebieten der Finanzierung und des Controllings.

Die TWB als reine Verwaltungs- und Finanzholding hat die Aufgabe der wirtschaftlichen Verwaltung und Steuerung ihrer Tochterunternehmen, die insbesondere Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen sind.

Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck der TWB ergibt sich aufgrund der Holdingstruktur aus den öffentlichen Zwecken der Tochtergesellschaften. Diese werden jeweils in diesem Beteiligungsbericht ausführlich aufgezeigt. Zudem wird mit dem Konstrukt der TWB der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet sowie Synergieeffekte genutzt.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	79%	78%	77%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	99%	99%	100%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 €	0 €	0 €
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	126%	127%	129%
Zinsaufwandquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	2344%	2706%	5643%
Cashflow	1.940 T€	1.909 T€	2.166 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	7%	6%	7%
Umsatz	173 T€	152 T€	185 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	1.935 T€	1.905 T€	2.162 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	200%	233%	197%
Anzahl der Mitarbeiter	5	5	5

Lagebericht der Gesellschaft

Ziel des städtischen Konzerns TWB ist die Sicherung einer hohen Effizienz der Dienstleistungserbringung der TWB in TWB-Tochtergesellschaften und in anderen städtischen Unternehmen sowie die Gewährleistung einer koordinierenden, flexiblen Beteiligungssteuerung mit den zentralen Elementen Controlling, Interne Revision und Vertragsmanagement im Auftrag der Stadt.

Die VBBr mit der Aufgabe der Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel hat die Wettbewerbsfähigkeit der VBBr zur Einhaltung der Forderungen des Personenbeförderungsgesetzes und des gegebenen Rechtsrahmens durch die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 sowie die nachhaltige Begrenzung der Verluste auf das durch die Stadt Brandenburg an der Havel zu leistende Ausgleichsbudget zu sichern. Die Auswertung und Analyse der Ergebnisse des VBBr-Maßnahmenkonzeptes 2005, aktives Marketing mit dem Ziel der Stabilisierung der Verkehrserlöse und Qualitätsverbesserung des Verkehrsleistungsangebots, Vorbereitung der erforderlichen Entscheidungen der Stadt Brandenburg an der Havel als Aufgabenträger des ÖPNV zur künftigen Strukturgestaltung des kommunalen Verkehrsbetriebs sowie Kooperation mit dem Umland sind fortzusetzen.

Die Herausforderung für die StWB als lokal verwurzelt Energieunternehmen besteht u.a. darin, vor dem Hintergrund der regulatorischen Rahmenbedingungen die Ergebnisse im Netzbereich positiv zu gestalten und mit einer optimierten Instandhaltung und Investitionspolitik die Netzsicherheit und Versorgungsqualität zu gewährleisten.

Vor dem Hintergrund zahlreicher Wettbewerber ist StWB bestrebt, durch eine klare Produktpositionierung nicht nur die Kunden und Margen zu halten, sondern neue hinzu zu gewinnen. Erreicht werden soll dies u. a. durch ein verstärktes Angebot von online-Produkten, insbesondere außerhalb des Netzgebietes der StWB. Der strukturierte Energieeinkauf erweitert um Einkaufskooperationen mit anderen Stadtwerken ermöglicht marktgerechte Einkaufskonditionen, die die Produktpolitik unterstützen.

Daneben setzt StWB auf den Ausbau sowie die Optimierung der Eigenerzeugung vor Ort. Der Fokus liegt dabei darauf, Fernwärmekunden zu gewinnen und durch attraktive Preise langfristig zu binden. Die regionale, umwelt- und klimafreundliche Versorgung der Kunden mit Strom, Gas und Wärme unter Einsatz hocheffizienter Techniken soll weiter ausgebaut und optimiert werden.

Ziel der Trinkwasserversorgung ist die Sicherstellung von reinem einwandfreiem Trinkwasser. Die BRAWAG stellt dies durch einen optimalen Betrieb der Anlagen verbunden mit regelmäßigen Qualitätskontrollen gemäß der Trinkwasserverordnung sicher.

Durch geplante Instandhaltungsmaßnahmen und eine ausgeprägte Investitionspolitik werden Störungen an den Anlagen minimiert und die Versorgungssicherheit auf einem hohen Niveau gewährleistet. Der Betrieb der Abwasserentsorgungseinrichtungen erfolgt unter Einhaltung der wasserrechtlichen Vorschriften. Eine Optimierung erfolgt auch hier durch geplante Instandhaltungsmaßnahmen und Investitionen auf der Grundlage des Abwasserbeseitigungskonzeptes. Zur Wahrung der Gewässerschutzziele überwacht die BRAWAG die Qualität des aufbereiteten und einzuleitenden Abwassers.

Das Ziel der BDL im Bereich der Gebäudedienstleistungen und sonstige Dienstleistungen ist es, die Position mit dem bisher angebotenen Dienstleistungsspektrum am Markt und hier speziell bei den kommunal geprägten Unternehmen zu festigen und auszubauen. Dazu wird angestrebt, den Anteil der qualitativ hochwertigen Dienstleistungen aus dem Bereich Technische Dienste, Wärmemess- und Abrechnungsdienst sowie Wasser- und Abwassertechnik zu erhöhen und die Effektivität in den Bereichen Freiflächenpflege und Gebäudereinigung zu verbessern. Zudem sollen zusätzliche Auftragslagen, wie am Beispiel der Objektbetreuung Regattastrecke „Beetzsee“ weiter ausgebaut und akquiriert werden. Vorstellbar ist beispielsweise die Objektbetreuung von speziellen kommunalen Objekten, wie Turnhallen, Sportplätzen oder anderen Veranstaltungsorten.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein Jahresüberschuss von 2.162 T€ (2012: 1.905 T€) realisiert. Die Aufwendungen aus der Verlustübernahme für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel in Höhe von 4.497 T€ (2012: 4.380 T€) wurden von der Stadt Brandenburg an der Havel mit 4.239 T€ (2012: 4.380 T€) übernommen.

In der nachfolgenden Darstellung wurden die Zahlungen der Stadt Brandenburg an der Havel als Zuwendungen für ÖPNV und Fähre vom Betriebsergebnis umgegliedert in eine separate Zeile, um den Vergleich zu Vorjahren darzustellen.

Die Entwicklung der Ertragslage stellt sich im Mehrjahresvergleich wie folgt dar:

	2010 T€	2011 T€	2012 T€	2013 T€
Betriebsergebnis ohne Zuwendungen für ÖPNV	-380	-463	-494	-486
Finanzergebnis	-1.879	-1.985	-1.982	-1.592
<i>davon Verlustübernahme ÖPNV</i>	<i>4.361</i>	<i>4.382</i>	<i>4.380</i>	<i>4.497</i>
Neutrales Ergebnis	94	2	1	1
Jahresfehlbetrag vor Zuwendungen ÖPNV und Fähre	2.165	2.466	2.475	2.077
Zuwendungen ÖPNV und Fähre		4.382	4.380	4.239
Jahresüberschuss	-2.165	1.936	1.905	2.162

Im Geschäftsjahr 2013 erhöhte sich die Bilanzsumme um 503 T€, was insbesondere in der Erhöhung der sonstigen Vermögensgegenstände mit ausstehenden Steuerforderungen begründet ist.

Das Eigenkapital erhöhte sich im Geschäftsjahr durch den Jahresüberschuss (2.162 T€) und die Veränderung der Kapitalrücklage aufgrund einer Einlage von 104 T€ und einer Entnahme

von 1 T€ saldiert mit der Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel (1.680 T€) um 585 T€

Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin wurden im Geschäftsjahr durch Verrechnung mit der Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von 104 T€ vollständig ausgeglichen.

Mit einer den Aufgaben einer Beteiligungsholding entsprechenden Eigenkapitalquote von 99,7% (2012: 99,4%) ist die Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens gesichert.

Primäre Einnahmequelle der TWB ist das Ausschüttungspotenzial der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH, das jedoch nach gegenwärtigem Stand die Aufwendungen für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel nicht nachhaltig decken kann.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden die Aufwendungen der TWB für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel bis auf 258 T€ ausgeglichen. Die Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel über 1.680 T€ wurde im Geschäftsjahr vollständig aus der Gewinnausschüttung der StWB in Höhe von 2.856 T€ finanziert.

Der Finanzmittelbestand reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 218 T€ oder 6% von 3.432 T€ auf 3.214 T€. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr gesichert.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Entwicklung der verbundenen Unternehmen

Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg an der Havel war auch im Jahr 2013 leicht rückläufig. Die Gesellschaft geht davon aus, dass sich dieser Trend fortsetzen wird.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungen wird durch den zunehmenden Wettbewerb beeinflusst. Die Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Unternehmen durch die brandenburgische Kommunalverfassung auf dem Gebiet der Kommune wirkt sich zusätzlich hemmend auf die Unternehmensaktivitäten aus.

Den hieraus erwachsenden Risiken wird im Rahmen des Konzernverbundes der TWB mit kontinuierlicher konzeptioneller Arbeit zur Erhöhung der Effektivität begegnet.

Teilkonzern Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH

Die Geschäftsführung der StWB sieht Risiken insbesondere für die Absatz-, Beschaffungs- und regulierten Märkte sowie die Auslastung des Heizkraftwerkes (HKW), die ständig überwacht werden. Forderungsausfallrisiken werden durch ein konsequentes Forderungsmanagement kontinuierlich überwacht.

Dem Risiko aufgrund möglicherweise unwirksamer Preisänderungsklauseln in Normsonderkundenverträgen wurde Rechnung getragen.

Weitere Risiken werden in dem Totalausfall von Umspannwerken und der Zerstörung von Technikräumen gesehen.

Risiken im Bereich Trinkwasserversorgung sieht die Geschäftsführung insbesondere in den Absatz- und Instandhaltungsrisiken sowie in Risiken aus zu geringer Auslastung des Trinkwasser- und Abwassernetzes wegen der weiter sinkenden Bevölkerungsentwicklung und des damit verbundenen Rückgangs des Trinkwasserbrauchs.

Weitere Risiken werden in dem Ausfall der Fassungsanlagen im Wasserwerk Kaltenhausen und in der Beeinträchtigung der Trinkwasservorräte im Wasserwerk Kaltenhausen durch Altlasten gesehen.

Die Gesamteinschätzung weist derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken auf.

Die StWB plant für die kommenden zwei Jahre mit konstant guten Geschäftsergebnissen.

Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

Die VBBr erhielt aufgabenbedingt auch im Jahr 2013 Zuwendungen zum ÖPNV, die sie von der Aufgabenträgerin, der Stadt Brandenburg an der Havel, über ihre Gesellschafterin TWB bekam.

Als kritisches Risiko ist hauptsächlich die Absicherung der langfristigen Finanzierung des ÖPNV zum einem aus den Haushaltsmitteln der Stadt Brandenburg an der Havel und zum anderen aus Bund und Land auch für notwendige Investitionsmaßnahmen zu betrachten.

Ein weiteres Risiko ergibt sich aus dem Auslaufen des Tarifvertrages TV-N zum 31.12.2014.

Dem Risiko aus dem Einnahmeaufteilungsvertrag zwischen den Verkehrsunternehmen des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg wurde durch Rückstellungen Rechnung getragen.

Chancen und Risiken der künftigen Geschäftsentwicklung

Mit der Gewinnausschüttung im Geschäftsjahr und in den Vorjahren vollzogenen Kapitalentnahmen ist der Liquiditätsbestand der TWB reduziert worden.

Zur Sicherung der VBBr ist der Ausgleich des in der Wirtschaftsplanung 2014 mittelfristig definierten Zuschussbedarfes durch die Stadt Brandenburg an der Havel, wie in der Verkehrsvereinbarung geregelt, erforderlich.

Die Gaspreise wurden erneut konstant gehalten und ein nochmals verbessertes Festpreisangebot und mit der damit verbundenen Preissenkung konnte der Kundenabwanderung nochmals deutlich entgegen gewirkt werden. Auch die Strompreise blieben in 2014 konstant. Der Anstieg der Umlagen wurde durch bessere Einkaufskonditionen vollständig kompensiert und der Nachlass auf das Festpreisangebot konnte sogar verbessert werden.

Unter Berücksichtigung normaler Witterungsbedingungen werden für das nächste Geschäftsjahr leicht sinkende Umsatzerlöse erwartet. Bei voraussichtlich niedrigeren sonstigen betrieblichen Erträgen plant die Geschäftsführung ein im Vergleich zu 2013 deutlich geringeres Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2014.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Gemäß TWB-Gesellschafterbeschlüsse vom Dezember 2013: Kapitaleinlage 104 T€ und Kapitalentnahme 1 T€
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Gewinnausschüttung 2013 in Höhe von 1.680 T€
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>1. Vertragsbeziehungen bestehen neben Gesellschaften des TWB-Konzerns mit unmittelbaren städtischen Betrieben: Dienstleistungsverträge mit der PEK, der TGZ sowie dem Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel über die Durchführung der Buchführung und die Erarbeitung des Jahresabschlusses, der Quartals- und Wirtschaftspläne; Verkehrsvereinbarungen zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der VBBR sowie der TWB zu erteilten Linienkonzessionen in der Stadt Brandenburg an der Havel.</p> <p>2. Dienst- und Leistungsbeziehungen bestehen zwischen der TWB und wobra (Hausmeistervertrag, Mietvertrag, Managementleistungen, Bilanzbuchhaltung, Revision).</p>

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	23.391	23.387	23.389
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2	2	1
II. Sachanlagen	24	21	23
III. Finanzanlagen	23.365	23.365	23.365
B. Umlaufvermögen	4.240	4.737	5.263
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	673	1.305	2.050
III. Kassenbestand, Guthaben	3.567	3.432	3.214
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.935	1.741	1.716
Passivseite			
A. Eigenkapital	29.384	29.690	30.275
I. Gezeichnetes Kapital	102	102	102
II. Kapitalrücklage	27.346	27.346	27.449
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
VI. Bilanzverlust / Bilanzgewinn	1.936	2.241	2.723
B. Rückstellungen	60	61	73
C. Verbindlichkeiten	121	114	20
Bilanzsumme	29.565	29.865	30.368

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	173	152	185
2. Bestandsänderungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	4.389	4.385	4.244
4. Materialaufwand	0	0	0
5. Personalaufwand	-344	-346	-363
6. Abschreibungen	-4	-4	-3
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-293	-300	-307
8. Erträge aus Beteiligungen	2.295	2.346	2.856
9. Erträge aus Ausleihungen	0	0	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	102	52	48
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-4.382	-4.380	-4.497
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.936	1.905	2.162
14. Sonstige Steuern	0	0	0
15. Jahresergebnis	1.936	1.905	2.162

III.2.4.1 Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Öffentlicher Personennahverkehr

Firmensitz

Upstallstr. 18
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/53 41 00
Fax: 03381/53 41 01
e-mail: info@vbbr.de
Internet: www.vbbr.de

Gründung

Die Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBr) ist durch Umwandlung des in Eigenregie übernommenen VEB Verkehrsbetriebe Brandenburg entstanden. Die Gesellschaft wurde am 24.06.1991 gegründet. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter HRB 1685 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.971.100 €
TWB GmbH	100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und ist an keinem Unternehmen beteiligt.

Aktuelles Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag ist datiert vom 10. November 1999. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 08.02.2000 in das Handelsregister eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Werner Jumpertz

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der TWB wahrgenommen.

Im Berichtsjahr fanden vier Gesellschafterversammlungen statt.

- *Beirat*

Der Beirat setzt sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Beiratsmitglieder 2013	
Beiratsvorsitz	Herr Ralf Viertel
weitere Mitglieder	Herr Michael Kilian Frau Anett Schulze Herr Andreas Martin Herr Uwe Trütschler

Im Geschäftsjahr 2013 fanden keine Beiratssitzungen statt.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist laut § 2 des Gesellschaftsvertrages:

- Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, der Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit ÖPNV-Leistungen zu sozialverträglichen Preisen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Rahmen und nach Maßgabe des Nahverkehrsplanes der Stadt Brandenburg an der Havel
- Betrieb artverwandter und branchenüblicher Nebengeschäfte sowie aller sonstigen Geschäfte, die der Erreichung und Förderung des Hauptzwecks dienlich sind
- Durchführung aller Maßnahmen und Geschäfte, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann
- Beteiligung, die Errichtung, der Erwerb oder die Pacht anderer Unternehmen sowie die Eingehung von Interessengemeinschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit um dem Bedarf der Stadt steht

Die Aufrechterhaltung der Personenbeförderung hat Vorrang vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten, soweit dies mit der Haushaltslage der Gesellschafterin in Einklang zu bringen ist. Ein vorrangiges Ziel, Gewinn zu erzielen, liegt nicht vor.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz (Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg) stellt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. Diese obliegt gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNV-Gesetz den Landkreisen und kreis-

freien Städten. Hierzu ist je nach Bedarf ein Liniennetz aufzubauen, dass in einer bestimmten Taktichte befahren wird. Der Begriff "ausreichend" ist insoweit unbestimmt und wird erst durch die vorhandene Nachfrage ausgefüllt. Die Stadt Brandenburg an der Havel bedient sich zur Erfüllung dieser Aufgabe der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.

Dafür werden derzeit vier Straßenbahnlinien, neun Tagesbuslinien und drei Nachtbuslinien betrieben sowie Sonderformen des Linienverkehrs (Schülerfahrten, Marktfahrten und Theaterfahrten) durchgeführt. Der Betrieb der Fähre „Neuendorf“ wird über einen Dienstleistungsvertrag sichergestellt.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	82%	87%	87%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	23%	21%	17%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	645 T€
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	118%	103%	100%
Zinsaufwandquote	4%	4%	4%
Liquidität 3. Grades	153%	132%	101%
Cashflow	1.463 T€	400 T€	1.458 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0	0	0
Umsatz	5.394 T€	5.372 T€	4.699 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0 T€	0 T€	-645 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	103%	102%	120%
Anzahl der Mitarbeiter	152	147	144

Lagebericht der Gesellschaft

Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb des Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG sind für den Straßenbahnbetrieb bis 31.05.2025 und für den Stadtomnibusbetrieb bis 31.05.2016 erteilt.

2013 wurden 3.993 T€ investiert, insbesondere zur Fertigstellung der Umgestaltung des Nicolaiplatzes und des Zentralen Omnibusbahnhofes. 2014 wurden hier lediglich noch Restarbeiten getätigt. Der Verkehr konnte aber bereits mit Fahrplanwechsel zum 03.11.2013 wieder voll aufgenommen werden.

Die Darlehen haben sich daher wie folgt entwickelt:

Stand 01.01.2013	4.404 T€
Tilgung	619 T€
Endstand 31.12.2012	3.785 T€

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Vermögens- und Finanzlage

Bei der Bilanzsumme ist eine Zunahme von 2.101 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Das resultiert hauptsächlich aus der Investitionstätigkeit (Anlagevermögen +1.814 T€) und entsprechend auf der Passivseite die Einstellung der Fördermittel (Sonderposten +2.343T€).

Das langfristig gebundene Vermögen wird vollständig durch langfristige Mittel abgedeckt.

Das Nettoumlaufvermögen (Umlaufvermögen minus kurzfristige Fremdmittel) hat sich auf 36 T€ verringert, hauptsächlich durch die Zunahme der Rückstellungen für die Einnahmeaufteilung ab 2010 um 1.119 T€. Insgesamt beläuft sich die Rückstellung bereits auf 2.210 T€

Die Eigenkapitalquote beträgt 17,3% (2012: 21,2%) und unter Berücksichtigung des Sonderpostens 73,5% (2012: 72,9%).

Kapitalflussrechnung

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit wurde ein positiver Cashflow von 1.458 T€ erzielt, zur Mitfinanzierung von Investitionen unter Berücksichtigung der Investitionszuschüsse und zur Tilgung von Krediten.

Ertragslage

Der Jahresfehlbetrag vor Ertragszuschüssen ÖPNV beträgt -5.102 T€ und liegt mit 645 T€ über dem Wirtschaftsplan, auf Grund der zusätzlichen Rückstellung der zukünftigen Einnahmeaufteilung aus dem Pool Regional für 2010-2012 in Höhe von 600 T€ und der entsprechenden Berücksichtigung der Rückzahlung für die Ausgleichszahlungen gemäß §150 Abs.1 SGB IX.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse liegen mit dementsprechend 848 T€ unter dem Wirtschaftsplan, da 932 T€ mehr Rückstellungen als geplant gebildet wurden (Plan: 250 T€). Die Beförderungsentgelte haben sich gegenüber 2012 um 169 T€ verbessert, gegenüber der Planung um 227 T€.

Die Einnahmeaufteilung der Jahre 2010 und 2011 wird im Jahr 2014 stattfinden, 2012 im Jahr 2015 und 2013 im Jahr 2016. Dementsprechend wurden auch Abzinsungen vorgenommen. Für das Jahr 2013 (Verkehrserhebung 2013) liegen zur Einschätzung der Leistungsanteile bei beförderten Personen und Personenkilometern noch keine Daten vor.

Materialaufwand

Die VBBr hat im Jahr 2010 einen Vertrag abgeschlossen, der es einem anderen Verkehrsunternehmen ermöglicht, bei der VBBr zu tanken. Die hier entstandenen Aufwendungen und Erträge aus dem Verkauf des Dieselmotorkraftstoffes werden in der weiteren Betrachtung nicht berücksichtigt.

Die Material-, Roh- und Betriebsstoffe wurden gegenüber dem Wirtschaftsplan um 34 T€ überschritten. Die Überschreitung resultiert aus dem Verkauf (71 T€) der im Rahmen der Baumaßnahme Zentraler Omnibusbetriebshof mitgebauten Parkplätze für das Bahnhofsgebäude (dementsprechender Erlös in den sonstigen Erträgen).

Der Fahrstrom liegt mit 34,1 T€ über dem Plan durch die Erhöhung der Umlagen für erneuerbare Energien (+18 T€ 2012 – 3,592 Cent/kwh; 2013 – 5,277 Cent/kwh), nach §19 Strom NEV (+7 T€ 2012 – 0,05 Cent/kwh; 2013 - 0,329 Cent/kwh) und der Neueinführung der Offshore Umlage mit 0,25 Cent/kwh). Der Fahrstromverbrauch wurde gegenüber 2012 nicht erhöht, aber der errechnete Durchschnittspreis stieg von 15,67 Cent/kwh auf 18,17 Cent/kwh (+66 T€).

Dagegen liegen die Dieselmotorkraftstoffkosten mit 69 T€ unter dem Plan und mit 39 T€ niedriger als 2012. Der tatsächliche Verbrauch liegt bei 505 TL (2012: 516 TL) bei einem durchschnittlichen Einkaufspreis von 1,10 €/Liter (2012: 1,15 €/TL).

Der Aufwand für bezogene Leistungen wird gegenüber dem Wirtschaftsplan mit 8 T€ unterschritten.

Personal

Der Personalaufwand wurde insgesamt mit 66 T€ unterschritten, u. a. durch Dauerkranke (keine Lohnfortzahlung) und geringere Rückstellungen für Urlaubsansprüche.

Der Personalaufwand liegt 2013 mit 159 T€ höher als 2012 durch die Tarifierhöhung von 4,5 % lt. Tarifvertrag TV-N (Tarifvertrag Nahverkehr Brandenburg) ab 01.01.2013.

Die Zahl der Beschäftigten ohne Auszubildende betrug zum 31.12.2013 143 (31.12.2012: 145 Mitarbeiter). Im Durchschnitt waren 2013 144 Arbeitnehmer beschäftigt.

Der Krankenstand der Gesamtbelegschaft betrug 2012 6,35% (2012: 7,95%). Ohne Dauerkranke liegt der Krankenstand im Durchschnitt bei 4,38% (2012: 4,96%). Das entspricht einer

durchschnittlichen Krankheitsdauer von rund 16 Tagen je Mitarbeiter, einschließlich insgesamt 713 Tagen (2012: 1.110 Tage) ohne Lohnfortzahlung.

Die VBBr ist anerkannter Ausbildungsbetrieb. Im Jahr 2013 befanden sich ein Industriemechaniker, ein Mechatroniker, fünf Berufskraftfahrer sowie eine Bürokauffrau bei der VBBr in Ausbildung, wobei einer überbetrieblich ausgebildet wurde. Fünf Auszubildende lernten 2013 erfolgreich aus.

Leistungserbringung

Die VBBr bedient das Stadtgebiet Brandenburg an der Havel mit Straßenbahnen und Omnibussen. Im Bediengebiet beträgt die Einwohnerzahl 71.534.

Beförderte Personen

Beförderte Personen	2013	2012	Veränderung	
	in 1000	in 1000	in 1000	in %
Gesamt	8.067,3	7.724,2	343,1	+4,4%
dar. Linienverkehr § 42 PBefG	8.066,7	7.722,4	344,3	+4,5%

Betriebsleistung und Fahrzeuge

	2013	2012	Veränderung	
	in 1000 km	in 1000 km	in 1000	in %
Betriebsleistung – gesamt	1.923	1.948	-25	-1,3%
Linienverkehr § 42 PBefG	1.914	1.938	-24	-1,2%
Straßenbahn	660	658	+2	+0,3%
Omnibus (einschl. Linientaxi)	1.254	1.280	-26	-2,0%

Die Ermittlung der beförderten Personen erfolgt anhand der verkauften Fahrausweise (bei der VBBr) und der durchschnittlich ermittelten Fahrtenhäufigkeit. Die Ergebnisse der Verbundverkehrserhebung 2013 liegen noch nicht vor.

Der Kostendeckungsgrad, bezogen auf die Umsatzerlöse, liegt bei 45% (2012: 55%). Der Gesamtkostendeckungsgrad liegt bei 51% (2012: 56,2%) bedingt durch die zusätzliche Rückstellung, d.h. Reduzierung der Umsatzerlöse bei Einhaltung der planmäßigen Kosten 2013.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Zur Erfüllung der Erfordernisse, hat die VBBr ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet, welches auch 2013 überarbeitet wurde.

Zielsetzung des Risikomanagements ist es, zukünftige risikobehaftete Entwicklungen frühestmöglich zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und fortlaufend zu überwachen, um die langfristige Anpassung des Unternehmens an sich stetig verändernde Umweltbedingungen und die nachhaltige Existenzsicherung des Unternehmens sicherzustellen.

Ein kritisches Risiko für die VBBr ist hauptsächlich die Absicherung der langfristigen Finanzierung des ÖPNV zum einem aus den Haushaltsmitteln der Stadt Brandenburg an der Havel und zum anderen aus Bund und Land auch für notwendige Investitionsmaßnahmen.

Ein weiteres Risiko ergibt sich aus dem Auslaufen des Tarifvertrages TV-N zum 31.12.2014.

Die Einnahmeaufteilung ab 2010 steht noch aus (Einschätzung des Risikos ist sehr problematisch), die Verbundverkehrserhebung, die 2010 stattfand, liegt vor, bedarf aber noch der Zustimmung aller Verkehrsunternehmen, worauf hin dann die Berechnungen zur Einnahmeaufteilung in den verschiedensten Pools erfolgen muss. Die Rückstellungen für dieses Risiko betragen insgesamt 2.210 T€

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	konsumtiver Zuschuss der Stadt 2013: 4.199.520 € konsumtiver Zuschuss der TWB 2013: 257.780 € (ohne Ausbildungsverkehr und Fähre Neuendorf) Zuschuss der Stadt Fähre 2013: 39.231 € Investitionszuschuss der Stadt 2013: 558.080 € Investitionszuschuss der TWB 2013: 172.577 €

Städtische Zuschüsse / Landeszuschüsse 2013:

Zuschüsse	Gesamtsumme	Hiervon Landeszuweisung	Hiervon städtischer Eigenanteil
Zuschuss konsumtiv	4.199.520	1.189.523	3.009.997
Zuschuss Fähre	39.231	0	39.231
Subventionsbedarf	4.238.751	1.189.523	3.049.228
Investitionszuschuss	558.080	491.099	66.981
Zuweisung für den Ausbildungsverkehr	718.446	718.446	0
Gesamtsumme	5.515.277	2.399.068	3.116.209

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	19.302	22.042	23.856
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	192	132	58
II. Sachanlagen	19.107	21.907	23.796
III. Finanzanlagen	3	3	3
B. Umlaufvermögen	4.154	3.203	3.489
I. Vorräte	282	357	455
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	691	908	712
III. Kassenbestand	3.180	1.938	2.322
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1
Passivseite			
A. Eigenkapital	5.341	5.341	4.696
I. Gezeichnetes Kapital	1.971	1.971	1.971
II. Gewinnrücklagen	3.370	3.370	3.370
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	-645
B. SoPo für Investitionszuschüsse	10.786	13.069	15.411
C. Rückstellungen	810	1.392	2.511
D. Verbindlichkeiten	6.291	5.214	4.488
E. Rechnungsabgrenzungsposten	228	229	240
Bilanzsumme	23.456	25.245	27.346

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	5.394	5.372	4.699
2. Sonstige betriebliche Erträge	4.865	4.818	5.033
3. Materialaufwand	-2.577	-2.536	-2.594
4. Personalaufwand	-5.536	-5.483	-5.643
5. Abschreibungen	-2.068	-2.062	-2.162
6. Zuführungen zum SoPo für Investitionszuschüsse	1.070	1.094	1.165
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-936	-1.000	-1.011
8. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19	13	54
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-222	-206	-177
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9	9	-635
12. Außerordentlicher Ertrag	0	0	0
13. Außerordentlicher Aufwand	0	0	0
14. Sonstige Steuern	-9	-9	-9
15. Jahresergebnis	0	0	-645

III.2.4.2 Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Energieversorgung

Firmensitz

Upstallstr. 25
 14772 Brandenburg an der Havel
 Tel.: 03381/75 20
 Fax: 03381/75 23 18
 e-mail: info@stwb.de
 Internet: www.stwb.de

Gründung

Die Gründung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) erfolgte am 27.01.1995 auf der Grundlage eines Konsortialvertrages mit gleichem Datum zwischen dem kommunalen Partner und den privaten Energieversorgungsunternehmen (EVU).

Hintergrund war eine schrittweise Rückübertragung des Vermögens der örtlichen Strom- und Gasversorgung auf die Kommunen gegen die Rückgabe der von den Kommunen gehaltenen Kapitalanteile an dem privaten EVU entsprechend dem diesbezüglichen Vergleich vor dem Bundesverfassungsgericht (Stromvergleich).

Mit der Einbringung des Strom- und Fernwärmevermögens und der Einbringung der Energieversorgung Stadt Brandenburg/Havel GmbH (EBH) und der damit verbundenen Kapitalerhöhung zum 01.04.1996 wurde Ende 1996 die Gründungsphase abgeschlossen. Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 8920 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

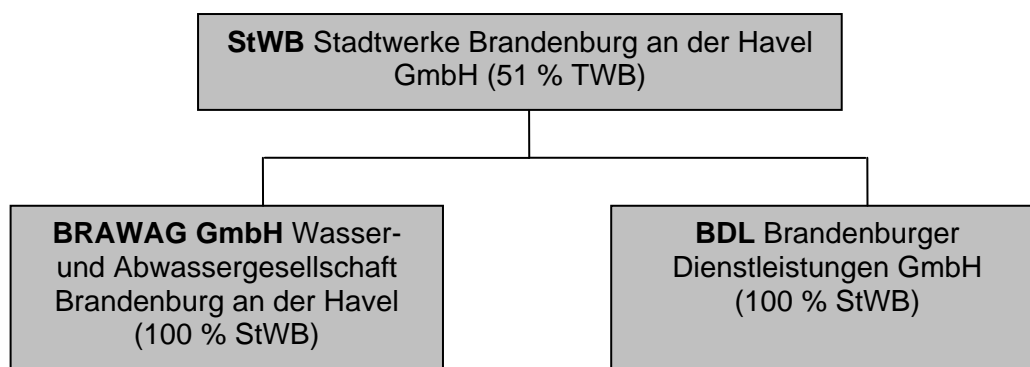
Stammkapital 16.000 TDM (umgerechnet 8.181 T€)

Beteiligungsverhältnisse:

<u>Beteiligungsverhältnisse</u>	
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH (TWB)	51,00% (8.160 TDM)
E.DIS AG Fürstenwalde	36,75% (5.880 TDM)
EMB Beteiligungsgesellschaft mbH Potsdam	12,25% (1.960 TDM)

Unterbeteiligungen

Unterbeteiligungen	
BDL (Brandenburger Dienstleistungen GmbH)	100%
BRAWAG GmbH (Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel)	100%



Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftervertrag datiert vom 21.06.2006.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Uwe Müller (kaufmännisches Ressort)

Wolfgang Michael Schwarz (technisches Ressort) (bis Juni 2013)

Benno Felsch (technisches Ressort) (ab 01.07.2013)

- *Gesellschafterversammlung*

Die Stimmrechte in der Gesellschafterversammlung verteilen sich entsprechend der Anteile am Stammkapital.

Im Geschäftsjahr fand eine Gesellschafterversammlung statt.

- *Aufsichtsrat*

Die Gesellschaft hat einen aus neun Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Im Jahr 2013 fanden sieben Aufsichtsratssitzungen statt.

Aufsichtsratsmitglieder 2013

Aufsichtsratsvorsitz	Frau Dr. Dietlind Tiemann
Stellvertreter	Herr Bernd Dubberstein
weitere Mitglieder	Herr Tobias Dietrich
	Herr Ulrich Floß
	Herr Stephan Gothe
	Herr Michael Kilian
	Herr Norbert Langerwisch
	Herr Matthias Pietschmann
	Herr Dr. Andreas Reichel

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme, der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und der Klärschlamm Entsorgung dienen sowie die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.

Versorgungsgebiet:

Brandenburg an der Havel mit Ausnahme der Stadtteile Götting, Gollwitz, Mahlenzien, Klein Kreuz, Schmerzke und Wust

Öffentlicher Zweck

Bei Aufgaben, die den in § 2 Abs. 2 BbgKVerf bezeichneten Betätigungsfeldern zuzurechnen sind (beispielsweise die Energieversorgung einschließlich der Energieproduktion), ist von einer Rechtfertigung durch einen öffentlichen Zweck auszugehen (vgl. Rundschreiben zu den Regelungen der Kommunalverfassung über die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen (§§ 91 – 100 BbgKVerf) vom 13.11.2013).

Die Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung der Grundversorgung der Bevölkerung mit Leistungen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge und begründen das Engagement der Gemeinde.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	79%	79%	81%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	20%	21%	21%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	49%	47%	50%
Zinsaufwandquote	1,7%	2,0%	1,8%
Liquidität 3. Grades	39%	37%	36%
Cashflow	9.974 T€	10.429 T€	13.598 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	7%	7%	8%
Umsatz	75.954 T€	79.262 T€	81.964 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	5.267 T€	5.794 T€	6.976 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	11%	10%	10%
Anzahl der Mitarbeiter	134	130	133

Lagebericht der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist ein lokal verwurzelt Energieversorgungsunternehmen. Neben der Belieferung ihrer Kunden mit Strom, Gas und Wärme betreibt die Gesellschaft auf Grundlage eines Konzessionsvertrages mit der Stadt Brandenburg an der Havel das Strom- und Gasnetz. Darüber hinaus erzeugt die StWB mit wärmegeführten Eigenerzeugungsanlagen (Heizkraftwerk und BHKWs) Wärme und Strom.

Stromversorgung

Stromverkauf

Steigende Umlagen zum 01.01.2013 auf jede letztverbrauchte Kilowattstunde Strom machten zum 01.02.2013 eine Erhöhung des Strompreises um 3,08 ct/kWh erforderlich. Dennoch wurde den Kunden erneut ein Festpreisprodukt mit einem um 0,2 ct/kWh erhöhten Nachlass von 0,7 ct/kWh angeboten, um den Preisanstieg wenigstens teilweise zu kompensieren. Der Stromverkauf an Haushaltskunden konnte dadurch in 2013 auf Vorjahresniveau gehalten werden, da die Festpreisangebote unsere Kunden binden.

Gasversorgung

Gasverkauf

Zum 01.02.2013 wurden die Gaspreise für alle Haushalts- und Gewerbekunden gesenkt und ein neues einfacheres Tarifsysteem eingeführt. Durch den günstigeren Gaseinkauf wurde ein ebenfalls deutlich verbessertes Festpreisprodukt mit einem Nachlass von ebenfalls 0,7 ct/kWh an die Kunden weiter gereicht. Die neuen Möglichkeiten durch die strukturierte Gasbeschaffung wurden auch genutzt und erste Geschäftskunden außerhalb der Stadt Brandenburg an der Havel gewonnen. Durch die Ausweitung des Onlineangebotes auch für Erdgas ab Mai 2013 konnten rund 800 Erdgaskunden erstmals für StWB gewonnen werden.

Gasbeschaffung

Die günstigeren Beschaffungskonditionen durch die strukturierte Gasbeschaffung wurden für eine Senkung der Gaspreise sowie der Fern- und Nahwärmepreise genutzt.

Mit den Städtischen Betriebswerken Luckenwalde wurde, wie bei Strom, eine Einkaufskooperation zum 01.10.2012 geschlossen, die sich bewährt hat und zum 01.01.2013 in eine Abrechnungsbilanzkreiskooperation mündete.

Wärmeversorgung

Im letzten Jahr konnten im Stadtgebiet Görden weitere auslaufende Nahwärmeverträge in Fernwärmeverträge umgewandelt werden. Im Stadtteil Nord sind 2013 ebenfalls weitere Wohnblöcke an die Fernwärmeversorgung angeschlossen worden, die in 2014 erstmalig ganzjährig beliefert werden. Die Baumaßnahmen am Nicolaiplatz wurden genutzt, um eine Fernwärmetrasse zu verlegen. Dadurch konnten viele anliegende Wohnungseigentümer angeschlossen werden. Dasselbe gilt für die Klosterstraße. Im Stadtteil Nord sowie im Bereich der Bergstraße wird in 2014 mit einem weiteren Zuwachs von Fernwärmekunden gerechnet. Insgesamt erfreut sich die Fernwärme derzeit einer zunehmenden Beliebtheit bei Woh-

nungseigentümern. Die in 2013 verlorenen Potenziale durch Abriss im Wohngebiet Hohenstücken konnten so mehr als ausgeglichen werden.

Regenerative Energiequellen

Im Jahr 2013 wurden im großen Umfang weitere Anlagen zur Nutzung regenerativer Energiequellen im Versorgungsgebiet der StWB in Betrieb genommen. Zum 31.12.2013 waren 239 (2012: 192) Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) am Netz der StWB. Die installierte Leistung der PV-Anlagen betrug zu diesem Zeitpunkt ca. 39 MW (2012: 28,4 MW). Die erzeugte Energiemenge für das Jahr 2013 aus diesen Anlagen bezifferte sich auf ca. 29 GWh (2012: 21,8 GWh).

Zudem wurden ca. 497 MWh (2012: 475 MWh) Energie aus Wasserkraftanlagen eingespeist. Zusätzlich zum HKW (Heizkraftwerk) der StWB erfolgte durch 13 (2012: 11) KWK-Anlagen (Kraft-Wärme-Kopplung) im Netz der StWB eine Einspeisung von ca. 23 GWh Strom (2012: 24,5 GWh).

Ertragslage

Das operative Ergebnis beläuft sich auf 10,8 Mio. € und liegt damit um 1,0 Mio. € über dem Vorjahresergebnis. Diese Entwicklung ist unter anderem auf gestiegene Umsatzerlöse (82,0 Mio. €, 2012: 79,3 Mio. €) zurückzuführen.

Im Geschäftsbereich Gas-Vertrieb liegen die Absatzmengen im Sonder- und Tarfkundengeschäft geringfügig unter dem Vorjahresniveau (304 GWh, 2012: 305 GWh). Der Rückgang im Sondervertragskundenbereich (50 GWh, 2012: 57 GWh) konnte durch den Ausbau des exterritorialen Tarfkundengeschäftes sowie durch gestiegene Absatzmengen im übrigen Tarifkundenbereich größtenteils kompensiert werden.

Im Geschäftsbereich Wärmeversorgung liegen die Absatzmengen, insbesondere im Fernwärmebereich, über dem Vorjahr (182 GWh, 2012: 180 GWh). Die Umsatzerlöse sind demzufolge um 1,9 Mio. € auf 16,5 Mio. € gestiegen.

Der Materialaufwand konnte insbesondere durch günstige Konditionen beim Strom- und Gaseinkauf gesenkt werden (58,4 Mio. €, 2012: 61,1 Mio. €).

Der Personalaufwand liegt bedingt durch höhere Zuführungen von Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen leicht über dem Vorjahr (8,4 Mio. €, 2012: 8,3 Mio. €)

Die Abschreibungen liegen über dem Vorjahresniveau (6,6 Mio. €, 2012: 4,9 Mio. €). Grund hierfür ist die Sonderabschreibung der Biogasanlage Brandenburg-Briest. In diesem Zusammenhang erfolgte die Bilanzierung einer Rückstellung für Verbindlichkeiten aus bestehenden Verträgen für die Fertigstellung der Anlage im sonstigen betrieblichen Aufwand.

Erhöhte Rechts- und Beratungskosten aufgrund der erfolgten Prüfungshandlungen im Zusammenhang mit den voraussichtlichen dolosen Handlungen des ehemaligen technischen Geschäftsführers, sowie Aufwendungen bei dem Neubau des Verwaltungssitzes aufgrund der Schadstoffbelastungen des Grundstückes, führten ebenfalls zu einem Anstieg des sonstigen betrieblichen Aufwandes (9,1 Mio. €, 2012: 7,4 Mio. €).

Das Finanzergebnis liegt nahezu auf dem Vorjahresniveau. Der Jahresüberschuss liegt mit 7 Mio. € rund 1,2 Mio. € über dem Ergebnis des letzten Jahres.

Vermögens- und Finanzlage sowie Investitionen

Da das Investitionsvolumen in 2013 (11,0 Mio. €, 2012: 6,1 Mio. €) deutlich über den Abschreibungen lag, hat sich das Anlagevermögen gegenüber dem Vorjahr um 4,4 Mio. € erhöht. Die Anlagenintensität beträgt 81% (2012: 79%). Die Erhöhung des Anlagenbestandes und des langfristigen Fremdkapitals gegenüber dem Vorjahr führte zu einer Anlagendeckung II in Höhe von 50% (2012: 47%).

Unter dem Umlaufvermögen werden die Vorräte (Heizöl, Maissilage), Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Dritten (Kunden, Finanzamt, Hauptzollamt) und liquide Mittel ausgewiesen. Die Forderungen liegen auf Vorjahresniveau (12,3 Mio. €, 2012: 12,5 Mio. €). Trotz höherer liquider Mittel (5,4 Mio. €, 2012: 4,4 Mio. €) liegt das Umlaufvermögen aufgrund niedrigerer sonstiger Vermögensgegenstände unter dem Vorjahr. Die Liquidität dritten Grades liegt bei 36% (2012: 37%).

Der Cashflow in Höhe von 13.598 T€ (2012: 10.429 T€) wird wesentlich bestimmt durch das um 1,2 Mio. € höhere Jahresergebnis, die um 1,7 Mio. € höheren Abschreibungen und gegenläufig durch die Verringerung der Rückstellungen für Pensionen.

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt wie im Vorjahr 7%. Sie wird bestimmt durch den Jahresüberschuss und die Fremdkapitalzinsen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Hauptsächlich werden die Auslastung des HKW (Heizkraftwerk) sowie die Absatz-, Beschaffungs- und die regulierten Märkte überwacht. Etwaigen Forderungsausfallrisiken wird durch ein konsequentes Forderungsmanagement dauerhaft entgegengewirkt. Mögliche Risiken aus Preisänderungen sind entweder durch feste Kontrakte abgesichert oder können zeitverzögert an die Kunden weitergereicht werden. Die Geschäftsführung bewertet die Eintrittswahrscheinlichkeit der vorgenannten Risiken als gering und geht im Falle des Eintretens von einer moderaten Auswirkung auf die Ertragslage aus.

Dem Risiko aufgrund möglicherweise unwirksamer Preisänderungsklauseln in Normsonderkundenverträgen wurde durch entsprechende Rückstellungsbildung Rechnung getragen. Weitere Risiken werden in dem Totalausfall von Umspannwerken und der Zerstörung von Technikräumen gesehen. Die Geschäftsführung bewertet die Eintrittswahrscheinlichkeit der vorgenannten Risiken als gering und geht im Falle des Eintretens von einer moderaten Auswirkung auf die Ertragslage aus.

Die Gesamteinschätzung weist derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken auf.

Das Jahr 2013 war erneut gekennzeichnet durch die Energiewende und die Eurokrise. Die Bundestagswahl hatte jedoch notwendige Reformprozesse ins Stocken gebracht. Die Terminmärkte für Strom und Gas waren in 2013 fallend und es wird weiterhin davon ausgegangen, dass der Terminmarktpreis über dem des Spotmarktes liegt. Immer größere Mengen regenerativer Energien verdrängen immer mehr konventionell erzeugten Strom, so dass insbesondere Gaskraftwerke ihre Wirtschaftlichkeit verlieren. Immer neue Eingriffe in den

Rechtsrahmen der Energiewirtschaft, die Steigerung bestehender Umlagen und deren Neueinführung führen zu Unsicherheiten in der Vertriebsarbeit und verunsichern auch die Verbraucher.

Die erfolgreiche strukturierte Strom- und Gasbeschaffung ermöglicht es der StWB Kostensenkungspotenziale zu realisieren, um auf Basis innovativer günstiger Produkte Kunden zu halten und hinzu zu gewinnen. Langfristig gesicherte Wärmeverträge verbunden mit einer optimalen Erzeugungsstrategie vor Ort setzen auch im Bereich der Wärmeversorgung positive Impulse.

Zum 1. Januar 2014 haben die StWB die Gaspreise erneut konstant gehalten und ein nochmals verbessertes Festpreisangebot mit einem Nachlass von nunmehr 0,84 ct/kWh angeboten. Mit dem neuen Angebot zum 1.1.2014 und der damit verbundenen Preissenkung konnte der Kundenabwanderung nochmals deutlich entgegen gewirkt werden. Auch die Strompreise blieben in 2014 konstant. Der Anstieg der Umlagen wurde durch bessere Einkaufskonditionen vollständig kompensiert und der Nachlass auf das Festpreisangebot konnte sogar von 0,70 ct/kWh auf 0,84 ct/kWh verbessert werden. Die Antwortquoten des Vorjahres wurden erneut erreicht bzw. bei Erdgas sogar übertroffen.

Unter Berücksichtigung normaler Witterungsbedingungen werden für das nächste Geschäftsjahr leicht sinkende Umsatzerlöse erwartet. Bei voraussichtlich niedrigeren sonstigen betrieblichen Erträgen plant die Geschäftsführung ein im Vergleich zu 2013 geringeres Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2014.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Vortrag von 194.131,39 € - nicht ausgeschütteter Gewinn aus 2012 gemäß Gesellschafterbeschluss vom 20.06.2013. Einstellung in die Gewinnrücklage.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Vom Jahresüberschuss 2012 in Höhe von 5.794.131,39 € wurden 5.600.000,00 € gemäß Beschluss vom 20.06.2013 an die Gesellschafter ausgeschüttet.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	80.156	81.377	85.761
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	417	384	620
II. Sachanlagen	48.772	50.034	52.182
III. Finanzanlagen	30.967	30.960	32.960
B. Umlaufvermögen	20.738	21.437	19.924
I. Vorräte	831	847	592
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.164	16.171	13.952
III. Kassenbestand, Guthaben	1.743	4.418	5.379
C. Rechnungsabgrenzungsposten	298	244	176
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensberechnung	0	43	59
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	19.989	21.183	22.559
I. Gezeichnetes Kapital	8.181	8.181	8.181
II. Kapitalrücklage	3.662	3.662	3.662
III. Gewinnrücklagen	429	429	623
IV. Gewinnvortrag	2.450	3.117	3.117
V. Jahresüberschuss	5.267	5.794	6.976
B. SoPo mit Rücklagenanteil	3.343	2.811	2.307
C. SoPo für Investitionszulagen	1.610	1.444	1.294
D. Baukostenzuschüsse	9.577	9.232	9.094
E. Rückstellungen	30.690	31.602	30.551
F. Verbindlichkeiten	34.711	35.953	40.054
G. Rechnungsabgrenzungsposten	1.273	876	62
Bilanzsumme	101.192	103.102	105.920

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	75.954	79.262	81.964
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	138	115	93
3. Sonstige betriebliche Erträge	11.489	13.076	12.500
4. Materialaufwand	-59.734	-61.098	-58.422
5. Personalaufwand	-8.098	-8.306	-8.434
6. Abschreibungen	-4.733	-4.897	-6.630
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-7.661	-7.401	-9.050
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	582	516	340
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.317	-1.593	-1.480
10. Erträge aus Beteiligungen	1.801	1	111
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8.421	9.676	10.993
12. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-2.620	-2.936	-2.831
14. Sonstige Steuern	-535	-945	-1.187
15. Jahresergebnis	5.267	5.794	6.976

III.2.4.2.1 BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel

Geschäftsbereich

Trinkwasserversorgung und Abwasserbetrieb

Firmensitz

Upstallstr. 25
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/54 30
Fax: 03381/54 31 99
Internet: www.brawag.de

Gründung

Die BRAWAG (Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel) wurde auf der Grundlage des zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der TWB (Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH), der Metallgesellschaft AG (MG) und der Westfälischen Ferngas AG (WFG) am 12.08.1993 geschlossenen Konsortialvertrages gegründet.

Die Metallgesellschaft hat mit Kauf- und Abtretungsverträgen vom 19.05.1998 ihren Geschäftsanteil an die TWB und an die Westfälische Ferngas AG mit Gewinnbezugsrecht ab 01.01.1998 veräußert.

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 08.10.2002 erwarben die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) die Anteile der TWB an der BRAWAG in Höhe von 67,55% und wurde somit zum Mehrheitsgesellschafter der BRAWAG.

Am 12.12.2005 haben die StWB den notariellen Kauf- und Abtretungsvertrag mit der RWE Energy AG über den Erwerb der Restbeteiligung von 32,45% an der BRAWAG unterzeichnet. Die BRAWAG ist nunmehr 100%-ige Tochter der StWB.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat die Trinkwasserversorgung auf die BRAWAG übertragen. Mit rechtlicher und wirtschaftlicher Wirkung wurde das der TWB zuvor von der Stadt Brandenburg an der Havel übertragene Trinkwasservermögen als Sacheinlage in die BRAWAG zum 01.07.1994 eingelegt.

Der Abwasserbetrieb wurde bereits am 24.06.1993 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gegründet. Bis zum Inkrafttreten der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg als gesetzliche Grundlage für Eigenbetriebe am 27.03.1995, war der Abwasserbetrieb formalrechtlich wie ein als Eigenbetrieb geführter Regiebetrieb der Stadt anzusehen.

Der BRAWAG wurden die Aufgaben der Betriebsführung des städtischen Abwasserbetriebs mit wirtschaftlicher und rechtlicher Wirkung zum 01.07.1994 übertragen.

Mit Vertrag vom 24.08.1998 übertrug die Stadt Brandenburg an der Havel ihren Abwassereigenbetrieb im Wege der Ausgliederung nach den §§ 168, 123 ff. Umwandlungsgesetz

(UmwG) auf die BRAWAG mit Ausgliederungstichtag 01.01.1998. Das übertragene Vermögen ging mit Eintragung in das Handelsregister am 21.12.1998 mit dinglicher Wirkung auf den übernehmenden Rechtsträger BRAWAG über.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 6.646.794,46 €

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2006 TDM 13.000 (= 6.647 T€). Die Umstellung auf Euro steht bislang noch aus.

StWB 100% (ab 12.12.2005)

Durch Anteilskaufvertrag vom 12. Dezember 2005 sind die durch RWE Energy gehaltenen Anteile am Stammkapital der BRAWAG (32,45%) an die StWB veräußert worden.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und ist an keinem Unternehmen wesentlich beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 07. Februar 2006.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter der HRB-Nr. 67 22P eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Uwe Müller

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung wird seit 08.10.2002 durch die Geschäftsführung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) wahrgenommen.

Im Geschäftsjahr 2013 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

Gegenstand

Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung, fachliche Beratung in diesen Bereichen sowie die Übernahme aller Werk- oder Dienstleistungen für Unternehmen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung.

Gegenstand ist insbesondere der Betrieb von derartigen Einrichtungen für Dritte auf Grund von Betreiber- und Dienstleistungsverträgen.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Land Brandenburg (BbgKVerf) erfüllt die Gemeinde alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserbeseitigung und -behandlung. Diese Aufgaben werden konkretisiert durch § 59 und § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. Weitere zu beachtende Grundlagen sind die Trinkwasserversorgungssatzung, die Grubensatzung, die Entwässerungssatzung und Abwassergebührensatzung der Stadt Brandenburg an der Havel. In diesem Zusammenhang bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der BRAWAG.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	98%	98%	98%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	37%	41%	45%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	50%	57%	60%
Zinsaufwandquote	5,6%	4,8%	4,2%
Liquidität 3. Grades	4%	6%	6%
Cashflow	6.659 T€	6.438 T€	6.329 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	5%	4%	4%
Umsatz	19.358 T€	19.443 T€	19.466 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	2.913 T€	2.634 T€	2.570 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	10%	11%	14%
Anzahl der Mitarbeiter	39	41	40

Lagebericht der Gesellschaft

Externe Einflussfaktoren

Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg an der Havel war im abgelaufenen Geschäftsjahr leicht rückläufig und hat sich von 71.149 auf 71.114 verringert.

Die verkaufte Trinkwassermenge war im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant.

Trinkwasser

Versorgungsmengen	Leitungsnetz	Trinkwasserhausanschlüsse
- durchschnittlich 10.500 m ³ täglich	- Hauptleitungen = 94,19 km - Versorgungsleitungen = 292,29 km - Hausanschlussleitungen = 137,3 km - die größten Leitungen haben einen Durchmesser von 800 mm	- 12.095 Stück im Versorgungsgebiet

Abwasser

Entsorgungsmengen	Leitungsnetz
- Trockenwetter: ca. 10.000 m ³ /d - Regenwetter: bis zu 33.000 m ³ /d	- Abwasserdruckleitungen: 79,5 km - Mischwassersammler: 54,9 km - Schmutzwassersammler: 171,6 km - Regenwassersammler: 113 km - begehbare Kanäle: 3,9 km - Anzahl Hausanschlüsse: 10.188 Stück

Interne Einflussfaktoren

Die Qualität des an die Kunden gelieferten Trinkwassers entsprach ganzjährig bis auf eine Ausnahme den Vorgaben der Trinkwasserverordnung. Im III. Quartal 2013 wurden im Versorgungsnetz die Grenzwerte bei den Parametern Eisen und Mangan leicht überschritten. Diese wurden durch Spülung der Versorgungsleitung schnell wieder eingehalten. Mit Außerbetriebnahme der Westfassung Mahlenzien im Juni 2013 übernimmt das Wasserwerk Kaltenhausen 1/3 der täglichen Aufbereitungskapazität.

Die Ablaufkonzentrationen der Kläranlage entsprachen weitestgehend den an die Ablaufqualität gestellten Anforderungen. Im Zeitraum von März bis Mai 2013 konnten die Überwachungswerte jedoch nicht durchgängig eingehalten werden, da die biologischen Abbauprozesse in der Anlage aufgrund der sehr geringen Temperaturen gestört waren. Dies wurde der Oberen Wasserbehörde mitgeteilt und als Betriebsstörung angezeigt.

Ertragslage

Das operative Ergebnis beläuft sich auf 4,6 Mio. € und liegt damit auf dem Niveau des Vorjahresergebnisses.

Der Materialaufwand ist gesunken (5,4 Mio. €, 2012: 5,8 Mio. €). Dies betrifft im Wesentlichen die Aufwendungen für Instandhaltungen, Fremdleistungen für Weiterberechnungen und sonstige Fremdleistungen.

Die Personalaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr (2,8 Mio. €, 2012: 2,2 Mio. €) erhöht. Ursachen hierfür sind Tarifsteigerungen sowie die durch eine Satzungsänderung der Zusatzversorgungskasse bedingte Rückstellungszuführung von (0,5 Mio. €). Die Personalaufwandsquote ist in 2013 entsprechend um 3% gestiegen.

Die Abschreibungen liegen mit rd. 3,7 Mio. € etwas unter dem Vorjahresniveau von 3,8 Mio. €

Das Finanzergebnis beträgt -0,8 Mio. € und liegt 0,1 Mio. € über dem Vorjahr. Die Entwicklung ist sowohl auf einen Rückgang des durchschnittlichen Zinssatzes für variable Darlehen im Geschäftsjahr als auch auf geringere Darlehensbestände zurückzuführen. Die Zinsaufwandsquote beträgt 4,2% (2012: 4,8%). Die Steuern entsprechen in etwa dem Vorjahr.

Der Jahresüberschuss liegt mit 2,6 Mio. € auf Vorjahresniveau. Davon sollen 1,8 Mio. € an die Muttergesellschaft ausgeschüttet werden.

Umsatz und Absatzmengen

Die Umsatzerlöse von insgesamt 19,5 Mio. liegen in etwa auf dem Vorjahresniveau.

Das Betreiberentgelt für den Betrieb der Abwasserentsorgungseinrichtungen ist gegenüber dem Vorjahr leicht (0,9 %) gestiegen.

Vermögens- und Finanzlage sowie Investitionen

Das Vermögen der BRAWAG setzt sich zu 97,8% (2012: 97,9%) aus dem Anlagevermögen zusammen. Es beinhaltet die Trink- und Abwassernetze, die Wassergewinnungs-, -aufbereitungs- und -speicherungsanlagen, Pumpwerke und die Kläranlage Brandenburg Briest.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden insgesamt 3,5 Mio. € (2012: 2,9 Mio. €) investiert, davon 1,8 Mio. € (2012: 1,0 Mio. €) im Trinkwasserbereich, 1,5 Mio. € (2012: 1,6 Mio. €) im Abwasserbereich und 0,2 Mio. € (2012: 0,3 Mio. €) im Verwaltungsbereich.

Das Umlaufvermögen der BRAWAG setzt sich im Wesentlichen aus Kunden- und Verbundforderungen (0,7 Mio. €, 2012: 0,7 Mio. €) sowie liquiden Mitteln (0,6 Mio. €, 2012: 0,7 Mio. €) zusammen. Das Umlaufvermögen liegt bedingt durch die Einstellung eines aktiven Rechnungsabgrenzungsposten im Zusammenhang mit einem Sponsoring-Vertrag mit dem BÜGA - Zweckverband um 0,1 Mio. € über dem Vorjahr.

Das wirtschaftliche Eigenkapital in Höhe von 41,8 Mio. € ist um 3,1 Mio. € gestiegen. Die im Vorjahr in den Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt ausgewiesene Konzessionsabgabe (0,7 Mio. €) wurde im Geschäftsjahr 2013 der Kapitalrücklage zugeführt. Der Jahresüber-

schuss 2012 (2,6 Mio. €) wurde gemäß Gesellschafterbeschluss in die Gewinnrücklage eingestellt.

Das Fremdkapital in Höhe von 40,4 Mio. € ist um 3,1 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Es setzt sich aus langfristigem Fremdkapital 18,3 Mio. €, und kurzfristigem Fremdkapital 22,1 Mio. € zusammen.

Die Liquidität 3. Grades beträgt wie im Vorjahr 6%.

Der Cashflow wird wesentlich bestimmt durch das jeweilige Jahresergebnis, die Abschreibungen und die Veränderung der langfristigen Rückstellungen. In 2013 lag der Cashflow bei 6.329 T€ (2012: 6.438 T€).

Die Gesamtkapitalrentabilität befindet sich mit 4% auf Vorjahresniveau. Die Eigenkapitalquote hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert (45%, 2012: 41%).

Die aktuelle Finanz-, Vermögens- und Ertragslage verdeutlicht, dass die BRAWAG gut aufgestellt ist. Die Eigenkapitalquote hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert (45%, 2012: 41%), geplante Investitionen können problemlos getätigt werden. Die BRAWAG wird ihre Position als ein erfolgreicher und kundenorientierter Dienstleister im Konzern der StWB weiter ausbauen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Risiken sieht die Geschäftsführung insbesondere in den Absatz- und Instandhaltungsrisiken sowie in Risiken aus zu geringer Auslastung des Trinkwasser- und Abwassernetzes wegen der weiter sinkenden Bevölkerungsentwicklung und des damit verbundenen Rückgangs des Trinkwasserbrauchs. Die Geschäftsführung bewertet die Eintrittswahrscheinlichkeit dieser Risiken als gering und geht im Falle des Eintretens von einem spürbaren Schadenspotential aus.

Weitere Risiken werden in dem Ausfall der Fassungsanlagen im Wasserwerk Mahlenzien mit Betriebsausfall des Wasserwerks Kaltenhausen, in der Beeinträchtigung der Trinkwasservorräte im Wasserwerk Kaltenhausen durch Altlasten sowie in dem Ausfall externer Dienstleister gesehen. Die Geschäftsführung bewertet die Eintrittswahrscheinlichkeit für diese Risiken als gering und geht im Falle des Eintretens von einem spürbaren Schadenspotential aus.

Als Schwerpunkte der Investitionstätigkeit der BRAWAG sind für 2014 im Trinkwasserbereich Erneuerungen am Wasserwerk Mahlenzien (1,1 Mio. €), die Erneuerung des Zwischenpumpwerks, der Ausbau des Maschinenhauses und die Anschaffung eines Kalksilos (0,4 Mio. €) zu nennen. Die bereits für 2013 geplante Realisierung des Umbaus der Erdfaulbecken der Kläranlage Briest zu einem Mischwasserspeicher (2,0 Mio. €) verschiebt sich in das Jahr 2014.

Die Finanzierung der geplanten Investitionen wird aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit und zusätzlicher Bankdarlehen erfolgen.

Zum 1. Januar 2014 konnten trotz Unterdeckungen aus dem Jahr 2012, die in 2014 gebührenwirksam ausgeglichen werden, die Schmutzwassermengengebühr und in diesem Zusammenhang die Aufleitgebühr sowie die Kleinkläranlagengebühr konstant gehalten werden.

Durch die geringfügige Unterdeckung aus dem Jahr 2012 ergab sich ein moderater Anstieg der Niederschlagswassergebühr sowie der Grundwassereinleitgebühr zum 1. Januar 2014.

Der Trinkwasserpreis bleibt konstant, jedoch wird von einer leicht rückläufigen Absatzmenge ausgegangen. Insgesamt wird von leicht sinkenden Umsatzerlösen in 2014 gegenüber 2013 ausgegangen. Die Geschäftsführung plant trotzdem für das nächste Geschäftsjahr durch konsequentes Kostenmanagement ein im Vergleich zu 2013 nur moderat sinkendes Jahresergebnis zu erzielen.

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiter, Investitionen in die Modernisierung des Anlagevermögens und in die Optimierung von Steuerungsprozessen sichern eine qualitativ hohe Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung. Die städtebauliche Entwicklung der Stadt Brandenburg an Havel im Rahmen der BUGA 2015 erhöht die Attraktivität der „Stadt im Land“, welche einen positiven Impuls für die Bevölkerungsentwicklung setzt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Der Jahresüberschuss 2012 i. H. v. 2.633.654,48 € wurde gemäß Gesellschafterbeschluss vom 06.11.2013 in die Gewinnrücklage eingestellt.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Es erfolgte keine Gewährung von Zuschüssen seitens der Stadt. Betreiberentgelt gemäß Betreibervertrag (vom 12.01.1999) in Höhe von 11.722.740,39 € für das Jahr 2013.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	81.411	80.545	80.368
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	295	394	331
II. Sachanlagen	81.116	80.150	80.037
B. Umlaufvermögen	1.172	1.616	1.405
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.014	886	830
III. Kassenbestand, Guthaben	158	730	575
C. Rechnungsabgrenzungsposten	128	83	374
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	30.543	33.895	37.184
I. Gezeichnetes Kapital	6.647	6.647	6.647
II. Kapitalrücklage	19.095	19.815	20.533
III. Gewinnrücklagen	1.291	1.291	3.925
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	597	3.509	3.509
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	2.913	2.634	2.570
B. Sonderposten	7.095	6.861	6.627
C. Rückstellungen	13.786	13.486	13.697
D. Verbindlichkeiten	31.210	27.927	24.568
E. Rechnungsabgrenzungsposten	78	75	72
Bilanzsumme	82.711	82.244	82.148

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	19.358	19.443	19.466
2. Aktivierte Eigenleistungen	51	67	91
3. Sonstige betriebliche Erträge	736	663	731
4. Materialaufwand	-5.249	-5.829	-5.432
5. Personalaufwand	-1.960	-2.225	-2.765
6. Abschreibungen	-3.752	-3.781	-3.722
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.095	-3.733	-3.756
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30	45	5
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.076	-940	-811
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.043	3.709	3.806
11. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.120	-1.059	-1.220
13. Sonstige Steuern	-11	-16	-16
14. Jahresergebnis	2.913	2.634	2.570

III.2.4.2.2 BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH

Geschäftsbereich

Servicegesellschaft (z.B. Hausmeisterservice, Gebäudedienstleistungen usw.)

Firmensitz

Am Industriegelände 7
14772 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/797 24 11

Fax: 03381/797 24 29

e-mail: info@bdl-brb.de

Internet: www.bdl-brb.de

Gründung

Der frühere VEB Dienstleistungsbetrieb wurde am 01.06.1990 in die Brandenburger Dienstleistungen GmbH (BDL) umgewandelt.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam im Handelsregister unter der HRB Nr. 365P seit dem 10. August 1990 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 434.600,00 €

StWB (seit 01.06.2001) 100%

Die Gesellschaft ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB); oberstes Mutterunternehmen sind die Technischen Werke Brandenburg an der Havel GmbH.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 27. Januar 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Lars Büchner (bis 25.06.2013)

Holger Ulbricht (ab 25.06.2013)

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der StWB. Im Geschäftsjahr 2013 haben drei Gesellschafterversammlungen stattgefunden. Gesonderte Ausschüsse bestehen nicht.

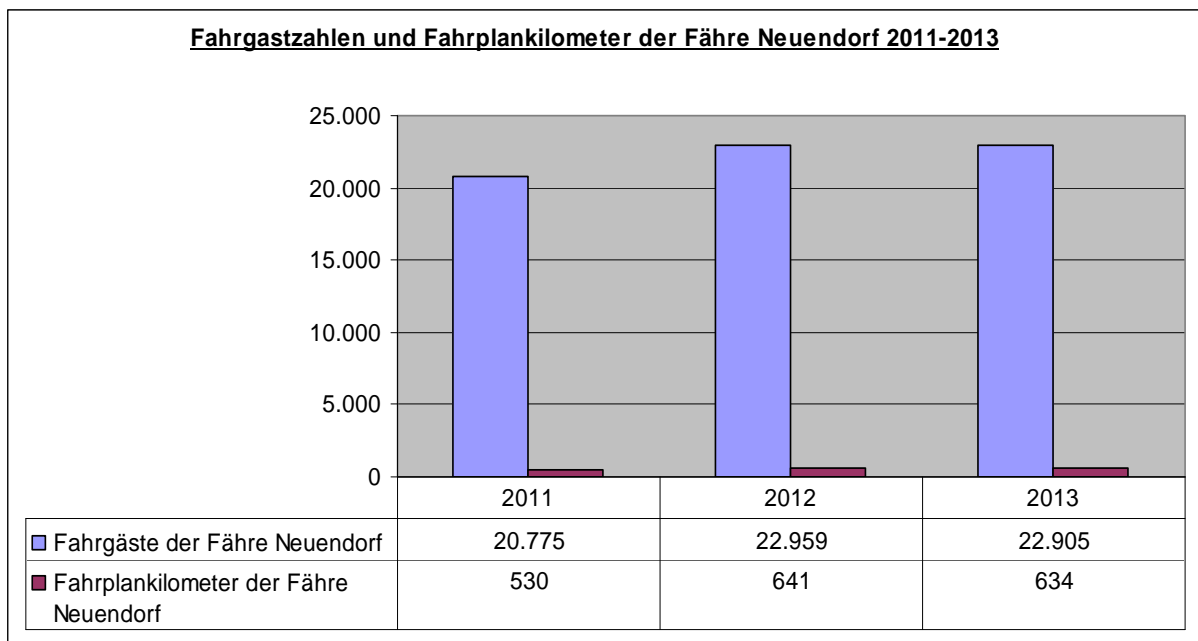
Gegenstand

- Übernahme von kaufmännischen und technischen Betriebsführungen
- Erbringung von kaufmännischen und technischen Dienstleistungen für Dritte
- Übernahme von Werk- und Dienstleistungen bezüglich von Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung einschließlich deren Betrieb im eigenen Namen für Dritte
- Ausführung von Gebäudedienstleistungen und Hausbetreuungs-, Hausmeister- und Abrechnungsdienste
- Erbringung von EDV-Dienstleistungen sowie die Installation, Instandhaltung, Wartung derselben
- Betrieb und Wartung von Heizungs- und Sanitäranlagen im eigenen Namen für Dritte
- Betreiber der Fähre Neuendorf

Öffentlicher Zweck

Die BDL unterstützt als Service-Gesellschaft die StWB in der Erfüllung ihres öffentlichen Zwecks.

Statistische Angaben



Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	49%	48%	41%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	82%	83%	77%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	165%	174%	188%
Zinsaufwandquote	0,05%	0,00%	0,00%
Liquidität 3. Grades	274%	307%	255%
Cashflow	328 T€	226 T€	275 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	10%	8%	8%
Umsatz	2.535 T€	2.664 T€	3.016 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	116 T€	112 T€	109 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	65%	69%	67%
Anzahl der Mitarbeiter	60	65	68

Lagebericht der Gesellschaft

Ziel der Gesellschaft ist es, seine Position mit dem bisher angebotenen Dienstleistungsspektrum am Markt und hier speziell bei den kommunal geprägten Unternehmen zu festigen und auszubauen. Dazu wird angestrebt, den Anteil der qualitativ höherwertigen Dienstleistungen aus dem Bereich Technische Dienste, Wärmemess- und Abrechnungsdienst sowie Wasser und Abwassertechnik zu erhöhen und die Effektivität in den Bereichen Freiflächenpflege und Gebäudereinigung zu verbessern. Zudem sollen zusätzliche Auftragslagen, wie am Beispiel der Objektbetreuung Regattastrecke am Beetzsee weiter ausgebaut und akquiriert werden.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr gliederte sich die Brandenburger Dienstleistungen GmbH in folgende Abteilungen:

- **Hausbetreuung und Gebäudemanagement** mit den Arbeitsbereichen Glas- und Gebäudereinigung, Treppenhausreinigung, Maschinelle Gehwegreinigung und Betrieb der Fähre Neuendorf
- **Freiflächenpflege und Landschaftsbau** mit den Arbeitsbereichen Freiflächenpflege und Winterdienst, Landschaftsbau, Containerdienst und bautechnische Dienstleistungen. Der Containerdienst wurde zum 30.04.2013 eingestellt.
- **Wasser- und Abwassertechnik** mit den Arbeitsbereichen Rohr- und Kanalreinigung und Wartung von Abwasserpumpwerken
- **Technische Dienste** mit den Arbeitsbereichen Zählerwesen (Plantausch, Ablesung, Lager, Inkasso) der Medien Strom, Gas und Wasser, Hauswartleistungen, Graffitiendienst und Technische Dienstleistungen auf der Regattastrecke „Beetzsee“
- **Wärmemess- und Abrechnungsdienst** mit den Arbeitsbereichen Vermietung und Ablesung der Wohnungswasser- und Wärmezähler sowie Heizkostenverteiler und Erstellung der verbrauchsabhängigen Abrechnung

Die grundlegende Kundenbasis der BDL GmbH bilden vorrangig kommunal geprägte Unternehmen, wie die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH, die BRAWAG GmbH oder wohnungswirtschaftliche Unternehmen, die bei Auftragserteilung und -erweiterung stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen gewährleisten.

Die Brandenburger Dienstleistungen GmbH hat trotz nicht vorhersehbarer Entwicklungen innerhalb des Unternehmens und im Verbund mit den Mutter- und Tochterunternehmen, im Geschäftsjahr 2013 eine Steigerung der Umsatzerlöse von 13% im Vergleich zum Vorjahr erwirtschaftet. Es hat sich im zurückliegenden Berichtszeitraum wiederholt bestätigt, dass die Ausrichtung der Brandenburger Dienstleistungen GmbH mit ihrem breiten Spektrum an Dienstleistungen sowie die im Unternehmen nachhaltig entwickelte Kundenorientierung erfolgversprechende Faktoren sind. Dadurch ist es gelungen, Umsatzrückgänge in einzelnen Bereichen, wie z. B. durch die Einstellung des Containerdienstes und im Bereich des Graffitiendienstes durch zusätzliche Aufträge in anderen Abteilungen zu kompensieren.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss beträgt im Geschäftsjahr 109 T€ (2012: 112 T€) und liegt damit trotz außergewöhnlicher Belastungen aus Schadenersatzansprüchen auf dem Niveau des geplanten Jahresüberschusses von 110 T€

Die realisierte Betriebsleistung in Höhe von 3.100 T€ (2012: 2.750 T€) lag mit 357 T€ über dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2013. Hierin sind neben den Umsatzerlösen aus dem Kerngeschäft (3.016 T€; 2012: 2.664 T€) u. a. Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen (9 T€; 2012: 7 T€), der Auflösung von Rückstellungen (9 T€; 2012: 18 T€), Erträge frühere Jahre (11 T€; 2012: 0 T€), Erstattungen von Schadensfällen (5 T€; 2012: 3 T€) sowie Mieterlöse (25 T€; 2012: 22 T€) enthalten.

Die reinen Umsatzerlöse aus den Kerngeschäften der Gesellschaft stiegen im Vergleich zum

Vorjahr um 352 T€ von 2.664 T€ auf 3.016 T€. Dies ist vor allem begründet in einer durchsetzbaren Preiserhöhung für Leistungen aus dem Bereich Freiflächenpflege und Landschaftsbau, neue Leistungserbringungen im Bereich Wasser- und Abwassertechnik (TV-Kanalbefahrung). Aber auch die Akquisition neuer Auftraggeber im Bereich Freiflächenpflege und Landschaftsbau (Städtisches Klinikum Brandenburg, Eigenbetrieb GLM, Stadt Brandenburg an der Havel für Reparaturleistungen an Abfallcontainern) sowie der zwischen der Gesellschaft und der MEBRA mbH abgeschlossene Geschäftsbesorgungsvertrag zur Gestellung eines Geschäftsführers, wirkten sich positiv auf die Umsatzentwicklung aus.

Der höheren Betriebsleistung stehen um 184 T€ gestiegene Personalaufwendungen und um 100 T€ erhöhte Materialaufwendungen gegenüber.

Der Anstieg des Personalaufwandes von 1.837 T€ auf 2.021 T€ resultiert dabei im Wesentlichen aus einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel zur Einführung des alle Mitarbeiter der BDL GmbH betreffenden Mindestlohns nach Brandenburgischen Vergabegesetz, einer leichten Erhöhung der Mitarbeiterzahlen und der Weiterentwicklung des Prämienlohnmodells.

Der von 302 T€ auf 402 T€ gestiegene Materialaufwand entstand hauptsächlich aus in Anspruch genommenen Leistungen Dritter für die TV-Kanalbefahrung.

Vermögens- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2013 erhöhte sich die Bilanzsumme um 96 T€ auf 1.429 T€, was insbesondere in der Erhöhung Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, in denen sich die erhöhten Umsatzerlöse widerspiegeln, begründet ist.

Das Anlagevermögen per 31. Dezember 2013 verringert sich gegenüber dem Vorjahr von 637 T€ auf 588 T€ auf Grund der im Vergleich zu den Abschreibungen geringeren Investitionen.

Das Umlaufvermögen erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr von 696 T€ auf 824 T€. Grund hierfür sind gestiegene Forderungen zum Stichtag.

Das Eigenkapital blieb mit 1.106 T€ auf Vorjahresniveau, da die Gewinnausschüttung im Geschäftsjahr 2013 mit dem Jahresüberschuss 2013 nahezu ausgeglichen wurde. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 77,4% (2012: 83,0%)

Die Verbindlichkeiten und Rückstellungen sind kurzfristig (323 T€; 2012: 227 T€) und werden durch flüssige Mittel (365 T€; 2012: 353 T€) und kurzfristige Forderungen (448 T€; 2012: 343 T€) gedeckt.

Die Erhöhungen der Verbindlichkeiten betreffen erhöhte Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Dritten und gegenüber der Gesellschafterin.

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit 116 T€ (2012: 191 T€) und Gewinnausschüttung (110 T€) konnte durch den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit 238 T€ (2012: 226 T€) vollständig gedeckt werden. Die Liquidität betrug zum 31. Dezember 2013 365 T€, was eine Erhöhung zum Vorjahr um 12 T€ darstellt.

Der Gesellschaft war es 2013 zu jeder Zeit möglich, ihren finanziellen Verpflichtungen nach-

zukommen. Außerbilanzielle Verpflichtungen bestehen wie im Vorjahr nicht.

Investitionen

Die Gesellschaft tätigte in 2013 Investitionen in Höhe von 116 T€ (2012: 200 T€). Schwerpunkte des Investitionsgeschehens waren:

- der planmäßige Ersatz und die Neuausrüstung von Liegenschaften mit Messeinrichtungen im Bereich Wärmemess- und Abrechnungsdienst 57 T€ (2012: 174 T€)
- der Ersatz von Fahrzeugen aus dem Fuhrpark des Unternehmens 53 T€ (2012: 20 T€)

Personal

Die Mitarbeiteranzahl betrug per 31. Dezember 2013 insgesamt 66 gewerbliche Arbeitnehmer und kaufmännisch Angestellte inklusive des Geschäftsführers (2012: 63), über den Jahresdurchschnitt 68 Mitarbeiter inklusive des Geschäftsführers (2012: 65). Zusätzlich wurden im monatlichen Mittel 7 (2012: 6) Hilfskräfte (auf Basis VBE) beschäftigt. Bestandteil der arbeitsrechtlichen Vereinbarungen mit den Mitarbeitern sind ein bestehender Hausmantel-Tarifvertrag aus dem Jahre 2001 sowie zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat abgeschlossene Betriebsvereinbarungen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Im Geschäftsjahr 2014 sollen die bestehenden vertraglichen Beziehungen mit Bestandskunden und die internen Arbeitsabläufe nach den strukturellen und personellen Veränderungen des Jahres 2013 weiter optimiert werden. Entwicklungsmöglichkeiten werden im Bereich des Landschaftsbaus bei Bestandskunden in der Vorbereitung der Bundesgartenschau 2015 sowie im Bereich des Wärmemess- und Abrechnungsdienstes sowie der Abteilung Technische Dienste mit dem Ausbau des Leistungsangebotes in Bezug auf Hausanschlusskontrollen, Zählerdienst und Jahresablesungen gesehen.

Die Erhöhung der aus dem Jahre 2013 resultierenden Preisstruktur konnte nur bei vereinzelt Bestandskunden durchgesetzt werden. Daher wird es im Jahr 2014 noch verstärkter darauf ankommen, alle Kostenpositionen genauen Prüfungen zu unterziehen und selbst bei vermeintlich kleineren Ausgabebudgets eine Optimierung der Einkaufskonditionen vordergründig umzusetzen.

Insgesamt sind für das Geschäftsjahr 2014 Investitionen in Höhe von 165 T€ geplant, welche aus dem operativen Cashflow finanziert werden sollen.

Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit steht weiterhin die Verbesserung der Kundenzufriedenheit. Neuakquisitionen werden in den Bereichen der Technischen Dienste, Zählerwesen und Wärmemess- und Abrechnungsdienst angestrebt.

Für das kommende Geschäftsjahr wird weiterhin mit einem positiven Jahresergebnis sowie mit Umsatzerlösen auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2013 gerechnet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Gewinnausschüttung (aus Jahresüberschuss 2012) an StWB in Höhe von 110 T€
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der BDL und der Stadt Brandenburg an der Havel bestehen vertraglich geregelte Leistungsbeziehungen zu marktüblichen Preisen.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)

Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	602	637	588
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	1
II. Sachanlagen	602	636	587
B. Umlaufvermögen	618	696	824
I. Vorräte	42	1	11
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	258	343	448
III. Kassenbestand, Guthaben	318	353	365
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	17
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	995	1.106	1.106
I. Gezeichnetes Kapital	435	435	435
II. Gewinnrücklagen	403	519	520
III. Gewinnvortrag	42	42	42
IV. Jahresüberschuss	116	112	109
B. Rückstellungen	106	111	122
C. Verbindlichkeiten	120	115	201
Bilanzsumme	1.220	1.333	1.429

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)

GuV	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	2.535	2.664	3.016
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	61	85	84
4. Materialaufwand	-325	-302	-402
5. Personalaufwand	-1.658	-1.838	-2.021
6. Abschreibungen	-157	-163	-166
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-288	-283	-347
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	0	0
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	168	164	164
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-44	-45	-47
12. Sonstige Steuern	-8	-8	-8
13. Jahresergebnis	116	112	109

III.2.5 BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft GmbH

Geschäftsbereich

Beschäftigungsförderung

Firmensitz

Neuendorfer Str. 89
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/2087 4080
Fax: 03381/2087 4085

e-mail: info@bas-brandenburg.de
Internet: www.bas-brandenburg.de

Gründung

Die BAS GmbH wurde am 24.01.1994 gegründet.

Die BAS wird im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam seit dem Eintrag vom 27. Mai 1994 unter dem Aktenzeichen HRB 7186 P geführt.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.564,59 €

Seit dem 17.05.2000 hält die Stadt Brandenburg an der Havel 100% der Anteile.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt durch die Gesellschafterversammlung vom 27. Mai 1997 geändert. Mit notarieller Beurkundung vom 04.05.2000 erwarb die Stadt Brandenburg an der Havel die Geschäftsanteile des bis dahin zweiten Gesellschafters (Verein zur Förderung des Umweltschutzes e.V.).

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*
Margitta Scholz

- *Beirat*

Die Gesellschaft verfügt über keinen Aufsichtsrat, sondern über einen ehrenamtlichen Beirat.

Er ist beratend tätig und steht als Sachverständiger der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung mit seinem Wissen und seiner Erfahrung zur Verfügung.

Im Geschäftsjahr 2013 fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Der Beirat setzte sich im Geschäftsjahr 2013 wie folgt zusammen:

Beiratsmitglieder 2013	
Beiratsvorsitz	Frau Dr. Tiemann (Oberbürgermeisterin Stadt Brandenburg an der Havel)
weitere Mitglieder	Herr Lambeck/ Herr Heublein (Fachgruppe Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt)
	Frau Schöbe (Fachbereichsleiterin Jugend, Soziales und Gesundheit)
	Frau Köppe (Gleichstellungsbeauftragte Brandenburg an der Havel)
	Frau Scholz (Geschäftsführerin BAS GmbH)
	Herr Meier (Industrie- und Handelskammer, Regionalcenter Brandenburg an der Havel)
	Herr Mischker (Handwerkerschaft Brandenburg/Belzig)
	Frau Prof. Dr.-Ing. Wieneke-Toutaoui (Fachhochschule Brandenburg an der Havel)
	Frau Beutel (Deutscher Gewerkschaftsbund)
	Herr Krüger (Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft mbH)
	Herr Karg (Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer e. V.)
	Frau Bergner (Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH)
	Frau Taege (Jugendhilfeausschuss Brandenburg an der Havel)
	Frau Schwinning (LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege)

Gegenstand

Nach § 3 des Gesellschaftsvertrages ist der Gegenstand des gemeinnützigen Unternehmens die Hilfe für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen und Männer einschließlich Sozialhilfeempfänger mittels sozialpädagogischer Betreuung, Beratung, Orientierung, Qualifizierung, Beschäftigung mit dem Ziel der Einzelfallhilfe und der Förderung und Wiederherstellung der Eingliederungsfähigkeit des genannten Personenkreises in den Arbeitsmarkt. Der Zweck wird insbesondere verwirklicht durch:

- Sozialpädagogische und sozialarbeiterische Hilfestellung und Begleitung gegenüber einzelnen Personen
- Maßnahmen zur Wiederherstellung bzw. Förderung der Voraussetzungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt
- Konzipierung und Durchführung von Maßnahmen, die auf Qualifizierung und Beschäftigung vorbereiten bzw. Qualifizierung und Beschäftigung vermitteln oder leisten
- Erprobung und Entwicklung neuer, zusätzlicher Arbeitsfelder, soweit sie die vorstehend genannten Ansätze des Konzeptes der Gesellschaft unterstützen bzw. als Voraussetzung hierfür erforderlich sind

Zur Unterstützung dieser Ziele bemüht sich die Gesellschaft um die Kooperation mit der Kommune, mit orts- und regionalansässigen Betrieben, mit Trägern der beruflichen Qualifizierung, mit der Arbeitsverwaltung, mit den Ministerien und anderen ebenfalls in diesen Tätigkeitsfeldern Aktiven.

Öffentlicher Zweck

Die Tätigkeit der BAS als Arbeitsförderungs-gesellschaft ist darauf gerichtet, Personen, die durch Ausgrenzung am Arbeitsmarkt und ihrer daraus resultierenden sozialen Situation betroffen sind zu unterstützen und diesen Personenkreis für die Aufnahme einer Arbeit zu qualifizieren und zu integrieren. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe wird der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Rahmen der jeweiligen Projekte realisiert.

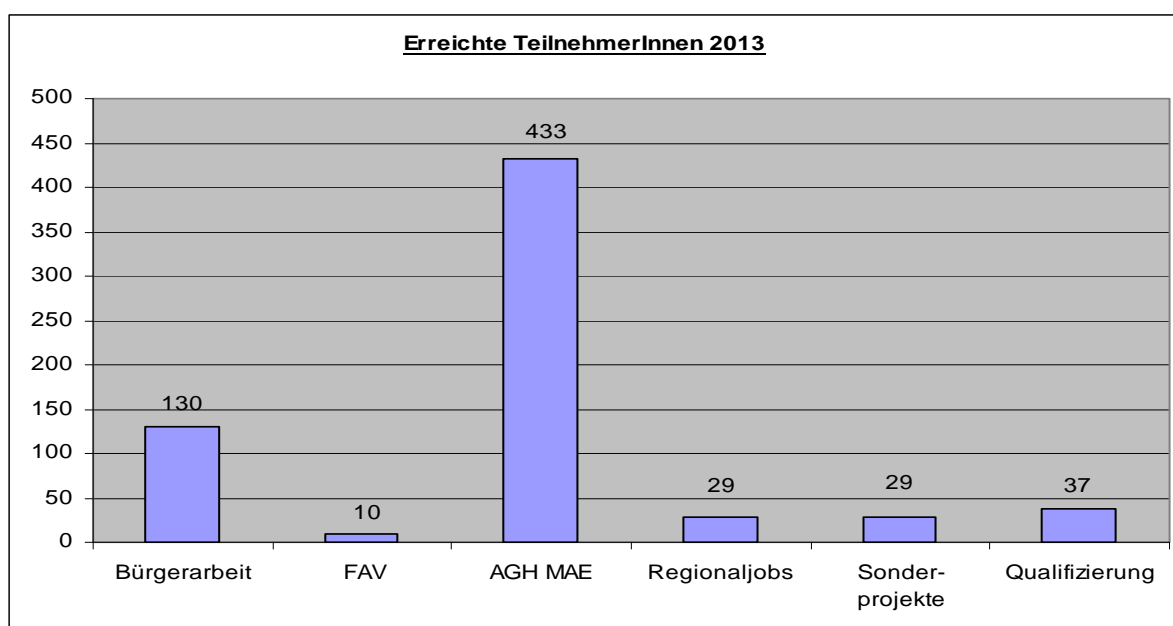
Die BAS leistet somit einen Beitrag zur:

- Förderung der Integration in den regulären Arbeitsmarkt
- Erhöhung der Kaufkraft
- Erhöhung des Steueraufkommens
- Sicherung von Arbeitsplätzen in Handwerk und Gewerbe
- Schaffung von Entlastungspotenzialen im kommunalen Haushalt
- Verbesserung des kommunalen Leistungsangebotes
- Stabilisierung und Integration von aus der Arbeitsgesellschaft Ausgegrenzten

Gesamtanzahl der insgesamt durch die BAS GmbH betreuten bzw. beschäftigten Personen in den Jahren 2011 bis 2013:

	2011	2012	2013
Erreichte TeilnehmerInnen	984	656	668

Die Summe ergibt sich aus dem Bestand der am 1. Januar bereits zugewiesenen TeilnehmerInnen und den im Verlauf des Jahres neu eingetretenen TeilnehmerInnen die in den verschiedenen Förderinstrumenten beschäftigt werden.



FAV: Förderung von Arbeitsverhältnissen AGH MAE: Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung

Erläuterungen:

Bürgerarbeit

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat ein bundesweites Interessenbekundungsverfahren zur Durchführung von Modellprojekten zur Bürgerarbeit gestartet. Ziel der Modellprojekte ist die Entwicklung und Verbreitung von Handlungskonzepten zur verbesserten Arbeitsmarktintegration von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Sie sollen sich aus den vier Komponenten Beratung / Standortbestimmung, Vermittlungsaktivitäten, Qualifizierung / Förderung und der eigentlichen Bürgerarbeit, einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (ohne Versicherungspflicht in der Arbeitslosenversicherung) im Bereich von zusätzlicher und im öffentlichen Interesse liegender Arbeit, zusammensetzen. Die Arbeitszeit beträgt 30 Stunden in der Woche.

Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE)

Für erwerbsfähige Hilfebedürftige (Langzeitarbeitslose), die keine Arbeit finden können, sollen Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden, durch die die individuelle Beschäftigungsfähigkeit verbessert wird. Der Teilnehmer erhält für die geleisteten Stunden eine Mehraufwandsentschädigung. Die Arbeiten selbst begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts. Durch die Beschäftigung der TeilnehmerInnen in den unterschiedlichen Projekten werden Vermittlungshemmnisse ermittelt und an der Verringerung bzw. Beseitigung gearbeitet. In den Arbeitsgelegenheiten dürfen nur im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Tätigkeiten ausgeführt werden.

Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“

Ziel des Programms ist es, (insbesondere älteren) Langzeitarbeitslosen berufliche Perspektiven zu eröffnen und sozialer Ausgrenzung entgegenzuwirken. Insbesondere durch die kommunale Verankerung der Arbeiten soll zudem ein Beitrag zur Stärkung der kommunalen Strukturen geleistet werden. Die Richtlinie gilt vom 01.07.2010 bis 31.12.2014 (finanziert aus Mitteln des Landes Brandenburg). Zielgruppe sind erwerbsfähige langzeitarbeitslose Personen, vorrangig Personen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, Personen unter 25 Jahre sind ausgeschlossen. Diese Personen müssen mindestens 12 Monate arbeitslos sein, wobei eine Dauer der Arbeitslosigkeit von mehr als 36 Monate vorrangig gefördert werden soll. Die Beschäftigungsmöglichkeiten werden in der Regel für die Dauer von mindestens zwei Jahren eingerichtet. Die Zuweisung der TeilnehmerInnen durch die Grundsicherungsstellen erfolgt grundsätzlich zunächst für ein Jahr, danach erfolgt eine Prüfung der Integrationsfortschritte und ggf. erfolgt eine erneute Zuweisung mit bis zu weiteren 12 Monaten.

Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) gemäß § 16 e SGB II

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind langzeitarbeitslos und haben Vermittlungshemmnisse und Wettbewerbsnachteile. Dies können beispielsweise gesundheitliche Einschränkungen, ein fehlender Abschluss und /oder familienbedingte Unterbrechung der Berufstätigkeit sowie keine Berufserfahrung sein. Die Möglichkeit der Förderung setzt den Bezug von Arbeitslosengeld II und die Zuweisung durch das Jobcenter voraus.

Die Förderhöhe und Förderdauer sind abhängig von der individuellen Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers bezogen auf den konkret angebotenen Arbeitsplatz (Minderleistung). Die Förderung kann bis zu einer Höhe von 75 Prozent des regelmäßig gezahlten Arbeitsentgelts betragen und kann innerhalb von fünf Jahren als monatlicher Zuschuss für eine maximale Dauer von 24 Monaten geleistet werden. Berücksichtigungsfähig sind das zu zahlende Arbeitsentgelt (tariflicher Lohn bzw. das ortsübliches Gehalt) und der pauschalierte Anteil des Arbeitgebers am Gesamtsozialversicherungsbeitrag. Unberücksichtigt bleibt jedoch der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung.

Sonderprojekte

- Sonderprojekt „Koordination und Betreuung des Anwohnertreffs im Bürgerhaus Hohenstücken“

Im Rahmen des Gesamtprojektes „Die Soziale Stadt – Brandenburg an der Havel/Wohngebiet Hohenstücken“ werden über Zuwendungsmittel aus dem Förderprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ die Koordination und Betreuung des Anwohnertreffs im Bürgerhaus Hohenstücken gefördert.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	21%	19%	15%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	4%	5%	4%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	63%	79%	42%
Zinsaufwandquote	0,16%	0,18%	0,18%
Liquidität 3. Grades	119%	121%	119%
Cashflow	78 T€	70 T€	54T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-0,4%	-0,5%	-0,4%
Umsatz	3.175 T€	3.498 T€	3.166 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-5 T€	-6 T€	-5 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	83%	85%	85%
Anzahl der Mitarbeiter (Stammpersonal)	11	11	9

Lagebericht der Gesellschaft

Die BAS GmbH orientiert sich in der Vorbereitung und Realisierung ihrer Einzelvorhaben an der regionalen Arbeitsmarktsituation sowie in enger Kooperation und Abstimmung mit der Fachgruppe Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt der Stadt Brandenburg an der Havel an den Vorgaben folgender kommunaler Dokumente bzw. gesellschaftlicher Grundsätze:

- Masterplan der Stadt Brandenburg an der Havel
- Tourismus- und Wassertourismuskonzept
- Handlungskonzept „Zukunft im Stadtteil – Brandenburg an der Havel“
- Fachwissenschaftliche Vorgaben
- Gender-Mainstreaming-Ansatz
- Studie zum Fachkräftebedarf in der Stadt Brandenburg an der Havel
- BUGA-Konzepte

Der Auftrag der BAS GmbH als städtisches Unternehmen ist so formuliert, Beschäftigungsförderung mit kommunaler Wertschöpfung und Personalentwicklungsarbeit zu verbinden und zu verzahnen.

Der Anteil der realisierten Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung stellte auch im Jahr 2013 den größten Bereich des Unternehmens dar, allerdings nur noch mit einem Anteil von 57%, bezogen auf die Anzahl der Teilnehmerplätze und rund 32,7% bezogen auf die Anzahl der Projekte. Das ist ein weiterer Rückgang um 28% zum Vorjahr.

Bei dem sv-pflichtigen kommunalen Beschäftigungsprogramm Bürgerarbeit ist die geplante Anzahl der Arbeitsplätze von 130 Plätzen erreicht worden.

Ein besonderer Schwerpunkt ist das Teilprojekt „Wegbegleiter für mobilitätseingeschränkte Menschen“ mit 26 Teilnehmerplätzen, welches noch mit zusätzlichen kommunalen Mitteln ausgestattet werden konnte.

Die durchschnittliche Besetzungsquote betrug bei Agh MAE 94,8% und in der Bürgerarbeit 93,8%.

Die TeilnehmerInnen, die bei der BAS GmbH in die Beschäftigungsmaßnahmen zugewiesen werden, sind zunehmend immer länger arbeitslos. Dieser Trend hat sich auch im Jahr 2013 weiter fortgesetzt. Dennoch ist es gelungen, 97 TeilnehmerInnen zu vermitteln, davon 18 in den 1. Arbeitsmarkt, 37 in Qualifizierungsmaßnahmen, 28 in Folgemaßnahmen und 14 TeilnehmerInnen in eine geringfügige Beschäftigung.

Die Erlöse aus Zuschüssen haben sich um 11% verringert. Diese Entwicklung ist insbesondere mit dem Rückgang der Förderung Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (sog. 1 Eurojobs) sowohl zahlenmäßig als auch in der Höhe der Pauschalen.

Die Aufwandsseite wird mit zu 82,6% durch den Personalaufwand bestimmt. Die Verringerung der Aufwendungen um 9,5% resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Beschäftigung von Stamm- und Betreuungspersonal bedingt durch den Rückgang der Zuschüsse vom Jobcenter einerseits und dem Betriebskostenzuschuss andererseits.

In 2013 wurde ein Betriebskostenzuschuss durch die Stadt Brandenburg an der Havel in Höhe von 234 T€ bereitgestellt.

Die BAS GmbH schließt das Geschäftsjahr mit einem Fehlbetrag in Höhe von 5.040,29 € ab, welcher über eine Entnahme aus der Kapitalrücklage finanziert wird. Dieser Betrag entspricht den Aufwendungen der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen.

Die Vermögens- und Kapitalstrukturkennzahlen gemäß § 61 Nr.2 KomHKV zeigen, dass es sich bei der BAS GmbH um eine typische Arbeitsförderungsgesellschaft handelt. Die Gesellschaft ist branchentypisch durch eine geringe Anlagenintensität (2013: 15%; 2012: 19%) und eine niedrige Eigenkapitalquote (2013: 4%; 2012: 5%) gekennzeichnet. Das Anlagevermögen ist branchentypisch aus Fördermitteln, Zuweisungen, Zuschüssen oder Zuwendungen Dritter finanziert. Dem Anlagevermögen (2013: 193 T€, 2012: 241 T€) steht in gleichlautender Höhe ein Sonderposten gegenüber.

Die Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV zeigen, dass die Gesellschaft einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 54 T€ zu verzeichnen hatte. Die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr war jederzeit gegeben. Eine Aufnahme von Krediten war nicht erforderlich.

Hinsichtlich der Kennzahlen zur Rentabilität und zum Geschäftserfolg gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV ist anzumerken, dass die BAS GmbH eine Gesellschaft ist, die hauptsächlich für ihre Geschäftstätigkeiten rückzahlbare und nicht rückzahlbare Zuschüsse verschiedenster Fördermittelgeber erhält. Es wurde aufgrund des Jahresfehlbetrages eine negative Gesamtkapitalrentabilität von -0,4% erzielt. Der Jahresfehlbetrag wurde durch eine Entnahme aus der Gewinnrücklage ausgeglichen.

Aufgrund der Geschäftstätigkeit als Arbeitsfördergesellschaft ist der Geschäftsbetrieb durch eine hohe Anzahl an Mitarbeitern (2013: 150; 2012: 172 durchschnittlich) gekennzeichnet. Aufgrund dessen ist die Personalaufwandsquote (2013: 85%; 2012: 85 %) branchentypisch hoch.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Unternehmensziele der BAS GmbH orientieren sich an der Wahrnehmung der kommunalen und sozialen Daseinsfürsorge sowie den beschäftigungspolitischen Leitlinien der Stadt. Sie sind auf die selbstlose Unterstützung von Personen gerichtet, die durch die Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt hilfebedürftig sind. Die Unterstützungsleistungen umfassen sozialpädagogische Betreuung, Beratung, Orientierung, Qualifizierung und Beschäftigung sowie die schnelle Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt. Die nachhaltige Verringerung von Arbeitslosigkeit, die Erschließung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten zur Regionalentwicklung und die Flankierung des demografischen Wandels sind weitere flankierende Ziele.

Mit den verschiedensten Beschäftigungsmaßnahmen werden Beiträge zur kommunalen Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung in den Bereichen Ökologie/Umwelt und Tourismus sowie zur Stabilisierung und Unterstützung sozialer Dienstleistungen erbracht.

Zur Umsetzung dieser ergebnis- und produktorientierten Ausrichtung auf regional strukturwirksame gemeinwohlorientierte Ziele werden Langzeitarbeitslose im Rahmen von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen eingesetzt. Im Rahmen der Projektarbeit

wird auf eine beruflich qualifizierende und integrationsfördernde Personalentwicklung abgezielt.

Das größte und bestandsgefährdende Risiko für das Unternehmen wird in der hohen Abhängigkeit von politischen Entscheidungen und den damit in der Regel einhergehenden kurzfristigen Unwägbarkeiten der finanziellen Ausgestaltung gesehen.

Auch das fortdauernde, kurzfristige Ändern der Rahmenbedingungen, wie es sich in den letzten Jahren abzeichnete, mit immer weniger Arbeitsförderinstrumenten, geringeren finanziellen Mitteln, insbesondere für den Overhead und kurzfristige Maßnahmelaufzeiten sowie steigende bürokratische Aufwendungen erschweren die Planbarkeit des Gesamtunternehmens und führen zu unkalkulierbaren Risiken.

Die BAS GmbH wird künftig ihre Kernkompetenz auf 3 Bereiche orientieren:

1. Einbindung und Verzahnung öffentlich geförderter Beschäftigung in kommunale und soziale Infrastruktur sowie Gestaltung kommunaler Netzwerkarbeit
2. Fördermittelmanagement bei regionalen Förder- und Beschäftigungsprogrammen
3. „Sozialbetrieb“ zur Beschäftigung Langzeitarbeitsloser im Schwerpunkt „Saubere Stadt“

Diese Neuausrichtung, die alle Unternehmensbereiche betrifft, hat bereits zu einer Verkleinerung des Unternehmens geführt, ermöglicht aber weiterhin ein flexibles Reagieren auf Marktentwicklungen oder Anforderungen der Kommune, z.B. die Einbindung in Großprojekte, wie die 2015 stattfindende BUGA.

Für die personelle und materielle Basisfinanzierung stellt die Stadt weiterhin einen Betriebskostenzuschuss bereit, um ihrer kommunalen und sozialen Daseinsvorsorge auch bei abnehmenden Zuschüssen gerecht zu werden.

Die BAS hat zusätzlich Aufgaben des Quartiersmanagements Hohenstücken übernommen. In der Betreuung des Anwohnertreffs im Bürgerhaus im Stadtteil Hohenstücken ab Juli 2007 wurde eine weitere Chance gesehen, kleinteilige Angebote zur Berufsorientierung, Bewerbungshilfen oder soziale Beratungsangebote und kulturelle Angebote für Arbeitslose und Bürger zu etablieren bzw. fortzusetzen und diese wiederum auch für die Angebote der BAS GmbH für weitergehende Maßnahmen zu interessieren.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Die im Berichtsjahr ausgewiesene Kapitalentnahme in Höhe von 5 T€ dient zur Deckung der Aufwendungen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen. 2009 wurde dafür eine Kapitalrücklage gebildet in Höhe von 19,6 T€ um damit die im Rahmen der BilMoG-Umstellung entstandenen zukünftigen Aufwendungen aus der Aufzinsung der langfristigen Projekt- und Archivierungsrückstellungen decken zu können.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Betriebskostenzuschuss (BKZ) 234 T€, 175 T€ Zuschuss Stadt für Bürgerarbeit (eingesparte KdU), Jobcenter 193 T€ (ca. 50% der Gesamterlöse des Jobcenter), 452 T€ Regionalbudget, 57 T€ Bürgerhaus, 106 T€ Dienstleistungen für die Stadt

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	304	241	193
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7	3	1
II. Sachanlagen	296	238	193
B. Umlaufvermögen	1.135	1.023	1.101
I. Vorräte	4	3	3
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	135	135	88
III. Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	996	885	1010
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11	12	20
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	65	58	53
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklagen	15	8	3
III. Gewinnrücklagen	25	25	25
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
B. SoPo aus Zuschüssen zum Anlagevermögen	304	241	193
C. Rückstellungen	219	227	244
D. Verbindlichkeiten	861	749	823
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	0
Bilanzsumme	1.450	1.276	1.314

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	3.175	3.498	3.166
2. Sonstige betriebliche Erträge	84	144	79
3. Materialaufwand	-2	-1	-1
4. Personalaufwand	-2.630	-2.962	-2.682
5. Abschreibungen	-73	-68	-54
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-558	-613	-508
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	3	2
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5	-6	-6
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3	-5	-3
10. Außerordentliche Erträge	0	0	0
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
12. Sonstige Steuern	-2	-2	-2
13. Jahresergebnis	-5	-6	-5

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Gesellschafterin in der Gesellschafterversammlung ist Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Das Unternehmen war mit der Verwertung und Verwaltung von Grundstücken im Wohn- und Gewerbegebiet Brandenburg an der Havel - Kirchmöser und angrenzenden Flächen betraut, insbesondere die die Stadt Brandenburg an der Havel vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) erworben hat. Nach der Übertragung der Immobilienverwaltung an den Eigenbetrieb Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel ist somit die Geschäftsgrundlage der Gesellschaft entfallen und die Gesellschaft seit 01.01.2011 ohne Personal – und nur durch den Geschäftsführer vertreten - vorläufig – bis zu einer anderen Entscheidung der Gesellschafterin – in geringem Umfang tätig.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	1,84%	1,01%	0,49%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	35%	52%	42%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 €	0 €	0 €
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	1879%	5095%	8513%
Zinsaufwandquote	0,00%	0,00%	0,00%
Liquidität 3. Grades	150%	203%	172%
Cashflow	-19 T€	8 T€	-11 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-23%	9%	-18%
Umsatz	0 T€	0 T€	0 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-20 T€	7 T€	-11 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0%	0%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

Lagebericht der Gesellschaft

Die Gesellschaft war Dienstleister des 100% Eigentümers Stadt Brandenburg an der Havel im Ortsteil Kirchmöser und hatte im Rahmen des Verwaltervertrages bis im Jahre 2010 für die am 01.01.2003 vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) übernommenen Flächen (ca. 400 ha zzgl. ca. 10 ha ehemalige NVA-Flächen an der Uferstraße abzüglich zwischenzeitlicher Verkäufe) die Betreuung sowie die Verkehrssicherungspflicht wahrgenommen.

Die Verwaltung der noch nicht veräußerten und verwalteten Immobilienbestände der Stadt Brandenburg an der Havel, die Freiflächen, die Garten- und Pachtgrundstücke wurden zum Jahresende 2010 dem Zentralen Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel zugeordnet.

Im Geschäftsjahr 2013 waren auch nach der Übertragung der Immobilienverwaltung an den Eigenbetrieb Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel Endabrechnungen und Restarbeiten für die ehemals verwalteten Objekte in Kirchmöser von der PEK zu erledigen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Die PEK hatte ihren Sitz in von der Stadt Brandenburg an der Havel angemieteten Räumen bis 2013. Zwischenzeitlich ist der Firmensitz in der Friedrich-Franz-Straße 19 in den Räumen des TGZs.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	2	1	0
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	2	1	0
B. Umlaufvermögen	87	70	62
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27	1	3
III. Kassenbestand, Guthaben	60	69	59
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	31	37	26
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Gewinnvortrag	25	5	12
IV. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-20	7	-11
B. Rückstellungen	4	4	4
C. Verbindlichkeiten	54	31	32
Bilanzsumme	89	72	62

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	0	0	0
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	61	19	4
4. Materialaufwand	0	0	0
5. Personalaufwand	0	0	0
6. Abschreibungen	-1	-1	0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-80	-11	-15
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-20	7	-11
11. Sonstige Steuern	0	0	0
12. Jahresergebnis	-20	7	-11

III.3

Beteiligungsgesellschaften

III.3.1 Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Firmensitz

Friedrich-Franz-Str. 19
14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: 03381 - 38 10 01

Telefax: 03381 - 38 10 02

e-mail: info@tgz-brb.de

Internet: www.tgz-brb.de

Gründung

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ) wurde am 31.01.1995 gegründet. Sie ist Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte unter HRB 8845 P am 29.11.1995 beim Amtsgericht Potsdam.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 51.129,19 €

Beteiligungsverhältnisse 2013		
	EUR	%
Stadt Brandenburg an der Havel	26.587,18	52
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam	5.112,92	10
RFT radio-television Brandenburg GmbH	5.112,92	10
Fachhochschule Brandenburg	4.601,63	9
Manfred Villmann Industrietransportgesellschaft mbH	2.556,46	5
REMONDIS Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG, Region Ost	1.533,88	3
ATLAS Informationssysteme GmbH	1.533,88	3
Börner Heizungs- und Sanitärtechnik GmbH	511,29	1
PERKERS SRS Verkehrstechnik GmbH	511,29	1
Havelländische Wasser GmbH	511,29	1
Lenz & Mundt Betonsanierung GmbH	511,29	1
HIB Hoch- und Ingenieurbau GmbH	511,29	1
Honeywell GmbH	511,29	1
Ingenieurbüro Friedrichs	511,29	1
Gewerbeverein Brandenburg e.V.	511,29	1

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrages in der derzeit gültigen Fassung ist datiert vom 12.08.1997.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Joachim Freund

Der Geschäftsführer ist ehrenamtlich tätig.

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Mehrheitsgesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung ist Bürgermeister Herr Steffen Scheller.

Im Jahr 2013 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Beirat*

Im Berichtszeitraum fand eine Beiratssitzung statt.

Beiratsmitglieder 2013

Beiratsvorsitzende	Frau Diana Rosenthal (Fachhochschule Brandenburg an der Havel)
weitere Mitglieder	Frau Anne Slonina (Creditreform Brandenburg) Herr Peter Effenberger (ZAB Zukunftsagentur Brandenburg) Herr Wilfried Meier (IHK Potsdam, Regionalcenter Brandenburg an der Havel) Herr Ingo Borkenhagen (Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam) Herr Michael Glaser (Agentur für Arbeit Brandenburg) Herr Uwe Rudolphi (IAT Rudolphi & Rau GmbH) Herr Ralf Koppe (Insolvenzverwalter) Herr Lutz Kotlowski (BBV Baustahl- und Blechverarbeitungsgesellschaft Kirchmöser) Frau Yvonne Zemlin (Bosch Solar CISTech GmbH) Herr Oliver Windeck (Metallbau Windeck GmbH) Herr Thomas Schulik (Knauff & Schulik Steuerberatungsgesellschaft mbH) Herr Rainer Schmidt (Heidelberger Druckmaschinen AG)

Gegenstand

Unternehmensgegenstand ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages die Förderung der regionalen Wirtschaft durch die Unterstützung aller innovativen und technologieorientierten Unternehmen sowie Existenzgründer, insbesondere durch die Unterstützung des Technologietransfers auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung.

Insbesondere sollen dabei Unternehmen Berücksichtigung finden, die auf dem Gebiet der Forschung sowie der Dienstleistungen u. a. schwerpunktmäßig Themen des Umweltschutzes oder der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) arbeiten.

Dazu vermietet oder verpachtet die Gesellschaft kostengünstig Geschäfts- und Gewerberäume, Büro- und Betriebseinrichtungen und anderes Anlagevermögen an zu errichtende oder bereits bestehende Unternehmen, um zunächst deren Ansiedlung zu erleichtern sowie erbringt und vermittelt kostengünstig Dienst-, Beratungs- und Bildungsleistungen.

Damit soll die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur im Raum Brandenburg durch die Ansiedlung von technologieorientierten Unternehmen und die Unterstützung der bestehenden Betriebe durch diese Unternehmen gefördert werden.

Die Gesellschaft ist in diesem Sinne auch als Mittler zwischen Wirtschaft und Wissenschaft tätig und fördert durch Information, Beratung und Vermittlung von Kontakten den Technologietransfer.

Öffentlicher Zweck

Die unter dem Begriff „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung der Wirtschaftsförderung.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	51%	45%	50%
Eigenkapitalquote (ohne SoPo)	9%	9%	10%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	23%	25%	25%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	94%	93%	88%
Cashflow	12 T€	14 T€	15 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	524 T€	507 T€	508 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	43%	44%	39%
Anzahl der Mitarbeiter	8	8	7

Lagebericht der Gesellschaft

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ GmbH) leistete im Jahr 2013 wieder einen wesentlichen Beitrag durch die Ansiedlung von Firmen im Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel (TGZ) im Rahmen der Entwicklung zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur im Entwicklungsraum Westbrandenburg. Das TGZ suchte aufgrund der räumlichen Nähe die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Brandenburg und der örtlichen Wirtschaftsförderung. Schwerpunkte sind u. a. die Vermietung an Existenzgründer für einen zeitlich beschränkten Zeitraum, die Anwendung des Förderprogramms „Studenten im TGZ“ (StuTZ), sowie die Förderung von Ansiedlungen von bereits bestehenden Unternehmen.

Die TGZ GmbH ist seit 15 Jahren Mitglied im TGB e. V. und arbeitet in der Dachorganisation der Technologie- und Gründerzentren im Land Brandenburg (TGB e.V.) mit und gehört zu den 19 Technologie- und Gründerzentren, die mit ihrer Vereinsarbeit zusammen mit der Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB) Existenzgründern und innovativen Unternehmen aktive Unterstützung geben.

Insgesamt sind per 31.12.2013 im TGZ 44 Firmen angesiedelt, davon sind 19 Firmen im technologieorientierten Bereich tätig. Im TGZ arbeiten ca. 230 Menschen. Die Auslastung der vermietbaren Flächen betrug im Jahr 2013 durchschnittlich 72%, davon sind fünf Unternehmen Existenzgründer. An die Stadt Brandenburg an der Havel wurden an die Fachgruppe Wirtschaftsförderung 212 m², an den Fachbereich Schule, Sport und Kultur 537 m² sowie an die Zulassungsstelle 402 m² vermietet. Die Vermietung an die FG Wirtschaftsförderung ist als wirtschaftlicher Vorteil zu sehen, da dadurch umfangreiche Synergieeffekte in der wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort erreicht werden.

Seit dem 01.03.2009 ist die TGZ GmbH Träger des Lotsendienstes der Stadt Brandenburg an der Havel. Im Jahr 2013 wurden elf Assessment - Center mit unterschiedlichen Durchführungszeiten (2-4 Tage) durchgeführt, in denen die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Gründungsvorhabens und die Gründerpersönlichkeit der Gründungswilligen einer eingehenden Prüfung unterzogen und für die Phase nach der Gründung Berater beiseite gestellt wurden.

Insgesamt haben 152 Frauen und Männer zwischen März 2010 und Dezember 2013 an 35 Tragfähigkeitsuntersuchungen ihrer Geschäftsidee im TGZ teilgenommen. Weitere 55 Gründungswillige, die nicht an den Assessmentcenter teilgenommen haben, wurden direkt als Gründerwillige aufgenommen. Insgesamt 143 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben ihr Unternehmen bis Dezember 2013 gegründet. Die Gründungen wurden in den Branchen Handwerk (44), Handel (10), Freiberufler (19) und Sonstige (7) vollzogen. Trotz veränderter Bedingungen am regionalen Arbeitsmarkt lag die Gründerrate um 10% höher als gefordert.

Auch im fünften Jahr der Übernahme der Trägerschaft des Lotsendienstes erfolgt vom Fördermittelgeber LASA eine weitere zielgerichtete Förderung über den Lotsendienst im Rahmen der Richtlinie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie zur Förderung von Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen bei Existenzgründungen. Die Durchführung des Projektes verhält sich kostenneutral. Mehrausgaben für Sachkosten werden durch die Vermietung von Konferenz- und Beratungsräume an die Berater gedeckt. Für das Jahr 2014 wurde eine Verlängerung des Lotsendienstes beantragt.

Das Projekt „Durch Kompetenzentwicklung zur Existenzgründung“ läuft vom 01.03.2012 bis zum 28.02.2014 und bietet in acht Zyklen jeweils einen Ideenworkshop mit anschließender Vorgründungswerkstatt an. Eine Verlängerung des Regionalbudget V über den 28.02.2014 war seitens des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie nicht vorgesehen.

Im Jahr 2013 wurden vier Zyklen Ideenworkshop / Vorgründungswerkstatt mit insgesamt 32 Teilnehmenden durchgeführt. Das Projekt dient u.a. der Vorbereitung der Übernahme von Teilnehmern der Vorgründungswerkstatt an den Lotsendienst. Beide Projekte werden unabhängig ihrer Zielstellung als eigenständige Projekte umgesetzt und besitzen nur Schnittstellen der Zusammenarbeit. Das Projekt läuft bisher wie konzeptionell geplant. Es gab keine Störungen im Projektverlauf. Parallel, wie beim Lotsendienst, ist auch dieses Projekt kostenneutral und wird mit Fördermitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert.

Seit Oktober 2013 ist das TGZ Projektpartner des transnationalen Projektes "FHB 2020 Mission zur unternehmerisch geprägten Hochschule".

Das TGZ ist Partner der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für das Programm Gründercoaching Deutschland.

Mit zielgerichteten Veranstaltungen hat das TGZ das Thema Existenzgründung weiter in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Schwerpunktmäßig wurden vor allem potentielle Gründerinnen angesprochen.

Die im Jahr 2013 durchgeführten imagebildenden Maßnahmen vor allem im Bereich Existenzgründung und Selbständigkeit führten zu einem ansteigenden Bekanntheitsgrad des TGZ. Diese Entwicklung wird in den kommenden Jahren fortgeführt.

Die Gesellschafteranteile haben sich im Berichtsjahr nicht geändert. Die Stadt Brandenburg an der Havel ist mit 52% Hauptgesellschafter und 14 weitere Unternehmen sind an der TGZ GmbH beteiligt. Auf der Grundlage des bestehenden Betreibervertrages mit der Stadt Brandenburg an der Havel erhält die TGZ GmbH jährlich Zuwendungen. Im Gegenzug erhielt die Stadt Brandenburg an der Havel im Laufe des Geschäftsjahres Mietzahlungen in annähernd gleicher Höhe von der TGZ GmbH.

Das Geschäftsergebnis beträgt 0,00 €, da nicht verbrauchte Zuwendungen von der Stadt Brandenburg an der Havel zurückgefordert werden.

Investitionen wurden 2013 in Höhe der geplanten Umbaumaßnahmen für Mieter, für die Erneuerung des Leitsystems und für die Neubeschaffung einer Telefonanlage umgesetzt.

Ertragslage

Die TGZ GmbH weist für das Geschäftsjahr 2013 ein Jahresergebnis von T€ 0 aus, welches sich wie folgt errechnet:

	T€
Betriebsleistung	784
Betriebsaufwendungen	860
Betriebsergebnis	-76
Finanzergebnis	0
Periodenfremdes und Neutrales Ergebnis	76
Jahresergebnis	0

Die Betriebsleistung ergibt sich mit 493 T€ aus Umsatzerlösen und mit 291 T€ aus sonstigen betrieblichen Erträgen; im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Betriebserträge aufgrund etwas geringerer Auslastung der vermieteten Flächen leicht reduziert.

Die Betriebsaufwendungen resultieren mit 624 T€ im Wesentlichen aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die sich im Vergleich zum Vorjahr hauptsächlich aufgrund höherer Beratungskosten im Zusammenhang mit der Durchführung der Projekte sowie höherer Wartungs- und Objektpflegekosten um 34 T€ erhöht haben.

Das neutrale Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus periodenfremden Erträgen; davon u. a. Projektzuwendungen aus dem Vorjahr in Höhe von 37 T€.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2013 insgesamt 500 T€. Davon entfällt auf das Anlagevermögen 249 T€. Das Anlagevermögen wird zu 88% durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt. Das Umlaufvermögen von 247 T€ besteht mit 174 T€ im Wesentlichen aus liquiden Mitteln. Die Liquidität 1. Grades beträgt 62% (2012: 65%). Unter Hinzurechnung der kurzfristigen Forderungen verbessert sich die Deckung des kurzfristigen Fremdkapitals auf 90% (2012: 95%). Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt unter Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse am 31.12.2013 206 T€. Die Eigenkapitalausstattung beträgt 41% (2012: 40%). Das Fremdkapital beträgt 294 T€ und betrifft überwiegend kurzfristig fällige Verbindlichkeiten.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Chancen und Risiken

Die Chancen der TGZ GmbH werden darin gesehen, dass weitere Projekte zur Förderung von Existenzgründungen durchgeführt werden. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, den Bekanntheitsgrad zu steigern und somit neue Mieter für das TGZ Brandenburg an der Havel zu akquirieren.

Bestandsgefährdende oder die Entwicklung beeinträchtigende Risiken waren 2013 nicht zu verzeichnen. Zu beachten ist, dass die TGZ GmbH aus dem laufenden Geschäft heraus keine größeren Investitionen in die Instandhaltung des Gebäudes erwirtschaften kann. Hierzu sind regelmäßig Investitionszuschüsse zu beantragen. Das Ergebnis wird zukünftig in den nächsten Jahren dadurch beeinflusst, ob die Auslastung der vermieteten Flächen noch weiter gesteigert werden kann.

Künftige Entwicklung

Die künftige Entwicklung der TGZ GmbH hängt unverändert von der Auslastung der vermieteten Flächen ab. Trotz der im Berichtsjahr annähernd konstanten Vermietung von Flächen reichen die verbleibenden Flächen aus, um die Vermietung von Büroräumen an Existenzgründer weiter auszuüben. Die notwendigen wirtschaftsfördernden Maßnahmen sind in der kurz- und mittelfristigen Haushaltsplanung der Stadt Brandenburg an der Havel eingestellt; die Fortführung der Geschäftstätigkeit ist nachhaltig sichergestellt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>Der Betreibervertrag mit der Stadt Brandenburg an der Havel ist bis zum 31. Dezember 2015 geschlossen. Die TGZ GmbH erhält von der Stadt Brandenburg an der Havel notwendige Zuschüsse im Sinne einer wirtschaftsfördernden Maßnahmen in Höhe von 135.000 € pro Jahr . Nicht verbrauchte Zuschüsse aus Vorjahren wurden in die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter eingestellt. Im Wirtschaftsjahr 2010 wurde diese Verbindlichkeit bis auf 66.459,62 € zweckgebunden für Investitionen im Rahmen der Neuvermietung für die KFZ-Zulassungsstelle verwendet. In 2011 erhöhte sich diese Verbindlichkeit aufgrund nicht verwendeten Zuschüssen auf 113.508,38 €, per 31.12.2012 erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt aus noch nicht verbrauchten Zuschüssen auf 182.398,40 €. Nachdem die Stadt die nicht verbrauchten Zuschüsse aus den Jahren 2010 und 2012 von insgesamt 114.749,81 € zurück forderten und 2013 wieder ein nicht verbrauchter Zuschuss als Verbindlichkeit gebucht wurde, beträgt der nicht verbrauchte Zuschuss per 31.12.2013 nun 113.847,43 €.</p> <p>Außerdem besteht zwischen der Stadt und dem TGZ ein Mietvertrag. Die TGZ GmbH zahlte Mieten für das Gebäude und die Stellflächen im Geschäftsjahr 2013 148.937,18 €, in 2012 154.905,02 €, in 2011 160.519,77 € und in 2010 147.283,47 €.</p> <p>Umgekehrt besteht ein Mietvertrag der TGZ GmbH mit dem Gebäude- und Liegenschaftsmanagement über Räume für den FB Schule und Sport, der FG Wirtschaftsförderung und seit 2010 auch für die Kfz-Zulassungsstelle.</p> <p>Zwischen der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH und der TGZ GmbH besteht seit 18. September 2001 eine Dienstleistungsvereinbarung. Im Rahmen dieser Vereinbarung erstellt die TWB die Wirtschaftspläne und die Quartalsberichte für das TGZ.</p> <p>Seit 01.03.2009 ist die TGZ GmbH Träger des Lotsendienstes und seit 1.3.2010 wurde von der TGZ GmbH die Trägerschaft des Teilprojektes "Existenzgründung" des Regionalbudgets durch die TGZ GmbH übernommen.</p>

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	279	261	249
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	279	261	249
B. Umlaufvermögen	263	312	247
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	46	95	73
II. Kassenbestand, Guthaben	218	218	174
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7	6	4
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	51	51	51
I. Gezeichnetes Kapital	51	51	51
II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten für Investitionszuschuss	205	181	155
C. Rückstellungen	75	45	53
D. Verbindlichkeiten	209	297	232
E. Rechnungsabgrenzungsposten	9	6	9
Bilanzsumme	549	579	500

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	524	507	508
2. Sonstige betriebliche Erträge	390	349	359
3. Materialaufwand	0	0	0
4. Personalaufwand	-227	-222	-197
5. Abschreibungen	-38	-42	-40
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-650	-593	-637
7. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	1	0	8
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
10. Sonstige Steuern	0	0	0
11. Jahresergebnis	0	0	0

III.3.2 MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH

Geschäftsbereich

Abfallentsorgung

Firmensitz

Pernitzer Str 19 a
14797 Kloster Lehnin/ OT Prützke
Tel.: 033835/ 47 00
Fax: 033835/ 47 025

E-Mail: info@mebra-mbh.de
Internet: www.mebra-mbh.de

Gründung

Nach der Übertragung der VEB Stadtwirtschaft in kommunales Eigentum wurde am 6.11.1990 die Brandenburgische Entsorgungsgesellschaft mbH (BEG) gegründet.

Mit der Abtretung von 50% der Geschäftsanteile an die Firma Rethmann Entsorgungswirtschaft am 05.03.1991 wurde die Firmierung in Rethmann-Brandenburger Entsorgungswirtschaft mbH geändert (notarielle Urkunde des Notars von Oppeln-Brunikowski, Berlin, UR-Nr. 107/1991).

Die Änderung des Firmennamens erfolgte durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 26.08.2004 in Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH (MEBRA).

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 1267 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 30.000 €

Gesellschafter sind die Stadt Brandenburg an der Havel, der Landkreis Potsdam-Mittelmark und die REMONDIS GmbH & Co.KG.

Beteiligungsverhältnisse		
zu	51%	die Stadt Brandenburg an der Havel
zu	48%	die REMONDIS GmbH & Co. KG
zu	1%	der Landkreis Potsdam-Mittelmark

Unterbeteiligungen

Die MEBRA ist zu 100% an der Recyclingpark Brandenburg GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Recyclingpark GmbH beträgt 1.000.000 €

Gesellschaftsvertrag

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Datum vom 5. März 1991 notariell beurkundet. Am 17.01.2003 erfolgte die notarielle Beurkundung des neuen Gesellschaftsvertrages und die Änderung der Gesellschafteranteile.

Danach hat die Stadt Brandenburg an der Havel 51%, die REMONDIS GmbH & Co. KG – Region Ost 48% und der Landkreis Potsdam Mittelmark 1%. Des Weiteren hat die Gesellschafterversammlung vom 26.08.2004 die Änderung des Gesellschaftsvertrages im § 1 Abs. 1 (Firmenname neu: Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH) beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 22. September 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Heike Friedrichs (bis 30.09.2013)

René Liese (seit 23.10.2012)

Lars Büchner (bis 25.06. 2013)

Holger Ulbricht (seit 25.06.2013)

- *Gesellschafterversammlung*

Mitglieder der Gesellschafterversammlung in 2013:

<u>Name</u>	<u>für</u>
Herr Detlef Reckow	Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Bernd Fleschenberg (bis 31.01.2013)	REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Ost
Herr Stephan Tschentscher (ab 01.02.2013)	REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Ost
Herr Landrat Wolfgang Blasig	Landkreis Potsdam-Mittelmark

Im Berichtsjahr fanden drei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Beirat*

Beiratmitglieder 2013	
Beiratsvorsitz	Herr Detlef Reckow
Stellvertreter	Herr Bernd Fleschenberg (bis 31.01.2013)
weitere Mitglieder	Herr Stephan Tschentscher (ab 01.02.2013)
	Herr Steffen Kissinger
	Herr Frank Meyer
	Herr Dr. Henning Gehm
	Herr Norbert Gehricke

Im Berichtsjahr haben drei Beiratssitzungen stattgefunden.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag das Sammeln und Deponieren von Hausmüll und hausmüllähnlichem Gewerbemüll, Fäkalienabfuhr, Sperrmüllabfuhr und Containerdienste sowie Wertstoffeffassung im Sinne von § 1 Abs. 1 Abfallentsorgungsgesetz sowie die Übernahme artverwandter Dienstleistungen.

Die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH ist ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb. Das Einsatzgebiet erstreckt sich in der Stadt Brandenburg an der Havel sowie in Bereichen des Landkreises Potsdam-Mittelmark und anderen Landkreisen des Landes Brandenburg. Weiterhin wurde das Qualitätsmanagement nach DIN EN ISO 9001 eingeführt.

Die kommunale Entsorgung umfasst das Gebiet der Stadt Brandenburg an der Havel und des Landkreises Potsdam-Mittelmark.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes vom 06.06.1997 sind kreisfreie Städte öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes. Sie erfüllen diese Aufgabe als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe. Im Rahmen der Erfüllung dieser Entsorgungsaufgabe bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH. Die Bedingungen sind im Deponiebewirtschaftungsvertrag und dem Abfallentsorgungsvertrag festgehalten.

Mit der Tochter Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH wird die MEBRA verstärkt in der Aufbereitung von Abfällen und der Vermarktung der wieder gewonnenen Stoffe tätig.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	44%	43%	41%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	67%	63%	62%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	202%	194%	178%
Zinsaufwandquote	0,9%	0,9%	0,5%
Liquidität 3. Grades	538%	191%	173%
Cashflow	1.191 T€	771 T€	1.148 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	10%	2%	-4%
Umsatz	7.499 T€	7.376 T€	7.893 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	714 T€	139 T€	-333 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	40%	41%	44%
Anzahl der Mitarbeiter	87	83	77

Lagebericht der Gesellschaft

Die im Berichtsjahr erzielten Umsätze in Höhe von 7.893 T€ (2012: 7.376 T€) sind gegenüber dem Vorjahr um 517 T€ gestiegen. Dies ist im Wesentlichen durch höhere Erlöse in den Bereichen Recycling sowie Winterdienst begründet. Dagegen sanken die Erlöse für die Vermarktung von Wertstoffen.

Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 320 T€ auf 2.301 T€ gestiegen.

Dabei erhöhten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 661 T€ aufgrund in Anspruch genommener Subunternehmerleistungen für einen DSD-Sammel-Vertrag korrespondierend zu den gestiegenen Recyclingerlösen. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und

Betriebsstoffe sanken dagegen um 341 T€ aufgrund geringerer Kosten für den Einkauf von Wertstoffen.

Der Rohertrag betrug 5.592 T€ (2012: 5.395 T€).

Die Personalaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr, unter Berücksichtigung der Rückstellungszuführung im Zusammenhang mit der vorgesehenen Restrukturierung, um 482 T€ und betragen 3.479 T€ (2012: 2.997 T€). Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass Beträge für Abfindungen und Ausgleichzahlungen zur Realisierung des Personal-konzeptes im Zusammenhang mit der Kündigung des Hausmüllvertrages zum 28.02.2014 in Höhe von 565 T€ berücksichtigt wurden.

Die Abschreibungen in Höhe von 657 T€ sind gegenüber dem Vorjahr (536 T€) planmäßig aufgrund von Investitionen gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 2.289 T€ (2012: 1.810 T€) stiegen um 479 T€. Dies resultiert im Wesentlichen aus erstmalig enthaltenen Aufwendungen im Zusammenhang mit drohenden Verlusten aus dem Straßenreinigungs- und Winterdienstvertrag mit der Stadt Brandenburg an der Havel und der VBBr in Höhe von 310 T€ und darüber hinaus aus höheren Kfz-Kosten, Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen sowie Rechts- und Beratungskosten.

Durch den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH erzielte die Gesellschaft im Jahr 2013 Erträge aus der Gewinnabführung in Höhe von 227 T€ (2012: Aufwand aus Verlustübernahme 90 T€).

Aufgrund der Vorschriften nach BilMoG sind in den Steuern vom Einkommen und Ertrag latente Körperschafts- und Gewerbesteuern enthalten.

Somit weist die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 333 T€ (2012: Jahresüberschuss 139 T€) aus.

Cashflow aus operativer Tätigkeit:

Für die Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit standen im Berichtsjahr ausreichend Mittel zur Verfügung. In Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 2 ergibt sich ein positiver Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 466 T€. Der Finanzmittelfonds am Ende der Berichtsperiode beträgt 199 T€.

Cashflow aus Investitionstätigkeit:

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit nach Berücksichtigung der Erlöse aus Anlagenabgängen beträgt 218 T€. Im Berichtsjahr tätigte die Gesellschaft Investitionen in den Fuhrpark in Höhe von 98 T€ sowie Investitionen in weitere Anlagen in Höhe von 200 T€.

Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen 825 T€ (2012: 1.682 T€).

Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit beträgt 857 T€. Er resultiert vollständig aus der planmäßigen Tilgung von Darlehen.

Liquiditätsrechnung:

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden in Höhe von 621 T€ als kurzfristig eingeordnet.

	31.12.2013	31.12.2012	+ / -
	T€	T€	T€
Flüssige Mittel	199	808	-609
Kurzfristige Forderungen	1.362	1.082	+280
Kurzfristige Mittel	1.561	1.890	-329
Kurzfristige Verbindlichkeiten	1.316	721	+595
Kurzfristige Rückstellungen	1.283	458	+825
Kurzfristiger Mittelbedarf	2.599	1.179	+1.420
Unterdeckung (i. Vj. Überdeckung)	-1.038	+711	-1.749
Forderungen an RPB aus Cash-Pooling	2.569	2.466	+103
Überdeckung	+1.531	+3.177	-1.646

Unter Berücksichtigung der Forderungen aus Cash-Pooling ergibt sich eine im Vergleich zum Vorjahr um 1.646 T€ verminderte Überdeckung. Ohne Berücksichtigung der Forderungen gegen die RPB aus Cash-Pooling in Höhe von 2.569 T€ (2012: 2.466 T€) ergibt sich im Berichtsjahr eine Unterdeckung, so dass die Gesellschaft zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit auf die Inanspruchnahme der Kreditlinie angewiesen ist.

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Jahr 2013 auf 7.634 T€ (2012: 8.058 T€) vermindert.

Auf der Aktivseite der Bilanz steht ein um planmäßige Abschreibungen verringertes Sachanlagevermögen in Höhe von 2.012 T€. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr stichtagsbedingt um 368 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz verringerte sich das Eigenkapital um den Jahresfehlbetrag des Berichtsjahres in Höhe von 333 T€. Bezogen auf die Bilanzsumme ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 62% (2012: 63%).

Die Rückstellungen erhöhten sich insbesondere aufgrund von Zuführungen zu den Rückstellungen für Restrukturierung (565 T€) und für drohende Verluste (310 T€) um 825 T€ auf 1.283 T€.

Die Verbindlichkeiten verringerten sich auf 1.427 T€ (2012: 2.317 T€), wobei die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch planmäßige Tilgung von Darlehen sanken und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stichtagsbedingt anstiegen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Hauptgeschäftsfelder der Gesellschaft sind Leistungen der Kreislaufwirtschaft. Diese umfassen im Wesentlichen die Haus- und Sperrmüllentsorgung, das Einsammeln von Wertstoffen, deren Aufbereitung und Vermarktung sowie schadlose Beseitigung.

Weitere Leistungen werden im Rahmen der Stadtreinigung und des Winterdienstes sowie anderer Dienstleistungen für kommunale, gewerbliche und private Kunden erbracht. Der kommunale Vertrag mit der Stadt Brandenburg an der Havel zur Straßenreinigung und Winterdienst wurde in 2013 seitens des Auftraggebers durch Ziehung einer vertraglich vereinbarten Option um zwei weitere Jahre bis zum 31.03.2016 verlängert.

Die Gesellschaft betreibt im Auftrag der Stadt Brandenburg an der Havel eine Sammelstelle für Elektrogeräte am Standort der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH. Am gleichen Standort erfolgt auch die Lagerung der Streumittel für die vertraglichen Leistungen aus dem Straßen- und Winterdienstauftrag. Die Gesellschaft schloss mit der Stadt Brandenburg an der Havel einen Vertrag über die Betreibung eines kommunalen Wertstoffhofes mit der Laufzeit vom 29.02.2012 bis zum 28.02.2014. Seit dem 01.03.2014 betreibt die MEBRA den Wertstoffhof im Rahmen der mit der Bietergemeinschaft gewonnenen Ausschreibung. Die Genehmigung zum Betrieb dieses deutlich erweiterten Wertstoffhofes wurde am 19.09.2013 erteilt. Am Standort der geschlossenen Deponie Fohrde betreibt die Gesellschaft im eigenen Namen weiterhin einen Kompostplatz und produziert dort güte-zertifizierten Kompost.

Seit dem 01.01.2011 werden die Leistungen zur Sammlung von Glas und LVP (Leichtverpackungen – gelbe/r Sack/Tonne) durch die Gesellschaft als direkter Vertragspartner des DSD in der Stadt Brandenburg an der Havel sowie seit dem 01.01.2013 für LVP im Landkreis Potsdam-Mittelmark erbracht.

Der seit dem 01.04.2009 bestehende Straßenreinigungs- und Winterdienstvertrag mit der Stadt Brandenburg an der Havel und der VBB wurde seitens der Vertragspartner im Berichtsjahr durch Ziehung einer vertraglich festgelegten Verlängerungsoption um weitere zwei Jahre bis zum 31.03.2016 verlängert.

Zusammenfassend zeigte sich aus der Sicht der Unternehmensleitung im Berichtsjahr trotz des Jahresfehlbetrages eine zufriedenstellende Entwicklung der Gesellschaft, da sich das operative Ergebnis aus der Fortführung des Hausmüllvertrages mit der Stadt Brandenburg an der Havel unverändert positiv darstellt. Jedoch beeinflussen einmalige Geschäftsvorfälle wie die Bildung von Rückstellungen für Umstrukturierungen im Personalbereich aufgrund der Kündigung des Hausmüllvertrages sowie von Rückstellungen für drohende Verluste aus dem bestehenden Straßenreinigungs- und Winterdienstvertrag das Ergebnis negativ.

Zum 28.02.2014 ist der Hausmüllvertrag mit der Stadt Brandenburg nach erfolgter Kündigung ausgelaufen. Der im Rahmen der Bietergemeinschaft neu gewonnene Entsorgungsvertrag trat am 01.03.2014 in Kraft. Die Aufgabenverteilung unter den Partnern der Bietergemeinschaft wurde entsprechend der Lose vorgenommen und somit die Erfüllung des Vertrages gewährleistet.

Die Gesellschaft verfügt über ein rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem (IKS), welches dem Geschäftszweck und –umfang angemessen ist.

Für die Berichtsgesellschaft wird ein monatliches Ergebnisreporting und eine jährliche Budgetierung inklusive Mittelfristplanung erstellt. Gegenüber dem Hauptgesellschafter erfolgt zusätzlich eine Quartalsberichterstattung. Im Rahmen dieser regelmäßigen Prozesse wird die Ergebnis- und Liquiditätssituation der Gesellschaft überwacht, einem Planabgleich unterzogen und eine Früherkennung von Fehlentwicklungen gesichert.

Zum 31.12.2013 hat sich die Liquiditätsrechnung im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert. Unter Berücksichtigung der Forderungen aus Cash-Pooling an die Tochtergesellschaft ergibt sich eine im Vergleich zum Vorjahr um 1.646 T€ verminderte Überdeckung in Höhe von 1.531 T€. Ohne Berücksichtigung der Forderungen aus Cash-Pooling in Höhe von 2.569 T€ (2012: 2.466 T€) ergibt sich zum 31.12.2013 eine Unterdeckung in Höhe von 1.038 T€. Die Liquidität der Gesellschaft ist somit eng verbunden mit der wirtschaftlichen Lage der Tochtergesellschaft. Zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit ist die MEBRA auf die Inanspruchnahme der Kreditlinie angewiesen.

Trotz der weiter geplanten Kosteneinsparungen und Strukturänderungen im Rahmen der erfolgten europaweiten „Ausschreibung Hausmüll“ besteht aufgrund des allgemeinen Wettbewerbsdrucks in der Branche das Risiko, bei kommenden Ausschreibungen von Altverträgen diese zu verlieren bzw. nur zu deutlich schlechteren Konditionen erneut zu gewinnen. Der Kostendruck, der für alle Wettbewerber gilt, bietet jedoch auch Chancen.

Aufgrund des deutlichen zukünftigen Umsatzrückganges infolge des Verlustes des Hauptteils des Geschäftsbereiches Abfallsammlung sind Strukturänderungen und Kosteneinsparungen erforderlich.

Die MEBRA hat sich in der Bietergemeinschaft mit der REMONDIS Brandenburg GmbH an der europaweiten Neuausschreibung der Entsorgungsdienstleistungen der Stadt Brandenburg an der Havel ab 01.03.2014 („Ausschreibung Hausmüll“) beteiligt. Die Bietergemeinschaft konnte die Ausschreibung für sich entscheiden. Dennoch wird die MEBRA den Hauptteil des Geschäftsbereiches Abfallsammlung verlieren, da insbesondere die Logistikleistungen durch die REMONDIS Brandenburg GmbH wahrgenommen werden. Die MEBRA ist zukünftig für die Verwertung von kommunalem Altpapier, die Einsammlung und Verwertung von Problemabfällen sowie die Bewirtschaftung eines Wertstoffhofes verantwortlich. Die daraus resultierenden Auswirkungen durch die verringerten Umsätze können durch die bereits erfolgten Veränderungen im operativen Geschäft und der strategischen Neuausrichtung aufgefangen werden.

Die Gesellschaft ist seit 01.01.2013 für die Sammlung der gelben Säcke im Landkreis Potsdam-Mittelmark verantwortlich, gewann in 2013 den Auftrag für die Schadstoffentsorgung im Landkreis Havelland und gewann teils allein oder in Bietergemeinschaft verschiedene kommunale Aufträge in der Stadt Brandenburg an der Havel und im Umland im Bereich Winterdienst.

Neben der Anpassung der Kostenstruktur ist die deutliche stärkere Nutzung der vorhandenen Ressourcen in der MEBRA bzw. der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg GmbH das wesentliche Ziel in 2014. Die Erhöhung der Auslastung der Halle

des Recyclingparks durch weitere Umsätze im Bereich Umschlag, Lagerfläche bzw. Recycling, die Erweiterung der Angebotspalette der Dienstleistungen des Wertstoffhofes und neue Geschäftsfelder im Bereich Dienstleistung durch die MEBRA können das Ergebnis in den nächsten Jahren trotz der Umsatzverringerung durch die „Ausschreibung Hausmüll“ wieder verbessern.

Für 2014 sind Investitionen in Höhe von 633 T€ vorgesehen.

Unter Zugrundelegung der zuvor beschriebenen Annahmen wird im Jahr 2014 mit einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis gerechnet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Gewinnentnahme in Höhe von 227,3 T€ durch Ergebnisabführungsvertrag mit der RPB GmbH.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	3.222	3.493	3.134
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	2.101	2.372	2.012
III. Finanzanlagen	1.121	1.121	1.121
B. Umlaufvermögen	4.151	4.556	4.491
I. Vorräte	178	140	317
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.507	3.607	3.975
III. Kassenbestand, Guthaben	466	808	199
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10	10	10
Bilanzsumme	7.383	8.058	7.634
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	4.957	5.096	4.763
I. Gezeichnetes Kapital	30	30	30
II. Andere Gewinnrücklagen	1.725	1.725	1.725
III. Gewinn-, Verlustvortrag	2.488	3.202	3.341
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	714	139	-333
B. Rückstellungen	362	458	1.283
C. Verbindlichkeiten	1.896	2.317	1.427
D. Rechnungsabgrenzungsposten	57	86	93
E. Passive latente Steuern	111	101	68
Bilanzsumme	7.383	8.058	7.634

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	7.499	7.376	7.893
2. Bestandsänderung an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-16	-1	30
3. Sonstige betriebliche Erträge	220	192	208
4. Materialaufwand	-1.455	-1.981	-2.301
5. Personalaufwand	-3.009	-2.997	-3.479
6. Abschreibungen	-443	-536	-657
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.826	-1.810	-2.289
8. Erträge aus Beteiligungen	0	0	227
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	113	103	79
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-81	-90	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-68	-63	-41
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	934	193	-329
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag (2013:Steuererstattung)	-196	-29	22
14. Sonstige Steuern	-24	-25	-26
15. Jahresergebnis	714	139	-333

III.3.2.1 Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Abfallbehandlung

Firmensitz

August-Sonntag-Straße 3
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/32 37 00
Fax: 03381/32 37 11
e-mail: recyclingpark-brandenburg@remondis.de

Gründung

Die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH wurde am 25.02.1994 gegründet.
Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 7458 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.000.000 €	
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH		100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinen weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 25. Februar 1994 in der zuletzt geänderten Fassung vom 17.01.2003.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführer*

Heike Friedrichs (bis 30.09.2013)

René Liese (seit 23.10.2012)

Lars Büchner (bis 25.06.2013)

Holger Ulbricht (ab 25.06.2013)

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.

Im Berichtsjahr wurden sämtliche Gesellschafterbeschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

- *Beirat*

Die Beiratsfunktion wird durch den Beirat des Mutterunternehmens wahrgenommen.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens sind gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag:

- Abfallentsorgung
- Vorbehandlung von Abfällen

Öffentlicher Zweck

Kreisfreie Städte sind gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes.

Neben dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz wurden neue Regelwerke für die Restabfallentsorgung geschaffen. Dazu gehört insbesondere die Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASi). Grundlage des Geschäftsbetriebes ist die Zielhierarchie des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, nach der in erster Linie Abfälle zu vermeiden, in zweiter Linie zu verwerten und erst als letzte Möglichkeit Abfälle zu beseitigen sind. Ziel ist die Einsparung von Primärenergie.

Ziel der TASi war der Ausstieg aus der Ablagerung von Restabfällen auf herkömmlichen Deponien. Die TASi enthält Vorschriften über die Beschaffenheit von abzulagernden Restabfällen und die Bewirtschaftung von Deponien auf der Basis des zum 01.06.2005 in Kraft getretenen Deponierungsverbotes für unbehandelte Abfälle.

Die RPB GmbH ist Entsorgungsfachbetrieb. Der Hauptzweck des Unternehmens ist die seit dem 01.06.2005 gesetzlich vorgeschriebene Aufbereitung und Vorbehandlung von Siedlungs- bzw. Gewerbeabfällen zur weiteren thermischen Verwertung.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	91%	96%	94%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	20%	23%	22%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	22%	24%	24%
Zinsaufwandquote	3%	3%	3%
Liquidität 3. Grades	14%	6%	10%
Cashflow	356 T€	266 T€	251
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	1%	0%	0%
Umsatz	5.191 T€	3.486 T€	2.441 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	0	0
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0%	0%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

Lagebericht der Gesellschaft

Im Berichtsjahr ergibt sich ein Jahresumsatz von 2.440,5 T€ (2012: 3.486,3 T€). Die Umsatzerlöse betreffen fast ausschließlich die Aufbereitung von Siedlungs- bzw. Gewerbeabfällen. Die gesunkenen Umsatzerlöse sind auf den Wegfall des Vertrages mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark zurückzuführen. Korrespondierend zur Reduzierung der Umsatzerlöse infolge geringerer Annahmemengen sanken die Materialaufwendungen auf 1.729,1 T€ (2012: 2.831,7 T€).

Der Rohüberschuss beträgt im Berichtsjahr 711,4 T€ (2012: 654,6 T€).

Im Berichtsjahr fiel in der Gesellschaft kein Personalaufwand an, da die Bewirtschaftung der Anlage über die Muttergesellschaft erfolgt.

Die Abschreibungen betragen 301,4 T€ und liegen somit um 51,4 T€ unter dem Vorjahreswert.

Das Jahresergebnis 2013 in Höhe von 227,3 T€ verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr (-89,9 T€) um 317,2 T€. Der Gewinn wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH abgeführt.

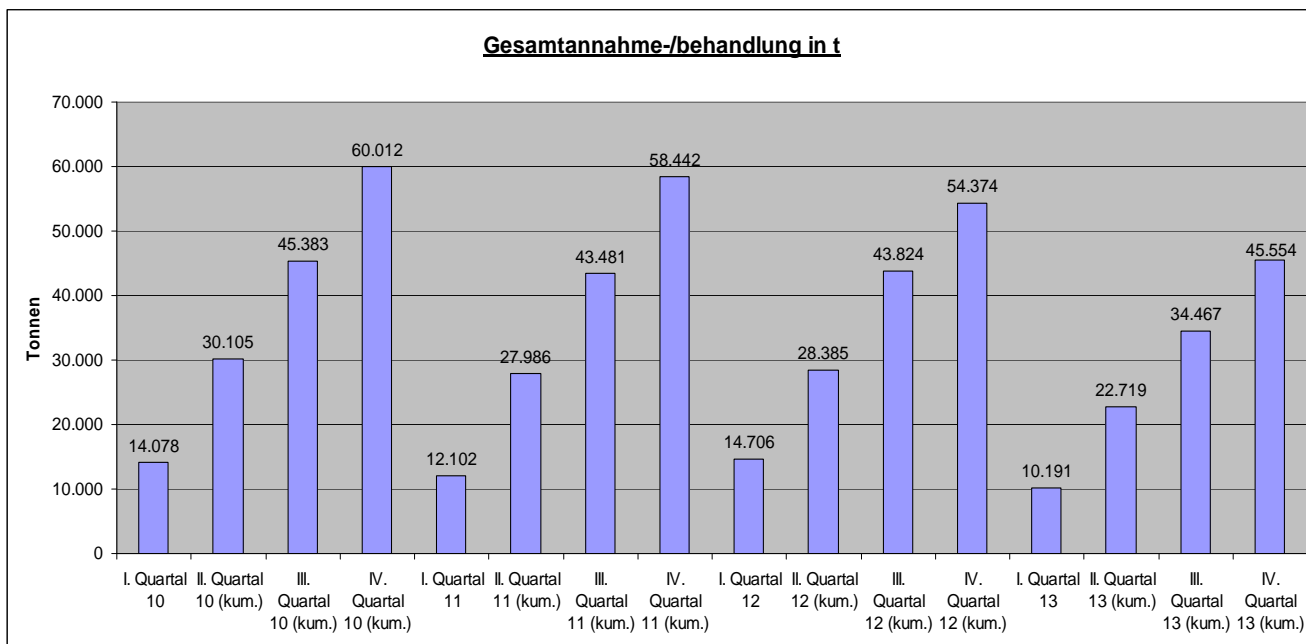
Die Gesellschaft war im Berichtsjahr durch Gesellschafterleistungen im Rahmen des Cash-Pooling mit der MEBRA jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Entsprechend des angewandten Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 ergibt sich ein Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 337 T€. Die Liquiditätsrechnung zum 31.12.2013 zeigt eine Unterdeckung in Höhe von 2.695 T€.

Der Cash Flow aus laufendender Geschäftstätigkeit betrug in 2013 337 T€. Im Berichtsjahr 2013 erfolgten Investitionen, die erst im Folgejahr zahlungswirksam wurden. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit lag bei -129 T€. Insgesamt ergab sich somit eine Verbesserung des Finanzmittelfonds um 208 T€.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft erhöhte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 4.544 T€ (2012: 4.396 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 22,4% (2012: 23,1%).

Das Anlagevermögen auf der Aktivseite der Bilanz liegt mit 4.249 T€ auf dem Niveau des Vorjahres (4.225 T€), wobei die planmäßigen Abschreibungen über den Investitionen lagen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind gestiegen und betragen 294 T€ (2012: 166 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz verminderte sich der Sonderposten durch planmäßige Auflösung. Die sonstigen Rückstellungen betragen zum Bilanzstichtag 72 T€. Die Verbindlichkeiten in Höhe von 2.917 T€ stiegen gegenüber dem Vorjahr (2.666 T€) im Wesentlichen aufgrund der um 147 T€ höheren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.



Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Ein Großteil der in der deutschen Kreislaufwirtschaft gesammelten Wertstoffe wie Metalle, Papier, Glas und Kunststoffe werden international als Rohstoffe für die Produktion vermarktet. Ein hohes Preisniveau auf den Rohstoffmärkten unterstützt die wirtschaftliche Nutzbarkeit der entsprechenden Recycling- und Verwertungstechnologien und schafft neue Wertschöpfungspotenziale für das Unternehmen. Gleichzeitig verschärft sich zunehmend der Wettbewerb um den Zugang zu diesen Sekundärrohstoffen.

Der bestehende Vertrag mit dem kommunalen Auftraggeber Stadt Brandenburg an der Havel sichert eine stabile Grundauslastung der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH bis zum 31.05.2015.

Im Rahmen eines Subunternehmervertrages behandelt die Gesellschaft Sperrmüll aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark. Die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH liefert gewerbliche Abfallmengen aus dem freien Bereich an.

Auf dem gewerblichen Wertstoffhof des Recyclingparks werden Abfälle von Gewerbekunden angenommen und verwertet. Die Muttergesellschaft betreibt am Standort der Gesellschaft den kommunalen Wertstoffhof im Auftrag der Stadt.

Des Weiteren werden auf dem Gelände und in der Halle der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH Glas, Leichtverpackungen und Papier für die MEBRA umgeschlagen. Ebenso befinden sich das Streumittelager und der Solebehälter für den Winterdienstvertrag der Muttergesellschaft in der Halle des RPB.

Wesentliches Ziel ist die stetige Erhöhung der Auslastung der Halle – mit internen oder externen Umsätzen, durch Eigen- oder Fremdnutzung.

Insgesamt wird sichergestellt, dass die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH in vollem Umfang ihren vertraglichen Verpflichtungen gerecht wird. Der ARGE-Vertrag mit der Stadt Brandenburg an der Havel wird bis Mitte 2015 fortgeführt und somit 16.500 t Haus- und Sperrmüll jährlich behandelt. Ziel ist es, gemeinsam mit der Optimierung der Logistik der Muttergesellschaft neue Stoffströme zu generieren, die von der Gesellschaft behandelt bzw. umgeschlagen werden. Ein wesentlicher Bestandteil dabei ist der Wertstoffhof, dessen Betrieb die Muttergesellschaft im Rahmen der europaweiten Ausschreibung mit der Bietergemeinschaft für mindestens die nächsten 5 Jahre gewonnen hat.

Trotz Unterdeckung der Liquiditätsrechnung zum 31. Dezember 2013 in Höhe von 2.696 T€ war die Gesellschaft im Berichtsjahr durch Gesellschafterleistungen im Rahmen des Cash-Pooling mit der MEBRA jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Auch im Folgejahr ist die Gesellschaft zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit auf die Inanspruchnahme des Cash-Pools mit der Gesellschafterin angewiesen. Die Liquidität der Gesellschaft ist damit eng verbunden mit der wirtschaftlichen Lage der MEBRA.

Die Abstimmung der Outputströme ist vertraglich gesichert.

Die Gesellschaft verfügt über ein rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem (IKS), welches dem Geschäftszweck und – umfang angemessen ist.

Für die Berichtsgesellschaft wird ein monatliches Ergebnisreporting und eine jährliche Budgetierung inklusive Mittelfristplanung erstellt. Die Gesellschaft erstellt quartalsweise Berichte, die die jeweiligen Abweichungen zwischen Plan und Ist des Berichtszeitraumes darstellen und erläutert die aktuelle Geschäftsentwicklung. Im Rahmen dieser regelmäßigen Prozesse wird die Ergebnis- und Liquiditätssituation der Gesellschaft überwacht, einem Planabgleich unterzogen und eine Früherkennung von Fehlentwicklungen gesichert.

Für das Jahr 2014 und das Jahr 2015 geht die konservative Mittelfristplanung von operativen Ergebnissen aus, die auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2013 liegen.

Darüber hinaus ist geplant, durch Ausweitung und Flexibilisierung der Genehmigungen für den Betrieb des Recyclingparks die Voraussetzung für weiteres Umsatzwachstum durch externe Aufträge zu schaffen, um langfristig nachhaltig positive Ergebnisse realisieren zu können.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Ergebnisabführung an die MEBRA GmbH in Höhe von 227,3 T€ durch Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)		2011	2012	2013
Bilanz				
<u>Aktivseite</u>				
A. Anlagevermögen		4.572	4.225	4.249
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		0	0	0
II. Sachanlagen		4.571	4.225	4.249
B. Umlaufvermögen		454	171	295
I. Vorräte		4	5	1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		450	166	294
III. Kassenbestand, Guthaben		0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0	0	0
Bilanzsumme		5.026	4.396	4.544
<u>Passivseite</u>				
A. Eigenkapital		1.017	1.017	1.017
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)		1.000	1.000	1.000
II. Gewinn-/Verlustvortrag		17	17	17
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		678	590	538
C. Rückstellungen		209	122	73
D. Verbindlichkeiten		3.122	2.666	2.917
E. Rechnungsabgrenzungsposten		0	0	0
Bilanzsumme		5.026	4.396	4.544

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	5.191	3.486	2.441
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	0	2	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	440	269	438
4. Personalaufwand	-13	0	0
5. Materialaufwand	-4.310	-2.832	-1.729
6. Abschreibungen	-489	-352	-301
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-699	-504	-483
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-142	-98	-76
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-21	-28	289
11. Sonstige Steuern	-60	-62	-62
12. Erträge aus Verlustübername	-81	-90	0
13. Aufwendungen aus Ergebnisabführung	0	0	-227
14. Jahresergebnis	0	0	0

III.3.3 VBB Verkehrsverbund Berlin – Brandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Verkehr

Firmensitz

Hardenbergplatz 2
 10623 Berlin
 Tel.: 030/25 41 44 50
 Fax: 030/25 41 41 11
 e-mail: info@vbb.de
 Internet: www.vbb.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 8. Dezember 1994 gegründet. Die Grundsatzentscheidung über den Beitritt der Stadt Brandenburg an der Havel zur VBB GmbH wurde von der SVV am 18.12.1997 getroffen. Die Gesellschaft ist eingetragen unter der Nr. HRB 54603 im Handelsregister des Amtsgerichtes Berlin-Charlottenburg.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 324.000 €

Die Gesellschafterstruktur der VBB GmbH ist einheitlich: Neben den beiden Ländern Berlin und Brandenburg, die je ein Drittel der Anteile des Stammkapitals, das insgesamt 324 T€ beträgt, halten und jeweils vier Vertreter in den Aufsichtsrat entsenden, sind alle achtzehn kommunalen Gebietskörperschaften im Land Brandenburg selbst Gesellschafter der VBB GmbH; sie halten jeweils einen Geschäftsanteil von 6 T€ (1,85%) und entsenden je einen Vertreter in den Aufsichtsrat.



Gesellschafter:	Anteil am Stammkapital	Stamm-einlage
Land Berlin	33,33%	108.000 €
Land Brandenburg	33,33%	108.000 €
Stadt Brandenburg an der Havel	1,85%	6.000 €
Stadt Frankfurt (Oder)	1,85%	6.000 €
Stadt Cottbus	1,85%	6.000 €
Landeshauptstadt Potsdam	1,85%	6.000 €
Landkreis Barnim	1,85%	6.000 €
Landkreis Dahme-Spreewald	1,85%	6.000 €
Landkreis Elbe-Elster	1,85%	6.000 €
Landkreis Havelland	1,85%	6.000 €
Landkreis Märkisch-Oderland	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberhavel	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	1,85%	6.000 €
Landkreis Oder-Spree	1,85%	6.000 €
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	1,85%	6.000 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark	1,85%	6.000 €
Landkreis Prignitz	1,85%	6.000 €
Landkreis Spree-Neiße	1,85%	6.000 €
Landkreis Teltow-Fläming	1,85%	6.000 €
Landkreis Uckermark	1,85%	6.000 €
		324.000 €

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 01.12.2005.

Gesellschaftsanteile

Gemäß § 16 des Gesellschaftsvertrages wird die laufende Finanzierung der Gesellschaft in einem gesonderten Konsortialvertrag geregelt. Aus diesem ergibt sich die Verpflichtung aller Gesellschafter, den für die Geschäftstätigkeit der VBB GmbH anfallenden Finanzbedarf durch Gesellschafterbeiträge zu decken.

Entsprechend den Regelungen des Konsortialvertrages verteilen sich die Gesellschafterbeiträge wie folgt:

- 40% auf das Land Berlin
- 40% auf das Land Brandenburg
- in Summe 20% auf alle kommunalen Gesellschafter zu gleichen Teilen

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Werner Franz (bis 28.02.2014)

Susanne Henckel (ab 01.03.2014)

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist der Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, Herr Steffen Scheller.

Im Geschäftsjahr 2013 fand eine ordentliche Gesellschafterversammlung statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat besteht höchstens aus 26 Mitgliedern, von denen die Länder Berlin und Brandenburg je vier Mitglieder, Zweckverbände höchstens die Zahl, die der Zahl ihrer Verbandsmitglieder entspricht, und die übrigen Gesellschafter je ein Mitglied entsenden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates waren 2013:

Mitglieder des Aufsichtsrates 2013	
<u>Name</u>	<u>Funktion</u>
Herr Rainer Bretschneider	Staatssekretär Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft Land Brandenburg (bis 28.02.2013 Aufsichtsratsvorsitzender)
Frau Kathrin Schneider	Staatssekretärin Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft Land Brandenburg (seit 07.03.2013, ab 14.03.2013 Aufsichtsratsvorsitzende)
Herr Christian Gaebler	Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (erster stellv. Aufsichtsratsvorsitzende)
Herr Carsten Bockhardt	Erster Beigeordneter im Landkreis Barnim
Herr Burkhard Exner	Bürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
Herr Holger Lademann	Erster Beigeordneter des Landkreises Teltow-Fläming
Frau Grit Klug	Erste Beigeordnete des Landkreises Oberspreewald-Lausitz
Herr Dr. Friedemann Kunst	Senatsdirigent in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (bis 30.09.2013)
Frau Stephanie Landgraf	Referentin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (seit 29.11.2013)
Herr Rudolf Keseberg	Ministerialdirigent im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Herr Ralf Reinhardt	Landrat im Landkreis Ostprignitz-Ruppin
Herr Markus Derling	Beigeordneter Stadt Frankfurt/Oder
Frau Dr. Heike Richter	Referatsleiterin im Ministerium Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Joachim Künzel	Referatsleiter der Senatskanzlei Berlin
Herr Stephan Loge	Landrat im Landkreis Dahme-Spreewald
Frau Edelgard Schimko	Geschäftsbereichsleiterin im Landkreis Prignitz
Herr Hans-Werner Michael	Referatsleiter im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg
Herr Christian Heinrich-Jaschinski	Landrat des Landkreises Elbe-Elster
Herr Steffen Scheller	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Gernot Schmidt	Landrat im Landkreis Märkisch-Oderland
Herr Bernd Brandenburg	Beigeordneter im Landkreis Uckermark
Herr Dr. Burkhard Schröder	Landrat im Landkreis Havelland
Herr Karl-Heinz Schröder	Landrat im Landkreis Oberhavel
Herr Günter Schulz	Referatsleiter in der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin
Herr Christian Stein	Erster Beigeordneter im Landkreis Potsdam-Mittelmark
Herr Frank Szymanski	Oberbürgermeister der Stadt Cottbus (bis 12.06.2013)
Frau Marietta Tzschoppe	Beigeordnete der Stadt Cottbus (seit 13.06.2013)
Herr Carsten Billing	Dezernent im Landkreis Spree-Neiße
Herr Manfred Zalenga	Landrat im Landkreis Oder-Spree

Im Geschäftsjahr 2013 fanden vier ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt.

- *Beiräte*

Entsprechend den gesellschaftsrechtlichen Grundlagen bestehen gemäß § 7 in Verbindung mit § 14 des Gesellschaftsvertrages zwei Beiräte.

Der Beirat der Gesellschafter setzt sich aus je vier Vertretern der Länder Berlin und Brandenburg sowie je einem Vertreter der übrigen Gesellschafter zusammen.

Der Beirat der Verkehrsunternehmen setzt sich aus Vertretern der im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg kooperierenden Verkehrsunternehmen zusammen. Beide Beiräte haben lediglich beratende Funktion.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarungen der Länder Berlin und Brandenburg vom 30. Dezember 1993.

Hieraus ergeben sich u. a. für die Gesellschaft im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzeptes und Erstellung eines daraufhin gerichteten Fahrplans
- Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems, eines einheitlichen Beförderungstarifes für den Verbundverkehr, einheitliche Tarif- und Beförderungsbedingungen, Fahrgastinformationen, Marketingmaßnahmen und Abfertigungs- und Zahlungssysteme
- Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmeaufteilungsverfahrens für das Verbundgebiet
- Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund und Ermittlung des Zuschussbedarfs für den Verbundverkehr
- Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet
- Erarbeitung einheitlicher qualitativer und quantitativer Standards für die Verkehrsbedienung des Verbundgebietes nach Maßgabe der Nahverkehrsplanungen, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger

Ziel der VBB GmbH ist die Koordination, die Weiterentwicklung und die Gestaltung der regionalen Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Kommunen des Landes Brandenburg im Bereich des ÖPNV.

Der VBB ist eine Gesellschaft der Länder, Kreise und kreisfreien Städte. Dieser Aufbau führt zu einer klar umrissenen Verantwortungsstruktur und ermöglicht eine eindeutige Trennung zwischen politischer (Besteller) und unternehmerischer (Ersteller) Verantwortung. Die Gesellschafter sind in ihren Entscheidungen unabhängig von den Verkehrsunternehmen. Die

Gesellschafter sind zuständig für die Bestellung von Verkehrsleistungen, die von den Verkehrsunternehmen erbracht werden.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 2 in Verbindung mit § 131 BbgKVerf gehört die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der kreisfreien Städte und Landkreise.

Im § 2 des Gesellschaftsvertrages sind die Aufgaben der Gesellschaft zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks festgelegt. Der Verkehrsverbund wirkt über seine Gremien auf den notwendigen Interessenausgleich zwischen Verkehrspolitik, ÖPNV-Kundenanforderungen, Erwartungen der Verkehrsunternehmen und der Interessen seiner Gesellschafter hin. Dazu plant, bestellt, koordiniert und kontrolliert er z.B. den SPNV (Schienenpersonennahverkehr) und den übrigen ÖPNV über die kommunalen und Ländergrenzen hinweg.

Technische Daten 2013

Einwohner:

Berlin	3.419.623
Brandenburg	2.449.565
Berlin/Brandenburg (Nov. 2013)	5.869.188

Flächen:

Berlin	892 km ²
Brandenburg	29.484 km ²
Berlin/Brandenburg (2012)	30.376 km ²

Einwohnerdichte:

Berlin	3.835 je km ²
Brandenburg	83 je km ²
Berlin/Brandenburg (gesamt)	193 je km ²

Länge SPNV-Netz:

ca. 2685 km

Anzahl der Fahrgäste (Stand 2013):

Berlin/Brandenburg (täglich)	ca. 3,62 Mio.
Berlin/Brandenburg (gesamt)	ca. 1.321 Mio.

Zugkilometer im SPNV 2013 (S-Bahn und Regionalverkehr):

ca. 70,0 Mio. km

Wagenkilometer (U-Bahn, Straßenbahn, Bus):

Berlin	231 Mio. km
Brandenburg	87 Mio. km
Berlin/Brandenburg (gesamt)	318 Mio. km

Mit seinen ca. 30.000 km² gehört der VBB flächenmäßig zu den größten Verkehrsverbänden in Europa. Fahrgäste, die mit Bus und Bahn in Berlin und Brandenburg unterwegs sind, erleben einen einheitlichen, kundenorientierten Nahverkehr mit aufeinander abgestimmten

Fahrplänen, vielfältigen Verkehrsanbindungen, einem Tarif und einer umfassenden Fahrgastinformation.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	7%	7%	12%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	6%	6%	8%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	181%	179%	195%
Zinsaufwandquote	0	0	0
Liquidität 3. Grades	105%	105%	113%
Cashflow	-14 T€	-562 T€	193 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus
Umsatz	684 T€	1.157 T€	806 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 T€	0 T€	0 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	38%	39%	44%
Anzahl der Mitarbeiter	93	94	101

Lagebericht der Gesellschaft

Das Jahr 2013 war für die VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH ein arbeitsreiches Geschäftsjahr, welches von fachlichen Erfolgen für den länderübergreifenden Verkehrsmarkt geprägt war. In Zusammenarbeit mit den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen wurden wichtige Erfolge erzielt, dabei hervorzuheben sind:

- die fristgerechte Umsetzung der beschlossenen Tarifierung 2013
- die Unterzeichnung des neuen Trilateralen Einnahmevertrages zwischen BVG

AöR, S-Bahn Berlin GmbH und DB Regio AG

- die erfolgreiche Einführung der VBB-fahrCard (2013: rund 330.000 Stück im Markt)
- die Einbindung der Routenplanung für öffentliche Verkehrsmittel des Verbundgebietes in Google Maps Transit
- der Abschluss des Teilnahmewettbewerbes für die Vergabe des Teilnetzes Ring der Berliner S-Bahn
- die Vorbereitung und Durchführung von Vergabeverfahren im Schienenpersonen-Nahverkehr (SPNV) mit einem Volumen von rund 30 Millionen Zugkilometern pro Jahr
- die Konzeption, Abstimmung und Umsetzung der SPNV-Fahrplanwechsel im Juni und Dezember 2013 sowie die Unterstützung bei den Fahrplanänderungen im übrigen ÖPNV.

Darüber hinaus konnten wesentliche Voraussetzungen für die Einführung eines verbundweiten Handy-Tickets im Februar 2014 geschaffen werden.

2013 wurden erstmals mehr als 1,3 Milliarden Fahrgäste in Berlin und Brandenburg verzeichnet. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stiegen die Fahrgeldeinnahmen um rund sechs Prozentpunkte, das entspricht einer Summe von rund 46 Millionen Euro. In den letzten 15 Jahren seit Bestehen des Verkehrsverbundes sind die Fahrgastzahlen um insgesamt 260 Millionen gestiegen, das entspricht einer Steigerung um insgesamt 25 Prozent.

Im Jahr 2013 gab es eine sehr gute Einnahmenentwicklung im Verbundraum, die in dieser Größenordnung bemerkenswert ist: Trotz Tarifierpassung von 2,8 Prozent zum 1. August 2013 war ein Einnahmewachstum von rund sechs Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen.

Der in den vergangenen Jahren bereits abzusehende Trend bei den Fahrausweiserlösen in Richtung zu Abonnementverkäufen in verschiedenen Ausprägungen setzte sich weiter fort, nicht nur in Berlin, sondern auch in den kreisfreien Städten und sogar in den Städten mit Stadtlinienverkehr sowie den Flächenlandkreisen.

Zum Tarifwechsel wurde eine überarbeitete VBB-Tarifdatenbank an die Verkehrsunternehmen und deren Lieferantenfirmen für die Vertriebstechnik ausgeliefert.

Seit September 2013 ist das gesamte Angebot der Busse und Bahnen des Verbundgebietes in Google Maps Transit (Googles Routenplanung für öffentliche Verkehrsmittel) verfügbar. Die Nachfragezahlen für dieses Informationsangebot waren von Beginn an so groß, dass der VBB auf Anhieb einen Platz unter den ersten 11 ÖPNV-Regionen im weltweiten Vergleich belegen konnte.

Zum Fahrplanwechsel im Dezember 2013 gab es im elektronischen VBB-Fahrplanauskunftsservice für die Nutzer eine Reihe von Neuerungen. Insbesondere für mobile Endgeräte (Smartphones, Tablet-PCs) wurde das Informationsangebot ausgeweitet.

Die Integration eines verbundweiten Handy-Tickets (HandyTicket Deutschland) in die VBB-Fahrinfo sowie die Anbindung des Touch&Travel-Systems in die bestehenden Smartphone-Anwendungen für iOS und Android wurde 2013 maßgeblich vorangetrieben, die Umsetzung wird im Frühjahr 2014 erfolgt sein.

Der neue, sogenannte Trilaterale Einnahmenaufteilungsvertrag zwischen der BVG AöR, der S-Bahn Berlin GmbH und der DB Regio AG wurde nach Freigabe durch die Länder Berlin und Brandenburg und die zuständigen Gremien der drei Verkehrsunternehmen unterzeichnet. Er gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2013 bis zum Fahrplanwechsel 2017.

Die VBB GmbH hat gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen ein Verfahren zur Korrektur der S-Bahn-Daten aus der Verkehrserhebung 2010 entwickelt.

Mit der Korrektur soll gewährleistet werden, dass die Einnahmenaufteilung der Jahre 2010 bis 2012 nicht durch Sondereffekte aus der S-Bahn-Krise 2010 verzerrt wird. Die Einnahmenaufteilungen für die Jahre 2010 und 2011 sollen 2014, die Einnahmenaufteilung für das Jahr 2012 im Jahr 2015 abgeschlossen werden.

Zur Verkehrserhebung 2013 konnte die Feldarbeit im November 2013 bei allen Verkehrsunternehmen abgeschlossen werden. Lediglich bei der BVG sind für das Frühjahr 2014 baustellenbedingt noch Zweiterhebungen geplant.

Die langjährige Tendenz zunehmender Kundenkontakte im VBB-Infocenter war ungebrochen. Die Zahl der beantworteten Kundenschriften hat im Jahr 2013 einen erneuten Höchststand erreicht: Es wurden pro Monat durchschnittlich fast 500 schriftliche Kundenanliegen bearbeitet. Dies entspricht einer Zunahme von 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Im November 2013 wurde das Handbuch „Nahverkehr und Tourismus“ in aktualisierter Form vorgestellt. Das Handbuch wurde in Kooperation zwischen der VBB GmbH, der Industrie- und Handelskammer des Landes Brandenburg, der TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH, dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft sowie dem Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg erarbeitet.

Geschäftsbetrieb der VBB GmbH

Mittelzuflüsse

Positionen	2011 T€	Anteile in %	2012 T€	Anteile in %	2013 T€	Anteile in %
Gesellschafterbeiträge	6.956	53	6.829	52	6.855	50
Gesellschafterbeiträge Center	2.587	20	2.877	22	3.305	24
Umsatzerlöse / sonstige betriebliche Erträge	1.435	11	1.989	15	1.478	11
Akquiseprojekte	957	7	783	6	1.496	11
Einnahmen aus Kooperationen	1.126	9	596	5	492	4
Gesamt	13.061		13.074		13.626	

Die Mittelzuflüsse umfassen alle Erträge im Rahmen des Wirtschaftsplanes und der zusätzlichen Forschungsprojekte.

Finanzlage

Die Kapitalstruktur der VBB GmbH ist von einem stabilen hohen Anteil an Gesellschaftermitteln gekennzeichnet. Das Fremdkapital ist jeweils durch die ausgewiesenen liquiden Mittel finanziert. Die Bilanzpositionen auf der Passivseite entwickeln sich wie folgt:

Kapitalposition	2011 T€	Anteil in %	2012 T€	Anteil in %	2013 T€	Anteil in %
Eigenkapital	324	6	324	6	324	8
- Stammkapital	324	6	324	6	324	8
Fremdkapital	5.034	94	5.090	94	3.966	92
- Sonderposten *)	375	7	386	7	485	11
- Rückstellungen	1.283	24	1.073	20	1.135	26
- Erhaltene Anzahlungen	934	18	1.206	22	157	4
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	124	2	571	11	402	9
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.246	23	1.262	23	1.445	34
- sonstige Verbindlichkeiten	1.072	20	592	11	312	7
- Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	30	1

*) Die passiven Sonderposten nehmen eine Sonderstellung ein. Die hier ausgewiesenen Sonderposten aus Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens stellen einen Korrekturposten zum Anlagevermögen und damit kein frei verfügbares Kapital für die Gesellschaft dar. Sie sind dementsprechend nicht dem Eigenkapital zuzurechnen.

Investitionsstruktur

Im Geschäftsjahr 2013 wurden Investitionen in Höhe von insgesamt 216,0 T€ getätigt, davon 10,0 T€ in Lizenzen und ähnliche Rechte, 78,3 T€ in die EDV-Hard- und Software sowie 127,7 T€ in die Büro- und Geschäftsausstattung und Sonstiges.

Vermögenslage

Die wichtigsten Bilanzpositionen entwickelten sich wie folgt:

Vermögenspositionen	2011 T€	2012 T€	2013 T€
Bilanzsumme	5.357,8	5.413,7	4.289,6
Klassische Gesellschafterbeiträge	6.956,4	6.828,6	6.855,0
Anlagevermögen	385,1	395,7	494,9
Kundenforderungen	208,8	454,3	111,9
Liquide Mittel	3.465,1	2.902,8	3.096,3

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Der Aufsichtsrat hatte am 14. März 2013 den Wirtschaftsplan 2014 beschlossen. Somit besteht kurzfristig Planungssicherheit für die finanzielle Grundausstattung der VBB GmbH. Im Zuge der vom Land Berlin angestoßenen Mitteldiskussion haben sich die Gesellschafter der VBB GmbH darauf verständigt, Struktur und Aufgaben der VBB GmbH zu analysieren und bis Oktober 2014 kurz- und mittelfristige Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Auswirkungen auf die Finanzierung der VBB GmbH sind somit für 2015 und die Folgejahre derzeit nicht auszuschließen. Die Gesellschaft versteht diesen Prozess jedoch nicht nur als Risiko sondern auch als Chance, ihr Aufgabenprofil neu zu schärfen. Sie geht heute davon aus, dass nach Abschluss der Aufgabendiskussion auch die mittel- und langfristige Planungssicherheit wieder gegeben sein wird.

Bei der VBB-Fahrinfo wird es 2014 eine Reihe von Neuerungen geben, so insbesondere die Integration eines verbundweiten Handy-Tickets (Handyticket Deutschland) sowie die Anbindung des bestehenden Touch&Travel-Systems in die bestehenden Smartphone-Anwendungen für iOS und Android, die Einführung von Fahrinfo-Apps für Flachrechner („Tablets“) sowie die Einführung einer „Live“-Kartenansicht mit den aktuellen Fahrten aller Verkehrsmittel und -unternehmen verbundweit, inklusive entsprechender Pünktlichkeitsprognosen. Der im Netz zur Verfügung stehende Tarifratgeber soll weiter verbessert werden.

Neben der Durchführung einer internen Aufgaben- und Strukturanalyse in Verbindung mit der Ableitung kurz- und mittelfristiger Handlungsempfehlungen, bilden folgende Themen die Schwerpunkte in 2014:

- Abschluss der Verkehrserhebung 2010 und Abrechnung der Jahre 2010 bis 2011
- Abschluss des Vergabeverfahrens für das Teilnetz Ring der Berliner S-Bahn
- Weiterentwicklung der elektronischen Medien
- Fortentwicklung der Fahrgastinformation in Berlin und Brandenburg zu einem einheitlichen Auskunftssystem, einschließlich Handyticketing
- Bereitstellung eines intermodalen Routenplaners als Grundlage für einen Mobilitätsservice für öffentliche Verkehrsmittel, für Radverkehrs-, Carsharing- und Bikesharing-Angebote im Verbundgebiet
- Kontinuierliche Verbesserung der Qualität des ÖPNV in den Ländern Berlin und Brandenburg
- Weiterentwicklung des nunmehr 15 Jahre alten gemeinsamen VBB-Tarifs in Berlin und Brandenburg mit Schwerpunkten unter anderem bei den Schülerinnen und Schülern

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)

Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	385	396	495
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	21	45	55
II. Sachanlagen	364	351	439
B. Umlaufvermögen	4.914	4.943	3.732
I. Vorräte	837	1.097	165
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	612	943	471
III. Kassenbestand, Guthaben	3.465	2.903	3.096
C. Rechnungsabgrenzungsposten	59	75	63
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	324	324	324
I. Gezeichnetes Kapital	324	324	324
II. Zur Durchführung d. beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	0	0	0
B. SoPo für Investitionszuschüsse	25	31	26
C. Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des AV	350	355	458
D. Rückstellungen	1.283	1.073	1.135
E. Verbindlichkeiten	3.376	3.631	2.316
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	30
Bilanzsumme	5.358	5.414	4.290

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)

GuV	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	684	1.157	806
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	274	273	-937
2. Erträge aus Gesellschafterbeiträgen	8.234	8.310	8.626
3. Sonstige betriebliche Erträge	3.272	2.777	4.100
4. Materialaufwand	-531	-902	-655
5. Personalaufwand	-4.783	-4.917	-5.506
6. Abschreibungen	-144	-152	-116
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-7.071	-6.589	-6.331
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	83	62	41
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-17	-18	-26
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,8	0,6	1,1
11. Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
11. Sonstige Steuern	-0,8	-0,6	-1,1
12. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

III.3.4 HWG Havelländische Wasser GmbH

Geschäftsbereich

Dienstleistungen

Firmensitz

Schlaatzweg 1 A

14473 Potsdam

Tel.: 0331/27 75 0

Fax: 0331/27 75 106

e-mail: info@hwg-potsdam.de

Gründung

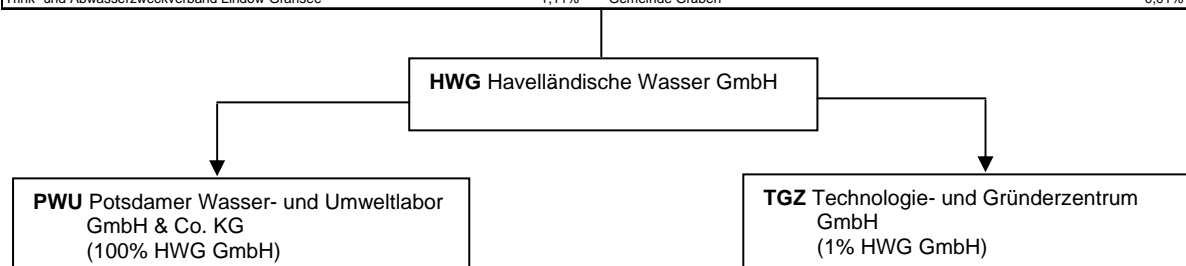
Die HWG Havelländische Wasser GmbH (HWG GmbH) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 10.11.1993 gegründet und nahm zum 01.07.1994 ihren Geschäftsbetrieb auf. Die HWG GmbH ist im Handelsregister unter HRB 6874 beim Amtsgericht Potsdam eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 260.000,00 €

Das Stammkapital wurde zum 31. Dezember 2013 unverändert von folgenden Gesellschaftern gehalten:

Landeshauptstadt Potsdam	17,80%	Zweckverband Fließtal	1,06%
Stadt Brandenburg an der Havel	13,34%	Wasser- und Abwasser Blankenfelde Mahlow	1,01%
OWA Osthavelländische Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung	11,58%	Stadt Beelitz	0,90%
MAWV Märkischer Wasser- und Abwasserzweckverband	6,28%	Stadt Belzig	0,68%
Zweckverband Rathenow	4,46%	Gemeinde Schönefeld	0,65%
Zweckverband "Der Teltow"	3,42%	Wasser- und Abwasserzweckverband Emster	0,63%
HWG Havelländische Wasser GmbH	3,39%	Gemeinde Schwielowsee	0,62%
Stadt Luckenwalde	3,22%	Stadt Rheinsberg	0,61%
Stadt Oranienburg	3,21%	Wasser- und Abwasser Nieplitztal	0,56%
Stadtwerke Neuruppin GmbH	3,08%	Wasser- und Abwasser Hohenseefeld	0,52%
Zweckverband Havelland	2,83%	Gemeinde Glienicke Nordbahn	0,48%
WARL Wasser- und Abwasserzweckverband Region Ludwigfelde	2,50%	Wasser- und Abwasser Fürstenberger Seengebiet	0,41%
Verband Jüterbog	2,14%	Stadt Ziesar	0,28%
Zweckverband Werder Havelland	2,08%	Stadt Mittenwalde	0,21%
Zweckverband Pritzwalk	2,06%	Trink- und Abwasserzweckverband Ziesar	0,17%
Zweckverband Komplexsanierung Mittlerer Süden	1,52%	Gemeinde Wusterwitz	0,13%
Wasser- und Abwasser Dosse	1,43%	Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Baruther Urstromtal	0,13%
Stadt Hohen Neuendorf	1,33%	Gemeinde Havelsee	0,11%
Stadt Zehdenick	1,32%	Gemeinde Nuthe-Urstromtal	0,10%
Wasser- und Abwasser Mittelgraben	1,32%	Gemeinde Gumtow	0,08%
Wasserversorgungsverband Hoher Fläming	1,19%	Trink- und Abwasserzweckverband Freies Havelbruch	0,04%
Trink- und Abwasserzweckverband Lindow-Gransee	1,11%	Gemeinde Gräben	0,01%



Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 18. Dezember 2009 mit letzter Änderung vom 25. August 2011.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Kerstin-Heike Jäger (bis 31.12.2013)

Michael Kalisch (ab 01.01.2014)

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist der Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, Herr Steffen Scheller.

Im Berichtsjahr fanden drei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat bestand im Geschäftsjahr 2013 aus folgenden Mitgliedern:

Aufsichtsrat 2013	
Als Mitglieder des Aufsichtsrates waren bestellt:	
Herr Steffen Scheller	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel (Vorsitzender bis 20.12.2013)
Herr Dipl.-Ing. Günter Fredrich	Geschäftsführer der Osthavelländischen Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH (Vorsitzender ab 20.12.2013)
Herr Hans-Reiner Aethner	Verbandsvorsteher des Zweckverbandes WARL (Mitglied bis 20.12.2013)
Herr Thomas Schenke	Bereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen, Landeshauptstadt Potsdam
Herr Dr. Udo Haase	Vorsitzender der Versammlung des Märkischer Abwasser- und Wasserzweckverband, Königs Wusterhausen und Bürgermeister der Gemeinde Schönefeld
Herr Martin Rahn	Vertreter Zweckverband "Der Teltow" (Mitglied bis 20.12.2013)
Frau Bärbel Gärtner	Geschäftsführerin WAZV Werder-Havelland (Mitglied und stellvertretende Vorsitzende ab 20.12.2013)
Herr Felix von Streit	Geschäftsführer der MWA GmbH i.A. des Zweckverbandes "Der Teltow/Mittelgraben" (Mitglied ab 20.12.2013)
Herr Ingo Reinelt	Amtsleiter der Stadt Luckenwalde (Mitglied ab 20.12.2013)

Der Aufsichtsrat traf im Geschäftsjahr 2013 zu acht Sitzungen zusammen.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Betrieben und Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und –behandlung für Dritte auf Grund von Betreiberverträgen oder Dienstleistungsverträgen. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte zu tätigen sowie alle Geschäfte, die damit mittelbar oder unmittelbar im Zusammenhang stehen, insbesondere Rechte und andere Gegenstände zu erwerben, zu nutzen, zu übertragen und zu veräußern sowie Grundeigentum und Rechte an Grundstücken zu erwerben, zu veräußern und daran Grundpfandrechte zu bestellen, Grundstücke, Räume oder andere Gegenstände zu bestellen, Grundstücke, Räume oder andere Gegenstände oder Rechte zu pachten, zu verpachten, zu mieten bzw. Leasingverträge abzuschließen.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs.1 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) erfüllt die Gemeinde in ihrem Gebiet alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserableitung und -behandlung. Diese wird konkretisiert durch § 59 bzw. § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. In der Stadt Brandenburg an der Havel bedient sich die Stadt zur Erfüllung dieser Aufgaben der BRAWAG. Insoweit nimmt sie im Rahmen der HWG GmbH lediglich Aufgaben der Vermögensverwaltung wahr.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	64%	57%	50%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	92%	97%	96%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	143%	169%	194%
Zinsaufwandquote	1,9%	4,7%	3,1%
Liquidität 3. Grades	440%	1365%	1334%
Cashflow	36 T€	513 T€	201 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-0,8%	6,8%	-3,8%
Umsatz	625 T€	406 T€	416 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-53 T€	490 T€	-243 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	40%	23%	47%
Anzahl der Mitarbeiter	5	4	5

Lagebericht der Gesellschaft

Die Geschäftstätigkeit des Unternehmens beschränkt sich derzeit auf:

- das Halten und Verwalten der Finanzanlagen und Immobilien
- die Vermietung von Büro- und Gewerberäumen und Gewerbeflächen aus dem eigenen Grundbesitz in Potsdam, Nauen, Neuruppin, Premnitz, Staaken und Wusterwitz
- der Verpachtung des Ferien- und Schulungszentrums Süderhaus, Neuen-
dorf/Hiddensee
- Erbringung von Dienstleistungen im Personal- und administrativen Bereich

Der eigentliche Gesellschaftszweck der HWG Havelländische Wasser GmbH, das Erbringen von Dienstleistungen im wasserwirtschaftlichen Bereich, wird bereits seit Jahren nicht mehr

verfolgt. Diese kommunale Aufgabe wird in näherer räumlicher Umgebung der Gesellschaft durchweg von Eigenbetrieben, Betriebsgesellschaften und Zweckverbänden durchgeführt.

Die Geschäftstätigkeit der HWG beschränkte sich wie im Vorjahr auf das Halten und Verwalten der Finanzanlagen (Holdingfunktion) einschließlich der entsprechenden Geschäftsführungstätigkeiten. Weiterhin werden die Objekte Potsdam, Premnitz, Staaken und Neuruppin vermietet sowie Geschäftsführungs- und weitere Dienstleistungen erbracht. Die Firmenimmobilie auf Hiddensee ist derzeit langfristig verpachtet, das Objekt Nauen wird über einen Mietkaufvertrag zum 02.01.2016 verwertet.

Zum 31.12.2013 werden unter den Finanzanlagen ausschließlich Anteile an der PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH & Co. KG sowie eine Beteiligung am TGZ Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH ausgewiesen.

Die Umstrukturierungsmaßnahmen der HWG-Firmengruppe mit dem Ziel der Vereinfachung der Strukturen und der Reduzierung der laufenden Kosten sind in den vergangenen Geschäftsjahren weitgehend abgeschlossen worden.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -243 T€ (2012: 490 T€). Das außerordentlich positive Ergebnis des Vorjahres, welches letztmalig auf die abgeschlossenen gesellschaftsrechtlichen Umstrukturierungen aus Verschmelzungen bzw. Anwachsungen von Tochtergesellschaften auf die HWG GmbH zurückzuführen war, konnte nicht wiederholt werden.

Der bereits seit Jahren drohende Verlust aus dem operativen Geschäft wird im Geschäftsjahr 2013 durch die außergewöhnlich hohen Erträge aus Beteiligungen (212 T€) teilweise verdeckt. Einmalige Effekte in Form von Sonderabschreibungen in Höhe von 291 T€ verursachen in diesem Jahr einen Jahresfehlbetrag.

Die Umsatzerlöse stiegen im Berichtszeitraum von 406 T€ im Jahr 2012 auf 416 T€ leicht an. Dies ist auf einen leicht erhöhten Umsatz im Bereich Archivierungsleistungen sowie auf zwei neue Mietverträge in der Immobilie Potsdam zurückzuführen.

Der Materialaufwand sank von 203 T€ im Vorjahr auf 184 T€. Der Grund darin findet sich trotz leicht erhöhten Aufwendungen für Strom, Wärme und Wasser in geringeren Aufwendungen für Fremdleistungen.

Die Abschreibungen stiegen bedingt durch die Abwertung der Immobilien Premnitz und Wusterwitz von 173 T€ in 2012 auf 456 T€ außerplanmäßig an. Der Werteverzehr beim Anlagevermögen setzt sich unvermindert weiter fort.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Personalaufwendungen jedoch deutlich angestiegen. Betrag der Personalaufwand 2012 noch 92 T€, wurden 2013 196 T€ für Gehälter verwendet. Der Anstieg resultiert aus der Einstellung eines Mitarbeiters der Geschäftsführung zum Jahresbeginn, aus der Beschäftigung der Buchhalterin über das gesamte Geschäftsjahr (im Vorjahr nur mit zwei Monaten Beschäftigung in den Gehaltsaufwendungen enthalten) sowie aus einer generellen Lohnerhöhung von 3%. Im Monat Dezember wurde die Belegschaft kurzfristig durch eine Assistenz der Geschäftsführung verstärkt.

Finanzlage

Die Gesellschaft weist unverändert eine sichere Finanzlage aus. Die Vermögenslage ist solide und das Unternehmen ist nicht auf Kredite angewiesen. Aufgrund nicht getätigter Investitionen in den Vorjahren verfügt das Unternehmen über einen hohen Finanzmittelbestand, welcher zum Ende des Geschäftsjahres 2.598 T€ (2012: 2.507 T€) beträgt. Im Geschäftsjahr 2013 wurde nur sehr geringfügig in die Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert, insgesamt weniger als 1 T€.

Der Finanzmittelbestand reicht aus, um die Verbindlichkeiten und Rückstellungen jederzeit ausgleichen zu können. Die Geschäftsführung sieht derzeit die Zahlungsfähigkeit nicht gefährdet.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber 2012 um 206 T€ auf 6.734 T€. Die Reduzierung der Bilanzsumme resultiert auf der Aktivseite zum großen Teil aus den Sonderabschreibungen von Gebäuden und Grundstücken aus dem Anlagevermögen.

Durch die geplante Veräußerung der Immobilien Staaken, Wusterwitz und Premnitz wurden diese Vermögensgegenstände vom Anlagevermögen in das Umlaufvermögen umgegliedert. Aus diesem Grund ergibt sich im Gliederungspunkt Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten eine Differenz von 726 T€ zum Vorjahr.

Vor dem Hintergrund der Sanierung der Immobilie Potsdam wurden bereits erbrachte Planungsleistungen in Höhe von 93 T€ als geleistete Anzahlungen in das Anlagevermögen aufgenommen. Das Anlagevermögen macht im laufenden Geschäftsjahr 49% der Bilanzsumme aus (2012: 58%).

Auf der Passivseite verringern ein geringerer Verlustvortrag (-5.473 T€ im Jahr 2012 gegenüber -4.983 T€ im Jahr 2013) in Verbindung mit der Höhe des Jahresergebnisses von -243 T€ (2012: 490 T€) die Höhe der Bilanzsumme.

Der große Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (101 T€ gegenüber 43 T€ im Vorjahr) resultiert aus der zum 31.12.2013 ausstehenden Rechnung für Planungsleistungen zur Sanierung der Firmenimmobilie in Potsdam.

Bis zum 31.12.2013 wurden vortragsfähige Verluste in Höhe von 4.983 T€ aufgebaut. Diese Verluste entstanden in der Vergangenheit durch Abschreibungen von Finanzanlagen, Wertberichtigungen von Forderungen gegen verbundene Unternehmen sowie für außerplanmäßige Abschreibungen von Sachanlagevermögen (Gebäude und Grundstücke).

Die langfristigen Vermögensgegenstände sind unverändert langfristig finanziert.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Ohne grundlegende Änderungen in Struktur und Ausrichtung des Unternehmens wird es nicht möglich sein, nachhaltig Erträge zu generieren, denn die Gewinnabführung der PWU GmbH & Co. KG kann nicht dauerhaft die Verluste aus der Vermietung kompensieren.

Für den weiteren Geschäftsverlauf des Unternehmens sind grundlegende Veränderungen geplant und unterliegen derzeit der Entscheidungsfindung. Neben der Verwertung der nicht

betriebsnotwendigen Immobilien Wusterwitz, Premnitz und Staaken unterliegen auch die Immobilien Neuruppin und Neuendorf auf Hiddensee perspektivisch der Verwertung.

Auch eine Sanierung bzw. ein Umbau des Firmengebäudes in Potsdam soll zukünftig die Ertragssituation des Unternehmens weiter stärken. Der geplante Einbau einer neuen Laborinfrastruktur, verbunden mit einer grundlegenden Erneuerung aller Medien und Versorgungseinrichtungen wird einerseits die Vermietungssituation im Hause verbessern und auch dem verbundenen Unternehmen PWU GmbH & Co. KG verbesserte Arbeitsbedingungen schaffen. Seit Anfang 2013 erarbeitet eine Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus Geschäftsführung, Aufsichtsratsmitgliedern und externen Ingenieuren und Planern ein Konzept. Die Planungen umfassten im laufenden Geschäftsjahr bereits eine Grundlagenermittlung sowie eine Kostenschätzung.

Kurz- bis mittelfristig wird weiterhin über die Fortführung der digitalen Archivierungsdienstleistungen entschieden werden müssen, da die diesbezüglichen Einnahmen die Aufwendungen seit langem nicht mehr decken und die dafür verwendete Technik veraltet ist.

Am Standort Neuruppin ist der in den vergangenen Jahren angehäuften Instandhaltungsrückstau durch geeignete und stetig durchzuführende Maßnahmen zu beheben, um auch weiterhin attraktive Bedingungen für die Bestandsmieter sicherstellen zu können.

Risiken

Ein großes Risiko ist der entstandene Instandhaltungs- und Investitionsstau bei den Bestandsimmobilien der Gesellschaft. Die seit mehreren Jahren unterlassenen Arbeiten, insbesondere laufende Wartungsarbeiten an der Haustechnik bei den Objekten Potsdam und Neuruppin gefährden nachhaltig die Attraktivität für Bestandsmieter. Gerade ein Verlust der Vollvermietung am Standort Neuruppin würden die Verluste aus der Vermietung weiter verschärfen. Ausstattung und auch Aussehen der nicht genutzten Büroräume am Standort Potsdam tragen nur bedingt dazu bei, den Leerstand im Gebäude kostendeckend zu verringern. Ebenfalls risikobehaftet ist die verwendete EDV-Technik im Geschäftsfeld der elektronischen Archivierung. Es erfolgt zwar eine jährliche Wartung der Software, eine Regeneration der seit 1998 verwendeten Hardware blieb in den Folgejahren jedoch aus.

Nur die Beteiligungserträge der PWU GmbH & Co. KG ermöglichen derzeit eine Verringerung der operativen Verluste der Gesellschaft. Somit besteht eine Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der PWU GmbH & Co. KG

Chancen

Die Fusion von HWG Havelländische Wasser GmbH, PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH & Co. KG sowie PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor Verwaltungs-GmbH würde zukünftig einen bedeutenden Beitrag zur Reduzierung von Aufwand und Doppelstrukturen beitragen. Nur so wird es möglich sein, in Zukunft wieder Erträge generieren zu können. Die Gesellschaft ist in jedem Falle weiterhin von der Prosperität des verbundenen Unternehmens PWU GmbH & Co KG abhängig.

Eine weitere Chance ist ein grundlegender Strategiewechsel des Unternehmens. Neben der Veräußerung der nicht betriebsnotwendigen Immobilien und der Zusammenlegung der Fir-

mengruppe ist zukünftig auch der Geschäftszweig Archivierung entweder grundlegend zu überarbeiten oder gänzlich abzuschaffen.

Auch ein Umbau des Bestandsgebäudes Potsdam, verbunden mit der Schaffung von neuen Laborräumen für die PWU GmbH & Co. KG sowie der weiteren Schaffung von Bürokapazitäten zur optimalen Ausnutzung der Gebäudesituation, wird eine Vollvermietung der nicht selbst genutzten Flächen möglich machen. Bereits jetzt existiert ein Interessent, welcher kurzfristig mindestens 300 m² Bürofläche über einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren anmieten möchte.

Es muss jedoch an dieser Stelle auf den großen Handlungsbedarf bezüglich Marktausrichtung, Ertragsstruktur und der Entwicklung zukünftiger Unternehmensstrategien hingewiesen werden. Ohne grundlegende Änderungen ist die dauerhafte Erzielung von operativen Gewinnen in der Gesellschaft nicht möglich.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
Aktiva			
Anlagevermögen	4.364	3.983	3.335
Sachanlagen	3.100	2.930	2.283
Finanzanlagen	1.264	1.053	1.052
Umlaufvermögen	2.384	2.894	3.334
Vorräte	0	0	286
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	191	388	450
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.193	2.507	2.598
Rechnungsabgrenzungsposten	2	6	5
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	28	56	59
Passiva			
Eigenkapital	6.237	6.727	6.484
I. Gezeichnetes Kapital	251	251	251
II. Kapitalrücklage	11.459	11.459	11.459
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-5.421	-5.473	-4.983
IV. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	-53	490	-243
Rückstellungen	255	105	93
Verbindlichkeiten	234	63	125
Rechnungsabgrenzungsposten	53	44	32
Bilanzsumme	6.778	6.940	6.734

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2011	2012	2013
1. Umsatzerlöse	625	406	416
2. Sonstige betriebliche Erträge	224	605	130
3. Materialaufwand	-304	-204	-184
4. Personalaufwand	-251	-92	-196
5. Abschreibungen	-176	-173	-456
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-373	-176	-162
7. Erträge aus Beteiligungen	104	114	213
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33	40	22
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-16	-19	-13
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-135	503	-231
12. Außerordentliche Erträge	88	0	0
12. Außerordentliche Aufwendungen = Außerordentliches Ergebnis	88	0	0
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7	0	0
14. Sonstige Steuern	-13	-13	-12
15. Jahresergebnis	-53	490	-243

III.4

Zweckverbände

III.4.1 Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion

Geschäftsbereich

Ausrichtung des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Projektes
„Bundesgartenschau 2015 Havelregion“

Sitz des Zweckverbandes

Fabrikenstr. 11

14727 Premnitz

Tel.: 03386/21 28 00

Fax: 03386/21 28 014

e-mail: erhard.skupch@buga-2015-havelregion.de

Internet: www.buga-2015-havelregion.de

Gründung

Die Satzung des Zweckverbandes und ihre Genehmigung durch das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg wurden im Amtsblatt für Brandenburg am 19. August 2009 veröffentlicht und somit entstand der Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion satzungsgemäß am 20. August 2009.

Mitglieder des Zweckverbandes und Beteiligungsverhältnisse

Stadt Brandenburg an der Havel	40 %
Stadt Rathenow	15 %
Stadt Premnitz	5 %
Amt Rhinow	3 %
Hansestadt Havelberg	4 %
Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG)	33 %

Organe des Zweckverbandes

- *Verbandsvorsteherin*
Dr. Dietlind Tiemann
- *Verbandsvorstand*

Verbandsvorstand 2013

Verbandsvorsteherin	Frau Dr. Dietlind Tiemann (Stadt Brandenburg an der Havel)
stellv. Verbandsvorsteher	Herr Ronald Seeger (Stadt Rathenow)
weitere Mitglieder	Herr Jochen Sander (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Frau Britta Kommesser (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Bernd Poloski (Hansestadt Havelberg)
	Herr Roy Wallenta (Stadt Premnitz)
	Herr Jens Aasmann (Amt Rhinow)

- *Verbandsversammlung*

Die Verbandsversammlung für den Zweckverband setzte sich 2013 wie folgt zusammen:

Verbandsversammlung 2013	
Vorsitzender	Herr Roy Wallenta (Stadt Premnitz)
stellv. Vorsitzender	Herr Bernd Poloski (Hansestadt Havelberg)
weitere Mitglieder	Herr Helmuth-Günter Schwarz (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Herr Hanns-Jürgen Redeker (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Herr Jochen Sander (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Frau Britta Kommesser (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Renè Kretschmar (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Michael Kilian (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Frau Dr. Dietlind Tiemann (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Uwe Klemm (Hansestadt Havelberg)
	Herr Ralf Tebling (Stadt Premnitz)
	Frau Karin Dietze (Stadt Rathenow)
	Herr Hartmut Rubach (Stadt Rathenow)
	Herr Ronald Seeger (Stadt Rathenow)
	Herr Jens Aasmann (Amt Rhinow)
	Frau Sybille Heling (Amt Rhinow)

Im Haushaltsjahr fanden drei Zweckverbandsversammlungen statt. Außerdem fanden 2013 drei Zweckverbandsvorstandssitzungen statt.

Seit dem 01.11.2010 ist Herr Erhard Skupch Geschäftsführer des Zweckverbandes.

Gegenstand

Die Aufgabe des Zweckverbandes ist die Ausrichtung des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Projektes „Bundesgartenschau 2015 Havelregion“.

Öffentlicher Zweck

Nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf ist die Entwicklung der Freizeit- und Erholungsbedingungen eine Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft. Damit erfüllt die Stadt Brandenburg an der Havel durch die Ausrichtung der Bundesgartenschau im Jahr 2015 zusammen mit den anderen beteiligten Kommunen einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2011	2012	2013
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	7,4%	10,4%	8,3%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	63%	0%	0%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 €	649.348 €	730.210 €
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	848%	0%	0%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,2%	0,2%
Liquidität 3. Grades	240%	45%	45%
Cashflow	-306 T€	-932 T€	-48 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-63%	-82%	-5%
Umsatz	0 T€	0 T€	0 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-317 T€	-963 T€	-81 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	39%	47%	40%
Anzahl der Mitarbeiter	7	12	29

Rechenschaftsbericht des Zweckverbandes

Die Stadt Brandenburg an der Havel, die Stadt Rathenow, die Stadt Premnitz, das Amt Rhinow und die Hansestadt Havelberg bildeten zusammen mit der Deutschen Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG) unter dem Namen „Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion“ einen Zweckverband. Der Sitz des Zweckverbandes ist die Stadt Premnitz.

Hierbei soll erstmals in einer zwei Bundesländer umfassenden und flussbegleitenden Bundesgartenschau zwischen den historischen Domstädten Brandenburg an der Havel im Bundesland Brandenburg und Hansestadt Havelberg im Bundesland Sachsen-Anhalt die

einmalige Havellandschaft in eine einzigartige und für Europa unverwechselbare regionale Kultur- und Naturlandschaft weiterentwickelt werden. Die Kommunalstrukturen und die regionale Infrastruktur sollen entwickelt, die ökologisch bedeutenden Bereiche der Havelregion gesichert, die Leistungsfähigkeit des gärtnerischen Berufsstandes dargestellt und die regionale Identität gestärkt werden. Weiterhin soll ein Konzept für die Dauernutzung in der Zeit nach Beendigung der Bundesgartenschau 2015 Havelregion entstehen.

Der Zweckverband wird die Kommunen bei der Herrichtung der für die Veranstaltung Bundesgartenschau 2015 erforderlichen Infrastruktur beratend begleiten und die Flächen rechtzeitig vor der geplanten Veranstaltung Bundesgartenschau 2015 zur Nutzung übernehmen. Auf den Flächen wird der Zweckverband die Veranstaltung Bundesgartenschau vorbereiten und durchführen. Nach Abschluss der Veranstaltung werden die überlassenen Flächen, von temporärer für die Bundesgartenschau erforderlicher Infrastruktur beräumt, den jeweiligen Kommunen zurückgegeben. Der Zweckverband koordiniert in diesem Zusammenhang die Investitionsmaßnahmen zwischen den Kommunen und sichert dadurch eine qualitativ hochwertige BUGA 2015 in der Havelregion.

Der Zweckverband erweiterte seine Geschäftsstelle in Premnitz mit weiteren Büros. Im Haushaltsjahr 2013 wurden die Organisation und die Struktur des Zweckverbandes planmäßig weiterentwickelt und 16 Mitarbeiter entsprechend dem Personalplan neu eingestellt.

Das Ausstellungskonzept des Zweckverbandes zur BUGA 2015 war auch im Jahr 2013 Grundlage für die weitere Qualifizierung und Fortschreibung des Konzeptes und auch Grundlage für die Abstimmungen in den Städten im Hinblick auf die vorgesehenen städtischen Investitionen.

Für die Sicherung der Tätigkeit des Zweckverbandes wurden 2013 wesentliche Beschlüsse gefasst:

- Jahresabschluss 2012
- Entlastung der Hauptverwaltungsbeamtin für das Jahr 2012
- Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013
- Haushaltssicherungskonzept 2013
- Kassenkredit 2013
- Vergabe Temporäre Bauten

Der Zweckverband BUGA 2015 Havelregion wird zur Deckung des Aufwandes in Vorbereitung und Durchführung der BUGA 2015 in der Havelregion Eintrittsgelder erheben. Im Budgetplan des Zweckverbandes sind für die Jahre 2014 und 2015 Umsätze aus dem Verkauf von Eintrittskarten in Höhe von 18.950 T€ (netto) vorgesehen. Bei ca.1.5 Mio. Besuchern, d. h. bei ca. 1,12 Mio. verkauften Tageskarten und ca. 30.000 verkauften Dauerkarten können die geplanten Einnahmen realisiert werden. Im Jahr 2013 fanden die Ausschreibung und Vergabe zur Kartenverkaufssoftware und des Einlasskontrollsystems statt. Der Dauerkarten- und Tageskartenvorverkauf wird im April 2014 starten.

In Vorbereitung der BUGA 2015 Havelregion mit dem strategischen Ziel der Entwicklung und weiteren Profilierung der Havelregion als attraktives Reiseziel wurden die gesetzten Meilensteine für das Haushaltsjahr 2013 erfolgreich umgesetzt.

In der Verwaltung wurde im II. Quartal des Jahres rückwirkend zum 01.01.2013 die Software Pro Doppik eingeführt. Seit diesem Zeitpunkt wird nach den Regeln des kommunalen doppelten Haushalts- und Rechnungswesens gebucht.

Im IT-Bereich wurde ein neuer Instandhaltungs- und Wartungsvertrag abgeschlossen und entsprechend der gestiegenen Mitarbeiterzahl die notwendige Daten- und Sicherheitstechnik je Arbeitsplatz beschafft.

Die Abteilung kaufmännische Administration erweiterte ihren Personalbestand in den Bereichen Finanzbuchhaltung und Ticketing um vier Mitarbeiter. Weiterhin wurden die Leitungspositionen der Abteilungen Marketing, Kaufmännische Administration und Veranstaltung im Laufe des Jahres neu besetzt. Des Weiteren erfolgten jeweils ein Neuzugang im Stab der Geschäftsführung, im Bereich Veranstaltungen und Kultur und im Bereich Marketing sowie neun Zugänge im Bereich gärtnerisch-technische Durchführung und gärtnerische Ausstellung.

Marketing

Im Laufe des Jahres wurden weitere öffentliche Baustellenführungen in den fünf BUGA 2015 Standorten durchgeführt und es wurde über den aktuellen Baufortschritt informiert.

Planmäßig erfolgten die Ausgaben der Zeitschrift BUGA BOTE Nr. 04 bis 06. Durch den Bereich Öffentlichkeitsarbeit wurden 115 Pressemitteilungen herausgegeben. Regelmäßiger Kontakt zu Vertretern der Presse im Rahmen von Pressefrühstück und Interviews stellen ein zielgerichtetes Mittel in der Außenkommunikation dar. Zur BUGA Infotour an allen BUGA Standorten konnten sich Interessierte rund um alle laufenden BUGA-Aktivitäten und Themen informieren. Im Haushaltsjahr wurde weiter an der Umsetzung des Marketingkonzeptes „Regionales Marketing“ gearbeitet.

Weitere Kooperationsverträge wurden abgeschlossen, touristische Unternehmen wurden Partner der BUGA und bekamen das Siegel „Von der BUGA empfohlen“ ausgestellt. Zielstellung bleibt es, Impulse für die touristische Weiterentwicklung in der Region zu setzen und sich gegenseitig bei der Vermarktung zu unterstützen.

Im Bereich des Sponsorings konnten weitere Vertragspartner gewonnen werden. Der Ostdeutsche Sparkassenverband, die Mittelbrandenburgische Sparkasse und die Kreissparkasse Stendal treten gemeinsam als Hauptsponsor der BUGA 2015 auf.

Veranstaltung

Das Veranstaltungskonzept für alle Standorte wurde erarbeitet und den Verantwortlichen aus den beteiligten Kommunen der BUGA Standorte präsentiert. Mit der Planung der Eröffnungsveranstaltung wurde begonnen.

Im Bereich des „Grünen Klassenzimmers“ begann die Planung des detaillierten Veranstaltungsprogrammes, damit im Ergebnis den Bildungsträgern eine Broschüre mit allen Angeboten zur Verfügung gestellt werden kann.

Touristische Infrastruktur

Die Erstellung des Verkehrskonzeptes durch die SPV Spreepark Verkehr GmbH (Berlin) wurde zum Abschluss gebracht. Durch die zwei Bundesländer umfassende BUGA 2015 mit 70 km Entfernung zwischen den Standorten bestehen besondere infrastrukturelle Herausforderungen, die es gemeinsam mit den Trägern des öffentlichen Verkehrs zu lösen gilt (länderübergreifend gültige Bahntickets, erhöhte Taktfrequenzen der Bahn in der Anfahrt der BUGA Standorte, Bedarfsanpassung Busverkehr Rathenow, Stölln, Hansestadt Havelberg etc.).

Die Ausschreibung und Vergabe der Leistung „Schiffsshuttle“ wurde dadurch erschwert, dass anfänglich keine Bewerber Interesse an der Ausführung der Leistung zeigten. Zwischenzeitlich konnte diese Leistung nach Genehmigung durch die Gremien Anfang des Jahres 2014 vergeben werden.

Gärtnerische Durchführung

Planmäßig wurde mit der Ausschreibung der temporären Baumaßnahmen und der gärtnerischen Fachplanung begonnen.

Für Teilbereiche der BUGA Ausstellungsflächen wurde die Planung der Gestaltung und Bepflanzung durch eigene Mitarbeiter des Zweckverbandes vorgenommen anstelle die Leistungen fremd zu vergeben.

Weiterhin fanden erste Bepflanzungen, z. B. die Seerosenpflanzung in Rathenow, statt. Aufgrund des sehr kalten Vorwinters 2012/ 2013 wurde sicherheitshalber der Großteil der für den Herbst 2013 geplanten Pflanzungen in das Frühjahr 2014 verschoben.

Für die Standorte Brandenburg an der Havel und Hansestadt Havelberg wurden Hallenschaukonzepte erarbeitet.

Über die einschlägige Fachpresse wurde mit den gärtnerischen Wettbewerben zu Stauden, Rosen und Grabgestaltungen begonnen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Abstimmung und Begleitung der geplanten Investitionen durch die fünf Kommunen.

Um den Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion mit Liquidität für die Erfüllung der anstehenden Aufgaben auszustatten, wurden entsprechend der genehmigten Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013 in Verbindung mit dem Umlagebeschluss für das Haushaltsjahr 2013 der Verbandsversammlung Umlagen der am Zweckverband beteiligten Kommunen von insgesamt 2.100 T€ veranschlagt, die vollständig eingezahlt wurden.

Das Haushaltsjahr 2013 schließt mit einem Jahresergebnis von rund -81 T€ ab (2012: -963 T€). Damit erhöht sich der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag auf der Aktivseite der Bilanz um das Jahresergebnis 2013. Das gegenüber dem Haushaltsplan deutlich bessere Ergebnis resultiert aus der Verlagerung von Baumaßnahmen (z.B. Packhof in

Brandenburg an der Havel) in das Jahr 2014. Die Personalaufwendungen lagen aufgrund von Verzögerungen bei Neueinstellungen und dem Aussetzen von Lohnzahlungen an langzeitkranke Mitarbeiter ebenso deutlich unter Plan. Bei den Abschreibungen wurde der Planansatz durch die Verschiebung der Dauerkulturenanpflanzungen nach 2014 ebenso unterschritten.

Voraussichtliche Entwicklung des Zweckverbandes

Im Haushaltsjahr 2014 werden die festgesetzten Meilensteine weiter umgesetzt. Die Marke „Bundesgartenschau 2015 Havelregion“ wird schrittweise in der Kommunikation und Wahrnehmung entsprechend Marketingkonzept weiterentwickelt.

Satzungsgemäß werden Umlagen als Zuschuss von den Zweckverbandsmitgliedern des Zweckverbands Bundesgartenschau 2015 Havelregion erhoben, soweit die finanziellen Mittel des Zweckverbandes nicht ausreichen, um seine satzungsgemäßen Aufgaben zu erfüllen, erhoben. Ziel ist es, nach Endabrechnung der Bundesgartenschau 2015 Havelregion die eingezahlten Umlagen an die Verbandsmitglieder des Zweckverbands zurückzuzahlen.

Dem Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion sind derzeit keine gefährdenden Risiken im Hinblick auf die künftige Durchführung der Bundesgartenschau 2015 Havelregion ersichtlich.

Dennoch besteht im Rahmen der folgenden Themen Risikopotenzial, welches erhebliche zusätzliche finanzielle Aufwendungen bzw. Mindererlöse mit sich bringen könnte:

Infrastruktur:

Die in den Haushaltsplänen verbundenen Risiken sind eng mit der Umsetzung von infrastrukturellen Maßnahmen für die BUGA 2015 Havelregion verbunden. Die Aufwendungen für die öffentlichen Verkehre sind im mittelfristigen Haushaltsplan insgesamt mit 1.189.000 € eingestellt. Aus heutiger Sicht bestehen darüber hinaus noch Risiken in Höhe von ca. 300.000 €.

Der Zweckverband steht in Verhandlungen mit den Verkehrsträgern, um geeignete Refinanzierungsmodelle zu besprechen. Der Zweckverband sieht einen wesentlichen Teil der Maßnahmen der Bedarfsanpassung im öffentlichen Verkehr in der Verantwortung der Aufgabenträger. Einige Aufgabenträger signalisieren ihre Bereitschaft, andere wiederum nicht.

Die nicht durch die Bedarfsträger realisierten, aber für den Erfolg der BUGA 2015 erforderlichen Bedarfsanpassungen sind ggf. durch den Zweckverband abzusichern. Hier wird das Risiko gesehen, dass die Aufwendungen für sämtliche Maßnahmen durch den Zweckverband nicht zu leisten wären.

Besuchererwartung:

Die geplante Einnahmeerwartung aus dem Verkauf von Eintrittskarten ist kaufmännisch vorsichtig kalkuliert. Dennoch ist es so, dass diese neuartige regionale BUGA an die Besucher auch besondere Anforderungen stellt. D. h. um die komplette BUGA erleben zu

können sind mehrere Besuche erforderlich. Um hier entsprechende positive Anreize zu schaffen, wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen:

- BUGA-Karte für den einmaligen Besuch aller Standorte – Besuchstage frei wählbar
- Fünf BUGA-Geschichten (Ursprung, Impuls, Weitsicht, Mut, Erkenntnis)
- Alle BUGA-Veranstaltungen inklusive
- Sonderkarten für Reiseveranstalter

Dennoch kann ein Risiko bei eventuell fehlender Akzeptanz dieser besonderen BUGA bei den Menschen in der Region und in Deutschland nicht ausgeschlossen werden.

Vergabe von Aufträgen:

Die gesamte Finanzplanung zur BUGA 2015 Havelregion wurde abschließend 2011 erstellt. Zu diesem Zeitpunkt waren bestimmte Entwicklungen, z. B. Einführung Mindestlöhne, Preisentwicklung Energie/Treibstoffe, nicht konkret erkennbar.

Alle wesentlichen Leistungen zur BUGA 2015 Havelregion werden 2014 ausgeschrieben. Inwieweit die Ausschreibungsergebnisse der aktuellen BUGA-Finanzplanungen entsprechen werden, waren noch nicht absehbar.

Betreibung Lilienthal-Centrum und „Lady Agnes“:

Das Lilienthal Centrum und die „Lady Agnes“ sind heute wichtige Bestandteile der BUGA 2015 Havelregion am Standort Amt Rhinow, OT Stölln. Ursprünglich war nicht klar, ob ein Lilienthal-Centrum entstehen würde. Eigentümer beider Objekte ist ein örtlicher Verein. Der Verein soll und möchte nun 2015 beide Einrichtungen betreiben. Hierzu fehlen aber finanzielle Mittel und Personal. Nach den letzten gemeinsamen Gesprächen im Januar 2014 mit dem zuständigen Jobcenter bestehen Aussichten im Rahmen von entsprechenden Maßnahmen, die personelle Ausstattung 2015 abzusichern.

Der Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion soll zum 31.12.2016 aufgelöst werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine (nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag auf der Aktivseite der Bilanz)
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>Entsprechend der Satzung des Zweckverbandes Bundesgartenschau 2015 Havelregion erhebt der Zweckverband Umlagen zum Ausgleich des nicht durch Gebühren, Entgelte und sonstige Einnahmen gedeckten Finanzbedarf von der Stadt Brandenburg an der Havel, der Stadt Rathenow, der Stadt Premnitz, der Hansestadt Havelberg und dem Amt Rhinow im Verhältnis der Einwohnerzahlen.</p> <p>Zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der Stadt Rathenow, der Stadt Premnitz, der Hansestadt Havelberg und dem Amt Rhinow und der Deutschen Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG) besteht ein Vergabe- und Durchführungsvertrag (DV).</p> <p>Die Personal-Dienstleistungen werden durch die Stadt Brandenburg an der Havel erbracht. Ein separater Vertrag zu den Personaldienstleistungen wurde im Februar 2013 mit der Stadt Brandenburg an der Havel abgeschlossen.</p> <p>Ein weiterer Dienstleistungsvertrag über die Prüfung des Zweckverbandes besteht zwischen dem Zweckverband und dem städtischen Rechnungsprüfungsamt.</p>

Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2011	2012	2013
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	50	122	131
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	13	18	28
II. Sachanlagen	37	104	103
B. Umlaufvermögen	447	399	716
I. Vorräte	0	68	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	197	331	299
III. Kassenbestand, Guthaben	251	0	417
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3	3	2
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	649	730
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	314	0	0
I. Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	631	0	0
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Jahresfehlbetrag	-317	-963	-81
B. Rückstellungen	160	82	93
C. Verbindlichkeiten	26	989	1.424
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	102	62
Bilanzsumme	500	1.173	1.579

Ertragslage des Zweckverbandes

GuV	(Angaben in T€)		
	2011	2012	2013
1. Zuwendungen und allgemeine Umlage	610	620	2.100
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige ordentliche Erträge	4	17	17
4. Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	357
4. Personalaufwendungen	-238	-561	-991
5. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-324	-667	-565
6. Abschreibungen	-11	-31	-40
7. Sonstige ordentliche Aufwendungen	-361	-339	-951
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	4	4
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-6	-5
10. ordentliches Jahresergebnis	-317	-963	-74
11. Außerordentliche Erträge	4	0	0
12. Außerordentliche Aufwendungen	-4	0	-7
13. Außerordentliches Ergebnis	0	0	-7
14. Gesamtüberschuss / Gesamtfehlbetrag	-317	-963	-81

IV. Abkürzungsverzeichnis

ABM:	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AfL:	Arbeit für Langzeitarbeitslose
AG:	Aktiengesellschaft
AHG:	Altschuldenhilfegesetz
APM	Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark
ATZ:	Altersteilzeit
AV:	Anlagevermögen
BA:	Bauabschnitt
BEZ:	Beschäftigungszuschuss
BEGiN:	Brandenburger Existenzgründer im Netzwerk
BfA:	Bundesanstalt für Arbeit
BF:	Betriebsführer
BGA:	Betriebs- und Geschäftsausstattung
BHKW:	Blockheizkraftwerk
BilMoG:	Bilanzmodernisierungsgesetz
BK:	Betriebskosten
BSHG:	Bundessozialhilfegesetz
BT:	Brandenburger Theater
BRZ:	Berechnungszeitraum
CCC:	Cultur- und Congress Centrum Brandenburg an der Havel
CMI:	Case-Mix-Index – Medizinischer Schweregrad
DKB:	Deutsche Kreditbank AG
DMP:	Disease Management Programme
DRG:	Diagnostic-Related-Groups - Fallpauschalensystem
DSD:	Duales System Deutschland
EB:	Eigenbetrieb
EEG:	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EK:	Eigenkapital
ESF:	Europäischer Sozialfonds
EStG:	Einkommensteuergesetz
EuGH:	Europäischer Gerichtshof
FA:	Finanzanlagen
FAG:	Finanzausgleichsgesetz
FAQ's:	„frequently asked questions“ = immer wieder vorkommende Fragen
FBL:	Fachbereichsleiter
FBS:	Förderverein der Brandenburger Symphoniker
GB:	Geschäftsbereich
GE:	Gewerbeeinheiten

GF:	Geschäftsführer/-ung
GLM:	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel
GJ:	Geschäftsjahr
GmbH:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH i.L.:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation
GmbHG:	GmbH-Gesetz
GMF:	Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried
GO:	Gemeindeordnung für das Land Brandenburg
GuV:	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG:	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GzA:	Gemeinnützige zusätzliche Arbeit
HGrG:	Haushaltsgrundsätzegesetz
HH:	Haushalt
HKW:	Heizkraftwerk
HOT:	Hans-Otto-Theater
IAT:	Ingenieurbetrieb für Automatisierungstechnik GmbH
IHK:	Industrie- und Handelskammer
ILB:	Investitionsbank des Landes Brandenburg
InvZulG:	Investitionszulagengesetz
ITS:	Intensiv-Therapiestation
KA:	Konzessionsabgabe
KAV:	Kommunaler Arbeitgeberverband
KGST:	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KHG:	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KG:	Kommanditgesellschaft
KLR:	Kosten- und Leistungsrechnung
KonTraG:	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KoKo:	Kommunalkombi
KStG:	Körperschaftsteuergesetz
KV:	Kassenärztliche Vereinigung
KWK:	Kraft-Wärme-Kopplung
LASA:	Landesagentur für Struktur und Arbeit
LSP:	Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten
L.u.L.:	Lieferungen und Leistungen
LUGV:	Landesamt für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz
LVP:	Leichtstoffverpackungen
MA:	Mitarbeiter
MAE:	Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung

MASGF:	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
MDK:	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MUGV:	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
MWFK:	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
MVZ:	Medizinisches Versorgungszentrum
NV Solo:	Normalvertrag für Solokünstler
NWkm:	Nutzwagenkilometer
OTA:	Operationstechnische Assistenten
ÖPNV:	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPP:	Öffentlich-Private Partnerschaften (PPP – Public Private Partnership)
PPP:	engl.: Public Private Partnership (Öffentlich-Private Partnerschaften)
Pkm:	Personenkilometer
PM:	Landkreis Potsdam-Mittelmark
PV-Anlagen:	Photovoltaik-Anlagen
RAP:	Rechnungsabgrenzungsposten
SAM:	Strukturanpassungsmaßnahme
SGB:	Sozialgesetzbuch
SIREC:	Sicherung und Recycling im Denkmalschutz
SO:	Sonstige Objekte
SoPo:	Sonderposten
SPNV:	Schienenpersonennahverkehr
STG:	Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft
SVV:	Stadtverordnetenversammlung
TASi:	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TIBS:	Technologie- und Innovationsberatungsstelle an der FH Brandenburg
T.IN.A:	Technologie- und Innovations-Agentur
TN:	Teilnehmer
TVK:	Tarifvertrag für Musiker in Kulturorchester
TV-N	Tarifvertrag Nahverkehr Brandenburg
UR:	Urkundenrolle
UmwG:	Umwandlungsgesetz
Ust.:	Umsatzsteuer
UV:	Umlaufvermögen
VbE:	Vollbeschäftigte Einheiten
VKA:	Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände
WBG:	Wohnungsbaugenossenschaft
WE:	Wohneinheiten

V. Erläuterungen

Abschreibungen	Abschreibungen erfassen Wertminderungen der Vermögensgegenstände ergebnismindernd, indem eine erwartete Wertminderung im Voraus auf die entsprechenden Rechnungsperioden verteilt wird (planmäßige Abschreibung), oder eine unerwartete Wertminderung zum Zeitpunkt ihres Eintritts verbucht wird (außerplanmäßige Abschreibung).
Aktiva	Auf der Aktivseite einer Bilanz werden die Gegenstände des Anlagevermögens, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, vor den Gegenständen des nur vorübergehend genutzten Umlaufvermögens ausgewiesen. Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Anhang	Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses bei Kapitalgesellschaften gemäß § 264 Abs. 1 HGB. In ihm sind die einzelnen Positionen der Bilanz und GuV und ggf. ihre Ermittlung zu erläutern.
Anlagenabnutzungsgrad	Kumulierte Abschreiben auf Sachanlagen / Anschaffungs-/ Herstellungskosten der Sachanlagen
Anlagevermögen	Die Gesamtheit der Vermögenselemente, die dazu bestimmt ist, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (gemäß § 247 Abs. 2 HGB) und dem wirtschaftlichen Eigentum des Unternehmens zuzurechnen sind. Sie stehen i.d.R. für mehrere Produktionszyklen zur Verfügung. Den Ausschlag für die Zuordnung eines Gegenstandes zum Anlagevermögen gibt somit seine Zweckbestimmung. Ausgewiesen auf der Aktivseite der Bilanz umfasst es immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen), Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, usw.) und Finanzanlagen (z.B. Beteiligungen).
Aufwendungen	Minderungen des betrieblichen Vermögens innerhalb einer Rechnungsperiode. Aufwendungen sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelabflüsse (z.B. Abschreibungen).
Betriebsergebnis	Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen, die sich aus der eigentlichen Betriebstätigkeit ergeben. Das Betriebsergebnis ist neben dem Finanz- und Außerordentlichen Ergebnis Bestandteil der GuV.
Bilanz	Bestandteil des Jahresabschlusses gemäß § 242 Abs. 1 HGB. Ist die Gegenüberstellung aller Aktiva (Anlage- und Umlaufvermögen) und Passiva (Eigen- und Fremdkapital) eines Unternehmens zu einem bestimmten Stichtag (z.B. Ende eines Geschäftsjahres).
Bilanzgewinn/-verlust	Der Ausweis eines Bilanzgewinns oder -verlustes erfolgt unter dem Eigenkapital nach teilweiser Gewinnverwendung. Er errechnet sich aus dem Jahresüberschuss/-fehlbetrag zuzüglich des Gewinn-/Verlustvortrags und Einstellungen/Entnahmen in bzw. aus Rücklagen.
Eigenkapital (EK)	<p>Zum Eigenkapital rechnen alle von den Eigentümern durch Zuführung von außen oder durch Verzicht auf Gewinnansprüche unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel.</p> <p>Das EK ist Bestandteil der Passivseite. Es setzt sich aus dem gezeichneten Kapital, (Grund-, Stamm-, Nenn- oder Haftungskapital), den Kapital- und Gewinnrücklagen und dem vorgetragenen Bilanzgewinn/-verlust zusammen. Das in der Bilanz ausgewiesene EK gibt den Buchwert des Unternehmens an.</p>

Eigenkapitalquote	Die Eigenkapitalquote errechnet sich aus dem prozentualen Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme eines Unternehmens. Sie beschreibt den Grad der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität der Unternehmung. Im vorliegenden Bericht gibt die Eigenkapitalquote den Anteil des Eigenkapital, einschließlich der Sonderposten, am Gesamtkapital wieder.
Ergebnis (allgemein)	Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen. In der GuV wird unterschieden zwischen dem Betriebs-, dem Finanz- und dem Außerordentlichen Ergebnis. Der Jahresüberschuss/fehlbetrag ist die Summe aller drei Ergebnisse.
Erträge	Mehrungen des betrieblichen Vermögens in einer Rechnungsperiode. Erträge sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelzuflüsse (betrifft z. B. Wertsteigerungen).
Fälle je Vollkraft (Klinikum)	Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger zu durchschnittlicher Vollkräftezahl
Fremdkapital (FK)	Das Fremdkapital wird umgangssprachlich als Schulden bezeichnet und ist auf der Passivseite ausgewiesen. Es setzt sich aus kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten (Banken, Lieferer, sonstige Kapitalgeber ohne Beteiligungsrechte) sowie den Rückstellungen zusammen und steht dem Unternehmen i.d.R. nur befristet und zu einem festen Zinssatz zur Verfügung.
Gesellschafterversammlung	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter). Die Rechte der Gesellschafter insbesondere in Bezug auf die Führung der Geschäfte bestimmen sich nach dem Gesellschaftsvertrag (zzgl. §§ 46 - 51 GmbHG). Zum Aufgabenkreis zählen u.a. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Ergebnisverwendung und die Bestellung des Aufsichtsrates.
Gewinn- und Verlustrechnung	Bestandteil des Jahresabschlusses gemäß § 242 Abs. 1 HGB. Die GuV gibt Auskunft über die Art, Höhe und Quellen der Erfolgskomponenten Aufwand und Ertrag. Als Erfolgsrechnung steht sie in engem Zusammenhang mit der Jahresbilanz. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, erwirtschaftet das Unternehmen einen Jahresüberschuss, der das Eigenkapital steigert. Übersteigen die Aufwendungen die Erträge, entsteht ein Jahresfehlbetrag, der das Eigenkapital verringert.
Gewinnrücklage	Die Gewinnrücklage gehört zu den sog. offenen Rücklagen. Die Gewinnrücklage setzt sich aus Mitteln zusammen, die im Unternehmen, d.h. durch Einbehalten von Teilen des Unternehmensergebnisses, gebildet wurden (§ 272 Abs. 3 HGB).
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	Teil des Jahresergebnisses, der in den Vorjahren weder zur Ausschüttung noch zur Rücklagenzuführung oder auf sonstige Weise verwendet wurde.
Gezeichnetes Kapital	<p>Das Gezeichnete Kapital bildet einen Unterposten zum Eigenkapital in der Bilanz von Kapitalgesellschaften (§ 266 Abs. 3 HGB). Es weist das im Handelsregister eingetragene Haftungs-kapital einer Kapitalgesellschaft aus. Bei der AG (Aktiengesellschaft) wird es als <i>Grundkapital</i> und bei der GmbH als <i>Stammkapital</i> bezeichnet.</p> <p>Das Gezeichnete Kapital ist bei Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, ...) der Maximalbetrag, mit dem die Gesellschafter zum Ausgleich von Verbindlichkeiten und Verlusten herangezogen werden können (beschränkte Haftung), falls die anderen Eigenkapitalanteile (Kapital- und Gewinnrücklage, Gewinnvorträge) aufgebraucht sind. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile</p>

	<p>am Gezeichneten Kapital bestimmt sich auch die Beteiligungsquote.</p>
Handelsbilanz	<p>Ist die nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) zu erstellende Bilanz. Das Vermögen und der Gewinn sind nach kaufmännischer Vorsicht zu ermitteln. Die Adressaten sind die Gesellschafter, Gläubiger und im gewissen Maße die Öffentlichkeit. Sie ist die Grundlage für die Erstellung der Steuerbilanz (Maßgeblichkeit), wobei sich jedoch Regelungen der Steuerbilanz auch wiederum auf die Handelsbilanz auswirken (umgekehrte Maßgeblichkeit).</p>
Holding	<p>Eine Holding ist eine Gesellschaft, die Anteile an anderen Unternehmen erwirbt und verwaltet, wobei im Unterschied zu Kapitalanlage - bzw. Investmentgesellschaften nicht nur Vermögensanlage, sondern auch Kontrolle, Beeinflussung oder Beherrschung der Unternehmen angestrebt wird.</p>
Inventur	<p>Bestandsaufnahme aller Vermögensgegenstände und Schulden durch zählen, messen, wiegen und wertfeststellen. Gemäß §§ 240 und 241 HGB haben jahresabschlusspflichtige Unternehmen jährlich zum Bilanzstichtag eine Inventur durchzuführen.</p>
Investitionen	<p>Sind die Bindung von Kapital in Vermögensgegenständen, um daraus Erträge zu erzielen. Es wird unterschieden zwischen Sach- und Finanzinvestitionen.</p>
Jahresabschluss (JA)	<p>Besteht lt. § 242 Abs. 1 HGB aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Anhang und dem Lagebericht (Gliederung entsprechend §§ 266, 275 HGB). Große Gesellschaften und Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, GmbH & Co. KG) haben die Pflicht zur jährlichen Erstellung. Grundlage sind überwiegend das HGB und die Steuergesetze.</p>
Jahresüberschuss (JÜ)	<p>Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller Aufwendungen und Erträge. Steht am Ende der Gewinnermittlung nach § 275 Abs. 2 oder 3 HGB.</p>
Kapitalrücklage	<p>Die Kapitalrücklage umfasst die einer Kapitalgesellschaft von ihren Gesellschaftern neben dem Nominalkapital von außen zugeführten Eigenkapitalanteile (§ 272 Abs. 2 HGB). GmbH's unterliegen bezüglich der Auflösung ihrer Kapitalrücklage bis auf einige Ausnahmen keinen rechtlichen Bestimmungen.</p>
Lagebericht	<p>Ergänzendes Informationsinstrument des Jahresabschlusses. Inhalte des Lageberichts sind die Darstellung des Geschäftsverlaufs in der Rechnungsperiode und der aktuellen Lage, der zukünftigen Entwicklung sowie der Forschungs- und Entwicklungsbericht des Unternehmens. Lageberichterstattungspflichtig sind alle Kapitalgesellschaften.</p>
Liquidität	<p>Ist die Fähigkeit eines Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (positiver Zahlungsmittelbestand). Diese wird häufig an den Beständen des Vermögens gemessen, die sich innerhalb von unterschiedlichen Zeiträumen in flüssige Mittel umwandeln lassen (Fristigkeit). Dieser Fristigkeit muss immer die Fälligkeit der einzelnen Fremdkapitalpositionen (Verbindlichkeiten) gegenübergestellt werden.</p>
Materialaufwandsquote	<p>Materialaufwand zu Gesamtleistung</p>
Materialaufwand je Fall	<p>Klinikum; Materialaufwand des Jahres zu Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger</p>

Materialintensität	Die Materialintensität (Materialaufwandsquote) gibt den Anteil des Materialaufwands am Umsatz an; Formel: Materialkosten / Umsatz * 100.
Notarielle Beurkundung	Wird bei wichtigen Verträgen vorgenommen, um eine erhöhte Rechtssicherheit für den Inhalt, eine bessere Beweisbarkeit und größere Glaubhaftigkeit zu erhalten. Bei Gesellschaftsverträgen (von Kapitalgesellschaften) und Verträgen, bei denen Immobilien einbezogen sind, ist der Vertrag lt. Gesetz notariell zu beurkunden.
Passiva	Auf der Passivseite der Bilanz wird grundsätzlich das dauernd verfügbare Eigenkapital vor den zu tilgenden Verbindlichkeiten aufgeführt.
Personalaufwandsquote	Personalaufwand / Gesamtleistung
Personalaufwand je Fall	Klinikum; Personalaufwand des Jahres zu Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger
Produktivität	Bezeichnet das Verhältnis zwischen den eingesetzten Produktionsfaktoren (z.B. Arbeit, Kapital: Input) und dem Produktionsergebnis (Output); als Messzahl gibt sie Auskunft über die Effizienz von Produktionsprozessen; Formel: Umsatz / Anzahl Beschäftigter
Prüfung (Jahresabschluss)	Gemäß § 316 HGB sind Jahresabschluss und Lagebericht von Kapitalgesellschaften (sofern sie nicht kleine sind) durch vereidigte Wirtschaftsprüfer zu überprüfen. Prüfungsgegenstand sind unter Einbeziehung der Buchführung die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags oder der Satzung. Der Abschlussprüfer hat über die Ergebnisse schriftlich zu berichten (§ 321 HGB) und das Ergebnis in einem Bestätigungsvermerk zusammenzufassen (§ 322 HGB).
Rücklagen	Zu unterscheiden sind hier im Wesentlichen die offenen und stillen Rücklagen sowie die SoPo (Sonderposten) mit Rücklagenanteil. Zu den offenen Rücklagen zählen die <i>Kapital- und Gewinnrücklagen</i> .
Rückstellungen	Sind Schulden des Unternehmens, die am Bilanzstichtag dem Grunde und/oder der Höhe nach noch nicht konkretisiert sind (§ 249 HGB). Typische Gründe für die Bildung von Rückstellungen sind: ungewisse Verbindlichkeiten, drohende Verluste aus schwebenden Geschäften, Gewährleistungen.
Sachanlagenquote	Sachanlagen / Gesamtvermögen
Sonderposten mit Rücklagenanteil	Sonderposten mit Rücklagenanteil weisen einen Doppelcharakter auf. Einerseits enthält er Rücklagen aus noch nicht versteuertem Gewinn, die nach den Vorschriften der Steuergesetze auszulösen sind (§ 273 HGB). Andererseits können unter dieser Position als Wertberichtigung Beträge ausgewiesen sein, die über die rein handelsrechtlichen Abschreibungen hinausgehen (§ 281 HGB).
Stammeinlage	Ist die von jedem Gründungsgesellschafter einer GmbH zu leistende Einlage auf das Stammkapital (§ 5 GmbHG). Nach dem Verhältnis der übernommenen und später dazu erworbenen Stammeinlagen bestimmt sich der Anteil am Stammkapital und somit auch die Beteiligungsquote.
Stammkapital	Ist das Gezeichnete Kapital und somit das beschränkt haftende Eigenkapital der GmbH. Seine Höhe ist im Gesellschaftsvertrag und in der Satzung festgelegt. Es ist die Summe der von den

	<p>Gesellschaftern bei der Gründung übernommenen Stammeinlagen.</p>
Steuerbilanz	<p>Ist eine um die steuerrechtlichen Vorschriften (EStG, KStG, Richtlinien, ...) korrigierte bzw. ergänzte Handelsbilanz. Ziel ist die Ermittlung des „wahren“ Gewinns, der dem einzigsten Adressaten, dem Finanzamt, als steuerliche Bemessungsgrundlage dient. Aus Gründen der Einfachheit sind in der Praxis, vor allem bei nicht publizitätspflichtigen Unternehmen, Handels- und Steuerbilanz identisch (Einheitsbilanz).</p>
Stille Rücklagen	<p>Stille Rücklagen sind Teile des Eigenkapitals, deren Höhe aus der Bilanz nicht ersichtlich ist. Stille Reserven ergeben sich aus der Differenz zwischen den Buchwerten und den tatsächlich höheren Werten bei den Aktiva bzw. niedrigeren Werten bei den Passiva. Angemessene stille Reserven verleihen dem Unternehmen Widerstandskraft. Dagegen stehen stille Reserven auch im Dienst der Gewinnregulierung → Schwächung des Vertrauens von Gläubigern und Öffentlichkeit.</p>
Überlieger	<p>Klinikum; hierbei handelt es sich um Patienten, deren Behandlung als Fallpauschale in 2009 noch nicht abgeschlossen war.</p>
Umlaufvermögen	<p>Gegenstände des Umlaufvermögens verbleiben in ihrer ursprünglichen oder verarbeiteten Form nur kurze Zeit im Unternehmen. Ausgewiesen auf der Aktivseite der Bilanz werden Vorräte, Forderungen, Wertpapiere und liquide Mittel.</p>
Umsatz	<p>Ist der wertmäßige Ausdruck für die am Markt abgesetzten Produkte. Der Umsatz ist gleich der verkauften/abgesetzten Menge multipliziert mit dem pro Einheit erhaltenen Verkaufs-/Absatzpreis.</p>
Unbundling	<p>VBB; organisatorische Trennung von Netz und Vertrieb in der Strom- und Gasversorgung</p>
Verlustrück(-vor)trag	<p>Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleichs. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraums können mit steuerpflichtigen Gewinnen aus Vorperioden (max. zwei) verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bietet die gesetzlich zulässige Möglichkeit, gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.</p>
Wirtschaftsplan	<p>Er ist ein individuelles Instrument der Unternehmen. Der Wirtschaftsplan ist die gedankliche Vorwegnahme und aktive Gestaltung zukünftiger Ereignisse mit dem Ziel der Reduktion von Unsicherheit. Er stellt i.d.R. die zahlenmäßige Entwicklung des Unternehmens, unter Berücksichtigung des Ist-Zustandes, der individuellen Ziele, der Voraussetzungen und angenommenen Entwicklungen des Umfelds dar. Einbezogen werden die zu erwartenden Erträge und Aufwendungen sowie die geplanten Investitionen und deren Finanzierung.</p> <p>Der Wirtschaftsplan entspringt keiner gesetzlichen Regelung (kann jedoch Grundlage für den Lagebericht sein). Ausnahme bilden die Eigenbetriebe und Beteiligungen der Kommunen. Der Wirtschaftsplan ist Bestandteil des Haushalts und von den Gremien zu genehmigen</p>

Formeln und Definitionen der Kennzahlen

Kennzahl	Formel	Definition der einzelnen Kennziffern
Anlagenintensität	$\frac{AV \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Anlagevermögen</u>: Zum Anlagevermögen gehören nach § 247 Abs. 2 HGB nur die Gegenstände, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; für Kapitalgesellschaften besteht gemäß § 266 Abs. 2 HGB eine detaillierte Aufgliederungspflicht</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: Die Bilanzsumme ist der Betrag, der sich ergibt, wenn in einer Bilanz sämtliche Aktiva (Gesamtvermögen) oder sämtliche Passiva (Gesamtkapital) addiert werden.</p>
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Eigenkapital</u>: § 272 Abs.1-4 HGB (ohne anteilige SOPO) i.V.m. § 266 Abs. 3 HGB, Zum Eigenkapital zählen jene Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden.</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: siehe oben</p>
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	aus Bilanz	Ist das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz, so ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzte Position auf der Aktivseite der Fehlbetrag unter der Bezeichnung "Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag" auszuweisen. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens).
Anlagendeckungsgrad II	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	<p><u>Eigenkapital</u>: siehe oben</p> <p><u>Fremdkapital</u>: Zum Fremdkapital zählen die in der Bilanz ausgewiesenen Schulden der Unternehmung, d.h. Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter gegenüber Dritten, welche der Finanzierung des Unternehmensvermögens dienen und rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind; für Kapitalgesellschaften besteht gemäß § 266 Abs. 3 HGB eine detaillierte Aufgliederungspflicht.</p>

		<p><u>Langfristiges Fremdkapital</u> steht dem Unternehmen länger als 5 Jahre zur Verfügung.</p> <p><u>Anlagevermögen</u>: siehe oben</p>
Zinsaufwandsquote	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	<p><u>Zinsaufwand</u>: Position „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“, § 275 Abs. 2 Nr. 13 HGB</p> <p><u>Umsatz</u>: siehe oben</p>
Liquidität 3. Grades	$\frac{\text{Umlaufverm.} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	<p><u>Umlaufvermögen</u>: Kurz- und mittelfristige Vermögensgegenstände eines Unternehmens; Kassenbestand, Bankguthaben, Forderungen und Vorräte werden im Umlaufvermögen (§ 266 Abs. 2 HGB) erfasst.</p> <p><u>Fremdkapital</u>: siehe oben</p> <p><u>Kurzfristiges Fremdkapital</u>: Zum kurzfristigen Fremdkapital im Sinne dieses Rundschreibens zählen vereinfacht alle Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr gemäß § 266 Abs. 3 HGB i.V.m. § 268 Abs. 5 HGB, die Steuerrückstellungen (§ 266 Abs. 3 HGB), die sonstigen Rückstellungen (§ 266 Abs. 3 HGB) sowie die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (§ 266 Abs. 3 HGB).</p> <p>Als Formel ergibt sich somit:</p> <p>Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr + Steuerrückstellungen + sonstige Rückstellungen + passive Rechnungsabgrenzungsposten = kurzfristiges Fremdkapital</p> <p><u>Verbindlichkeiten</u>: Verbindlichkeiten zählen zu den Schulden und sind im Gegensatz zu den Rückstellungen prinzipiell dem Grunde und der Höhe nach gewiss. Für Verbindlichkeiten besteht gemäß §§ 242 und 246 HGB Passivierungspflicht, sie sind in der Bilanzgliederung von Kapitalgesellschaften im § 266 Abs. 3 HGB unter C der Passivseite aufgeführt.</p>
Cashflow	<p>Jahresergebnis + Abschreibungen + /- Zun./ Abn. der langfristigen Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentliche Erträge = Cashflow</p>	<p>Der Cashflow zeigt den Zahlungsmittelüberschuss der Periode und stellt den um nicht zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen – welche nicht in derselben Periode zu Einnahmen bzw. Ausgaben führen - bereinigten Geschäftserfolg dar.</p> <p>Der Cashflow soll hier lediglich mit Hilfe der sog. „Praktikerformel“ ermittelt werden. Da bei außerordentlichen Aufwendungen/ Erträgen nicht erkennbar ist, in welchem Umfang sie zahlungswirksam sind, werden sie aus Vorsichtsgründen eliminiert.</p>

Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen})}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	<p><u>Jahresüberschuss</u>: § 275 Abs. 2 Nr. 20 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 19 HGB</p> <p><u>Fremdkapitalzinsen</u>: unter § 275 Abs. 2 Nr.13 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 12 HGB</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: siehe oben</p>
Umsatz	aus GuV	§ 275 Abs. 2 Nr. 1 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 1 HGB, § 277 Abs. 1 HGB (Vorschriften zu einzelnen Posten der GuV, Umsatzerlöse)
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	aus GuV	<u>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</u> : siehe oben
Personalaufwandsquote	$\frac{\text{Personalaufw.}}{\text{Umsatz}} \times 100$	<p><u>Personalaufwand</u>: § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB</p> <p>Neben den Löhnen und Gehältern sind in den Personalaufwand die sozialen Abgaben sowie der Aufwand für Altersversorgung einzubeziehen. Bei der Anwendung des Umsatzkostenverfahrens (§ 275 Abs. 3 HGB) ist im Anhang des Jahresabschlusses gemäß § 285 Nr. 8 b HGB der Personalaufwand gegliedert nach § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB anzugeben.</p> <p>Im Konzernanhang ist ebenfalls der Personalaufwand auszuweisen (§ 314 Abs. 1 Nr. 4 HGB).</p> <p><u>Umsatz</u>: siehe oben</p>
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr durchschnittlich beschäftigtes Personal	

Vollständigkeitserklärung zum Jahresabschluss

Kommune: Stadt Brandenburg an der Havel
Der Oberbürgermeister
Altstädtischer Markt 10
14770 Brandenburg an der Havel

Jahresabschluss zum 31.12.2013

Herr Oberbürgermeister Steffen Scheller gibt gegenüber dem Rechnungsprüfungsamt (RPA) der Stadt Brandenburg an der Havel folgende Erklärung ab:

A. Aufklärungen und Nachweise

~~Dem Rechnungsprüfungsamt sind die verlangten und darüber hinaus für eine sorgfältige Prüfung notwendigen Nachweise und Informationen vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen zur Verfügung gestellt worden. *~~

Als Auskunftspersonen werden die nachfolgend aufgeführten Personen benannt:

Herr Detlef Reckow	Kämmerer
Frau Nadin Scheller	FGL 20
Frau Juliane Eggert	SGL Finanzsteuerung
Frau Carolin Gessner	SGL Rechnungswesen
Frau Kathlen Vieweg	TL Anlagenbuchhaltung
Frau Sabine Freund	FGL 21
Frau Annett Krüger	SGL Buchungsservice und zentrale Dienste

B. Bücher und Schriften

1. Es sind alle Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen vollständig. ~~zur Verfügung gestellt worden.*~~ Zu den Unterlagen gehören neben den Büchern der Finanzbuchhaltung insbesondere Verträge und Schriften von besonderer Bedeutung, Arbeits- und Dienstanweisungen sowie Organisationspläne, die zum Verständnis der Buchführung erforderlich sind.
2. In den Unterlagen der Finanzbuchhaltung sind alle Geschäftsvorfälle, die für das oben genannte Haushaltsjahr buchungspflichtig waren, erfasst und belegt.

3. Abrechnungen im Bereich des Rechnungswesens sind
- auf der Grundlage der organisatorischen Vorkehrungen und Kontrollen nur nach den zur Verfügung gestellten Programmen und den aufgezeichneten Bedienungseingriffen bzw. den vorgelegten Dienst- und Arbeitsanweisungen sowie Organisationsunterlagen durchgeführt worden.
 - auf der Grundlage der vertraglichen Vereinbarungen mit fremden Rechenzentren entsprechend den gesetzlichen Anforderungen durchgeführt worden.
4. Es ist sichergestellt, dass im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten und –fristen auch die nicht ausgedruckten Daten jederzeit verfügbar sind und innerhalb angemessener Frist lesbar gemacht werden können, und zwar die Buchungen in kontenmäßiger Ordnung.

C. Jahresabschluss

1. In dem ~~zu prüfenden~~* Jahresabschluss sind alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen und Abgrenzungen berücksichtigt. Sämtliche Aufwendungen und Erträge sowie Einzahlungen und Auszahlungen sind enthalten sowie alle erforderlichen Angaben gemacht.
2. Bewertungserhebliche Umstände nach dem Bilanzstichtag
- haben sich nicht ergeben.
 - sind im Jahresabschluss bereits berücksichtigt.
 - sind mitgeteilt worden.
3. Besondere Umstände, die der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage entgegenstehen könnten
- bestehen nicht.
 - sind im Anhang gesondert aufgeführt.
 - sind in Abschnitt D. angegeben.
 - sind in der Anlage aufgeführt.
4. Eine Übersicht über
- alle Unternehmen, mit denen die Gemeinde im Haushaltsjahr verbunden war,
 - alle Unternehmen, mit denen im Haushaltsjahr ein Beteiligungsverhältnis bestanden hat,
 - alle Sondervermögen der Gemeinde,
 - alle Zweckverbände, in denen die Gemeinde im Haushaltsjahr Mitglied war,
- Zutreffendes bitte ankreuzen.

*siehe Punkt D. Zusätze und Bemerkungen

- alle Anstalten des öffentlichen Rechts, bei denen die Gemeinde Gewährsträger / Mitgewährsträger im Haushaltsjahr war, ist ausgehändigt* erstellt worden.

Ausleihungen, Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber den o.g. Unternehmen, Eigenbetrieben, Zweckverbänden und Anstalten des öffentlichen Rechts bestanden am Abschlussstichtag

- nicht.
 nur in der Höhe, in der sie aus dem Jahresabschluss als solche ersichtlich sind.

5. Verbindlichkeiten entsprechend § 75 BbgKVerf „Sicherheiten und Gewährleistung für Dritte“ bestanden am Abschlussstichtag

- nicht.
 nur in der Höhe, in der sie aus dem Jahresabschluss ersichtlich sind.

Patronatserklärungen, die nicht aus dem Jahresabschluss ersichtlich sind,

- bestanden am Abschlussstichtag nicht.
 sind in der Anlage aufgeführt.

6. Gewährte Vorschüsse, Kredite sowie eingegangene Haftungsverhältnisse bestanden am Abschlussstichtag

- nicht.
 nur in der Höhe, in der sie im Anhang angegeben sind.

7. Rückgabeverpflichtungen für in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände sowie Rücknahmeverpflichtungen für nicht in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände

- bestanden am Abschlussstichtag nicht.
 sind in Abschnitt D. angegeben.
 sind in der Anlage aufgeführt.

8. Derivate Finanzinstrumente (z.B. Swaps, Caps und sonst. Zinssicherungsinstrumente)

- bestanden am Abschlussstichtag nicht.
 sind in den Büchern vollständig erfasst und offen gelegt worden.
 sind in Abschnitt D. angegeben.
 sind in der Anlage aufgeführt.

- Zutreffendes bitte ankreuzen.

*siehe Punkt D. Zusätze und Bemerkungen

9. Verträge, die wegen ihres Gegenstandes, ihrer Dauer, möglicher Vertragsstrafen oder aus anderen Gründen für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gemeinde von Bedeutung sind oder werden können (zum Beispiel Verträge mit Lieferanten, Abnehmern und verbundenen Unternehmen sowie Arbeitsgemeinschafts-, Versorgungs-, Options-, Ausbietungs-, Leasing- und Treuhandverträge),

- bestanden am Abschlussstichtag nicht.
- sind in Abschnitt D. angegeben.
- sind in der Anlage aufgeführt.

Die finanziellen Verpflichtungen aus diesen Verträgen sowie sonstige, wesentliche finanzielle Verpflichtungen sind – soweit sie nicht in der Bilanz erscheinen –

- im Anhang angegeben.
- sind in Abschnitt D. angegeben.
- sind in der Anlage aufgeführt.

10. Rechtsstreitigkeiten und sonstige Auseinandersetzungen, die für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gemeinde von Bedeutung sind,

- lagen am Abschlussstichtag und liegen auch zurzeit nicht vor.
- sind in Abschnitt D. angegeben.
- sind in der Anlage aufgeführt.

11. Störungen oder wesentliche Mängel des Internen Kontrollsystems

- lagen und liegen auch zurzeit nicht vor.
- sind vollständig mitgeteilt.

12. Die Ergebnisse der Beurteilung von Risiken, dass der Jahresabschluss und die Anlagen zum Jahresabschluss wesentliche falsche Angaben aufgrund von Täuschungen und Vermögensschädigungen enthalten könnten, wurden mitgeteilt.

Alle bekannten oder vermuteten, die zu ~~zu~~prüfende* Gemeinde betreffenden Täuschungen und Vermögensschädigungen, insbesondere solche der gesetzlichen Vertreter und anderer Führungskräfte, von Mitarbeitern, denen eine bedeutende Rolle im Internen Kontrollsystem zukommt, und von anderen Personen, deren Täuschungen und Vermögensschädigungen eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht haben könnten,

- sind mitgeteilt.
- sind nicht bekannt.

- Zutreffendes bitte ankreuzen.

*siehe Punkt D. Zusätze und Bemerkungen

Alle von Mitarbeitern, ehemaligen Mitarbeitern, Aufsichtsbehörden oder anderen Personen zugetragenen Behauptungen begangener oder vermuteter Täuschungen und Vermögensschädigungen, die eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss und die Anlagen zum Jahresabschluss haben könnten,

- sind mitgeteilt.
- sind nicht bekannt.

13. Sonstige Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften, die Bedeutung für den Inhalt des Jahresabschlusses oder auf die Darstellung des sich nach § 82 BbgKVerf ergebenden Bildes der Vermögenslage haben könnten,

- bestanden nicht.
- sind vollständig mitgeteilt.

~~14. Der Rechenschaftsbericht enthält auch hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gemeinde wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 59 KomHKV erforderlichen Angaben. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres~~

- ~~haben sich nicht ereignet.~~
- ~~sind im Rechenschaftsbericht angegeben.~~
- ~~sind unter Abschnitt D. angegeben.~~
- ~~sind in der Anlage angegeben.*~~

~~15. Wesentliche Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung, auf die im Rechenschaftsbericht einzugehen ist,~~

- ~~bestehen nicht.~~
- ~~sind im Rechenschaftsbericht vollständig dargestellt.*~~

D. Zusätze und Bemerkungen

Gemäß des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse verzichtet die Stadt Brandenburg an der Havel bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse bis einschließlich für das Haushaltsjahr 2016 auf die Erstellung der in § 1 Abs. 1 Ziffer 1 bis 3 genannten Bestandteile. Zudem verzichtet das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Brandenburg an der Havel auf die Prüfung der o.g. Jahresabschlüsse.

Brandenburg an der Havel, den 25.04.2019



Steffen Scheller
Oberbürgermeister

Zutreffendes bitte ankreuzen.

*siehe Punkt D. Zusätze und Bemerkungen

Bericht über die inzidenten Prüfungen der verkürzten Jahresabschlüsse vom 31.12.2012, 31.12.2013 und 31.12.2014 der Stadt Brandenburg an der Havel zur Vorbereitung der Prüfung des ersten wieder vollständig aufgestellten und zu prüfenden Jahresabschlusses laut dem Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse

Schlussbericht vom:	10.11.2020
Rechtsgrundlagen:	§ 102 Abs. 1 i.V.m. § 101 BbgKVerf i.V.m. dem Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse
Prüfer/in:	Herr Maas, Frau Hennig, Frau Pflug, Frau Schröder, Frau Krellenberg, Frau Leetz, Herr Barfels, Herr Rohloff
Prüfungszeit:	19.06.2018 bis 30.09.2020 mit Unterbrechungen
Eingang der Jahresabschlüsse:	2012 vollständiger Jahresabschluss 21.02.2018 2012 Rücknahme des Abschlusses 01.04.2019 2012 verkürzter Jahresabschluss 21.06.2019 2013 verkürzter Jahresabschluss 01.06.2019 2014 verkürzter Jahresabschluss 14.08.2019

Inhaltsverzeichnis

1.	Jahresabschlüsse 2012, 2013, 2014	7
1.1.	Vorbemerkungen	7
1.1.1	Prüfungsauftrag.....	7
1.1.2	Prüfungsunterlagen und Prüfungsumfang	7
1.1.3	Vorangegangene Prüfung	9
1.2.	Grundsätzliche Feststellungen.....	9
1.3	Systemprüfung.....	9
1.3.1	Rechnungswesen.....	10
1.3.2	Anordnungswesen	10
1.3.3	Buchführung.....	10
2.	Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2012	11
2.1	Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und der Anlagen	11
2.2.	Ergebnisrechnung.....	12
2.2.1	Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	13
2.2.1.1	Steuern und ähnliche Abgaben	13
2.2.1.2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	13
2.2.1.3	Sonstige Transfererträge	14
2.2.1.4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	14
2.2.1.5	Privatrechtliche Leistungsentgelte.....	14
2.2.1.6	Aktivierete Eigenleistungen	14
2.2.1.7	Auflösungserträge aus Sonderposten	14
2.2.2	Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	15
2.2.2.1	Personalaufwendungen.....	15
2.2.2.2	Versorgungsaufwendungen.....	15
2.2.2.3	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15
2.2.2.4	Abschreibungen.....	16
2.2.2.5	Transferaufwendungen.....	16
2.2.2.6	Sonstige ordentliche Aufwendungen	16
2.2.3	Finanzergebnis	16
2.2.3.1	Zinsen und sonstige Finanzerträge	16
2.2.3.2	Zinsen und sonstige Aufwendungen	16
2.2.4	Ordentliches Ergebnis	17
2.2.5	Außerordentliches Ergebnis	17
2.2.6	Gesamtergebnis.....	17
2.3	Finanzrechnung	17
2.3.1	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	20
2.3.2	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	21
2.3.3	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit.....	21

2.3.4	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit.....	22
2.3.5	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit.....	23
2.3.6	Saldo aus Investitionstätigkeit.....	23
2.3.7	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit.....	23
2.3.8	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit.....	23
2.3.9	Saldo aus Finanzierungstätigkeit.....	23
2.3.10	Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres.....	24
2.4	Bilanz.....	24
2.4.1	Vermögenserfassung.....	24
2.4.2	Vermögens- und Finanzlage.....	25
2.4.2.1	Aktiva.....	25
2.4.2.1.1	Immaterielles Vermögen.....	26
2.4.2.1.2	Sachanlagevermögen.....	26
2.4.2.1.3	Finanzanlagevermögen.....	26
2.4.2.1.4	Umlaufvermögen.....	26
2.4.2.1.4.1	Vorräte.....	26
2.4.2.1.4.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände.....	26
2.4.2.1.4.3	Liquide Mittel.....	27
2.4.2.2	Passiva.....	28
2.4.2.2.1	Eigenkapital.....	29
2.4.2.2.2	Sonderposten.....	29
2.4.2.2.3	Rückstellungen.....	29
2.4.2.2.4	Verbindlichkeiten.....	30
2.5	Anlagen.....	31
2.5.1	Anhang.....	31
2.5.2	Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen.....	31
2.5.3	Beteiligungsbericht.....	32
2.6	Ergebnis der Jahresabschlussprüfung.....	32
2.6.1	Fehlbetrag / Überschuss.....	32
2.6.2	Zusammenfassung.....	32
3.	Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2013.....	32
3.1	Ergebnisrechnung.....	32
3.1.1	Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit.....	32
3.1.1.1	Steuern und ähnliche Abgaben.....	32
3.1.1.2	Privatrechtliche Leistungsentgelte.....	33
3.1.1.3	Sonstige ordentliche Erträge.....	33
3.1.1.4	Außerordentliche Erträge.....	33
3.1.2	Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.....	34
3.1.2.1	Personalaufwendungen.....	34

3.1.2.2	Versorgungsaufwendungen.....	34
3.1.2.3	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	35
3.1.2.4	Transferaufwendungen.....	35
3.1.2.5	Sonstige ordentliche Aufwendungen	35
3.1.2.6	Abschreibungen.....	35
3.1.2.7	Außerordentliche Aufwendungen	35
3.2	Finanzrechnung	36
3.2.1	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit.....	36
3.2.2	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit.....	36
3.2.3	Saldo aus Investitionstätigkeit	36
3.3	Anlagen	37
3.3.1	Anhang	37
3.3.2	Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen.....	37
3.3.3	Beteiligungsbericht.....	37
3.4.	Ergebnis der Jahresabschlussprüfung	37
3.4.1	Fehlbetrag / Überschuss	37
3.4.2	Zusammenfassung.....	38
3.4.3	Erklärung des Rechnungsprüfungsamts	38
4	Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014	38
4.1	Ergebnisrechnung.....	38
4.1.1	Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	38
4.1.1.1	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	38
4.1.1.2	Sonstige ordentliche Erträge	38
4.1.1.3	Finanzerträge.....	39
4.1.1.4	Außerordentliche Erträge	39
4.1.2	Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	40
4.1.2.1	Personalaufwendungen.....	40
4.1.2.2	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	40
4.1.2.3	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	40
4.1.2.4	Abschreibungen.....	41
4.1.2.5	Außerordentliche Aufwendungen	41
4.2	Anlagen	41
4.2.1	Anhang	41
4.2.2	Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen.....	42
4.2.3	Beteiligungsbericht.....	42
4.3.	Ergebnis der Jahresabschlussprüfung	42
4.3.1	Fehlbetrag / Überschuss	42
4.3.2	Zusammenfassung.....	42
4.3.3	Erklärung des Rechnungsprüfungsamts.....	42

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Ergebnisrechnung.....	13
Tabelle 2: Finanzrechnung.....	20
Tabelle 3: Aktiva.....	25
Tabelle 4: Passiva.....	28
Tabelle 5: Rückstellungen.....	29

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Plan-Ist-Vergleich der Erträge.....	13
Abbildung 2: Plan-Ist-Vergleich der Aufwendungen.....	15
Abbildung 3: Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.....	20
Abbildung 4: Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.....	21
Abbildung 5: Einzahlungen für Investitionstätigkeit.....	22
Abbildung 6: Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2012.....	23
Abbildung 7: Aktiva.....	25
Abbildung 8: Passiva.....	28

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Afa	Abschreibung für Abnutzung (Abschreibungstabelle für die allgemeinverwendbaren Anlagegüter)
AHK	Anschaffungs- und Herstellungskosten
AO	Abgabenordnung
ARAP	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten
BA	Bauabschnitt
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
BewertL Bbg	Bewertungsleitfaden Brandenburg
BgA	Betrieb gewerblicher Art
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
EB	Eigenbetrieb
EigV	Eigenbetriebsverordnung
EÖB	Eröffnungsbilanz
EstG	Einkommensteuergesetz
Evtl.	eventuell
FG	Fachgruppe
GBH	Geschäftsbuchhaltung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GewStG	Gewerbsteuergesetz
GLM	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWG	Geringwertige Wirtschaftsgüter
HGB	Handelsgesetzbuch
HHJ	Haushaltsjahr
HSK	Haushaltssicherungskonzept
i. H. v.	in Höhe von
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Jahresabschluss
KAG	Kommunalabgabengesetz
KomHKV	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung)
Lfd.	laufend
MIK	Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg (ehemals Ministerium des Innern)
NBest-STBauFR	Nebenbestimmungen für die Förderung städtebaulicher Gesamtmaßnahmen
Nr.	Nummer
PRAP	Passive Rechnungsabgrenzungsposten
RPA	Rechnungsprüfungsamt
SEB	Schwimm- und Erlebnisbad Marienberg
SVV	Stadtverordnetenversammlung
tlw.	teilweise
u.a.	unter anderem
UStG	Umsatzsteuergesetz
VgV	Vergabeverordnung
v.H.	von Hundert
Wobra	Wohnungsbaugesellschaft Brandenburg
z. B	zum Beispiel
ZV Buga	Zweckverband Bundesgartenschau

Hinweis:

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen von +/- einer Einheit (€, Prozent usw.) auftreten.

1. Jahresabschlüsse 2012, 2013, 2014

1.1. Vorbemerkungen

1.1.1 Prüfungsauftrag

Der gesetzliche Prüfungsauftrag ergibt sich aus § 102 Abs. 1 i.V.m. § 101 BbgKVerf.

Dieser Prüfauftrag wurde zwischenzeitlich mit Art. 18 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der gemeindlichen Ebene vom 15.10.2018 beeinflusst. Das Land Brandenburg hatte mit dieser Vorschrift Regelungen geschaffen, die der Entwicklung von Bearbeitungsrückständen bei der Feststellung von Jahresabschlüssen entgegenwirken sollen, die im Zuge der Umstellung des Haushalts- und Rechnungswesens aufgetreten sind. Die Beschleunigung sollte durch den Verzicht auf bestimmte Bestandteile des Jahresabschlusses bei deren Aufstellung erreicht werden. Des Weiteren kann die Prüfung der verkürzten Jahresabschlüsse inzident auf die Prüfung des zuerst wieder vollständig aufzustellenden Jahresabschlusses verlagert werden. Das Gesetz ermöglicht zudem auch eine einzelne Feststellung verkürzter Jahresabschlüsse.

Die Gemeindevertretung hatte einem Verfahren zur Beschleunigung der Aufstellung der Jahresabschlüsse 2012 bis 2016 zugestimmt. Mit entsprechendem Beschluss (Nr. 119/2019) vom 27.03.2019 hatte die SVV von den gesetzlichen Vorgaben Gebrauch gemacht.

Mit Beschluss (Nr. 112/2020) vom 24.06.2020 hatte die Gemeindevertretung zudem den Verzicht auf die Prüfung der verkürzten Jahresabschlüsse des Jahres 2012 bis einschließlich des Jahres 2016 angeregt. Das Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse ist in seiner Gültigkeit bisher auf den 31.12.2020 befristet. Zur Meidung des Wiederauflebens der vollständigen Aufstellung der Jahresabschlüsse und ihrer Prüfung, muss nach dem Beschleunigungsgesetz eine Feststellung der Jahresabschlüsse bis zu diesem Datum erfolgen. Jedoch gestaltete sich die Aufstellung der Jahresabschlüsse schwieriger als erwartet und die noch herrschende Corona-Pandemie wirkte sich ebenfalls durch die ergriffenen Kontaktbeschränkungen auf diese aus, so dass die Aufstellung weit hinter dem Zeitplan aus dem Beschluss Nr. 119/2019 zurückfiel.

Das Rechnungsprüfungsamt hatte sich entschieden, dass dem wesentlichen Ziel der Prüfung eines Jahresabschlusses in Gestalt der Ermöglichung seiner Feststellung am besten entsprochen wird, wenn das Rechnungsprüfungsamt bereits in Vorbereitung des ersten, wieder vollständig aufzustellenden und zu prüfenden Jahresabschlusses in einem reduzierten Umfang eine risikoorientierte Prüfung der einzelnen, vorliegenden (verkürzten) Jahresabschlüsse vornimmt. Deren Zielsetzung liegt in der Fokussierung, ob in diesen Zeiträumen sich wesentliche, mit Auswirkung auf den ersten wieder vollständig aufzustellenden Jahresabschluss ergebende Feststellungen in Bezug auf die gesetzlichen Vorgaben und bei der Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung mit Einfluss auf die jeweils den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bilder der Vermögens-, Finanz- und Ertragslagen der Stadt auftraten. Hiermit wird der Zielsetzung der Stadt, möglichst bald wieder in Bezug auf die Jahresabschlüsse einen rechtskonformen Zustand zu erreichen, am ehesten entsprochen. Denn die Daten und Werte des letzten geprüften Jahresabschlusses bilden die Grundlagen der Weiterführung im nächsten Jahresabschluss.

1.1.2 Prüfungsunterlagen und Prüfungsumfang

Die Prüfung wurde entsprechend den modifizierenden Vorgaben des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse i.V.m. § 104 BbgKVerf durchgeführt und erstreckte sich auf die mit dem Jahresabschluss vorgelegten Unterlagen. Die Ergebnisse werden für die Jahre 2012 bis 2014 zusammengefasst in einem Bericht. Die Prüfung erfolgte stichprobenweise und risikoorientiert. Für die zwischenzeitlich ebenfalls vorgelegten Jahresabschlüsse 2015 und 2016 verzichtet das RPA auf eine modifizierte Prüfung im Rahmen dieses Berichts. Die Vorlage erfolgte so kurzfristig, dass eine Berücksichtigung im Rahmen der Berichtserstellung nicht mehr erfolgen konnte, da für entsprechende Prüfungshandlungen keine Zeit mehr verblieb. Die Jahresabschlüsse gingen für das Jahr 2015 am 14.09.2020 und für das Jahr 2016 am 27.10.2020 im RPA ein. Diese Prüfungen

werden im Rahmen der Vorbereitung des ersten, wieder vollständig zu prüfenden Jahresabschlusses im Wege der Inzidenzprüfung nachgeholt.

Der Prüfungsumfang für das Jahr 2012 unterscheidet sich von den Folgejahren. Die Ergebnisse des Jahres 2012 beruhen im Wesentlichen auf den bei der abgebrochenen Prüfung des vollständig aufgestellten Jahresabschlusses 2012 gewonnenen Erkenntnissen. Dieser wurde vor Beendigung der Prüfung zugunsten der Anwendung der Vereinfachungsregeln des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse zurückgezogen und in verkürzter Form erneut aufgestellt. Die Stichproben für die Jahre 2013 und 2014 wurden nach Wesentlichkeitsgesichtspunkten und wechselnden Schwerpunkten ausgewählt, um bei den verschiedenen den jeweiligen Prüfungsschwerpunkt repräsentierenden Sachkonten (4-stellig) eine nach Anzahl und Umfang ausreichend große, jedoch handhabbare Stichprobe zu bewältigen. Mit der Fortsetzung dieser Stichprobengewinnung für die weiteren Jahrgänge an verkürzt aufgestellten Jahresabschlüssen soll eine ausreichend valide Erkenntnisgrundlage für die Prüfung des ersten wieder vollständig aufgestellten Jahresabschlusses gewonnen werden.

Die Aufstellung der Jahresabschlüsse erfolgt grundsätzlich nach den bisher angewandten Vorschriften. D.h. der Aufstellungsprozess war ebenso umfangreich und sorgfältig vorzunehmen, wie zuvor. Erleichterungen ergeben sich hinsichtlich von Dokumentationsvorschriften und insbesondere durch den Verzicht auf die Erstellung des Rechenschaftsberichtes, also den Verzicht darauf, den Vorgang der Aufstellung der Abschlüsse für außenstehende Dritte – und dabei insbesondere den Prüfern des Rechnungsprüfungsamtes – transparent zu machen. Der Jahresabschluss 2012 wurde unter Anwendung der Erleichterungsvorschriften erneut in der geänderten verkürzten Fassung aufgestellt. Die bereits aufgestellte umfassendere Form wurde zurückgezogen, um insbesondere die Kämmerei hinsichtlich bereits abgeforderter Zuarbeiten zu entlasten. Im Einzelnen sind für die Jahre 2012, 2013, 2014 vorgelegt worden:

- Jahresabschluss mit
- Ergebnisrechnung
- Finanzrechnung
- Bilanz
- Anlagen mit
 - Anhang
 - Abschreibungstabelle
 - wirtschaftliche Betätigung
 - übertragene Haushaltsreste

Das Rechnungsprüfungsamt ist in das stadtinterne Informationssystem eingebunden. Lesende Zugriffe auf die Informationen zu den örtlichen Beschlussfassungen und Regelungen sowie das örtliche datenverarbeitungsgestützte Rechnungswesen sind gegeben. Informationen durch die Verwaltungsführung erfolgen regelmäßig. Auskünfte für die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 wurden erteilt und angeforderte Unterlagen zur Verfügung gestellt. Für den Jahresabschluss 2012 wurde auf die vorhandenen Unterlagen zurückgegriffen, im Zuge der Neuaufstellung konnten nicht mehr alle Auskünfte zur ursprünglichen Fassung eingeholt werden.

1.1.3 Vorangegangene Prüfung

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2011 wurde durch das Rechnungsprüfungsamt in der Zeit vom 28.02.2018 bis 24.05.2018 geprüft. Der Schlussbericht vom 12.06.2018 wurde der Stadt Brandenburg an der Havel mit Schreiben vom 21.06.2018 zugeleitet.

Die Stadtverordnetenversammlung hat den geprüften Jahresabschluss 2011 gemäß § 82 Abs. 4 BbgKVerf in der Sitzung vom 26.09.2018 beschlossen. Der gesetzlichen terminlichen Vorgabe (Beschluss bis spätestens zum 31.12. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres) nach § 82 Abs. 4 BbgKVerf wurde nicht entsprochen.

Die Bekanntgabe des Beschlusses Nr. 172/2018 – Jahresabschluss des städtischen Haushaltes für das Jahr 2011 und Entlastung der Oberbürgermeisterin erfolgte mit dem Amtsblatt Nr. 19/2018 am 12.11.2018. Es wurde jedoch in der Bekanntmachung nicht darauf hingewiesen, dass jeder Einsicht in den Jahresabschluss und die Anlagen nehmen kann (§ 82 Abs. 5 Satz 2 BbgKVerf).

Als Ergebnis der Jahresabschlussprüfung 2011 wurde u. a. festgestellt, dass ein Teil der überplanmäßigen/außerplanmäßigen Mittelbereitstellung erst mit Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses umgesetzt wurden. Der SVV ist in ihrer Sitzung am 26.09.2018 eine zusammengefasste Übersicht aller überplanmäßigen und außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen 2011 nach Produktbereichen als Anlage 3 zur Vorlage über die Beschlussfassung des Jahresabschlusses 2011 nachrichtlich zur Kenntnis gegeben worden.

1.2. Grundsätzliche Feststellungen

Die Prüfung hat sich gemäß § 104 Abs. 1 BbgKVerf auch darauf zu erstrecken, ob nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren wird.

1.3 Systemprüfung

Es wurde geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen kommunalverfassungsrechtlichen und haushaltsrechtlichen Vorschriften, den Dienst- und Geschäftsanweisungen der Stadt Brandenburg an der Havel und den Beschlussfassungen der Stadtverordnetenversammlung geführt worden sind.

Grundlegendes Geschäftsinstrumentarium ist das Rechnungswesen, zu dem der jährlich aufzustellende Haushaltsplan, die Buchführung und der Jahresabschluss gehören.

Entsprechend § 63 Abs. 3 BbgKVerf ist das Rechnungswesen nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung zu führen. Die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sind zu beachten.

Es konnte festgestellt werden, dass die Geschäftspolitik auf üblichen ordnungsmäßigen Entscheidungsgrundlagen beruhte.

Das RPA gibt den Hinweis, dass im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 69 BbgKVerf u.a. nur Aufwendungen und Auszahlungen geleistet werden dürfen, zu deren Leistungen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Diese Vorschrift erlaubt der Stadt, in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung eine auf das notwendige Maß beschränkte Weiterführung der Haushaltswirtschaft. Der gemeindliche Haushaltsplan mit den darin veranschlagten Ermächtigungen darf in dieser Zeit jedoch noch nicht in vollem Umfang bewirtschaftet bzw. ausgeführt werden, auf einen besonderen Bedarf muss ggf. verzichtet werden. Daraus folgt, dass der Bedarf ohne Bezug zu einem durch die beschlossene und bekannt gemachte Haushaltssatzung bindenden Haushaltsplan nicht in Form von über- oder außerplanmäßigen Aufwendungen oder Auszahlungen abgewickelt werden kann. Auch die aus dem Vorjahr übertragenen Ermächtigungen

bieten in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung keine ausreichende haushaltswirtschaftliche Grundlage für eine Über- und Außerplanmäßigkeit des „zusätzlichen Bedarfs“.

Die Bekanntmachung der Haushaltsatzungen erfolgt für das Haushaltsjahr 2012 im Amtsblatt Nr. 20 am 17.10.2012, für das Haushaltsjahr 2013 im Amtsblatt Nr. 26 am 11.12.2013 und für das Haushaltsjahr 2014 im Amtsblatt Nr. 18 am 08.09.2014.

Gemäß den Auflistungen der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen aus dem Buchführungssystem erfolgte eine zahlreiche Verbuchung derselben in den jeweiligen Haushaltsjahren vor Veröffentlichung der jeweiligen Haushaltssatzungen ohne dass im Rahmen einer Beschreibung darauf hingewiesen wurde, dass es sich um eine unaufschiebbare Ansatzänderung handelte.

Das RPA kann nachvollziehen, dass Ansatzänderungen im elektronischem Buchführungssystem Infoma ab dem bestehenden Haushaltsbeschluss als über- und außerplanmäßige Ausgaben bzw. Auszahlungen umgesetzt werden, um diese von Ansatzänderungen zu unterscheiden, die ggf. für die beantragte Haushaltsgenehmigung bedeutsam sind. Nicht anzuschließen vermag sich das RPA den erläuternden Ausführungen der Kämmerei im rechtlichen Umgang mit der vorläufigen Haushaltsführung in Bezug auf den Runderlass des Ministeriums des Innern in kommunalen Angelegenheiten Nr. 1/2013 betreffend Maßnahmen und Verfahren der Haushaltssicherung und der vorläufigen Haushaltsführung. Der Erlass führt in Nr. 3 ausdrücklich auf, dass zwar der Haushaltsplan der Kommune in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung die haushaltswirtschaftliche Leitlinie und eine unverzichtbare Funktion als buchungstechnische Basis bildet, die Grundlage aber die Vorschriften der §§ 66 Abs. 3 i.V.m. § 69 BbgKVerf darstellen. Es wird darauf hingewiesen, dass eine kommunalaufsichtliche Duldung innerhalb des aufgezeigten Rahmens die Kommunen nicht vor Sanktionen schützt, die von Dritten (z. B. von der Gerichtsbarkeit) ergriffen werden. Die Verantwortung für finanzwirksame Entscheidungen von Kommunen liegt allein bei den Entscheidungsträgern vor Ort. Danach sind die Leistung von Aufwendungen und Auszahlungen sowie das Eingehen von Verpflichtungen nur insoweit zulässig, als die Maßnahmen die Voraussetzungen des § 69 BbgKVerf erfüllen und zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Tätigkeit der Verwaltung erforderlich sind. Der Erlass stellt auf den Begriff der Unaufschiebbarkeit ab. Unaufschiebbar sind Aufwendungen/Auszahlungen, wenn sie so eilbedürftig sind, dass ein Hinausschieben der Leistung bis zum Wirksamwerden der Haushaltssatzung bei vernünftiger Beurteilung der jeweiligen Lage als nicht mehr vertretbar angesehen werden muss. Diese Grenzen sind enger, als die nach § 70 BbgKVerf vorgesehenen Voraussetzungen der Unabweisbarkeit und der bestehenden Gewährleistung einer Deckung. Die wesentliche Zielsetzung der Bestimmung ist, dass grundsätzlich keine neuen Maßnahmen begonnen oder Verpflichtungen eingegangen werden dürfen, die das Budgetrecht der Gemeindevertretung durch Vorfestlegungen einschränken könnten.

1.3.1 Rechnungswesen

Das Rechnungswesen entspricht den Bedürfnissen einer Verwaltungsbehörde dieser Größenordnung. Es kann relevante Informationen zeitnah liefern.

1.3.2 Anordnungswesen

Die gesetzlichen Bestimmungen über das Anordnungswesen wurden beachtet.

1.3.3 Buchführung

Die Buchführung erfolgte unter Anwendung des EDV-Buchführungssystems Infoma. Auch die Jahresabschlussbuchungen wurden mit dem Buchführungssystem der Software Infoma erstellt.

Die Buchführung erfolgte ordnungsgemäß unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und entspricht den gesetzlichen Vorschriften.

Die Bücher sind nach den Regeln der doppischen Buchführung geführt.

Das RPA weist darauf hin, dass bei der Bewertung der Finanzanlagen der Grundsatz der materiellen Kontinuität zu wahren ist. Dieser Grundsatz verlangt, dass einzelne Positionen des Jahresabschlusses immer auf gleiche Weise zu ermitteln, abzugrenzen und zusammenzustellen sind. Nach dem Bewertungshandbuch – Teil 1 zu Ziff. 5.14 ist aufgeführt, dass als maßgebliche Berechnungsgröße für die näherungsweise den Anschaffungskosten entsprechenden Werte das Nominalkapital, also das gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage anzusetzen ist, sofern die Anschaffungskosten nicht mehr ermittelt werden können. Es ist nicht nachvollziehbar, warum teilweise die Kapitalrücklagen der Gesellschaften beim Ansatz des Wertes einer Gesellschaft nicht einheitlich behandelt werden (Theater GmbH, BAS GmbH). Zusätzlich ist anzumerken, dass im Rahmen der Anlagenbuchhaltung nominale Abweichungen gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen fortgeführt wurden. So wird der Anteil an der VBB GmbH mit 5.994 € anstelle von richtigerweise 6.000 € und bei der Beteiligung an der TGZ GmbH mit 26.587,08 € gegenüber richtigerweise 25.587,18 € angesetzt.

2. Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2012

2.1 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und der Anlagen

Die Prüfung ergab, dass die Bilanz, die Ergebnis- und die Finanzrechnung ordnungsgemäß aus den Büchern der Stadt entwickelt worden sind.

Festzustellen ist, dass der im Anhang nachrichtlich ausgewiesene Wert der mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Zusatzversorgungskasse der tariflich Beschäftigten um 29.000 € vom tatsächlich berechneten Wert abweicht.

Hinsichtlich der Einhaltung des Stetigkeitsgrundsatzes ist festzustellen, dass für Jahr 2012 der Buchungsschluss auf den 31.01.2013 verändert wurde (für 2011 - 31.08.2012). Hierzu findet sich kein Hinweis im Anhang. Der 31.01. wird jedoch in den Folgejahren als Buchungsschluss beibehalten.

Festzustellen ist, dass im Rahmen des Haushaltsvollzuges 2012 durch die Finanzverwaltung überplanmäßige und außerplanmäßige Mittelbereitstellungen erfolgten. Im Zuge der Jahresabschlussarbeiten wurden buchungstechnisch weitere überplanmäßige/außerplanmäßige Mittelbereitstellungen umgesetzt, die der SVV mit dem JA 2012 nachrichtlich zur Kenntnis gegeben werden.

2.2. Ergebnisrechnung

In folgender Übersicht ist die Ergebnisrechnung dargestellt:

Ergebnisrechnung				
Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz-/Ist-Vergleich
ordentliche Erträge				
1. Steuern und ähnliche Abgaben	50.982.961,66 €	52.646.000,00 €	53.801.762,78 €	1.155.762,78 €
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	88.573.539,07 €	96.514.155,55 €	95.532.797,92 €	-981.357,63 €
3. sonstige Transfererträge	2.799.555,54 €	2.718.800,00 €	2.824.780,92 €	105.980,92 €
4. öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	29.961.721,61 €	27.094.541,16 €	29.507.062,56 €	2.412.521,40 €
5. privatrechtliche Leistungsentgelte	869.368,77 €	721.100,00 €	726.881,69 €	5.781,69 €
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	26.375.838,37 €	27.382.628,48 €	26.654.857,15 €	-727.771,33 €
7. sonstige ordentliche Erträge	7.840.942,67 €	4.158.200,00 €	4.978.431,49 €	820.231,49 €
8. aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
9. Bestandsveränderungen	187.108,88 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
10. Summe der Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	207.591.036,57 €	211.235.425,19 €	214.026.574,51 €	2.791.149,32 €
ordentliche Aufwendungen				
11. Personalaufwendungen	-48.342.093,08 €	-50.717.500,00 €	-48.742.688,48 €	1.974.811,52 €
12. Versorgungsaufwend.	-4.455,22 €	-100,00 €	0,00 €	-100,00 €
13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-23.801.767,81 €	-27.128.013,71 €	-23.739.239,86 €	3.388.773,85 €
14. Abschreibungen	-14.519.813,08 €	-14.420.367,74 €	-14.419.895,56 €	472,18 €
15. Transferaufwendungen	-77.143.038,32 €	-82.583.200,53 €	-80.547.249,64 €	2.035.950,89 €
16. sonstige ordentliche Aufwendungen	-54.119.710,73 €	-56.389.958,47 €	-52.633.882,44 €	3.756.076,03 €
17. Summe der Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-217.930.878,24 €	-231.239.140,45 €	-220.082.955,98 €	11.156.184,47 €
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-10.339.841,67 €	-20.003.715,26 €	-6.056.381,47 €	13.947.333,79 €
19. Zinsen und sonstige Finanzerträge	1.342.677,76 €	3.614.602,51 €	4.310.514,44 €	695.911,93 €
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-3.921.854,05 €	-3.719.429,53 €	-2.614.894,27 €	1.104.535,26 €
21. Finanzergebnis	-2.579.176,29 €	-104.827,02 €	1.695.620,17 €	1.800.447,19 €
22. ordentliches Jahresergebnis	-12.919.017,96 €	-20.108.542,28 €	-4.360.761,30 €	15.747.780,98 €
23. außerordentliche Erträge	1.969.518,54 €	108.000,00 €	8.770,32 €	-99.229,68 €
24. außerordentliche Aufwendungen	-1.969.518,54 €	-105.300,00 €	-3.213,32 €	102.086,68 €

Ergebnisrechnung				
Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz-/Ist-Vergleich
25. außerordentliches Jahresergebnis	0,00 €	2.700,00 €	5.557,00 €	2.857,00 €
26. Gesamtergebnis	-12.919.017,96 €	-20.105.842,28 €	-4.355.204,30 €	15.750.637,98 €

Tabelle 1 Ergebnisrechnung

Vergleich Ergebnisrechnung 2012 und 2011:

Im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres kam es bei den Erträgen aus laufender Verwaltungstätigkeit hinsichtlich des Einnahmenvolumens zu einer Erhöhung um 6.435.537,94 € und bei den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ist eine Erhöhung um 2.152.077,74 € eingetreten.

Das außerordentliche Ergebnis erhöhte sich um 5.557,00 €.

Zu den größeren Einzelposten der Ergebnisrechnung 2012 wird im Folgenden berichtet.

2.2.1 Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit des Jahres 2012 stellen sich wie folgt dar:

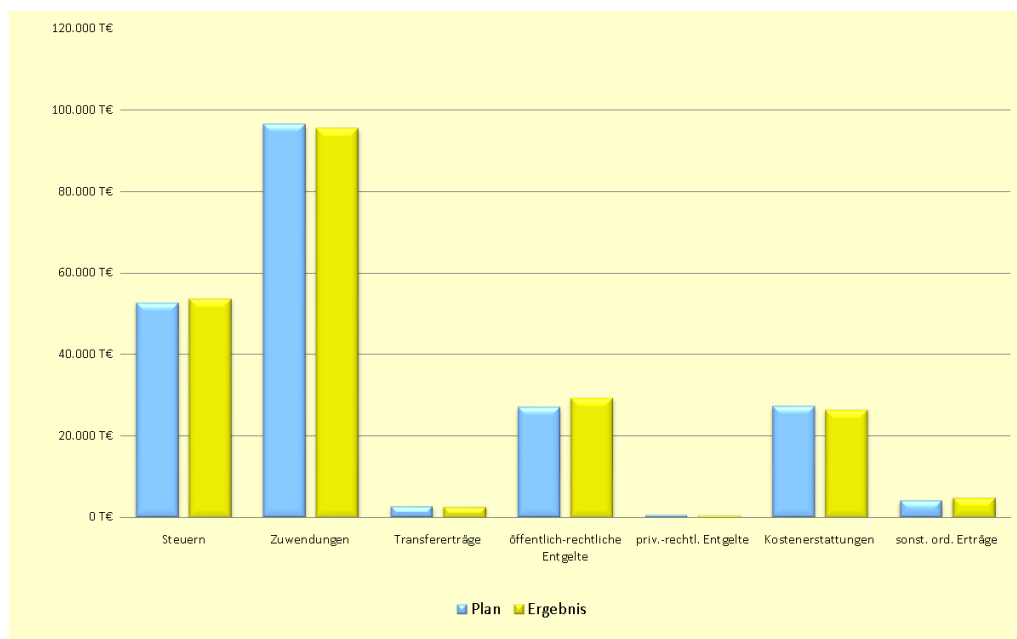


Abbildung 1: Plan-Ist-Vergleich der Erträge

2.2.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Die Finanzvorfälle wurden entsprechend dem verbindlichen Kontenrahmen, Kontengruppe 40 erfasst.

2.2.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die erhaltenen Zuwendungen für die laufende Verwaltungstätigkeit wurden zutreffend als Ertrag gebucht.

2.2.1.3 Sonstige Transfererträge

Die in der Stadt anfallenden Transfererträge sind zutreffend ausgewiesen.

2.2.1.4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die erhobenen öffentlich-rechtlichen Entgelte (Gebühren und Beiträge) wurden zutreffend erfasst und in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

2.2.1.5 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Die im Haushaltsjahr entstandenen Erträge aus privatrechtlichen Entgelten wurden zutreffend erfasst und in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

2.2.1.6 Aktivierte Eigenleistungen

Aktivierte Eigenleistungen sind eine Gegenposition zu Aufwendungen der Kommune zur Erstellung von Anlagevermögen. Sie dienen somit zum Ausgleich dieser Aufwendungen, die die Kommune für sich selber erbracht hat. Damit wird eine Verminderung des Jahresergebnisses durch solche Tätigkeiten vermieden.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hatte keine eigenen Leistungen erbracht, die in der Ergebnisrechnung als Ertrag ausgewiesen werden könnten.

2.2.1.7 Auflösungserträge aus Sonderposten

Hierunter fallen u.a. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen der öffentlichen Hand, von Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- und Investitionszuschüssen und sonstigen Sonderposten.

2.2.2 Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit des Jahres 2012 stellen sich wie folgt dar:

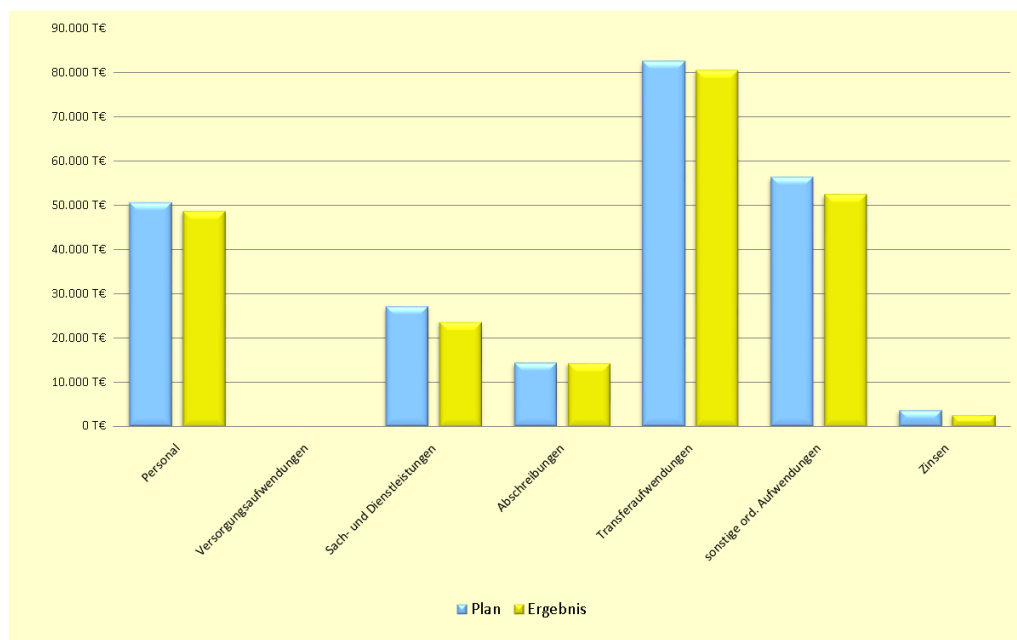


Abbildung 2: Plan-Ist-Vergleich der Aufwendungen

2.2.2.1 Personalaufwendungen

Hierunter fallen alle Aufwendungen, die für die unmittelbare Beschäftigung der aktiven Beamten und Beschäftigten in der Verwaltung entstehen. Also Bezüge und Entgelte, aber auch Sach- und Sonderzuwendungen und die Aufwendungen für die soziale Sicherung der Beschäftigten und Rückstellungen.

2.2.2.2 Versorgungsaufwendungen

Es sind alle Aufwendungen für aus dem Dienst ausgeschiedene Bedienstete (Versorgungsempfänger) zu erfassen – soweit dafür keine oder keine ausreichenden Rückstellungen in der Vergangenheit gebildet worden sind. Außerdem sind evtl. Sachaufwendungen für Pensionäre oder ehemals Beschäftigte und Zuführungen zu Pensionsrückstellungen in Betracht zu ziehen. Der im Teilwertverfahren ermittelte Barwert wurde zutreffend angesetzt.

2.2.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Es handelt sich bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um Aufwendungen, die mit Ressourcenverbrauch einhergehen.

Bei den Sach- und Dienstleistungen ist zwischen dem aktivierungspflichtigen Herstellungsaufwand und dem erfolgswirksamen Erhaltungsaufwand zu unterscheiden. Der erfolgswirksame Erhaltungsaufwand hat hierbei eine direkte Wirkung auf das kommunale Eigenkapital. Die Abgrenzung wurde in der Stadt Brandenburg getroffen. Dazu erfolgen Abstimmungen zwischen Geschäfts- und Anlagenbuchhaltung.

2.2.2.4 Abschreibungen

Die Abschreibungen der einzelnen Anlagen entsprechen wie vorgesehen den Werten aus dem Anfangsbestand minus linearer Abschreibung.

2.2.2.5 Transferaufwendungen

Unter Transferaufwendungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung sind Aufwendungen zu verstehen, denen keine konkreten Gegenleistungen gegenüberstehen. Sie beruhen auf einseitigen Verwaltungsvorfällen, nicht auf einem Leistungsaustausch. Beispiele sind Leistungen der Jugendhilfe und der Sozialhilfe.

2.2.2.6 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen handelt es sich z. B. um Geschäftsaufwendungen, Steuern, Versicherungen oder auch Wertveränderungen des Vermögens.

Die ausgewiesenen sonstigen ordentlichen Aufwendungen standen in einem angemessenen Verhältnis zur Größe der Stadt Brandenburg an der Havel.

Bei der stichprobenmäßigen Prüfung einzelner Positionen der Geschäftsaufwendungen ergaben sich keine Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten.

Die Aufwendungen für Versicherungen bewegten sich in einem für Kommunen notwendigen und üblichen Rahmen.

2.2.3 Finanzergebnis

2.2.3.1 Zinsen und sonstige Finanzerträge

Den Erträgen aus Zinsen und sonstigen Finanzerträgen stellt die Ergebnisrechnung die Aufwendungen für Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen gegenüber und bildet daraus das Finanzergebnis. Es sind Finanzerträge in Höhe von 4.310.514,44 € vorhanden.

2.2.3.2 Zinsen und sonstige Aufwendungen

Unter der Position Zinsen und sonstige Aufwendungen sind Zinsaufwendungen für die in der Bilanz erfassten Geldschulden und auf Grund von kreditähnlichen Geschäften zu zahlende Zinsen zu erfassen.

Es erfolgte dabei eine zutreffende Differenzierung der Zinsaufwendungen nach den Empfängern bzw. Darlehensgebern entsprechend der Bereichsabgrenzung, so dass die Anforderungen an die Statistik erfüllt wurden.

Entsprechende Aufwendungen fielen in Höhe von 2.614.894,27 € an.

2.2.4 Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis setzt sich aus dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit und dem Finanzergebnis zusammen.

Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Erträgen und Aufwendungen der laufenden Verwaltung (s. Tabelle: Ergebnishaushalt) und beträgt - 6.056.381,47 €.

Den Erträgen aus Zinsen und sonstigen Finanzerträgen stellt die Ergebnisrechnung die Aufwendungen für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen gegenüber und bildet daraus das Finanzergebnis. Als Saldo ergibt sich ein Betrag von 1.695.620,17 €

Das ordentliche Ergebnis beträgt -4.360.761,30 €.

2.2.5 Außerordentliches Ergebnis

Als Saldo der außerordentlichen Erträge sowie der außerordentlichen Aufwendungen ergibt sich ein außerordentliches Ergebnis von 5.557,00 €.

2.2.6 Gesamtergebnis

Der Saldo aus dem ordentlichen Ergebnis (-4.360.761,30 €) und dem außerordentlichen Ergebnis (5.557,00 €) wird mit -4.355.204,30 € als Jahresergebnis ausgewiesen. Damit ist ein Fehlbetrag in dieser Höhe entstanden.

2.3 Finanzrechnung

In folgender Übersicht ist die Finanzrechnung dargestellt:

Finanzrechnung				
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis Vorjahr	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz-/Ist-Vergleich
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
1. Steuern u. ähnliche Abgaben	50.434.774,75 €	52.802.649,11 €	54.779.750,35 €	1.977.101,24 €
2. Zuwendungen und allg. Umlage	72.462.748,34 €	85.116.255,55 €	81.197.251,12 €	-3.919.004,43 €
3. sonstige Transfereinzahlungen	2.893.541,24 €	2.718.800,00 €	2.825.947,30 €	107.147,30 €
4. öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	26.554.122,20 €	27.078.141,16 €	26.725.741,84 €	-352.399,32 €
5. privatrechtliche Leistungsentgelte	935.485,04 €	721.100,00 €	842.981,62 €	121.881,62 €
6. Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	26.238.069,76 €	27.367.128,48 €	28.311.284,00 €	944.155,52 €
7. Sonst. Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.323.789,19 €	4.101.000,00 €	4.515.760,73 €	414.760,73 €
8. Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.299.041,38 €	3.614.602,51 €	4.363.450,06 €	748.847,55 €
9. Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	185.141.571,90 €	203.519.676,81 €	203.562.167,02 €	42.490,21 €

Finanzrechnung				
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis Vorjahr	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz-/Ist-Vergleich
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
10. Personalauszahlungen	-48.262.710,37 €	-49.575.138,49 €	-48.795.599,60 €	779.538,89 €
11. Versorgungsauszahlungen	-4.455,22 €	-100,00 €	0,00 €	100,00 €
12. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-23.966.593,63 €	-31.641.072,35 €	-24.304.176,23 €	7.336.896,12 €
13. Transferauszahlungen	-75.281.072,55 €	-84.727.551,14 €	-75.500.902,86 €	9.226.648,28 €
14. Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-59.662.114,43 €	-62.825.119,89 €	-57.579.103,10 €	5.246.016,79 €
15. Auszahl. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-207.176.946,20 €	-228.768.981,87 €	-206.179.781,79 €	22.589.200,08 €
16. Saldo der Einzahlungen u. Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (9 ./ 15)	-22.035.374,30 €	-25.249.305,06 €	-2.617.614,77 €	22.631.690,29 €
Einzahlungen für Investitionstätigkeit				
17. Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	20.398.116,41 €	15.205.887,53 €	9.919.488,85 €	-5.286.398,68 €
18. Einzahlungen aus Beiträgen u. ähnlichen Entgelten	1.495.170,75 €	1.437.600,00 €	993.140,76 €	-444.459,24 €
19. Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
20. Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
21. Einzahlungen aus der Veräußerung von übrigem Sachanlagevermögen	1.777.339,52 €	100,00 €	0,00 €	-100,00 €
22. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagevermögen	1.391.202,00 €	570.000,00 €	578.316,54 €	8.316,54 €
23. Sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	17.013,64 €	25.000,00 €	617,33 €	-24.382,67 €
24. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	25.078.842,32 €	17.238.587,53 €	11.491.563,48 €	-5.747.024,05 €
Auszahlungen für Investitionstätigkeit				
25. Auszahlungen für Baumaßnahmen	-7.950.810,86 €	-25.135.995,99 €	-7.620.079,84 €	17.515.916,15 €
26. Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen für Investitionen Dritter	-9.677.917,41 €	-14.603.662,86 €	-6.612.515,85 €	7.991.147,01 €
27. Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	-47.757,52 €	-340.899,83 €	-107.251,96 €	233.647,87 €
28. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken,	0,00 €	-390.000,00 €	-15.738,66 €	374.261,34 €

Finanzrechnung				
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis Vorjahr	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz-/Ist-Vergleich
grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden				
29. Auszahlungen für den Erwerb von übrigem Sachanlagevermögen	-527.406,53 €	-2.645.231,55 €	-1.811.140,17 €	834.091,38 €
30. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagevermögen	-874.032,41 €	-475.300,00 €	-475.286,23 €	13,77 €
31. Sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
32. Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	-19.077.924,73 €	-43.591.090,23 €	-16.642.012,71 €	26.949.077,52 €
33. Saldo aus Investitionstätigkeit (24 ./ 32)	6.000.917,59 €	-26.352.502,70 €	-5.150.449,23 €	21.202.053,47 €
34. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (16 + 33)	-16.034.456,71 €	-51.601.807,76 €	-7.768.064,00 €	43.833.743,76 €
Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
35. Einzahlung. aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	435.486,67 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
36. Sonst. Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit (ohne Liquiditätskredite)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
37. Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	140.000.000,00 €	0,00 €	150.000.000,00 €	150.000.000,00 €
38. Summe der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	140.435.486,67 €	0,00 €	150.000.000,00 €	150.000.000,00 €
39. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen	-3.926.222,09 €	-3.920.709,63 €	-4.077.977,78 €	-157.268,15 €
40. Sonstige Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit (ohne Kassenkredite)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
41. Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	-130.000.000,00 €	0,00 €	-140.000.000,00 €	-140.000.000,00 €
42. Summe der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	-133.926.222,09 €	-3.920.709,63 €	-144.077.977,78 €	-140.157.268,15 €
43. Saldo aus Finanzierungstätigkeit (18 ./ 42)	6.509.264,58 €	-3.920.709,63 €	5.922.022,22 €	9.842.731,85 €
Ein- und Auszahlungen aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven				
44. Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
45. Auszahlungen an Liquiditätsreserven	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
46. Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (44 ./ 45)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
47. Veränderung des Bestandes an eigenen Zahlungsmitteln (34 + 43 + 46)	-9.525.192,13 €	-55.522.517,39 €	-1.846.041,78 €	53.676.475,61 €

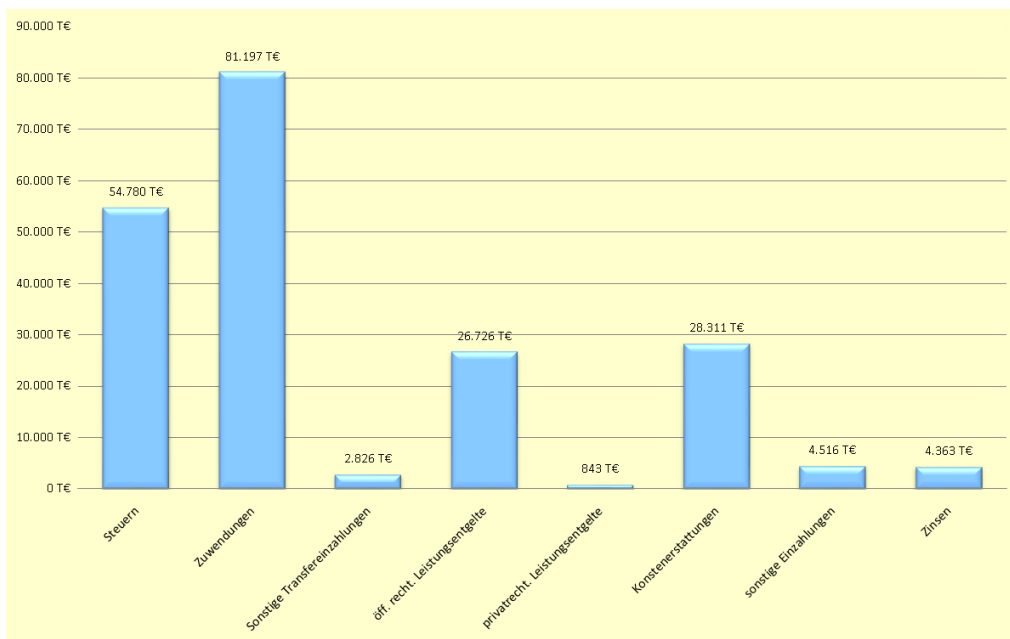
Finanzrechnung				
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis Vorjahr	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz-/Ist-Vergleich
48. Voraussichtl. Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres	22.537.960,07 €	-47.182.500,00 €	13.218.166,00 €	60.400.666,00 €
49. Bestand an fremden Finanzmitteln	205.398,06 €	0,00 €	28.661,51 €	28.661,51 €
50. Voraussichtlicher Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres	13.218.166,00 €	-102.705.017,39 €	11.400.785,73 €	114.105.803,12 €

Tabelle 2: Finanzrechnung

Zu den größeren Einzelposten der Finanzrechnung wird im Folgenden berichtet.

2.3.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Zahlungsbereich der laufenden Verwaltungstätigkeit handelt es sich im Wesentlichen um ertragsgleiche Einzahlungen. Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2012 zeigen folgende Verteilung:

**Abbildung 3: Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**

2.3.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Zahlungsbereich der laufenden Verwaltungstätigkeit handelt es sich im Wesentlichen um aufwandsgleiche Auszahlungen. Die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2012 zeigen folgende Verteilung:

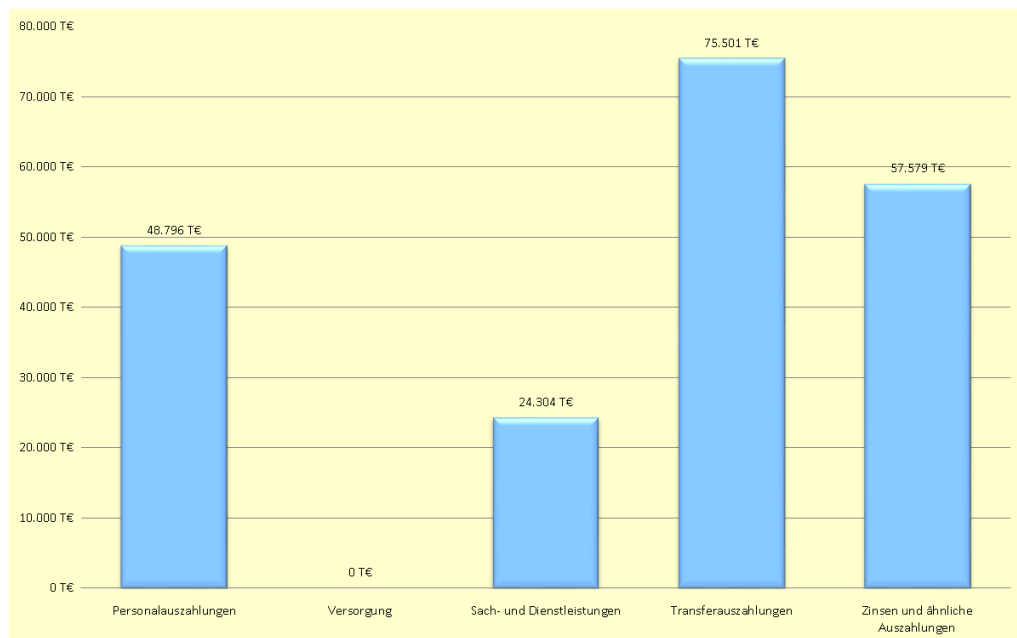


Abbildung 4: Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

2.3.3 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit beträgt zum Ende des Jahres - 2.617.614,77 €. Der Saldo wird korrekt ausgewiesen.

2.3.4 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Zu den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gehören die Investitionszuwendungen, Einzahlungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen sowie aus Beiträgen.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit 2012 verteilen sich wie folgt:

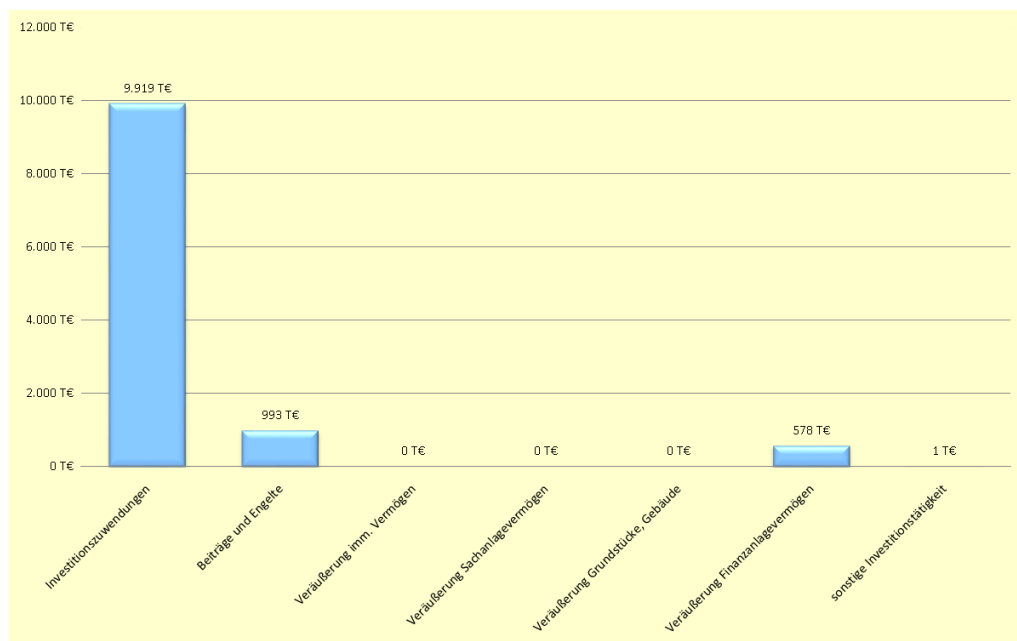


Abbildung 5: Einzahlungen für Investitionstätigkeit

Der Zahlungseingang wurde ordnungsgemäß überwacht.

Die Einzahlungen waren grundsätzlich ordnungsgemäß entsprechend § 34 Abs. 4 KomHKV mit begründeten Unterlagen belegt.

2.3.5 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Zu den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gehören die Ausgaben für Immobilienerwerb, für Baumaßnahmen, für den Erwerb von beweglichen Sachanlagevermögen, für den Erwerb von Finanzvermögen, für geleistete Investitionszuwendungen und sonstige Investitionsauszahlungen.

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit 2012 verteilen sich wie folgt:

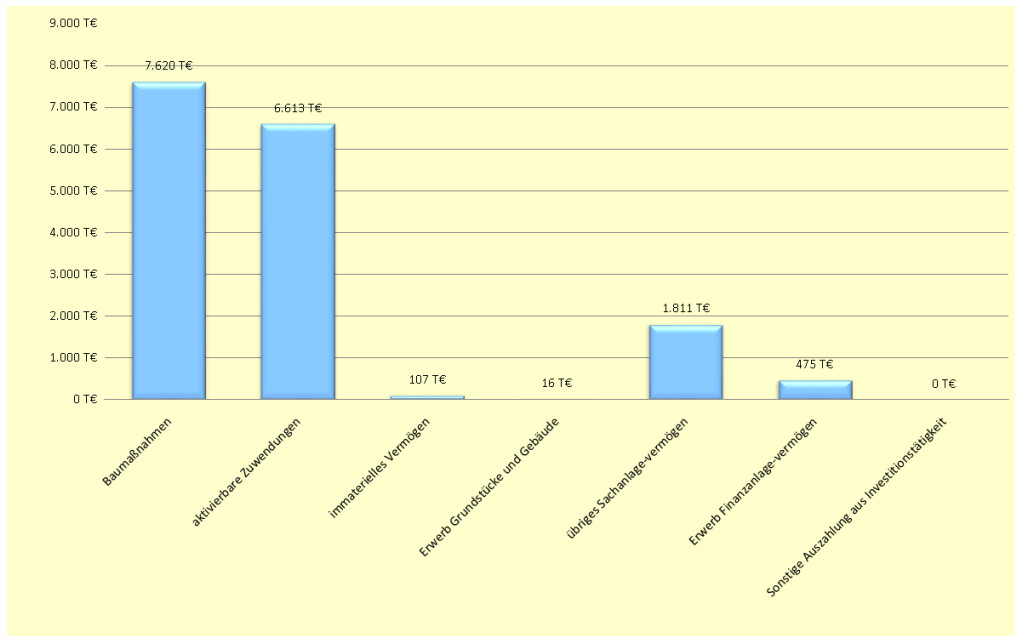


Abbildung 6: Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2012

2.3.6 Saldo aus Investitionstätigkeit

Der Saldo aus Investitionstätigkeit beträgt zum Ende des Jahres - 5.150.449,23 €.

2.3.7 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Es handelt sich bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit um die Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit. Sie waren 2012 mit 150.000.000,00 € (Einzahlung aus Kassenkreditaufnahme) ausgewiesen.

2.3.8 Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Es handelt sich bei den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit um die Tilgung von Kassenkrediten (140.000.000 €) und um die Tilgung von Krediten für Investitionstätigkeit (4.077.977,78 €). Sie waren 2012 mit 144.077.977,78 € ausgewiesen.

2.3.9 Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Die Zahlungsströme im Bereich der Finanzierungstätigkeit führen zu einem Zahlungsmittelsaldo zum 31.12.2012 in Höhe von 5.922.022,22 €.

2.3.10 Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres

Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes zum 31.12.2012 gibt Aufschluss darüber, ob die Liquidität und die Investitionsfinanzierung gesichert waren.

Der Saldo der Finanzrechnung als vollständige Abbildung aller Ein- und Auszahlungen wird buchhalterisch in der Bilanz über die Bilanzposition „Liquide Mittel“ abgeschlossen. Der in der Finanzrechnung ausgewiesene Bestand an Zahlungsmitteln zum Ende des Haushaltsjahres stimmt mit der Bilanzposition „Liquide Mittel“ des Haushaltsjahres überein.

2.4 Bilanz

Die unter Einbeziehung des Jahresergebnisses ausgeglichene Bilanzsumme beträgt 611.623.240,75 € (Vorjahreswert: 615.289.709,51 €).

Die Bilanz ist entsprechend den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung aufgestellt worden.

2.4.1 Vermögenserfassung

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres ihr Vermögen und ihre Schulden genau zu verzeichnen und dabei den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden nachzuweisen (§ 35 KomHKV). Das Inventar ist innerhalb der einem ordnungsgemäßen Geschäftsgang entsprechenden Zeit aufzustellen.

Für eine ordnungsgemäße Inventur sind vor allem Vollständigkeit, Richtigkeit, Nachprüfbarkeit sowie die Einzelaufzeichnung und Einzelbewertung erforderlich. Die Erfassung der Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, die nicht durch eine körperliche Bestandsaufnahme erfasst werden konnten, erfolgte in der Zeit vom 16.05.2011 bis 26.01.2015 im Rahmen der Ersterfassung für die Eröffnungsbilanz. Der Zeitraum für die Durchführung und Erfassung der Inventur wurde demnach nicht eingehalten.

Von der Inventurvereinfachung wurde im Rahmen von Bewertungsvereinfachungsverfahren (Festwertverfahren und Gruppenbewertung) Gebrauch gemacht.

2.4.2 Vermögens- und Finanzlage

2.4.2.1 Aktiva

In der folgenden Übersicht sind die einzelnen Posten der Aktivseite zusammengefasst.

Aktiva			
	Vorjahr 31.12.2011	31.12.2012	Veränderung in %
1. Anlagevermögen			
1.1 Immaterielles Vermögen	485.966,66 €	478.341,95 €	-1,57 %
1.2 Sachanlagevermögen	237.384.632,29 €	233.036.262,21 €	-1,83 %
1.3 Finanzanlagevermögen	302.638.835,95 €	302.750.922,57 €	0,04 %
2. Umlaufvermögen			
2.1 Vorräte	303.986,35 €	303.986,35 €	0,00 %
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.279.912,44 €	13.937.656,68 €	13,50 %
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 %
2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	13.218.166,00 €	11.400.785,73 €	-13,75 %
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	48.978.209,82 €	49.715.285,26 €	1,50 %
Gesamt	615.289.709,51 €	611.623.240,75 €	-0,60 %

Tabelle 3: Aktiva

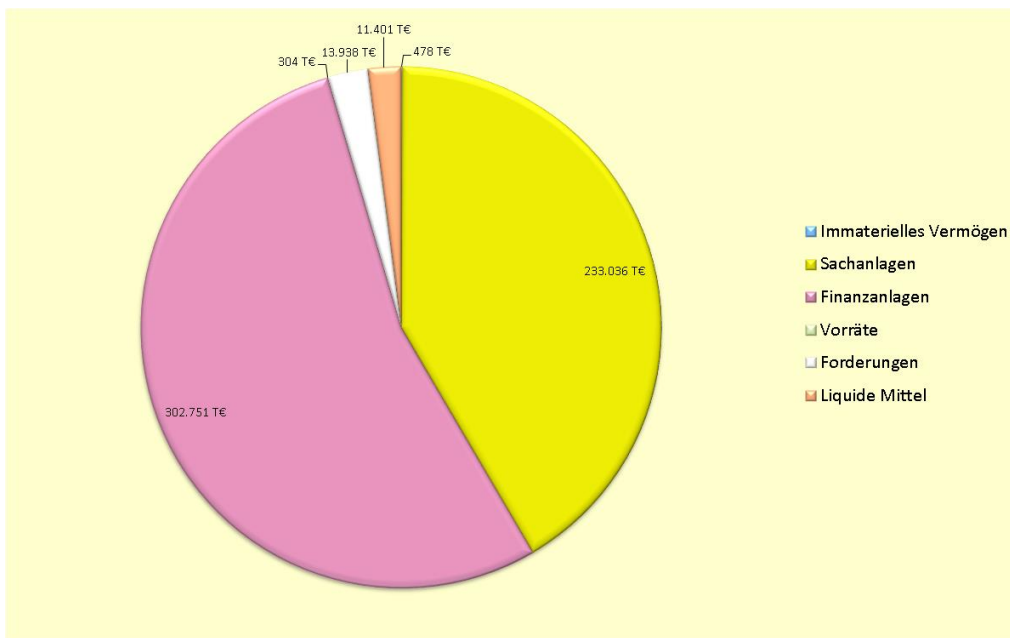


Abbildung 7: Aktiva

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 3.666.468,76 € verringert.

Die immateriellen Vermögensgegenstände, die Sach- und Finanzanlagen wurden zu Anschaffungs- und Herstellungswerten bewertet. Die fortgeführten Buchwerte stimmten mit der ausgedruckten Anlagenübersicht in der Gesamtsumme überein.

2.4.2.1.1 *Immaterielles Vermögen*

Es waren nachvollziehbare Unterlagen (wie Verträge, Urkunden, Belege oder andere) über den entgeltlichen Erwerb von immateriellen Werten vorhanden.

Sie wurden ordnungsgemäß verwaltet.

Das immaterielle Vermögen (ohne Abschreibungen) stieg zwar. Den Zugängen von 113.370,25 € standen nur Abgänge von 1.032,83 € gegenüber (2012). Werden jedoch die Abschreibungen mit eingerechnet, verminderte sich der Buchwert von 485.966,66 € (31.12.2011) auf 478.341 € (31.12.2012). Es fand somit ein Vermögensverzehr beim immateriellen Vermögen statt. (Wie auch folgend beim Sachanlagevermögen)

2.4.2.1.2 *Sachanlagevermögen*

Die Sachanlagen waren in einer eigenständigen Anwendung (Anlagenbuchhaltung Infoma) erfasst.

Die Erfassung und Bewertung des Sachanlagevermögens ist nachvollziehbar erfolgt.

Das in der Bilanz ausgewiesene Sachanlagevermögen wird durch Sachkonten/Konten der Anlagenbuchhaltung korrekt nachgewiesen.

Die Abschreibung, die Bemessungsgrundlage und die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wurden entsprechend der verbindlichen Abschreibungstabelle angesetzt.

Soweit die Nutzung der Sachanlagen zeitlich begrenzt ist, wurde der Wert entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen vermindert. Hierfür ist grundsätzlich eine lineare Abschreibung vorgesehen. Diese fand auch Anwendung.

Geringwertige Vermögensgegenstände werden im Jahr ihrer Anschaffung mit einem Fünftel abgeschrieben (§ 50 Abs. 4 KomHKV wurde beachtet).

Im Sachanlagevermögen standen zwar den Zugängen von 8.639.998,66 € Abgänge von nur 15.619,30 € gegenüber (ohne Abschreibungen). (Die wesentlichen Zugänge des Sachanlagevermögens ergaben sich aus der Innenstadtssanierung bei Straßen und dem Ausbau der Rathenower Straße). Auch hier verringerte sich jedoch durch Abschreibungen das Anlagevermögen geringfügig.

2.4.2.1.3 *Finanzanlagevermögen*

Das Finanzvermögen wird mit 302.750.922,57 € (Vorjahr 302.638.835,95 €) ausgewiesen.

2.4.2.1.4 *Umlaufvermögen*

2.4.2.1.4.1 *Vorräte*

Das sonstige Vorratsvermögen ist gegenüber dem Vorjahr unverändert i. H. v. 303.986,35 € bilanziert.

2.4.2.1.4.2 *Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände*

Die in der Bilanz dargestellten Forderungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1.657.744,24 € auf 13.937.656,68 €. Die Forderungen wurden mit dem Nennwert angesetzt.

2.4.2.1.4.3 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel sind in der Bilanzposition 2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks enthalten.

In der Stadt Brandenburg an der Havel setzen sie sich zusammen aus den Guthaben bei Kreditinstituten, Handvorschüssen und dem Bestand im Kassenautomat. Das Guthaben bei Kreditinstituten war durch Kontoauszüge nachgewiesen. Die Liquiden Mittel betragen 11.400.785,73 € zum 31.12.2012 (Vorjahr: 13.218.166,00 €) und waren damit um 1.817.380,27 € gesunken.

Die Liquidität der Stadt Brandenburg an der Havel war zum Bilanzstichtag nicht durch eigene Mittel gewährleistet.

2.4.2.2 Passiva

In der folgenden Übersicht sind die einzelnen Posten der Passivseite zusammengefasst.

Passiva			
	Vorjahr 31.12.2011	31.12.2012	Veränderung in %
1. Eigenkapital			
1.1 Basis-Reinvermögen	85.791.020,94 €	85.791.020,94 €	0,00 %
1.2 Rücklagen	0,00 €	0,00 €	0,00 %
1.3 Sonderrücklage	9.047.604,33 €	6.731.425,17 €	-25,60 %
1.4 Fehlbetragsvortrag	-12.919.017,96 €	-17.274.222,26 €	33,71 %
2. Sonderposten	160.442.837,17 €	160.235.941,01 €	-0,13 %
3. Rückstellungen	133.067.974,80 €	128.672.445,63 €	-3,30 %
4. Verbindlichkeiten	194.838.640,87 €	199.125.612,47 €	2,20 %
5. Passive Rechnungsabgrenzung	45.020.649,36 €	48.341.017,79 €	7,38 %
Gesamt	615.289.709,51 €	611.623.240,75 €	-0,60 %

Tabelle 4: Passiva

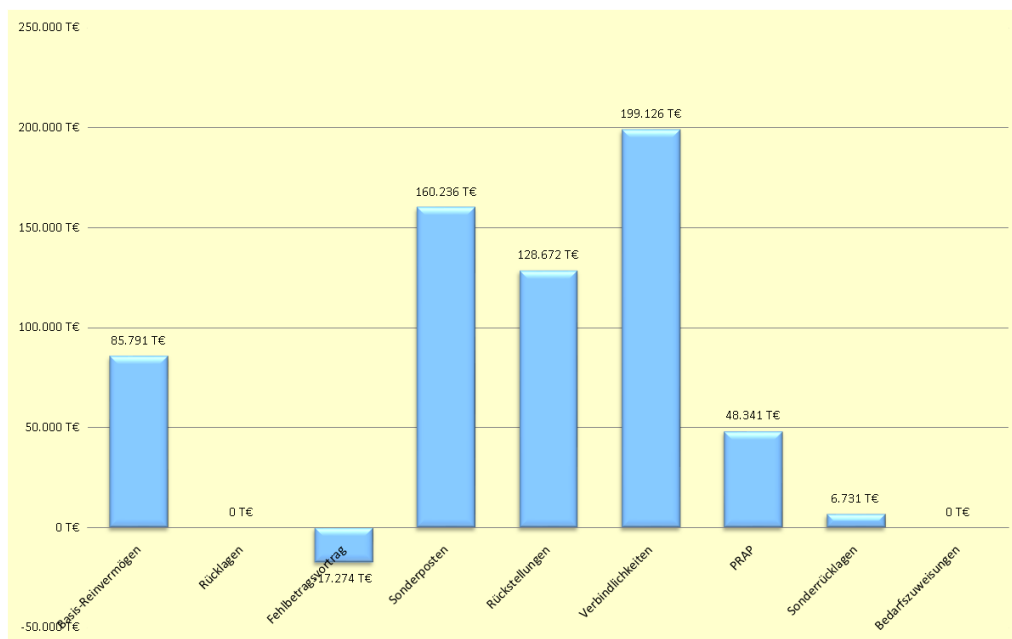


Abbildung 8: Passiva

Die Bilanzsumme hat sich um 3.666.468,76 € auf 611.623.240,75 € vermindert.

Die Bilanzpositionen der Passiva waren durch entsprechende Nachweise zutreffend nachgewiesen. Die Erläuterungen waren ausreichend. Das Jahresergebnis wird übereinstimmend mit der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

2.4.2.2.1 *Eigenkapital*

Das Eigenkapital besteht aus dem Basis-Reinvermögen, den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und des außerordentlichen Ergebnisses, der Sonderrücklage und den Fehlbetragsvorträgen aus dem ordentlichen und außerordentlichen Ergebnis.

Das Basis-Reinvermögen ist zum 31.12.2012 mit 85.791.020,94 € gegenüber dem Vorjahresabschluss in gleicher Höhe ausgewiesen. Das Jahresergebnis zum 31.12.2011 wurde korrekt übertragen.

2.4.2.2.2 *Sonderposten*

Es wurden Sonderposten in Höhe von 160.235.941,01 € ausgewiesen.

Sonderposten aus Zuweisungen

der öffentlichen Hand: Minderung i. H. v. 8.057.700 €.

Sonderposten aus Beiträgen,

Baukosten- und Investitionszuschüssen: Mehrung i. H. v. 230.319,63 €

Sonstige Sonderposten: Minderung i. H. v. 461.946,84 €

Erhaltende Anzahlungen auf Sonderposten: Mehrung i. H. v. 8.082.439,18 €

Insgesamt haben sich gegenüber dem Vorjahr die Sonderposten um 206.896,16 € verringert.

2.4.2.2.3 *Rückstellungen*

Es wurden zum 31.12.2012 Rückstellungen in Höhe von 128.672.445,63 € gebildet und entsprechend in der Bilanz ausgewiesen:

Rückstellungen der Stadt Brandenburg am 31.12.2012	
Art der Rückstellung	Höhe
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	55.739.857,11 €
b) Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	0,00 €
c) Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	22.719.997,38 €
d) Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	12.771.531,12 €
e) Sonstige Rückstellungen	37.441.060,02 €
Summe	128.672.445,63 €

Tabelle 5: Rückstellungen

Anmerkung zu b) Nach Mitteilung der Finanzverwaltung wurden keine Rückstellungen für die unterlassene Instandhaltung gebildet, da die Bewertung des Vermögens erst abschließend im Jahr 2013 stattfand und somit grundlegende Wertminderungen der Vorjahre bereits in der Bewertung berücksichtigt wurden. Ein im Berichtsjahr begründeter (neuer) Rückstau wurde seitens der Fachverwaltung nicht gemeldet.

In dem zur Prüfung vorgelegten Anhang zum Jahresabschluss 2012 wurde die Berechnungsgrundlage der Pensions- und Beihilferückstellungen nicht angegeben. Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen wurde festgestellt, dass der durch den Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg ermittelte

Betrag der Pensions- und Beihilferückstellungen zum 31.12.2012 in der Bilanz ausgewiesen wurde. Die Berechnungsgrundlagen sind im Anhang des Jahresabschlusses aufzunehmen.

Die im Kontenrahmen des Landes Brandenburg und im Kontierungshandbuch für die Stadt Brandenburg an der Havel vorgesehene Unterscheidung in der Zuführung von Rückstellungen für aktive Beschäftigte und für Versorgungsempfänger erfolgte weiterhin nicht, da nach Mitteilung der Verwaltung eine getrennte Ausweisung ohne zusätzliche Umbuchungen erst ab den Jahresabschluss 2017 möglich sei.

Gebildete Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren sind belegt und sowohl der Höhe als auch dem Grunde nach angemessen.

Für eine Gebührenüberdeckung nach § 6 Abs. 3 KAG Brandenburg ist in dem Jahr der Gebührenüberdeckung eine Rückstellung zu bilden. Die gebildete Rückstellung ist in dem Jahr und in dem Umfang ergebniswirksam aufzulösen, in dem die Gebührenerstattung erfolgt.

Die Gebührenüberdeckungen 2012 wurden, mit Ausnahme der Gebührenüberdeckung für Regenwasser, als Rückstellung in 2012 korrekt gebildet. Die Gebührenüberdeckung für Regenwasser ist bereits für das Jahr 2011 ausgewiesen worden und hätte im Jahr 2011 zurückgestellt werden müssen.

Des Weiteren wurde bei der Aufstellung der Eröffnungsbilanz die Kostenüberdeckung im Bereich des Regenwassers mit der Kostenunterdeckung im Bereich Schmutzwasser verrechnet. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses 2012 wurde die Kostenüberdeckung im Bereich des Regenwassers mit der Kostenunterdeckung im Bereich Schmutzwasser hingegen nicht verrechnet. Die Kostenüberdeckung wurde im Bereich des Regenwassers ausgewiesen. Damit wurde der Stetigkeitsgrundsatz bzw. der Grundsatz der materiellen Bilanzkontinuität nicht eingehalten.

Die Abgänge zur Rückstellung für Überschüsse aus Gebühren und Entgelten sind belegt und sowohl der Höhe als auch dem Grunde nach angemessen.

Rückstellungen für Überstunden/Gleitzeitüberhänge und für nicht genommenen Urlaub sind personenbezogen ermittelt worden. Dazu wurden der Resturlaub und die Überstunden/Gleitzeitüberhänge per 31.12.2012 durch die Fachämter zugearbeitet. Für die Berechnung der Rückstellung wurden das maßgebliche Arbeitsentgelt des geplanten Jahresbruttolohnes des Jahres 2013 sowie die Jahresarbeitszeitstunden für das Jahr 2013 herangezogen. Die Höhe der Rückstellung ergibt sich jedoch aus dem Entgelt, das der Arbeitgeber/Dienstherr den Mitarbeitern gezahlt hätte, wenn diese den Urlaub bzw. die Überstunden/Gleitzeitüberhänge bereits in Anspruch genommen hätten. Die Rückstellung hätte somit mit dem Jahresbruttolohn aus dem Jahr 2012 berechnet werden müssen.

Des Weiteren stimmt der ausgewiesene bilanzielle Wert für Urlaubsrückstellungen nicht mit den eingereichten Unterlagen der Fachämter überein.

Folglich sind die Rückstellungen für Überstunden/Gleitzeitüberhänge und für nicht genommenen Urlaub nicht mit dem richtigen Wertansatz gebildet worden.

2.4.2.2.4 Verbindlichkeiten

Die Schulden haben sich gegenüber dem Vorjahr um 4.286.971,60 € verändert.

Es erfolgten u. a. stichprobenhaft Prüfungen der Saldenbestätigungen der verbundenen Unternehmen sowie der Sondervermögen, der Kreditverbindlichkeiten sowie die Prüfung der Kreditoren-Summen-Saldenliste.

Bei der Prüfung der Buchungen in Zusammenhang mit Krediten wurde festgestellt, dass bei einer Saldenbestätigung eines Kreditinstitutes eine Abweichung um 70,00 € bestand. Aufgrund der verspäteten Begleichung einer Tilgungsrate entstanden in einem Fall Verzugszinsen von 430,71 €.

Der Höchstbetrag des Kassenkredites (Beschluss 288/2011) vom 26.10.2011 über 150.000.000 € wurde beachtet.

2.5 Anlagen

2.5.1 Anhang

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie die sonstigen Pflichtangaben. Der Anhang beinhaltet die in § 58 Abs. 2 KomHKV dargestellten Sachverhalte.

Das RPA weist darauf hin, dass der für das Produkt 511.02 „Vorbereitung und Durchführung der Stadterneuerung“ genannte Betrag an Zinszahlungen irrtümlich den Ansatz des Rechnungsjahres ausweist. Der im Rechnungsjahr als Ergebnis auszuweisende Betrag beträgt 318 T€ und ist entsprechend verbucht. Des Weiteren gibt das RPA den Hinweis, dass die zur Ermittlung des Zinsanspruchs genannte Rechtsgrundlage in Gestalt der NBest-StBauFR (2015) nicht korrekt ist. Für den Jahresabschluss 2012 (und in den Folgejahren 2013 und 2014) kann nur die damals gültige Rechtsgrundlage herangezogen werden. Dies sind die Städtebauförderrichtlinien 2009 in der Fortschreibung 2012, was auch in den aufgeführten Bestimmungsrandnummern korrekt zitiert wird. Aufgrund der in diesem und den Folgejahren nicht unerheblichen Betrages an Zinszahlungen behält sich das RPA ausdrücklich vor, diesem Themenbereich einen Schwerpunkt bei künftigen Prüfungen zu widmen.

Bei den ergänzenden Angaben zum Anhang unter Punkt VI. werden die Betriebe gewerblicher Art aufgelistet. Anhand der vorliegenden Unterlagen ist nicht nachvollziehbar, inwiefern die Auflistung vollständig ist, tlw. sind Bezeichnungen abweichend. Das RPA gibt den Hinweis, die Auflistung mit den tatsächlichen Gegebenheiten abzugleichen, bzw. zu begründen, warum die in der aufgeführten Liste ausgewiesenen BgA vollständig sind.

2.5.2 Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen

Im neuen Kommunalen Rechnungswesen ist der Übertrag von Ermächtigungen gemäß § 24 KomHKV zulässig, soweit nach § 48 KomHKV nicht vorrangig Rückstellungen gebildet werden müssen. Zu differenzieren ist zwischen Ermächtigungen des Ergebnishaushalts und solchen des Finanzhaushalts. Zu übertragende Ermächtigungen führen in keinem Jahr zu einer Buchung im Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt, sie erhöhen nur die Ermächtigungen des Folgejahres.

Gemäß § 24 Abs. 5 KomHKV ist dem Jahresabschluss eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt und den Finanzhaushalt beizufügen.

Eine entsprechende Übersicht ist dem Anhang beigefügt worden.

Zu übertragene Haushaltsermächtigungen wurden in Höhe von 5.833.639,06 € gebildet. Die Voraussetzungen gemäß § 24 KomHKV lagen vor. Das ordnungsgemäße Verfahren wurde eingehalten.

Ausgabeermächtigungen wurden in Höhe von 36.389.574,48 € gebildet. Das ordnungsgemäße Verfahren wurde eingehalten.

Festzustellen ist, dass der Ergebnisrechnung (Ifd. Nr. 15) die übertragenen Ermächtigungen – Transferaufwendungen – um 168.115,82 € höher ausgewiesen sind als im Jahresergebnis vorhandene Mittel. Eine Erläuterung wurde durch FG 20 nicht gegeben.

In der Übersicht zu übertragenen Haushaltsermächtigungen nach 2012 aus 2011 ist zusätzlich ein Betrag i. H. v. 287.798,87 € für Mittelverschiebungen ausgewiesen, der nicht Bestandteil der Anlage zum JA 2011 war. Eine Erläuterung ist durch FG 20 nicht erfolgt.

2.5.3 Beteiligungsbericht

Gem. § 61 Abs. 1 KomHKV ist dem Jahresabschluss zur Information der Mitglieder der Gemeindevertretung und der Einwohner ein Bericht über ihre Unternehmen gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 der BbgKVerf sowie ihre mittelbaren Beteiligungen zu beizufügen und jährlich fortzuschreiben, soweit es sich nicht um Sparkassen und Sparkassenverbände handelt.

Der Bericht lag vor und enthielt alle erforderlichen Angaben.

2.6 Ergebnis der Jahresabschlussprüfung

2.6.1 Fehlbetrag / Überschuss

Die kumulierten Fehlbeträge aus Vorjahren belaufen sich auf 12.919.017,96 €. Der strukturelle, auf das Haushaltsjahr 2012 bezogene ordentliche Fehlbetrag beträgt 4.360.761,30 €.

Die Fehlbetragsquote lag damit bei 7,9 Prozent (im Vorjahr bei 6,1 Prozent).

2.6.2 Zusammenfassung

Der zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss 2012 wurde ordnungsgemäß aus den Büchern und den sonst erforderlichen Aufzeichnungen der Stadt entwickelt.

Die Vermögenswerte sind nachgewiesen.

Unter Berücksichtigung des verkürzten Jahresabschlusses und der damit einhergehenden begrenzten Prüfungsgrundlagen kommt das RPA zu der Bewertung, dass im Rahmen der bei der verkürzten Prüfung gewonnenen Erkenntnisse der Jahresabschluss 2012 grundsätzlich den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt vermittelt.

3. Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2013

3.1 Ergebnisrechnung

3.1.1 Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit

3.1.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Im Jahr 2013 wurden 55.959.351,62 € Steuern und ähnliche Abgaben eingenommen. Die Einnahmen des Sachkontos wurden stichprobenartig geprüft, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Prüfung der Gewerbesteuereinnahmen gelegt wurde.

Die Gewerbesteuer wird von der Gemeinde erhoben. Gewerbesteuerpflichtig sind Gewerbetreibende, die Gewinne erwirtschaften. Die Entscheidung über die Steuerpflicht trifft das für das Unternehmen zuständige Finanzamt. Dieses erteilt einen Gewerbesteuermessbescheid für die Stadt Brandenburg an der Havel und den Steuerpflichtigen. An den Messbescheid ist die Stadt Brandenburg an der Havel gebunden. Die zu zahlende Gewerbesteuer ergibt sich aus dem Messbetrag der mit dem Hebesatz der Gemeinde multipliziert wird. Die Gewerbesteuer wird dann mit einem gesonderten Bescheid von der Gemeinde an die Steuerpflichtigen bekannt gegeben.

Mit Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für Realsteuern der Stadt Brandenburg an der Havel (Hebesatzsatzung), die zum 01.01.2012 in Kraft trat, hat die Stadtverordnetenversammlung einen Hebesatz für Gewerbesteuern in Höhe von 380 v. H. beschlossen.

Nach Abschluss der stichprobenartigen Prüfung kann festgestellt werden, dass die Gewerbesteuerbescheide ordnungsgemäß erstellt und die Einnahmen entsprechend des verbindlichen Kontorahmens verbucht wurden. Die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung wurden beachtet. Zahlungsbegründende Unterlagen lagen vor. Es ergaben sich keine Feststellungen oder Beanstandungen.

3.1.1.2 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Als privatrechtliche Leistungsentgelte werden diejenigen Entgelte für die eine konkrete Gegenleistung erbracht wird und für die es keine öffentlich-rechtliche Rechtsgrundlage gibt ausgewiesen.

3.1.1.3 Sonstige ordentliche Erträge

Die Kontengruppe 45 umfasst sonstige ordentliche Erträge. Es wurden 6 Finanzvorfälle geprüft.

Die Prüfung bezog sich auf 2 Konzessionsabgaben, 3 Buchungen zum Festwert Bäume (Jahresabschlussbuchungen) und 1 Buchung zur Pauschalwertberichtigung Transferleistungen (Jahresabschlussbuchung).

Die Buchungen umfassten insgesamt ein Wertvolumen von 2.666.133,71 €. Alle Buchungen waren durch zahlungsbegründende Unterlagen belegt und wiesen eine korrekte Kontierung aus. Die zahlungsbegründenden Unterlagen waren plausibel und nachvollziehbar.

Buchungen zum Festwert Bäume basieren u. a. auf der Anwendung der Ziffer 2.6.1 des Bewertungsleitfadens der Stadt Brandenburg an der Havel, wonach für Bäume das Festwertverfahren anzuwenden ist. Die Buchungen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten wurden sachlich und rechnerisch korrekt auf die Bilanzkonten 04710010-Zugang Bauten Sonderflächen für die Zuschreibung des Festwertes Bäume zur Inventur 31.12.2013 und auf das Bilanzkonto 23110040-Zugang Sonderposten aus Zuweisungen vom Land (anteilige Fördermittel) vorgenommen. Die entsprechenden Buchungen in der Ergebnisrechnung sind nachvollziehbar.

Der Buchungsbetrag zur Pauschalwertberichtigung Transferleistungen (Veränderung zum Vorjahr) wurde sachlich und rechnerisch korrekt ermittelt und gebucht.

3.1.1.4 Außerordentliche Erträge

Es wurden die Kapitalentnahme aus Grundstücksverkäufen 2012 und 2013 im HHJ 2013 zur Prüfung herangezogen.

Entsprechend § 7 Nr. 6 der EigV des Landes Brandenburg bedarf die Entnahme von Eigenkapital eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung

Laut Kontierungshandbuch der Stadt Brandenburg umfasst die Kontengruppe 49 alle außerordentlichen Erträge. Hierzu zählen u. a. die Erträge aus der Vermögensveräußerung von Finanzanlagen.

Die Kapitalentnahmen im HHJ 2013 für Grundstücksverkäufe des Eigenbetriebes des Gebäude- und Liegenschaftsmanagement betragen 773.700,- € und 430.000,- €. Die Entnahme von Eigenkapital aus dem Eigenbetrieb GLM sind die Erlöse/Erträge aus Grundstücksverkäufen (Veräußerung von nicht verwaltungsnotwendigen Immobilienvermögen).

Grundlage ist die Abrechnung vom EB GLM für die HHJ 2012 und 2013 zu den Erträgen aus Grundstücksverkäufen, abzüglich der Aufwendungen (Sach- und Personalkosten). Die Erträge wurden

im Sachkonto 49310020 - Erträge aus der Veräußerung von Finanzanlagen- gebucht und wurden durch zahlungsbegründende Unterlagen belegt. Mit SVV-Beschlüsse 112/2012 und 160/2013 wurden die Entnahmen des Eigenkapitals eingeholt.

3.1.2 Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

3.1.2.1 Personalaufwendungen

In der Kontengruppe 50 werden die Personalaufwendungen verbucht. Hierunter fallen alle Aufwendungen, die für die unmittelbare Beschäftigung der aktiven Beamten und Beschäftigten in der Verwaltung entstehen. Also Bezüge und Entgelte, aber auch Sach- und Sonderzuwendungen und die Aufwendungen für die soziale Sicherung der Beschäftigten und Rückstellungen.

Die Höhe der Personalaufwendungen betrug in der Ergebnisrechnung des Jahresabschlusses 2013 insgesamt 48.868.027,87 €. Somit waren die Personalaufwendungen im Haushaltsjahr 2013 um 4.065.657,13 € niedriger als im fortgeschriebenen Haushaltsplan veranschlagt.

Die Stichprobe umfasste 5 Finanzvorfälle dieser Kontengruppe. Zahlungsbegründende Unterlagen lagen für alle Stichproben vor. Innerhalb der Stichprobe wurde der Dienstverteilungsplan, basierend auf den Stellenplan 2013, eingehalten. Die Buchung der Dienstbezüge Beamte und tariflich Beschäftigte sowie der Beiträge Versorgungskasse Beamte erfolgte für die Stichprobe zeitlich und sachlich korrekt.

Im Zusammenhang mit der Stichprobenprüfung über die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen kam es zu folgenden Feststellungen.

1. In der Jahresabschlussprüfung 2011 wurde bemängelt, dass von dem übermittelten Wert des Gutachtens der Aktuare Rüss, Dr. Zimmermann und Partner (GbR) über die Höhe der Rückstellungen für unmittelbare Pensions- und Beihilfeverpflichtungen gegenüber den Versorgungsempfängern abgewichen wurde. Das Rechnungsprüfungsamt empfahl, dass künftig entweder die Rückstellung in Höhe des Gutachtenwertes abgebildet wird oder abändernder Einfluss auf die Mitteilungen des Kommunalen Versorgungsbandes genommen wird.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 hat ergeben, dass die Höhe der insgesamt gebildeten Pensions- und Beihilferückstellungen zum 31.12.2013 dem Betrag entspricht, der durch die Aktuare Rüss, Dr. Zimmermann und Partner (GbR) ermittelt wurde. Die Höhe des Gutachtenwertes wurde somit im Jahresabschluss 2013 übernommen.

2. Eine getrennte Ausweisung nach aktiven Beamten und Versorgungsempfängern wurde entgegen der Vorgaben im Kontenrahmen des Landes Brandenburg und im Kontierungshandbuch für die Stadt Brandenburg an der Havel nicht vorgenommen.

Auf die getrennte Ausweisung von Pensions- und Beihilferückstellungen für aktive Beamte (in der Kontengruppe 50) und Versorgungsempfänger (in der Kontengruppe 51) wurde bereits in der Jahresabschlussprüfung 2011 hingewiesen. Nach Mitteilung der FG 11 erfolgt nunmehr eine getrennte Ausweisung ab dem Jahresabschluss 2015.

3.1.2.2 Versorgungsaufwendungen

Hierunter fallen alle Aufwendungen für aus dem Dienst ausgeschiedene Bedienstete (Versorgungsempfänger) – soweit dafür keine oder keine ausreichenden Rückstellungen in der Vergangenheit gebildet worden sind.

3.1.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

In dieser Kontengruppe werden alle Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, die im Rahmen der kommunalen Aufgabenerledigung anfallen, veranschlagt. Hierbei ist ggf. der Erhaltungsaufwand von aktivierungspflichtigen Anschaffungs- und Herstellungskosten abzugrenzen.

3.1.2.4 Transferaufwendungen

Unter Transferaufwendungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung sind Aufwendungen zu verstehen, denen keine konkreten Gegenleistungen gegenüberstehen. Sie beruhen auf einseitigen Verwaltungsvorfällen, nicht auf einem Leistungsaustausch. Beispiele sind Leistungen der Sozialhilfe und der Jugendhilfe.

3.1.2.5 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen handelt es sich z. B. um Geschäftsaufwendungen, Steuern, Versicherungen oder auch Wertveränderungen des Vermögens.

3.1.2.6 Abschreibungen

Nachdem im Vorfeld der Eröffnungsbilanz das Vermögen ordnungsgemäß bis Ende 2011 erfasst wurde, wird es jährlich linear mit verschiedener Dauer gemäß Abschreibungstabelle abgeschrieben. Einige Prüfungen dazu haben bereits für das Haushaltsjahr 2012 stattgefunden. Im Ergebnis konnte für alle Stichproben eine ordnungsgemäße Abschreibung bestätigt werden. Über den gesamten Datenbestand erfolgte die Berechnung und Abschreibung jährlich automatisch innerhalb eines Abschreibungsprogrammlaufes.

Für die Prüfungen im Bereich Abschreibungen im Jahr 2013 konzentrierte sich das Rechnungsprüfungsamt auf Änderungen im Datenbestand. So entstehen beim Zu- oder Abgang entsprechende Daten in Unterkonten, die für die Stichprobenauswahl genutzt wurden.

Insgesamt konnte das Rechnungsprüfungsamt bei den Stichproben keine Fehler im Bereich Abschreibungen erkennen.

Die jeweils aktuellen Vermögenswerte nach den Abschreibungen fließen in die einzelnen Fachbereiche ordnungsgemäß ein bzw. alle geprüften Buchungen enthielten entsprechende Kostenstellencodes im Datensatz zur Zuordnung.

3.1.2.7 Außerordentliche Aufwendungen

Es wurde der Ausgleich des Jahresverlustes für das HHJ 2013 des Eigenbetriebes Schwimm- und Erlebnisbad i. H. v. 186.776,86 € geprüft.

Die SVV hat mit Beschluss Nr. 310/2014 am 17.12.2014 unter Ziffer 2 beschlossen, dass der Jahresverlust i. H. v. 186.776,86 € mit der allgemeinen Rücklage des EB SEB verrechnet wird.

Laut Kontierungshandbuch der Stadt Brandenburg umfasst die Kontengruppe 59 alle außerordentliche Aufwendungen. Hierzu zählen u. a. Aufwendungen Wertminderung durch Veräußerung von Finanzanlagen.

Der Jahresverlust des Eigenbetriebes Schwimm- und Erlebnisbad wurde durch die Stadt auf dem Sachkonto 59310020 -Aufwendungen Wertminderung durch Veräußerung von Finanzanlagen-

gebucht. Die Stadt hat den Jahresverlust aus dem städtischen Haushalt entsprechend § 11 Nr. 7 der EigV des Landes Brandenburg ausgeglichen.

Der Ausgleich des Jahresverlustes ist aufgrund der vorgelegten Unterlagen für das HHJ 2013 nachvollziehbar.

3.2 Finanzrechnung

3.2.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Zu den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gehören die Investitionszuwendungen, Einzahlungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen sowie aus Beiträgen.

3.2.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Zu den Auszahlungskonten aus Investitionstätigkeit aus der Finanzrechnung gehören

- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden
- Auszahlungen für Baumaßnahmen
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen
- Sonstige Investitionsauszahlungen

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit betragen in 2013 insgesamt 21.099.072,16 €.

Im laufenden Jahr wurden bereits alle Vergaben für Investitionen über 5.000,- € durch das RPA geprüft.

Innerhalb dieser Kontengruppe gab es im Rahmen der JA Prüfung 5 Stichproben mit einem finanziellen Umfang von insgesamt 1.135.461,26 €.

Für alle Stichproben liegen die Buchungsbelege und die begleitenden Unterlagen vor und sind im Prüfungsergebnis ohne Beanstandung

3.2.3 Saldo aus Investitionstätigkeit

Die Kontengruppe 79 umfasst als Auszahlungsbereich die Tilgung der Kredite für Investitionen, ebenso die Tilgung der Kredite zur Liquiditätssicherung.

Innerhalb der Prüfung des Jahresabschlusses 2013 erfolgte für diese Kontengruppe eine Stichprobenprüfung. In dieser enthalten sind Zahlungsvorgänge von Tilgungsraten zu investiven Kommunalkrediten in der Kontenart 792. Weiterhin Rückzahlungen von Krediten zur Liquiditätssicherung in der Kontenart 793.

Innerhalb der Stichprobenprüfung lagen alle buchungsbegründenden Unterlagen vollständig vor und sind ohne Beanstandung.

3.3 Anlagen

3.3.1 Anhang

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie die sonstigen Pflichtangaben. Der Anhang beinhaltet die in § 58 Abs. 2 KomHKV dargestellten Sachverhalte.

Bei den ergänzenden Angaben zum Anhang unter Punkt VI. werden die Betriebe gewerblicher Art aufgelistet. Anhand der vorliegenden Unterlagen ist nicht nachvollziehbar, inwiefern die Auflistung vollständig ist, tlw. sind Bezeichnungen abweichend. Das RPA gibt den Hinweis, die Auflistung mit den tatsächlichen Gegebenheiten abzugleichen, bzw. zu begründen, warum die in der aufgeführten Liste ausgewiesenen BgA vollständig sind.

3.3.2 Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen

Im Neuen Kommunalen Rechnungswesen ist der Übertrag von Ermächtigungen gemäß § 24 KomHKV zulässig, soweit nach § 48 KomHKV nicht vorrangig Rückstellungen gebildet werden müssen. Zu differenzieren ist zwischen Ermächtigungen des Ergebnishaushalts und solchen des Finanzhaushalts. Zu übertragende Ermächtigungen führen in keinem Jahr zu einer Buchung im Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt, sie erhöhen nur die Ermächtigungen des Folgejahres.

Gemäß § 24 Abs. 5 KomHKV ist dem Jahresabschluss eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt und den Finanzhaushalt beizufügen.

Eine entsprechende Übersicht ist dem Anhang des Jahresabschlusses als Anlage 3 beigefügt worden.

Zu übertragene Haushaltsermächtigungen wurden in Höhe von 8.006.280,44 € (Aufwand) gebildet. Finanzauszahlungsermächtigungen wurden in Höhe von 33.486.267,87 € gebildet. Die Voraussetzungen gemäß § 24 KomHKV lagen vor.

Dem Jahresabschluss ist eine Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen nach Produktbereichen beigefügt.

3.3.3 Beteiligungsbericht

Gem. § 61 Abs. 1 KomHKV ist dem Jahresabschluss zur Information der Mitglieder der Gemeindevertretung und der Einwohner ein Bericht über ihre Unternehmen gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 der BbgKVerf sowie ihre mittelbaren Beteiligungen beizufügen und jährlich fortzuschreiben, soweit es sich nicht um Sparkassen und Sparkassenverbände handelt.

3.4. Ergebnis der Jahresabschlussprüfung

3.4.1 Fehlbetrag / Überschuss

Die kumulierten Fehlbeträge aus Vorjahren belaufen sich auf 4.355.204,30 €. Der strukturelle, auf das Haushaltsjahr 2013 bezogene ordentliche Fehlbetrag beträgt 5.335.295,66 €.

3.4.2 Zusammenfassung

Der zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss 2013 wurde ordnungsgemäß aus den Büchern und den sonst erforderlichen Aufzeichnungen der Stadt entwickelt.

Die Vermögenswerte sind nachgewiesen.

3.4.3 Erklärung des Rechnungsprüfungsamts

Unter Berücksichtigung des verkürzten Jahresabschlusses und der damit einhergehenden begrenzten Prüfungsgrundlagen kommt das RPA zu der Bewertung, dass im Rahmen der bei der verkürzten Prüfung gewonnenen Erkenntnisse der Jahresabschluss 2013 grundsätzlich den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt vermittelt.

4 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014

4.1 Ergebnisrechnung

4.1.1 Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit

4.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Im Jahr 2014 wurden 101.706.343,91 € Zuwendungen und allgemeine Umlagen eingenommen. Die Einnahmen des Sachkontos wurden stichprobenartig geprüft.

Das Sachkonto enthält Erträge aus Schlüsselzuweisungen, Bedarfszuweisungen, sonstige allgemeine Zuweisungen, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand, allgemeine Umlagen und aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen. Die geprüften Zuweisungen erfolgten aufgrund unterschiedlichster Vorschriften und Normen. Die Bescheide des Landes Brandenburg lagen dazu vollständig vor.

Nach Abschluss der stichprobenartigen Prüfung kann festgestellt werden, dass die erhaltenen Zuweisungen entsprechend des verbindlichen Kontorahmens verbucht wurden. Die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung wurden beachtet. Zahlungsbegründende Unterlagen lagen vor. Es ergaben sich keine Feststellungen oder Beanstandungen.

4.1.1.2 Sonstige ordentliche Erträge

Die Kontengruppe 45 umfasst sonstige ordentliche Erträge. Es wurden 6 Finanzvorfälle geprüft.

Die Prüfung bezog sich auf 2 Konzessionsabgaben, 3 Buchungen zum Festwert Bäume (Jahresabschlussbuchungen) und 1 Buchung zur Pauschalwertberichtigung Transferleistungen (Jahresabschlussbuchung).

Die Buchungen umfassten insgesamt ein Wertvolumen 2.184.048,13 €. Alle Buchungen waren durch zahlungsbegründende Unterlagen belegt und wiesen eine korrekte Kontierung aus. Die zahlungsbegründenden Unterlagen waren plausibel und nachvollziehbar.

Buchungen zum Festwert Bäume basieren u. a. auf der Anwendung der Ziffer 2.6.1 des Bewertungsleitfadens der Stadt Brandenburg an der Havel, wonach für Bäume das Festwertverfahren anzuwenden ist. Die Umbuchungen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten wurden sachlich und rechnerisch korrekt auf die Bilanzkonten 04710010 – Zugang Bauten Sonderflächen für die

Zuschreibung des Festwertes Bäume zur Inventur und auf das Bilanzkonto 23110040- Zugang Sonderposten aus Zuweisungen vom Land (anteilige Fördermittel) vorgenommen.

Der Buchungsbetrag zur Pauschalwertberichtigung Transferleistungen (Veränderung zum Vorjahr) wurde sachlich und rechnerisch korrekt ermittelt und gebucht.

4.1.1.3 Finanzerträge

In der Kontengruppe 46 werden die Zinserträge, Gewinnanteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie sonstige Finanzerträge verbucht.

Als Zinsertrag bezeichnet man alle Erträge, die einem zu verzinsenden Kapital zugeschlagen werden. Bei den Gewinnanteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen handelt es sich um Gewinnablieferungen der eigenen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rücksicht auf deren Rechtsform, Dividenden, Ausschüttungen aus Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen mit Gemeinnützigkeitscharakter. Unter sonstige Finanzerträge werden übrige Ausschüttungen, Erstattung der Kapitalertragssteuer, Gewinnanteile des Gesellschafters, Rückvergütungen, Anteile am Bilanzgewinn der Sparkassen sowie Verzinsung von Steuernachforderungen und Erstattungen gebucht.

Die Höhe der Finanzerträge in Form von Zinserträgen, Gewinnanteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie sonstigen Finanzerträge betrug in der Ergebnisrechnung des Jahresabschlusses 2014 insgesamt 3.317.231,51 €. Somit waren die Finanzerträge im Haushaltsjahr 2014 um 109.784,15 € höher als im fortgeschriebenen Haushaltsplan veranschlagt.

Die Stichprobe umfasste die Prüfung eines Zinsertrages von Kreditinstituten, eines Gewinnanteils aus verbundenen Unternehmen, zwei Finanzvorfälle im Bereich der sonstigen Finanzerträge öffentlich/rechtlich sowie einen Finanzvorfall im Bereich des privatrechtlichen Bereiches mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 2.668.165,75 €.

Innerhalb der Stichprobe wurden die gesetzlichen Vorgaben, soweit vorhanden, eingehalten. Die buchungsbezüglichen Unterlagen waren vollständig vorhanden und die Buchung der Beträge erfolgte ordnungsgemäß. Es kam zu keiner Beanstandung.

4.1.1.4 Außerordentliche Erträge

Die Kontengruppe 49 umfasst alle außerordentlichen Erträge. Diese beruhen auf seltenen, unvorhersehbaren und ungewöhnlichen Vorgängen von wesentlicher Bedeutung.

Die Stichprobe enthält u. a. zwei Buchungsvorgänge zur Übergabe der Baulast für die Bundesstraßen an den Landesbetrieb für Straßenwesen, einmal in Höhe von 1.602.888,37 € für die Übertragung der Bundesstraße im Bereich der Rathenower Landstraße und eine Buchung in Höhe von 1.015.949,85 € im Bereich B1/B102, am Hauptbahnhof.

Die Bundesstraßen wurden unmittelbar nach Feststellung des Ergebnisses der Zensusserfassung vom Landesbetrieb übernommen. Eine so schnelle Übernahme war von der Stadtverwaltung nicht erwartet worden und demzufolge lag auch keine Planung vor. Die Buchung der Vorgänge erfolgte somit im außerordentlichen Ergebnis, was aus der Sicht des RPA auf Grund der Unvorhersehbarkeit korrekt ist.

Den Vorgängen aus der Stichprobe lagen alle buchungsbezüglichen Unterlagen nachvollziehbar vor.

Eine weitere Stichprobe bezieht sich auf Erträge aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 650.000 €. Innerhalb der Prüfung wurde festgestellt, dass es sich hier um Erträge aus Grundstücksverkäufen handelt, die das GLM tätigt und die dann über die Entnahme von Eigenkapital an die Stadt übertragen wird. Die Entnahme von Eigenkapital aus dem Eigenbetrieb muss entsprechend § 7 der Eigenbetriebsverordnung von der Gemeindevertretung beschlossen werden. Dieser Beschluss wird mit dem Wirtschaftsplan von GLM erreicht, in dem die Kapitalentnahmen aus Grundstücksverkäufen jährlich geplant werden. Basis ist die Abrechnung des GLM zu den Erträgen aus Grundstücksverkäufen

abzüglich der dadurch entstandenen Aufwendungen. Da für 2014 keine zeitnahe Abrechnung der Grundstücksverkäufe von GLM erfolgte, war die Grundlage für die Entnahme die Liquidationsplanung des GLM.

Alle buchungsrelevanten Unterlagen sind vorhanden und korrekt, dennoch ist damit keine Begründung für eine Buchung ins außerordentliche Ergebnis abzuleiten, da erstens eine Planung innerhalb des Wirtschaftsplanes von GLM erfolgt und darüber hinaus sich mit der Buchung in das Konto Sachkonto 49310020 „Erträge aus der Vermögensveräußerung von Finanzanlagen“ sich nicht eindeutig zuordnen lässt, dass es sich hier um eine Zahlung vom GLM an die Stadt handelt. Zukünftig sollte die Buchung in der Kontenart 465 erfolgen.

4.1.2 Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

4.1.2.1 Personalaufwendungen

Hierunter fallen alle Aufwendungen, die für die unmittelbare Beschäftigung der aktiven Beamten und Beschäftigten in der Verwaltung entstehen. Also Bezüge und Entgelte, aber auch Sach- und Sonderzuwendungen und die Aufwendungen für die soziale Sicherung der Beschäftigten und Rückstellungen.

4.1.2.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Kontengruppe 52 umfasst Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Es wurden 5 Finanzvorfälle geprüft.

Die Prüfung bezog sich auf 1 Inanspruchnahme einer Rückstellung (Jahresabschlussbuchung) und 4 Ausgabe-/Aufwandsbuchungen.

Die Buchungen umfassten insgesamt ein Wertvolumen 718.461,78 €. Alle Buchungen waren durch zahlungsbegründende Unterlagen belegt und wiesen eine korrekte Kontierung aus. Die zahlungsbegründenden Unterlagen waren plausibel und nachvollziehbar.

Die im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten zu tätige Jahresabschlussbuchung zur Inanspruchnahme der Rückstellung für die Gasgeneratorenanlage Kirchmöser in Höhe von 333.240,68 € ist korrekt auf dem Konto 52170000 erfolgt. Die Auflösungshöhe ist sachgemäß begründet. Die Stichprobe zur erfolgten Vergabe ergab keine Beanstandungen.

Auch bei den 4 weiteren Finanzvorfällen (insges. 385.221,10 €) wurden Prüfungen hinsichtlich einer erfolgten Vergaben durchgeführt. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

Hinsichtlich der Schlussrechnung zum Bürgerpark Marienberg 2. BA Los 1 wurde sachlich und rechnerisch korrekt nur der Teilbetrag der Rechnung, der dem Aufwand zuzuordnen war (Ersatzpflanzungen Bäume) auf dem Aufwandskonto gebucht. Die Trennung des Rechnungsbetrages in Investition und Aufwand war der zahlungsbegründenden Rechnung nachvollziehbar zu entnehmen.

4.1.2.3 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Kontengruppe 55 ist vorgesehen für die Buchung von Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen. Die Aufwendungen setzen einen Ansatz von Verbindlichkeiten in der Bilanz voraus.

Die in dieser Kontengruppe im Rahmen der Jahresabschlussprüfung durchgeführten Stichprobe umfassen Kassenkreditzinsen, Zinsforderungen zur Zwischenabrechnung für Mittel des Landesamtes für Bauen und Verkehr zum Stadtbau Ost, Zinsen für Kommunalkredite sowie Zinsen für nicht ausgeglichene Bewirtschaftungsverluste der Wobra.

Alle Zahlungen wurden korrekt mit buchungsbegründenden Unterlagen nachgewiesen. Zu beanstanden ist, die Buchung für die nicht ausgeglichenen Bewirtschaftungsverluste über das Sachkonto 55990000 „sonstige Finanzaufwendungen“. Zukünftig sollten derartige Buchungen an die Wobra so erfolgen, dass sie als Zahlung an ein verbundenes Unternehmen ausgewiesen werden. Zu verwenden ist demzufolge das Konto 55150000 „Zinsaufwendungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen.“

4.1.2.4 Abschreibungen

Bei der Prüfung des Anlagevermögens 2014 erfolgten Kontrollen, ob eine vollständige Berücksichtigung der Kosten der Teilrechnungen zur Anlagesumme vorhanden war.

Das Ergebnis der Prüfungen ergab, dass die Buchungen, deren Schlüssigkeit innerhalb verschiedener Konten und die jährlichen Abschreibungsraten ordnungsgemäß waren.

4.1.2.5 Außerordentliche Aufwendungen

Der Ausgleich des Jahresverlustes wurde für das HHJ 2014 des Eigenbetriebes Schwimm- und Erlebnisbad i. H. v. 455.554,35 € geprüft.

Die SVV hat mit Beschluss Nr. 163/2016 am 29.06.2016 beschlossen, dass der Jahresverlust i. H. v. 455.554,35 € mit der allgemeinen Rücklage des EB SEB verrechnet wird.

Laut Kontierungshandbuch der Stadt Brandenburg umfasst die Kontengruppe 59 alle außerordentliche Aufwendungen. Hierzu zählen u. a. Aufwendungen Wertminderung durch Veräußerung von Finanzanlagen.

Der Jahresverlust des Eigenbetriebes Schwimm- und Erlebnisbad wurde durch die Stadt auf dem Sachkonto 59310020 -Aufwendungen Wertminderung durch Veräußerung von Finanzanlagen gebucht. Die Stadt hat den Jahresverlust aus dem städtischen Haushalt entsprechend § 11 Nr. 7 der EigV des Landes Brandenburg ausgeglichen.

Der Ausgleich des Jahresverlustes ist aufgrund der vorgelegten Unterlagen für das HHJ 2014 nachvollziehbar.

4.2 Anlagen

4.2.1 Anhang

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie die sonstigen Pflichtangaben. Der Anhang beinhaltet die in § 58 Abs. 2 KomHKV dargestellten Sachverhalte.

Bei den ergänzenden Angaben zum Anhang unter Punkt VI. werden die Betriebe gewerblicher Art aufgelistet. Anhand der vorliegenden Unterlagen ist nicht nachvollziehbar, inwiefern die Auflistung vollständig ist, tlw. sind Bezeichnungen abweichend. Das RPA gibt den Hinweis, die Auflistung mit den tatsächlichen Gegebenheiten abzugleichen, bzw. zu begründen, warum die in der aufgeführten Liste ausgewiesenen BgA vollständig sind.

4.2.2 Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen

Im Neuen Kommunalen Rechnungswesen ist der Übertrag von Ermächtigungen gemäß § 24 KomHKV zulässig, soweit nach § 48 KomHKV nicht vorrangig Rückstellungen gebildet werden müssen. Zu differenzieren ist zwischen Ermächtigungen des Ergebnishaushalts und solchen des Finanzhaushalts. Zu übertragende Ermächtigungen führen in keinem Jahr zu einer Buchung im Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt, sie erhöhen nur die Ermächtigungen des Folgejahres.

Gemäß § 24 Abs. 5 KomHKV ist dem Jahresabschluss eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt und den Finanzhaushalt beizufügen.

Eine entsprechende Übersicht ist dem Anhang des Jahresabschlusses als Anlage 3 beigefügt worden.

Zu übertragene Haushaltsermächtigungen wurden in Höhe von 7.144.392,49 € (Aufwand) gebildet. Finanzauszahlungsermächtigungen wurden in Höhe von 19.742.924,38 € gebildet. Die Voraussetzungen gemäß § 24 KomHKV lagen vor.

Dem Jahresabschluss ist eine Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen nach Produktbereichen beigefügt.

4.2.3 Beteiligungsbericht

Gem. § 61 Abs. 1 KomHKV ist dem Jahresabschluss zur Information der Mitglieder der Gemeindevertretung und der Einwohner ein Bericht über ihre Unternehmen gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 der BbgKVerf sowie ihre mittelbaren Beteiligungen beizufügen und jährlich fortzuschreiben, soweit es sich nicht um Sparkassen und Sparkassenverbände handelt.

Der Bericht lag vor und enthielt alle erforderlichen Angaben.

4.3. Ergebnis der Jahresabschlussprüfung

4.3.1 Fehlbetrag / Überschuss

Die kumulierten Überschüsse aus Vorjahren belaufen sich auf 5.146.948,00 €. Der strukturelle, auf das Haushaltsjahr 2014 bezogene ordentliche Fehlbetrag beträgt 5.243.370,05 €.

4.3.2 Zusammenfassung

Der zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss 2014 wurde ordnungsgemäß aus den Büchern und den sonst erforderlichen Aufzeichnungen der Stadt entwickelt.

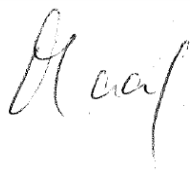
Die Vermögenswerte sind nachgewiesen.

4.3.3 Erklärung des Rechnungsprüfungsamts

Unter Berücksichtigung des verkürzten Jahresabschlusses und der damit einhergehenden begrenzten Prüfungsgrundlagen kommt das RPA zu der Bewertung, dass im Rahmen der bei der verkürzten Prüfung gewonnenen Erkenntnisse der Jahresabschluss 2014 grundsätzlich den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt vermittelt.

Rechnungsprüfungsamt der Stadt Brandenburg an der Havel

Az.: 41.01-JAP 2012-2014

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Maas', written in a cursive style.

Gero Maas

Rechnungsprüfungsamtsleiter